

Aufhäuser berichtete, daß in der Sitzung am Nachmittag des 16.6. nicht nur die radikale Linke gegen den Verzicht auf die Einberufung des Hauptausschusses des Reichstages gestimmt hatte, sondern auch die gemäßigte Linke. In ironischer Form machte er dabei deutlich, daß es neben der Gruppierung um den Parteivorstand und der Gruppierung um den "Klassenkampf" auch noch eine dritte Strömung gebe: "Es darf in der Partei nicht nur zwei anerkannte Parteikirchen geben, es muß auch Raum für die Dissidenten sein. (Heitere Zustimmung). Wir Berliner hatten in Leipzig weder einen Parteikirchenvertrag mit Wels noch ein Konkordat mit Rosenfeld." 395) Viele von der gemäßigten Linken beherrschte Parteigliederungen wie die Unterbezirke Dresden und Leipzig und der Bezirk Berlin forderten in Beschlüssen die Parteiführung auf, notfalls auch mit dem Mittel der Einberufung des Reichstages substantielle Änderungen der Notverordnung durchzusetzen, die am 29.6. in Kraft treten sollte. 396) Eine Funktionärsversammlung der Berliner SPD beschloß am Abend des 16.6. nach einem Referat Aufhäusers: "Die Berliner Funktionäre verlangen ... von der Reichstagsfraktion, daß sie noch vor dem Inkrafttreten eine wesentliche Änderung der Notverordnung erkämpft. In diesem Kampf um Recht und Schutz der werktätigen Masse muß die Partei parlamentarisch wie außerparlamentarisch alle Maßnahmen treffen, insbesondere auch die rechtzeitige Einberufung des Reichstages verlangen." 397)

Die von der radikalen Linken beherrschten Parteigliederungen begnügten sich nicht mit der Forderung nach Änderung der Notverordnung, sondern verlangten die Beendigung der Tolerierung der Regierung Brüning, durch einen Antrag der SPD im Reichstag auf die Aufhebung der gesamten Notverordnung. Typisch für die Beschlüsse dieser Strömung war die Resolution der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Düsseldorf vom 24.6.: "Die Versammlung mißbilligt in aller Form die Haltung der Reichstagsfraktion, die auf zweifelhafte Versprechungen hin durch ihre Tolerierung dieser Notverord-

nung durch sofortige Einberufung des Reichstags und durch Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft gegen die Regierung Brüning." 398) Auch die Vertreterversammlung der SPD Breslau forderte am 18.6. zum Kampf gegen die Regierung Brüning auf: "Der Kampf gegen den legalen und illegalen Faschismus schließt immer stärker den Kampf gegen die von den Kapitalisten völlig abhängige sozialreaktionäre Regierung Brüning ein. Die Breslauer Sozialdemokratie gelobt, diesen Kampf im Bunde mit allen Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu organisieren." 399) Ähnliche Beschlüsse faßten auch die Bezirksvorstände Chemnitz-Erzgebirge und Zwickau-Plauen. 400)

Seydewitz setzte sich im "Klassenkampf" in einem Grundsatzartikel mit der Entscheidung der Reichstagsfraktion vom 16.6. zur Fortsetzung der Tolerierungspolitik auseinander, die er als Verstoß gegen die auf dem Reichsparteitag beschlossene Resolution Aufhäuser-Künstler bewertete: "Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion .. bedeutet praktisch nichts anderes, als die weitere bedingungslose Tolerierung der Regierung Brüning und die Tolerierung der unerträglichen Notverordnung, die am 29. Juni und zu den anderen in der Notverordnung vorgesehenen Terminen in Kraft tritt, ohne daß gegen dieses Inkrafttreten der vom Parteitag verlangte entschiedene Widerstand entgegengesetzt worden wäre." 401) Diese Entscheidung werde der SPD noch mehr schaden, "als all die Fehler der jüngsten Vergangenheit zusammengenommen. Die Hoffnung der Parteimehrheit, Brüning werde noch Konzessionen an die Arbeiterschaft machen, sei eine Illusion. Brüning werde noch weitere sozialreaktionäre Notverordnungen erlassen und im Herbst sein Kabinett nach rechts erweitern. Die SPD werde bei einer Fortsetzung der Tolerierung noch weiter geschwächt. Daher müsse der bisherige Kurs der Partei aufgegeben werden. In der SPD müsse "ein Sturm losbrechen, der die Änderung dieses Fraktionsbeschlusses und die Beendigung dieser unser Kampfkraft in immer stärkerem

Maße schwächenden Tolerierungspolitik verlangt. Die Grenze dessen, was die Sozialdemokratie tolerieren kann, ist überschritten, die sozialdemokratischen Massen müssen mit aller Energie und unaufhörlich fordern, daß Schluß gemacht wird mit dieser Tolerierungspolitik." 403)

Die von Seydewitz vorgeschlagene Alternative zur Tolerierungspolitik blieb wie immer in abstrakten Formeln stehen. Die SPD müsse ein sozialistisches Programm zur Überwindung der Wirtschaftskrise und ihrer Ursache, des Kapitalismus, formulieren. Unter Verwendung eines Zitates von Rosa Luxemburg lehnte er es ab, Einzelheiten über den von ihm geforderten "revolutionären Weg" zur Überwindung des Kapitalismus zu nennen: "Freilich lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen. Dies ist aber auch nicht die Aufgabe der Sozialistischen Partei. Pflicht ist nur, jederzeit unerschrocken auszusprechen, was ist, d.h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im geschichtlichen Moment vorzuhalten, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muß der Sozialismus getrost der Geschichte überlassen." 404) Den "Reformisten" warf er vor, von der Parteioption genau in dem Augenblick ein möglichst detailliertes Programm zu fordern, in dem sie selbst "für die Durchführung ihrer reformistischen Politik kein Rezept und keinen Weg mehr anzugeben vermögen." 405)

Seydewitz war immer noch optimistisch, daß der von der Linken verlangte Kurs sich in der SPD bald durchsetzen werde, da das Scheitern der Tolerierungspolitik eine "Radikalisierung" der Parteimitglieder bewirken werde. Für die Realisierung des neuen Kurses brauche die SPD "einen starken, geschlossenen und revolutionäre entschlossenen linken Flügel." 406) Er forderte die Anhänger seiner Richtung auf, nicht aus Enttäuschung über die Entscheidung vom 16.6. die SPD zu verlassen.

In der Absicht, den Widerstand in der Partei gegen die Fortsetzung der Tolerierungspolitik zu verstärken, veröffentlichten die Herausgeber der Zeitschrift "Klassenkampf" (Adler, Rosenfeld, Seydewitz, Ströbel) am 1.7.1931 in der Publikation eine Erklärung mit dem Titel "Mahnruf der Partei". 407) Darin verurteilten sie die Entscheidung der Reichstagsfraktion vom 16.6. als Mißachtung der Parteitage resolution Aufhäuser-Künstler: "Wir halten diesen Entschluß für falsch und gefährlich, wir lehnen die Verantwortung für ihn und seine Folgen ab. Mit diesem Beschluß hätte die Grenze der Tolerierungspolitik auch für ihre bisherigen Befürworter erreicht sein müssen." Sie forderten die Reichstagsfraktion auf, im Parlament den Antrag auf die Aufhebung der Notverordnung zu stellen. Die Partei müsse sofort zu einer "klaren, eindeutigen Opposition" gegen die Regierung Brüning übergehen, da diese die soziale Lage der Arbeiterschaft noch weiter verschlechtern wolle. An die Vertreter des Kurses der Parteiführung wurde appelliert: "Macht Schluß mit der Tolerierungspolitik, begrabt die Illusionen, mit dieser Tolerierungspolitik, mit diesem Ausweichen und Zurückweichen das größere Übel von der Arbeiterklasse abwenden zu können, erkennt, daß nur der Weg des revolutionären Klassenkampfes um die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft dem Proletariat den Weg aus dieser Krise des Kapitalismus öffnen kann." Die einzuschlagende neue Politik der Partei wurde nur sehr vage definiert: "Die Partei muß jetzt den Kampf mit allen Mitteln unter die (den -E.W.) sozialistischen Losungen aufnehmen und den nach Hoffnung hungernden Massen den Sozialismus als einzige mögliche Rettung aus dieser Krise zeigen." Der Aufruf endete mit folgender Aufforderung, über deren Zweck nichts ausgesagt wurde: "Genossen und Genossinnen, die diesen notwendigen Mahnruf unterstützen, bitten wir um Zustimmungserklärung." Diese Aktion sollte zu einer scharfen Kontroverse in der SPD führen, an deren Ende die Abspaltung eines Teils der radikalen Linken von der Partei stehen sollte.

Die Parteiführung kritisierte weniger den Inhalt des "Mahnrufes", als den Aufruf zur Unterschriftensammlung, die als Versuch zum Aufbau einer organisierten Opposition in der Partei interpretiert wurde. Der "Vorwärts" schrieb hierzu am 3.7.: "Ein derartiger Schritt läßt sich mit der Einheit der Partei, die nie nötiger war als in der gegenwärtigen Situation, nicht vereinbaren. Dieser Schritt steht im Widerspruch zu dem Geist und der eindringlichen Mahnung des Leipziger Parteitags, nicht mit der Einheit der Partei zu spielen, und mit der entschiedenen Verurteilung, die der Disziplinbruch der Neun durch eine überwältigende Mehrheit der Partei gefunden hat. Wir hoffen, daß die zuständigen Organisationen Mittel und Wege finden werden, um derartigen Versuchen bereits in den Anfängen zu unterbinden." 408) Die Hoffnung der bürgerlichen Presse auf eine bevorstehende Spaltung der SPD wurde allerdings als "Hirngespinnst" bezeichnet.

Einen Kronzeugen für seinen Vorwurf erhielt der "Vorwärts" in dem bisherigen Mitarbeiter des "Klassenkampf", Fritz Croner, der die "Sozialpolitische Umschau" redigierte. In einem Brief an die Herausgeber des "Klassenkampf" kündigte er seine Mitarbeit an dieser Zeitschrift auf, da sie auf der Grundlage ihrer überzogenen Kritik an der Parteiführung das Risiko einer Parteispaltung nicht scheuen wollte. Sein Hauptvorwurf lautete: "Ich verstehe vor allem nicht, wie man in der heutigen Situation, die wir keine zuvor das ganze Unglück der proletarischen Parteispaltungen enthüllt, auch nur einen Augenblick mit dem Gedanken einer nochmaligen Spaltung der Sozialdemokratie spielen kann. Der 'Klassenkampf' spielt aber nicht nur mit dem Gedanken, er schafft ja bereits die organisatorischen Grundlagen für die Zerreißung der Partei, wenn er die Parteimitglieder, die er nur sehr unvollständig unterrichtet hat, um Zustimmungserklärungen für einen 'notwendigen Mahnruf' ersucht." Er, Croner, sei zwar für einen Kurswechsel der SPD, aber gegen jeden Spaltungsversuch. Der "Vorwärts" berichtete über diesen Brief unter

der Überschrift "Empörung über die Quertreiber!" 409)

Die Herausgeber des "Klassenkampf" reagierten auf diese Angriffe mit einer Erklärung, in der sie jede Absicht zur Zerstörung der Einheit der Partei ableugneten: "Demgegenüber stellen wir mit allem Nachdruck fest, daß wir weder mit der Einheit der Partei spielen noch gar an Spaltung denken." 410) Der Mahnruf diene nur dem Ziel, den Wunsch nach einer Änderung der Politik der Partei auszudrücken. Nicht der Mahnruf gefährde die Einheit der SPD, sondern die vom "Sozialdemokratischen Pressedienst", dem Pressedienst des Parteivorstandes, "angedrohte Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Demokratie innerhalb der Partei". Zum Zweck der Unterschriftensammlung wurde keine Stellung bezogen. Die Herausgeber des "Klassenkampf" kündigten die Fortsetzung ihrer Opposition gegen die Politik der Parteiführung an: "Die Sozialdemokratische Partei ist eine demokratische Partei, in der jeder Parteigenosse das Recht hat, im Rahmen des Parteiprogramms seine Meinung zu sagen und für die Gewinnung der Mehrheit der Parteigenossen für seine Auffassung zu werben. Dieses Recht kann uns niemand streitig machen, auch nicht dadurch, daß man uns Absichten unterschiebt, die wir nicht haben. Wir werden trotz aller Versuche, unser Wollen falsch zu deuten, den Kampf für die Änderung des nach unserer Überzeugung falschen Parteikurses, den Kampf für Demokratie und Meinungsfreiheit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei unbeirrt fortsetzen."

Heilmann erwiderte auf diese Erklärung im "Freien Wort", daß in der Politik nicht die subjektive Absicht das Entscheidende sei, sondern die objektive Wirkung: "Im Effekt ist die geplante Unterschriftensammlung eine Aktion gegen die Parteieinheit." 411) Der "Vorwärts" weigerte sich, mit der Begründung, daß dies nicht "opportun" sei und nur zur "Fortsetzung der unergücklichen Debatte in der Öffentlichkeit" führen würde, den Wortlaut der Erklärung der "Klassen-

kampf"-Herausgeber abzdrukken. Der "Sozialdemokratische Pressedienst" handelte genauso. 412)

In derselben Ausgabe des "Vorwärts", in der er mit der Begründung, die Debatte in der Öffentlichkeit nicht fortsetzen zu wollen, den Abdruck dieser Erklärung ablehnte, erschien ein Artikel Sollmanns, in dem der Vorwurf an die Gruppe um den "Klassenkampf" konkretisiert wurde, den Versuch zur Bildung einer organisierten Fraktion in der SPD zu unternehmen. Sollmann interpretierte die Unterschriftensammlung als "Öffentliche Aufforderung zur Bildung eines Vertrauensmännerkörpers der Opposition innerhalb der Partei." Die Gruppe um den "Klassenkampf" habe sich mit der "Marxistischen Büchergemeinde" der Vertriebsorganisation der Bücher der "Klassenkampf"-Gruppe, in Wahrheit eine Sonderorganisation zur Fraktionsbildung in der Partei aufgebaut: "Neben dem offiziellen Parteiapparat baut sich allmählich eine besondere Organisation auf, die Referenten vermittelt, die Situationsberichte über innerparteiliche Vorgänge austauscht, deren Redner in Mitgliederversammlungen als von 'uns', das heißt als geschlossene Gruppe in der Partei zu sprechen pflegen." Sollmann forderte den für den 14.7. einberufenen Parteiausschuß auf, diese Sonderorganisation zu unterbinden. Es gehe dabei aber nicht "um Spaltung und nicht um Ausschlüsse, auch nicht um die Unterbindung irgendwelcher Parteidiskussionen." 413)

Der Leitartikel des "Freien Wort" am 12.7. verurteilte die Unterschriftensammlung als "Pronunziamento gegen die Partei" und als Versuch zu "einer Art Volksbegehren" in der Partei. 414) Sie berge die Gefahr in sich, daß bei einer Parteispaltung Adressenmaterial für potentielle Mitglieder der neuen Partei vorliegen würde: "Angenommen einmal, die drei Genossen (Rosenfeld, Seydewitz, Ströbel -E.W.) beabsichtigten auf Parteispaltung auszugehen, dann wäre eine solche Materialbeschaffung von Zustimmungserklärungen und Adressen der notwendige erste Schritt dazu; würde sich dann über die Bezieher des "Klassenkampf" und der "Marxistischen

Büchergemeinde" hinaus eine vorläufige Liste der Genossen aufstellen lassen, die in ihren Auffassungen augenblicklich mit der Opposition konform gehen. Es liegt uns völlig fern, den Genossen Rosenfeld, Seydewitz und Ströbel derartige Pläne zu unterstellen." 415) Die drei Herausgeber des "Klassenkampf" könnten auch nicht ausschließen, daß in ihrer Umgebung ein Spitzel der KPD arbeite, der diese Adressen der KPD zuspielen würde. Der Autor des Leitartikels war sicher, daß Pläne zur Parteisplaltung selbst "bei 99 Prozent der sogenannten Opposition" Auf Ablehnung stoßen würden. 416) Am Inhalt des "Mahnrufes" wurde kritisiert, daß er nicht erkenne, daß bei einem Sturz der Regierung Brüning der "sofortige Staatsbankrott" und die Errichtung einer faschistischen oder einer Militärdiktatur die Folge sein würde. 417)

Der am 14.7. tagende Parteiausschuß faßte nach der Anhörung von Seydewitz, der selbst Mitglied dieses Gremiums war, Rosenfeld und Ströbel den folgenden Beschluß, der die Sammlung von Unterschriften für den "Mahnruf" verbot und, ohne dies zu konkretisieren, vor der Fortsetzung der Bemühung der Bildung einer organisierten Opposition warnte:

"Die Einheit und die Geschlossenheit der Partei ist in der gegenwärtigen Sturmzeit mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit. Demgegenüber steht jedoch fest, daß auf Grundlage der marxistischen Büchergemeinde und einer besonderen Referentenvermittlung innerhalb der Parteiorganisation die Ansätze zu Organisationen geschaffen sind, die neben der Sozialdemokratischen Partei ein Sonderdasein führen.

Dazu kommt die Aufforderung zur Zustimmungserklärung zu dem "Mahnruf" in Nr. 13 des "Klassenkampf" und die Sammlung von Unterschriften, die nur den Zweck haben kann, Adressenmaterial zu sammeln, das die Grundlage eines weiteren Ausbaues der Sonderorganisation ist.

Nach den Erfahrungen der Vergangenheit haben solche Vorgänge ihre eigenen Gesetze. Gleichgültig, ob die Urheber

dieser Maßnahmen die Spaltung wollen oder nicht, besteht die Gefahr, daß sie zur Spaltung der Partei führen. Jede Betätigung in diesem Sinne ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und muß als parteischädigendes Verhalten angesehen werden.

Der Parteiausschuß verlangt deshalb die Einstellung der Sammlung von Unterschriften, sowie aller Sonderaktionen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei." 418)

Der "Vorwärts" gab zu dieser Androhung des Parteiausschlusses an die Gruppe um den "Klassenkampf" keinen eigenen Kommentar. Er berichtete wie üblich nichts über den Verlauf der Debatte im Parteiausschuß und über das Abstimmungsverhalten der Vertreter der Parteibezirke. 419) Es ist sicher, daß die beiden von den führenden Vertretern der radikalen Linken Seydewitz und Böchel geführten Parteibezirke Zwickau-Plauen und Chemnitz-Erzgebirge gegen den Beschluß stimmten. Die Vertreter der Bezirke, die von der gemäßigten Linken beherrscht wurden, also Berlins, Thüringens, Leipzigs und Ostsachsens stimmten wahrscheinlich für den Beschluß. Der Bezirksvorstand Ostsachsens beschloß bei nur wenigen Gegenstimmen die Entscheidung des Parteiausschusses zu begrüßen und verlangte: "Parteizerstörende Maßnahmen, vor allem Sonderzusammenkünfte von Mitgliedern außerhalb der Organisation und die Verteilung parteizerstörender Schriften, sind mit allen organisatorischen Mitteln zu bekämpfen." 420)

Seydewitz unternahm im "Klassenkampf" den Versuch, das Ergebnis der Sitzung des Parteiausschusses als Teilerfolg seiner Gruppierung darzustellen, da bestimmten Personen keine Parteiausschlüsse angedroht worden seien und weder der "Klassenkampf" noch die "Marxistische Büchergemeinde" verboten worden seien. 421)

Die im Beschluß erhobenen Vorwürfe erklärte er als unberechtigt, da sie sich gegen Dinge wendeten, "die überhaupt nicht existieren." 422) Die "Marxistische Bücherge-

meinde" diene keinem anderen Zweck als dem Vertrieb der marxistischen "Roten Bücher", die das Ziel verfolgten, eine richtige Analyse der gegenwärtigen Aufgaben der Arbeiterbewegung zu geben. Die "angebliche Referentenvermittlung" 423) bestehe nur in der Bereitschaft der oppositionellen Reichstagsabgeordneten in der SPD auf den Wunsch von Parteigliederungen hin Referate zu halten: "Wer das unterbinden will, der muß den die Meinungsfreiheit ganz offensichtlich tötenden Beschluß fassen, daß oppositionelle Abgeordnete nur in ihrem Wahlkreis, nicht aber in anderen Bezirken sprechen dürfen." 424) Der "Mahnruf" habe nur um die Einsendung "persönlicher und individueller Zustimmungserklärungen" 415) bitten wollen, nicht aber um die Sammlung von Unterschriften in den Parteigliederungen. Wenn dies in einzelnen Parteigliederungen "ganz spontan" 426) geschehen sei, beweise dies nur, welches große Echo der Aufruf gefunden habe.

Seydewitz forderte dazu auf, die Unterschriftensammlung für den "Mahnruf" einzustellen, da der "Mahnruf" bereits die "beabsichtigte Mahnung und Aufrüttelung der Partei in vollem Maße" 427) erreicht habe und eine Fortsetzung dieser Aktion zu Parteiausschlüssen führen würde. Seydewitz verbreitete trotz dieses erzwungenen Rückzuges weiterhin Optimismus über die Chancen der Parteiopposition einen Kurswechsel der SPD zu bewirken. Die "einseitige und oft nicht mehr kameradschaftliche Stimmungsmache offizieller Parteiorgane gegen uns" habe das Gegenteil von dem erreicht, was damit beabsichtigt worden sei; sie habe nur dazu beigetragen, die "Anhänger des von uns vertretenen politischen Kurses zu vermehren." 428) Die Parteiopposition werde auch nach dem Beschluß des Parteiausschusses ihren Kampf gegen die Tolerierungspolitik fortsetzen: "Wir geben nichts von unserem Standpunkt preis. Wir führen im Sinne unseres Mahnrufes den Kampf gegen die Tolerierungspolitik und den falschen Kurs in der Partei fort und dieser Kampf wird nicht eher enden, bis das Steuer herumgeworfen ist." 429

Innerhalb der Parteiopposition setzte sich der in dem Brief Croners bereits zum Ausdruck gekommene Differenzierungsprozeß fort. In der Ausgabe des "Klassenkampf" vom 15.7.1931 erschien eine Erklärung der Verlagsleitung der E. Laubschen Verlagsbuchhandlung, in der diese Zeitschrift hergestellt wurde. Dieses Unternehmen, das sich auf den Vertrieb marxistischer Literatur spezialisiert hatte, stand unter der Leitung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Otto Brass, der von 1920 - 1924 als Vertreter der ISPD, VKPD, KAG und VSPD dem Parlament angehört hatte und 1924 in seinem von der Parteimehrheit beherrschten Parteibezirk Westliches Westfalen auf keinen aussichtsreichen Listenplatz mehr gesetzt worden war. In der Erklärung distanzierte sich die Verlagsleitung vom "Mahnruf" der "Klassenkampf"-Herausgeber, weil er die Gefahr mit sich bringe, "daß der gemeinsame Boden verlassen wird, worauf der Meinungskampf innerhalb der Partei geführt werden muß" und lehnte die Übernahme der politischen Verantwortung ab. 430)

Der "Vorwärts" berichtete ausführlich über diese Erklärung und stellte erfreut fest: "Man kann ... schließen, daß die Sonderaktion der Herausgeber des "Klassenkampf" selbst in den Kreisen ihrer nächsten Freunde verurteilt wird." 431) Die Redaktion des "Klassenkampf" bemühte sich, die Bedeutung dieser Erklärung der E. Laubschen Verlagsbuchhandlung in ihrer Bedeutung herunterzuspielen. Sie sei "weder für die Haltung des "Klassenkampf" von irgendwelcher Bedeutung noch für die Öffentlichkeit von Interesse." Die These des "Vorwärts", die Erklärung sei ein Beweis für die zunehmende Isolierung der Herausgeber des "Klassenkampf" wurde heftig dementiert: "Dem 'Vorwärts' können wir zur Beruhigung sagen, daß die Opposition, deren Mahnruf innerhalb der Parteigenossenschaft ein überraschend starkes Echo gefunden hat, nie so einig und stark war, wie gegenwärtig." 432)

Aber die Fortsetzung der Debatte über den Disziplinbruch der Neun in 2 Brochüren zeigte, daß die radikale SPD-

Linke in der Frage der Einhaltung der Parteidisziplin gespalten war.

Anna Siemsen, die von 1928 bis 1930 selbst Reichstagsabgeordnete gewesen war, plädierte grundsätzlich für den Einhalten der Fraktionsdisziplin, da nur eine geschlossene Reichstagsfraktion und Partei im Kampf gegen die politischen Gegner bestehen könne. Als Ausnahmefall konnte sie sich allerdings vorstellen, daß aus Gewissensgründen Abgeordnete der SPD gegen die Fraktionsdisziplin verstoßen könnten, ja sogar müßten. Dieser Fall trete dann ein, wenn die Mehrheit der Fraktion einen Beschluß fasse, der im Gegensatz zum sozialistischen Endziel stehe: "Ist der als falsch empfundene Beschluß so folgeschwer, von solch grundsätzlicher Bedeutung, daß das gesamte Ziel der sozialistischen Bewegung in Frage gestellt wird, so ist diesem größten aller politischen Übel gegenüber sogar die Zersplitterung der Organisation, die doch nur Mittel zum Zweck, das geringere Übel. Das Nichtfolgeleisten wird dann zur sozialistischen Pflicht und äußere Disziplin zum Verrat an der Sache." 433) Wie die Geschichte gezeigt habe, so z.B. bei der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914, könnten auch Mehrheiten der Arbeiterklasse und der SPD verhängnisvoll irren. Anna Siemsen forderte ihre Parteigenossen auf: "Wir müssen also von der Mystik der proletarischen Unfehlbarkeit durchaus und radikal verzichten ..." 434) Sie äußerte sich nicht zum Verhalten der neun SPD-Reichstagsabgeordneten, warf aber der Gruppe um die Zeitschrift "Klassenkampf" vor, wenn sie in der Partei die Mehrheit haben würde, genauso strikt wie die jetzige Parteiführung auf die Einhaltung der Fraktionsdisziplin zu bestehen. Aus dem Buch "Die Organisation im Klassenkampf" ging ihrer Meinung nach hervor, "daß man grundsätzlich gar keine Bewegungsfreiheit will, sondern die strikteste Disziplin gutheißen würde, vorausgesetzt, daß man sie selbst ausüben dürfe ..." 435) Sie wandte sich unter Hinweis auf die starke Rolle des Parteivorstandes und seines

Apparates gegen die ihrer Auffassung nach praktizierte Unterdrückung der Parteiopposition in der SPD und verlangte die Herstellung einer weitestgehenden innerparteilichen Meinungs- und Diskussionsfreiheit, deren Grenze nur die Arbeit im Rahmen des Parteiprogramms sein dürfe. Sie warnte die Parteiführung ausdrücklich davon, den Fehler der Jahre 1914-1917 zu wiederholen und durch eine Unterdrückung der Parteiopposition eine erneute Parteisplaltung zu provozieren.

Der Redakteur des Zwickauer "Sächsischen Volksblatts" Bernhard Düwell beantwortete in der Broschüre "Einheit der Aktion oder Parteidisziplin" im Gegensatz zu Anna Siemsen die Frage "... darf diese Partei in der Frage der Parteidisziplin Konzessionen machen, die ihr einheitliches Auftreten in der politischen Aktion, beim legislatorischen Akt und schließlich in ihrer gesamten Propaganda gefährden?" negativ. 436)

Für ihn war die Einhaltung der Fraktionsdisziplin ein absoluter Wert der Arbeiterbewegung. Obwohl er selbst in der USPD aktiv war und an ihrer Spaltung auf dem Parteitag in Halle auf seiten der Überwechsler zur VKDP beteiligt war, verurteilte er im nachhinein jetzt die Parteisplaltungen der Jahre 1917 und 1920, da sie objektiv durch die Zersplitterung der Arbeiterbewegung nur der Bourgeoisie genützt hätten: "Genossin Siemsen wird hoffentlich einsehen, daß ihr Beispiel von 1914 und 1917 wegen seiner historischen Folgen für die Arbeiterklasse gegen das Recht auf Disziplinbruch im Gewissenskonflikt auch der Sorge um das Endziel, in der Sicherheit sogar der Überzeugung, ihm mit dem Bruch der Handlungseinheit der Partei zu dienen, spricht." 437) Die Minderheit in der Fraktion und in der Partei müsse sich in jedem Fall an die Mehrheitsbeschlüsse halten, selbst wenn sie diese Entscheidungen für falsch und verhängnisvoll halte. Ihr bleibe in dieser Lage nur die Möglichkeit, auf dem nächsten Reichsparteitag einen politischen Kurswechsel der Partei herbeizuführen. Könnten Parlamentsabgeordnete der SPD die Haltung ihrer Fraktion nicht mittragen, dann bleibe

für sie die einzige Lösung, ihr Mandat an die Partei zurückzugeben, also als Abgeordnete zurückzutreten. Für Düwell war die Erhaltung der Parteieinheit angesichts der faschistischen Gefahr zum absoluten Wert geworden: "Allein diese Einsicht ist es, die sehr viele von uns an die Sozialdemokratische Partei bindet, weil es gar keine andere proletarische Massenorganisation in Deutschland und sonst in der Welt gibt, die mit der Sicherheit des Marsches zum sozialistischen Endziel verbindet den unbedingten Willen, alle nutzlosen und vermeidbaren Opfer des Proletariats selbst in seinem Klassenkampfe zu vermeiden. Wir können deshalb im Konflikt zwischen Parteidisziplin und eigener besserer Erkenntnis über den taktischen Weg nicht anders handeln als so, daß das Instrument des proletarischen Klassenkampfes, die Partei- und Gewerkschaftsorganisation unversehrt bleibt, selbst wenn es uns dabei zu wenig scharf erscheint." 438)

Aufgabe der Parteiopposition sei es, durch den Kampf in der Partei eine Veränderung der jetzigen falschen Politik der SPD zu bewirken. Er berief sich dabei auf ein Zitat Levis: "Ein Versuch aus dem richtigen Gefühl heraus: man komme an organisierte Arbeitermassen nur heran, wenn man nicht nur gegen sie kämpft, sondern wenn man auf ihre eigenen, wenn auch irrenden Gedanken eingeht, und ihnen so hilft, durch ihre Erfahrung den Irrtum zu überweisen." 439) Der Gruppe um die Zeitschrift "Klassenkampf" und Anna Siemsen warf er vor, durch ihre Gedanken eine Parteispaltung notfalls in Kauf nehmen zu wollen, vor diesem Ziel der Veränderung der SPD von innen heraus "Fahnenflucht" zu begehen. Er sagte einer Linksabspaltung von der SPD eine weitgehende Einflußlosigkeit auf die Massen oder sozialdemokratischen Arbeiterschaft voraus: "Denn es ist eine so selbstverständliche wie notwendige, gewollte Folge jeder solidarischen Gemeinschaftsbildung und ihrer Ideologie, daß von außen hereingetragene Rezepte und Vorschläge in die leere Luft gehen. Die Massen, deren besserem Schicksal das politische Wirken der Sozial-

demokratie, die Arbeit der Gewerkschaften gilt, können schließlich nur Mitteln und Methoden folgen, die sie als im Umgang mit ihm geboren erkennen." 440)

Düwell unterstellte Anna Siemsen, in der Organisations-
theorie nicht den Standpunkt des Marxismus zu vertreten, sondern den des Liberalismus: "Wir sollten uns wahrlich hüten, den Umfang der liberalen Vorstellung von der Freiheit des Willens und der sittlichen Pflicht ihm zu folgen, auch nur peripherisch nachzugeben." 441) Außerdem näherte sich Siemsen mit ihrer Auffassung, daß in gewissen historischen Strategie verfolgen könne, bedenklich den Leninschen Avantgarde-
theorie: "In der Konsequenz läuft die Art der Verteidigung des Disziplinbruchs durch Anna Siemsen auf die bolschewistische Praxis regiert und den notwendigen Grad des Klassenbewußtseins zur revolutionären Aktion nur einem kleinen Teil der Anhängerschaft zuspricht." 442)

Auch Düwell warf der Parteiopposition vor, bei einer Eroberung der Mehrheit in der Partei genauso autoritär die Partei beherrschen zu wollen, wie dies die jetzige Mehrheitsrichtung praktiziere. In den von der Parteiopposition beherrschten Parteigliederungen würde die Minderheit genauso unterdrückt wie in den von der jetzigen Parteimehrheit dominierten Parteigliederungen: "Selbst die lautesten Rufer in diesem Streite haben nicht im Traume daran gedacht, in den Organisationen, die ihnen bisher folgten, diesen von ihnen und auch von uns beklagten Zustand zu ändern (Unterdrückung der Minderheit -E.W.). Das genaue Gegenteil ist der Fall" 443)

Wie Anna Siemsen übte aber auch Düwell scharfe Kritik an der eingeschränkten innerparteilichen Demokratie in der SPD, die sich vor allem im Totschweigen des Standpunkts der Parteiopposition im Großteil der Parteipresse zeige. Er stellte die These auf: "Die Partei wird heute gewiß mehr autoritär denn demokratisch geführt und zwar ganz natürlich im Sinne der Parteimehrheit, die ihre zentralen Instanzen

zusammengesetzt hat." 444)

Düwells Forderungskatalog zum Ausbau der innerparteilichen Demokratie war weitgehend mit dem der "Klassenkampf"-Gruppe identisch. Er verlangte: "Die einseitige Richtungsuniformität der Parteipresse zu beseitigen, völlige Diskussionsfreiheit für alle Parteirichtungen in allen Organen zu sichern, prinzipielle Entschlüsse der Partei, z.B. geplante oder von der Situation diktierte Änderungen ihrer Taktik, möglichst durch Parteitage beschließen oder bestätigen zu lassen, die besoldeten Parteifunktionäre für das Stimmrecht in der Verfassungskörperschaft der Partei, auf dem Parteitag also, angewiesen sein zu lassen, auf den normalen Weg, das Mandat durch die Mitgliedschaft, und endlich die Vertretung auch der Minderheitsanschauung in den zentralen Parteikörperschaften, vor allem dem Parteivorstand, nach dem auf den Parteitagen feststellbaren Stärkeverhältnis: das während die wesentlichsten Voraussetzungen eines Zustandes in der Partei, der jedes Recht zerstörte, über Vergewaltigung zu klagen." 445)

Der Vorwurf, daß der "Mahnruf an die Partei" und die geforderte Unterschriftensammlung dafür ungewollt zu einer Parteispaltung führen könnte, wurde auch von Düwell erhoben. Er bemerkte in seiner Broschüre hierzu: "Mahnrufe an die Partei, die keiner aktuellen Situation entspringen, für die allenfalls psychologische Deutungen zulässig sind, und die obendrein noch verbunden werden mit der Einforderung von Zustimmungserklärungen aus dem Leserkreis machen eine solche Mißdeutung allzu leicht: Diese Methoden des Meinungskampfes bergen wirklich die Gefahr in sich, daß sie von der Gemeinsamkeit des Kampfbodens in der Partei fortführen. Das braucht keineswegs im Willen der Autoren zu liegen, sondern ergibt sich zwangsläufig aus der Dynamik der innerparteilichen Auseinandersetzung." 446)

Nach der Sitzung des Parteiausschusses trat zunächst eine Art von Burgfrieden in der Debatte über die organi-

sierte Opposition in der Partei ein. Das Thema wurde von der Parteimehrheit nicht mehr erwähnt, auch im "Klassenkampf!" erschien nach dem Kommentar von Seydewitz zum Beschluß des Parteiausschusses kein Artikel mehr hierzu. In den Mittelpunkt der innerparteilichen Diskussion rückte zunächst wieder die Tolerierungspolitik.

Nach dem Zusammenbruch der Danatbank und Schwierigkeiten der Dresdner Bank am 13.7. verschärfte sich die Wirtschaftskrise in Deutschland. Die Regierung mußte massiv intervenieren, um eine allgemeine Krise der Banken zu vermeiden. Auf der Sitzung am 14.7. bezeichneten die Spitzengremien der SPD, Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission die "Selbstherrschaft der Banken und der Schwerindustrie" als Hauptursache der Zuspitzung der Krise. Es wurde eine Änderung der Notverordnung vom 5.6.1931 verlangt, ohne irgendwelche Sanktionen anzukündigen, falls die Regierung Brüning diesem Wunsch der SPD nicht nachkommen sollte. 447)

Seydewitz machte die Regierung Brüning für die wirtschaftliche Misere verantwortlich. Die "Katastrophe" sei da, "weil die von der Regierung Brüning betriebene Wirtschafts- und Außenpolitik die Krise soweit verschärft hat, daß weder im Ausland noch im Inland irgendwer besonders Vertrauen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland hat und weil durch dieses schwindende Vertrauen die Krise mit jedem Tage weiter verschärft wird," 448) Dieses wirtschaftliche Chaos beweise die "Richtigkeit des von der Opposition vertretenen politischen Standpunktes". 449) Es sei mit ein Grund dafür, daß der Parteiausschuß auf organisatorische Maßnahmen gegen die Herausgeber des "Klassenkampf" verzichtet habe. Immer klarer zeige sich, daß die Regierung Brüning mit ihrer Wirtschaftspolitik total gescheitert sei. Die SPD werde daher bald die Tolerierung einstellen müssen.

Im August zirkulierten Gerüchte, daß die DVP ihre weitere Beteiligung an der Regierung Brüning von der Erweiterung

des Kabinetts nach rechts abhängig machen wollte. Seydewitz nahm dies zum Anlaß, um erneut das Ende der Tolerierungspolitik zu fordern: "... wie lange will die Sozialdemokratie noch die Regierung Brüning tolerieren, deren Politik die Krise und die Auswirkung der Krise auf die Arbeiterschaft dauernd verschärft. Die Begründung der Tolerierungspolitik mit der Notwendigkeit, die faschistische Gefahr zurückzudrängen, verliert immer mehr an Wert und Überzeugungskraft angesichts der Verschärfung der ökonomischen Krise, auf deren Boden doch auch nach der Meinung der Parteimehrheit die faschistische Gefahr erst gewachsen ist - die faschistische Gefahr, die sich nach unserer Meinung nicht nur in dem Dasein und der Stärke der nationalsozialistischen Bewegung manifestiert." (450) Hilferding plädierte hingegen in der "Gesellschaft" für die Fortsetzung der Tolerierung der Regierung Brüning, da ihr Sturz nur zu einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe führen würde. (451)

Am 8.9. faßte die SPD-Reichstagsfraktion einen Beschluß zur Wirtschaftspolitik, in der nur die üblichen Forderungen der SPD nach Verkürzung der Arbeitszeit, Preisabbau, Sicherung des Reallohnes und der Sozialpolitik wiederholt wurden. Wie diese Vorschläge gegenüber der Regierung Brüning, die in allen diesen Punkten eine konträre Position vertrat, durchgesetzt werden sollten, wurde nicht dargestellt. Der Vorstand der Reichstagsfraktion wurde beauftragt, erneut mit der Regierung über die Änderung der Notverordnung vom 5.6.1931 zu verhandeln. (452)

Mehrere von der radikalen Linken beherrschte Parteigliederungen nahmen die weitere Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage zum Anlaß, eine sofortige Beendigung der Tolerierung der Regierung Brüning zu verlangen. Typisch dafür war der Anfang September vom Kreisverband Berlin-Neukölln mit knapper Mehrheit nach Referaten Heilmanns und Zieglers gefaßte Beschluß:

"Die Tolerierung der Regierung Brüning wird je länger

je mehr zu einem Verhängnis für die Partei und Arbeiterklasse.

Die Brüning-Regierung unterstützt die diktatorischen Bestrebungen des Unternehmertums auf Abbau der Sozialpolitik, der Löhne und Gehälter und begünstigt die Steuer-, Zoll- und Preispolitik sowie alle Bestrebungen des Monpkapitals.

Der Brüning-Kurs steigert die wirtschaftspolitische Anarchie mit den Begleiterscheinungen des Wachsens der Arbeitslosigkeit und der Verzweiflungstimmung der arbeitenden Massen ins Ungemessene. Der Brüning-Kurs führt also zum Zusammenbruch der Wirtschaft und des Staates.

Die Neuköllner Kreismitgliederversammlung fordert daher von Parteileitung und Reichstagsfraktion den Bruch mit der Brüning-Politik und -Regierung herbeizuführen, unter Aufstellung eines sozial- und wirtschaftspolitischen Mindestprogramms. Der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf gegen die gemeinsame Front von Brüning, Dingeldey, Hugenburg und Hitler muß aufgenommen werden.

Nur so werden die Interessen der werktätigen Massen gewahrt, nur so schaffen wir die Voraussetzungen für kommende Siege über das macht- und diktaturlüsterne Finanz- und Monopolkapital und die von ihm geschaffene und gehaltene faschistische Bewegung." 453)

Diese Resolution erhielt jedoch auf der Funktionärsversammlung des Bezirks Berlin am 10.9. nur etwa ein Fünftel der Stimmen. Nach einem Referat Hilferdings wurde mit großer Mehrheit ein Antrag des Bezirksvorstandes beschlossen, der die wirtschaftspolitische Erklärung der Reichstagsfraktion am 8.9. unterstützte und sich damit indirekt für die Fortsetzung der Tolerierungspolitik aussprach. Dieses Abstimmungsergebnis zeigte, daß in Berlin die gemäßigte Linke an der Tolerierungspolitik festhielt, während die Anhänger der "Klassenkampf"-Gruppe die sofortige Beendigung der Tolerierungspolitik forderten. 454)

Seydewitz befürchtete nach dem Scheitern der Pläne einer deutsch-österreichischen Wirtschaftsunion, daß nach

einem Austritt der DVP-Minister aus der Regierung Brüning auch ohne Mehrheit im Parlament weiterregieren wolle, obwohl dies ein "Verfassungsbruch" wäre. Die Arbeiterklasse müsse sich daher auf einen "ernsten Versuch einer offenen Diktaturregierung" vorbereiten. 455) Diese "Diktaturregierung Brüning" werde aber nur eine Vorstufe zu einer Militärdiktatur der Reichswehr sein, die bereits jetzt der stärkste Rückhalt der Regierung Brüning sei.

4.8. Der Prozeß der Abspaltung eines Teiles der radikalen SPD-Linken im Spätsommer und Herbst 1931

Die SPD-Parteiführung dokumentierte ihren Willen, verschärft gegen innerparteiliche Oppositionsgruppen vorzugehen. Am 4.9.1931 faßte der Parteivorstand einen Unvereinbarkeitsbeschuß zwischen der SPD und der vom Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) am 26.7.1931 gegründeten "Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik". Diese kleine Gruppierung von Radikalpazifisten in der SPD, die nicht zu Gruppe um den "Klassenkampf" gehörte, hatte einen eigenen fünfköpfigen Vorstand gewählt und zu Zustimmungserklärungen zu ihrem Gründungsaufwurf aufgefordert, in dem sie die Tolerierungs- und Wehrpolitik der SPD-Parteiführung hart attackiert hatte. Der Parteivorstand bewertete dies als Versuch zum Aufbau einer Sonderorganisation in der Partei mit dem Ziel der Abspaltung von der SPD. Wahrscheinlich wider besseres Wissen erklärte er diese Arbeitsgemeinschaft zur "kommunistischen Hilfsorganisation" und behauptete, daß der Führer dieser Gruppe, Fritz Küster, inzwischen bereits Mitglied der KPD geworden sei. 456) Auf das Dementi Küsters erwiderte der "Vorwärts", daß der Parteivorstand zur Kenntnis nehme, "daß Herr Küster die 'Mitgliedschaft' in der Kommunistischen Partei noch nicht erworben hat." 457)

Dieser Beschluß des Parteivorstandes war sicherlich auch als Warnung an die Gruppe um den "Klassenkampf" gedacht, die auf diese Entscheidung des Parteivorstandes nicht reagierte. Sie verstärkte trotz des Beschlusses des Parteiausschusses am 14.7. die Bemühungen ihre Ideen in der Partei zu verbreiten. Zu diesem Zweck gründeten die Herausgeber des "Klassenkampf" Ende August 1931 einen eigenen Verlag, "Die Freie Verlagsgesellschaft". In diesem Verlag gaben sie ab dem 4.9.1931 die Wochenzeitschrift "Die Fackel" heraus, in der der Kurs der Parteiführung scharf angegriffen wurde.

Die Parteipresse, die von der Mehrheitsrichtung der Partei kontrolliert wurde, ignorierte zunächst dieses neue Projekt der "Klassenkampf"-Gruppe. Erst am 22.9. kritisierte der "Vorwärts" diesen "Ausbau der Sonderorganisation" in der Partei. 458)

Am gleichen Tag beschloß der Parteiausschuß der SPD die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD mit der in der Deutschen Friedensgesellschaft und der "Freien Verlagsgesellschaft" und der Mitarbeit an ihren Publikationen "Das Andere Deutschland" und "Die Fackel". Im Beschluß wurde die "Fackel", obwohl an ihr nur SPD-Mitglieder mitarbeiteten, als "außerhalb der Partei stehendes Blatt" bezeichnet. Die Vertriebsorganisation der Marxistischen Büchergemeinde, die bisher drei Bücher von Mitarbeitern der "Klassenkampf"-Gruppe herausgegeben hatte und, bis zum Beschluß des Parteiausschusses vom 14.7., auch Ausspracheabende zur Diskussion über den Inhalt dieser Bücher durchgeführt hatte, und die "Freie Verlagsgesellschaft" wurden als Zeichen des Aufbaus eines Vertrauensmännerkörpers für eine organisierte Fraktion in der SPD bewertet. Der Parteiausschuß könne diese Sonderorganisationen nicht dulden, da sie die Parteieinheit gefährdeten. Der Parteivorstand wurde aufgefordert, "alle zur Erhaltung der Parteieinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen." 459)

Auch der "Vorwärts" sah in der "Freien Verlagsgesellschaft" nur einen "Deckmantel für sonderbündlerische Bestrebungen innerhalb der Partei". Die betroffenen Genossen müßten sich jetzt entscheiden, ob für sie die Mitgliedschaft in der DFG und in der "Freien Verlagsgesellschaft" wichtiger sei als die in der SPD. Mit diesem Beschluß werde nicht der Verzicht auf Meinungsfreiheit in der SPD verlangt, sondern der Verzicht auf ein Verhalten, "das zu einer Gruppenabspaltung zu führen droht." 460)

Der Parteiausschuß stellte also die Führer der radikalen

Linken vor die Alternative: Einstellung ihrer "sonderorganisatorischen Bestrebungen" oder Parteiausschluß.

Die meisten Führer der "Klassenkampf"-Gruppe waren zu einer Kraftprobe mit der Parteiführung bereit. Am 23.9. veröffentlichten 8 linke Reichstagsabgeordnete (Bergmann, Oettinghaus, Portune, Rosenfeld, Siemsen, Seydewitz, Ströbel und Ziegler) in der Nummer 4 der "Fackel" eine Erklärung, in der sie ankündigten, daß sie trotz der Entscheidung des Parteiausschusses vom Vortag an ihrer Mitarbeit in der "Freien Verlagsgesellschaft", der "Marxistischen Büchergemeinde" und der "Fackel" festhalten wollten. Den Vorwurf, mit diesen Aktivitäten eine Parteispaltung zu provozieren, wurde entschieden zurückgewiesen; sie dienten nur dem Ziel - durch die Wahrnehmung des Rechtes auf Meinungsfreiheit - den verhängnisvollen, politischen Kurs der SPD zu ändern. Die Androhung des Parteiausschusses wegen der Mitarbeit an einer "kritischen Wochenschrift" und die Deklaration des Pazifismus als parteischädigendes Verhalten deute "auf den Beginn eines Gesinnungsterrors und einer Meinungsdictatur hin, dem entgegenzusetzen wir als parteigenössische Pflicht empfinden". Die Unterzeichner der Erklärung bekundeten ihren Willen, weiterhin "um das Recht auf Meinungsfreiheit in der Partei" zu kämpfen und forderten ihre Gesinnungsgenossen in der SPD auf, ebenfalls "ohne Furcht" für ihre Position einzutreten. Von den neun Reichstagsabgeordneten, die gegen den Bau der Panzerkreuzer gestimmt hatten, beteiligten sich Kuhnt und Graf nicht an dieser Aktion. 461)

In einem Brief an den "Vorwärts" verwahrte sich Rosenfeld gegen den Vorwurf des Aufbaus einer Sonderorganisation: "Wir nehmen für uns lediglich das Recht der auch im "Vorwärts" ausdrücklich zugestandenen Meinungsfreiheit innerhalb der Partei in Anspruch. Dadurch kann die Einheit der Partei nicht gefährdet werden." 462)

Der "Vorwärts" reagierte auf diese Versuche der "Klassenkampf"-Gruppe, ihr Verhalten zu rechtfertigen, mit einer

Schärfe, die andeutete, daß die Parteiführung entschlossen war, mit allen Mitteln den Beschluß vom 22.9. durchzusetzen. Der Beschluß des Parteiausschusses richtete sich nach seiner Meinung nicht gegen die Meinungsfreiheit in der SPD, sondern v.a. gegen eine "unzulässige Sonderorganisation, die als "Freie Verlags-Gesellschaft" getarnt worden ist." Wer von "Gesinnungsterror" und "Meinungsdiktatur" in der SPD rede, sage bewußt die Unwahrheit und schädige die Partei. Auch der Großteil der der Politik der Parteiführung kritisch gegenüberstehenden Parteigenossen verurteile alle "Sonderbündeleien und Abspaltungsbestrebungen". Der Artikel schloß mit der These: "99 von 100 aller Parteigenossen - ohne Unterschied der 'Richtung' sind darin einig, den "Fackel"-Genossen zu raten: Schließt euren Sonderladen und haltet Disziplin, wie sie von jedem Parteigenossen verlangt werden muß!" 463)

Der Beschluß des Parteiausschusses vom 22.9. wurde von der gemäßigten Linken in der SPD begrüßt. Der Bezirksvorstand der SPD Ostsachsen billigte am 23.9. diese Entscheidung. 464) Eine Sitzung des Bezirksvorstandes und der Kreisvorsitzenden der Berliner SPD erklärte am 25.9. einstimmig ihr Einverständnis mit der Haltung des Parteiausschusses. 465)

Die radikale Linke in der SPD reagierte auf den Beschluß des Parteiausschlusses unterschiedlich. Während es die 8 Reichstagsabgeordneten ablehnten, ihn zu befolgen, forderte ein Teil der radikalen Linken die Führer der Parteiposition auf, dem Beschluß nachzugeben oder zu einem Kompromiß mit der Parteiführung zu kommen. Der Mitarbeiter des "Klassenkampf" und Redakteur des "Sächsischen Volksblatt" Düwell verteidigte sogar den Beschluß des Parteiausschusses, der sich nicht gegen die Meinungsfreiheit in der Partei wende, sondern gegen "Versuche unter Mißbrauch von Einrichtungen der Partei, besondere politische Zirkel zu organisieren, Zellen innerhalb der Partei, die die Anschauung des Kreises der

"Freien Verlags-Gesellschaft" verbreiten sollen". Er forderte die Herausgeber der "Fackel" auf, ihre Sonderorganisation aufzugeben oder aber sich offen zum Ziel der Parteisplaltung zu bekennen. Seinem Chefredakteur Seydewitz empfahl er, seine Bereitschaft zur Unterwerfung unter den Beschluß des Parteiausschusses zu erklären: "Daß er keine Parteisplaltung will, wird man ihm gerne glauben. In dieser jetzigen angespannten Klassensituation muß man jeden Zweifel daran beseitigen können." 466)

Neuen Auftrieb erhielten Gerüchte über den Willen der Gruppe um die "Fackel" die Partei zu spalten durch eine Meldung der KPD-nahen Zeitung "Berlin am Morgen" am 24.9. Sie berichtete, daß bei einem Treffen dieser Gruppierung am 21.9. in Berlin beschlossen worden sei, nicht vor dem Parteivorstand zu kapitulieren, selbst auf die Gefahr des Parteiausschlusses hin. Sollte dieser Fall eintreten, sei die Gründung einer "Sozialistischen Arbeiterpartei" geplant worden, da der Anschluß an die KPD abgelehnt worden sei. Die Herausgeber der "Fackel" dementierten sofort diese Meldung. Der "Vorwärts" berichtete dies, warnte aber trotzdem vor dem Versuch einer Abspaltung von der SPD: "Es würde sich um nichts anderes handeln als um die Selbständigmachung einer hoffnungslosen Gruppe, die sich zwischen den Fronten aufreiben und dabei - ob sie dies wollte oder nicht - nur die Geschäfte der Kommunisten besorgen würde." 467) Einer der Teilnehmer des Treffens am 21.9., Eckstein, gab später bekannt, daß zwischen ihm, Seydewitz, Rosenfeld, Ströbel, Portune, Oettinghaus, Kleineibst und Ziegler vereinbart worden sei, sich bei einem Parteiausschluß von Seydewitz und Rosenfeld mit diesen beiden solidarisch zu erklären. Diese Gruppe kalkulierte also die Möglichkeit eines Massenausschlusses aus der SPD ein und damit auch die Gründung einer neuen Partei. 468)

Selbst in den Hochburgen der radikalen Linken, in den Bezirken Zwickau-Plauen und Chemnitz-Erzgebirge, zeichnete

sich ab, daß die Mehrheit für den Versuch war, einen Kompromiß mit dem Parteivorstand zu finden, um unter allen Umständen eine Parteispaltung zu vermeiden.

Am 25.9. beschloß der Bezirksvorstand der SPD Zwickau-Plauen mit Mehrheit, Seydewitz bis zur Klärung des Konflikts mit dem Parteivorstand von seinen Funktionen als Bezirksvorsitzender und Chefredakteur des "Sächsischen Volksblatts" zu suspendieren. In einem Brief an alle Parteimitglieder des Bezirks erklärte der 2. Vorsitzende des Bezirkes Kurt Müller, daß der Bezirk zwar weiterhin die Tolerierungspolitik der Parteiführung ablehne, aber Seydewitz, falls er die Parteispaltung wirklich anstrebe, nicht folgen werde, da dies die Arbeiterbewegung nur schwächen werde: "... wir brauchen keine neuen Parteisekten, die Arbeiterklasse leidet schon genug am Vorhandensein von zwei Arbeiterparteien, sie kann nur leben und ihren Befreiungskampf gewinnen, wenn sie in einer einzigen Partei ihre Kräfte solidarisiert." Das "Sächsische Volksblatt" erklärte am selben Tag, daß keiner im Bezirk Seydewitz beim Projekt einer Parteispaltung folgen werde. Es verwies dabei auf die wiederholten Äußerungen des im Februar 1930 verstorbenen geistigen Führer der SPD-Linken und Reichstagsabgeordneten des Bezirkes Zwickau-Plauen Paul Levi nach der Vereinigung von SPD und USPD 1922: "Mein Bedarf an Spaltungen ist gedeckt!" 469)

In derselben Ausgabe der Zeitung dementierte Seydewitz, daß die Gruppe um die "Fackel" eine Parteispaltung anstrebe. Zugleich kündigte er aber an, daß er sich dem Beschluß vom 22.9. nicht beugen werde, falls er bedeute, daß die "Fackel" und die "Marxistische Büchergemeinde" aufgelöst werden müßten. Wenn es ihm dadurch unmöglich werden sollte, innerhalb der Partei frei für seine Auffassung agitieren zu können, werde er dies in Zukunft an anderer Stelle tun müssen. Damit sprach er offen aus, daß er nicht bereit war, der Aufforderung des Parteiausschusses nachzukommen. 470)

Die andere Parteizeitung des Bezirkes Zwickau-Plauen lehnte den Beschluß des Parteiausschusses ab. Die "Volkszeitung

für das Vogtland" verurteilte die Androhung des Parteiausschlusses, da die "Fackel"-Herausgeber keine Spaltung der Partei wollten, sondern nur "der Parteilinken das selbstverständliche Recht einer ungehinderten Vertretung ihrer freien Meinung vor der Öffentlichkeit wahren wollten." 471)

Am 26.9. spitzte sich der Konflikt in der SPD dramatisch zu. Der Parteivorstand stellte den Leitern der "Freien Verlags-Gesellschaft" Rosenfeld und Seydewitz in einem Brief ein Ultimatum. Die beiden wurden aufgefordert, bis zum 28.9. zu erklären, ob sie bereit seien, sich dem Beschluß des Parteiausschusses zu fügen und die "Freie Verlags-Gesellschaft" aufzulösen. 472)

Am gleichen Tag erklärte der Reichstagsabgeordnete Oettinghaus, einer der Unterzeichner der Erklärung vom 23.9., seinen Übertritt zur KPD. Dies verschlechterte natürlich die Position der Gruppe um die "Fackel". Der "Vorwärts" rief die Unterzeichner der Erklärung vom 23.9. auf, binnen kürzester Frist zu erklären, "ob sie ohne Vorbehalt Sozialdemokraten sein und sich dem Beschluß der Partei fügen wollten", 473) Nachdem Oettinghaus auf einer öffentlichen Kundgebung der KPD dargestellt hatte, daß die Gruppe um die "Fackel" versucht habe, in der SPD eine eigene Organisation aufzubauen, konnte der "Vorwärts" zufrieden feststellen: "Das Vorhandensein sonderbündlerischer Bestrebungen innerhalb der Partei wird nach diesem Zeugnis schon schwerer zu bestreiten sein als bisher." 474)

Die beiden Bezirksleitungen von Zwickau-Plauen und Chemnitz-Erzgebirge unternahmen nun den Versuch die Parteisplaltung in letzter Minute zu verhindern.

Der Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge bekannte sich am 26.9. ausdrücklich dazu, "daß die Einheit der Partei gewahrt und jede Spaltungsabsicht unnachsichtlich bekämpft werden muß.

Die Parteisplaltung wurde mit folgender Begründung abgelehnt, die sich später als berechtigt erweisen sollte:

"Spaltung ist Wahnwitz in einer Zeit, wo der Faschismus in Mitteleuropa zum Schlage ausholt ... Spaltung ist Wahnwitz in einer Zeit, wo über kurz oder lang die ganze Partei in die Opposition getrieben wird. Wo ist die Lebensbasis für eine neue Partei zwischen SPD und KPD, wenn der Klassengegner sein reaktionäres Regiment aufrichtet? Der Weg jeder Sondergruppe muß daher zurück zur Partei oder zur KPD führen, sein Mittelding gibt es nicht." 475)

Er verlangte aber vom Parteivorstand eine Maßnahme, die die Wirksamkeit des Ultimatums an Rosenfeld und Seydewitz aufgehoben hätte und die Möglichkeit eines Kompromisses geschaffen hätte: "Vom Parteivorstand wird die Einsetzung einer Untersuchungskommission gefordert, vor der sich die der Spaltungsarbeit angeklagten Abgeordneten verteidigen können." 476)

Der Bezirksvorstand Zwickau-Plauen hob am 28.9. demonstrativ die Suspendierung Seydewitz' von seinen Funktionen auf und appellierte an die Gruppe um die "Fackel" und an den Parteivorstand, "daß in beiderseitigem Entgegenkommen ein Weg gefunden wird, der geeignet ist, die Differenzen beizulegen und bei weitestgehender Wahrung der Meinungsfreiheit in der Partei die organisatorische Einheit der Partei zu wahren." Die beiden Mitglieder der Bezirksleitung Kurt Müller und Kranz wurden beauftragt, nach Berlin zu reisen und den Parteivorstand zu bitten, mit Seydewitz über einen Kompromiß zu verhandeln. 477)

Der Bezirksvorstand Ostsachsen hingegen billigte durch eigene Maßnahmen gegen Vertreter der radikalen Linken das harte Vorgehen des Parteivorstandes. Am 28.9. schloß er die führenden Vertreter der radikalen Linken in der Parteijugend Fabian, Wagner und Blazewitz wegen der Bildung einer Sonderorganisation aus der Partei aus. Walter Fabian war seit Ende 1928 der Herausgeber einer kleinen parteiinternen Korrespondenz "Sozialistische Information", in der in noch schärferer Form als im "Klassenkampf" die Politik der Parteiführung angegriffen wurde. 478)

Der Vermittlungsversuch von Kurt Müller und Kranz scheiterte. Der Parteivorstand lehnte es ab, mit Rosenfeld und Seydewitz zu verhandeln, solange diese nicht eindeutig erklärt hätten, daß sie sich bedingungslos dem Beschluß des Parteiausschusses vom 22.9. fügen würden. In einem Telefongespräch mit Müller und Kranz weigerte sich Seydewitz am 29.9., dieser Forderung des Parteivorstandes nachzukommen, also die Auflösung der "Freien Verlags-Gesellschaft" und der "Marxistischen Büchergemeinde" zu erklären. 479)

Am 29.9. beschloß der Parteivorstand den Parteiausschluß von Rosenfeld und Seydewitz mit sofortiger Wirkung gemäß § 28 Absatz 5 des Parteistatutes. Begründet wurde dies mit der in einem Brief vom 26.9. an den Parteivorstand dieser beiden Politiker enthaltenen Weigerung, dem Ultimatum nachzugeben. Rosenfeld und Seydewitz hatten in diesem Brief erklärt: "Wenn der Zweck des Beschlusses des Parteiausschusses sein sollte, daß die "Fackel" und die "Marxistische Büchergemeinde" verboten sein sollten, so könnten wir und diesem Beschluß nicht fügen." Damit hätten die beiden, wie schon in der Erklärung der 8 Reichstagsabgeordneten vom 23.9., bestätigt, daß sie nicht zur Auflösung ihrer Sonderorganisation bereit seien. Der Parteiausschluß wurde ausgerechnet mit einem Beschluß des Heidelberger Parteitages 1925 begründet, der vom Unterbezirk Zwickau unter Federführung von Seydewitz eingebracht worden war und gegen die rechte Minderheit in der SPD Sachsens gerichtet war. Er lautete: "Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind verboten." Der Parteivorstand betonte, daß sich diese Maßnahme nicht gegen die Meinungsfreiheit in der Partei, sondern gegen die Bildung von Sonderorganisationen in der Partei richte. Daß er die Meinungsfreiheit respektiere, bewaise u.a. die jahrelange Tolerierung der Herausgabe der Zeitschrift "Klassenkampf" und der Chefredaktion von Seydewitz beim "Sächsischen Volksblatt" 481)

Nach Angaben des Parteivorstandes traf ein Brief des Führers der Österreichischen Sozialdemokratie Otto Bauer erst eine Stunde nach dem Ende der Sitzung am 29.9. ein. Darin erklärte Bauer, unter ausdrücklichem Hinweis darauf, sich nicht in den Parteikonflikt in der SPD einmischen zu wollen, daß ihm der Mitherausgeber des "Klassenkampf" Max Adler mitgeteilt habe, daß Rosenfeld und Seydewitz "den Konflikt sehr gerne beilegen und den Bruch mit der Partei sehr gern vermeiden möchten." 481)

Nach dieser Entscheidung des Parteivorstandes kündigten Rosenfeld und Seydewitz sofort die Einberufung einer Konferenz aller oppositionellen Sozialdemokraten für den 4.10. in Berlin an.

Der "Vorwärts" verurteilte diesen Plan der Gründung einer neuen Partei, der "Partei Rosenfeld-Seydewitz". Es gäbe keine eigenständige Programmatik für eine dritte Partei neben SPD und KPD: "Ein 'sozialistischer Arbeiterparteilerner' kann nur entweder ein verschämter Kommunist oder ein verärrgerter Sozialdemokrat sein. Ist er das erstere, zeigt ihm Oettinghaus den Weg. Ist er das zweite, so gibt es für ihn überhaupt keinen Weg, denn Verärrgerung ist keine Grundlage für die Gründung einer Partei. Die Ursache dieser Verärrgerung, die Unzufriedenheit mit der Taktik der Partei kann sich über Nacht in Zufriedenheit verwandeln, wenn sich die Taktik ändert." diese neue Partei sei ohne Aussicht auf Masseneinfluß, da fast alle sozialdemokratischen Arbeiter in Erinnerung an die Spaltung der Sozialdemokratie 1917-1922 und die damit verbundene Schwächung der Arbeiterbewegung eine erneute Spaltung der Partei ablehnten.

Der "Vorwärts" billigte natürlich den Beschluß des Parteivorstandes und dessen Begründung: "Die Sozialdemokratie hat bisher innere Meinungsfreiheit bis an die Grenzen des Möglichen gewährt. Sie hat rednerische und journalistische Exzesse geduldig ertragen - nicht ertragen hat sie die Heimlichkeit, die Unaufrichtigkeit mit der an ihrer

Sprengung von innen heraus gearbeitet wurde. Es muß für die Minierer selber auch eine Erleichterung sein, daß sie jetzt die Maske ablegen und sich als das zeigen können, was sie sind." 482)

Der Parteivorstand veröffentlichte am 2.10. einen Aufruf an alle Parteimitglieder, in dem er den Plan der Gründung einer neuen Partei verurteilte, den einige "Abtrünnige", ausgerechnet in einer Zeit, da die SPD dem vereinigten Angriff von KDP und NSDAP ausgesetzt sei, unternehmen wollten: "In dieser Zeit, wo wir vor Entscheidungen und Aktionen von geschichtlicher Bedeutung stehen, glauben einige Verblendete in der Sozialdemokratie eine Sonderorganisation für ihr eigenen Bestrebungen errichten zu können. Die Partei hat sie abgeschüttelt. Die Arbeiter haben weder Zeit noch Lust für sektiererische Eigenbröteleien. Wer seine Besserwisseri und Rechthaberei höher stellt als die Notwendigkeit einer einigen Front der Arbeiter gegen den Kapitalismus, der ist nicht berufen, mit den Arbeitern zu kämpfen oder gar sie zu führen." Die Parteimitglieder der SPD müßten auf diesen Spaltungsversuch mit einer Intensivierung der Werbung für die SPD reagieren. Der Aufruf war in einer Sprache formuliert, die an Radikalität kaum zu übertreffen war. Er enthielt Formulierungen wie "Kampf dem internationalen Kapitalismus, dem deutschen Kapitalismus!" und "Gebt der Sozialdemokratie Macht zur Überwindung des kapitalistischen Systems!". Diese der aktuellen Politik der Tolerierung der Regierung Brüning widersprechenden Parolen dienten zum Ziel, Vertreter des linken Flügels in der Partei zu behalten. 483)

Schnell zeigte sich, daß ein großer Teil der Parteilinken dem Projekt der Gründung einer neuen Partei völlig ablehnend gegenüberstand.

Der Repräsentant der gemäßigten Linken, die schon dem Disziplinbruch der neun Reichstagsabgeordneten verurteilt hatte und auf dem Leipziger Parteitag den Kurs des Parteivorstandes gebilligt hatte, mißbilligte mit ähnlichen Argumenten wie der Parteivorstand den Plan der Parteigründung.

Beispielhaft dafür war der Beschluß des Bezirksvorstandes der SPD Berlin am 29.9.: "Feinde ringsum! Das ist die Situation für die deutsche Sozialdemokratie. Wie ein Fels im brandenden Meer steht die Partei eines August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Der Haß vereint Faschisten und Bolschewisten im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Mehr als je ist die Geschlossenheit und Einheit der Partei die erste Voraussetzung jeder ersprießlichen aktiven Betätigung. Im Kampf für die Partei und Arbeiterklasse gilt strengste Disziplin. Haben die verantwortlichen, von den Mitgliedern gewählten Instanzen gesprochen, dann war es bisher eine der besten Tugenden sozialdemokratischer Arbeiter, die Beschlüsse der Mehrheit zu achten und durchzuführen. Die Demokratie gibt allen Mitgliedern Rechte, aber verpflichtet zugleich. Darum muß in dieser Zeit schwerster Kämpfe, bei größter Freiheit der Meinungen, jede Eigenbrötelei unterbleiben, wie sie in letzter Zeit immer mehr auswuchs zu einer Organisation in der Organisation. Haltet der Partei in schwerster Zeit die Treue! Kämpft und arbeitet für die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die die Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse bildet." 484)

Eine Sitzung der Abteilungsvorsitzenden (Ortsvereinsvorsitzenden) der Berliner SPD billigte am 2.10. bei nur einer Enthaltung ohne Gegenstimme diesen Beschluß. 485) Ausdrücklich begrüßt wurde die Entscheidung des Parteivorstandes, Rosenfeld und Seydewitz aus der Partei auszuschließen, von dem Bezirksvorstand der SPD Ostsachsen. 486)

Aber nicht nur die gemäßigte Linke verurteilte den Plan einer Parteigründung, sondern auch große Teile der radikalen Linken lehnten die Spaltung der SPD ab. Selbst in den Hochburgen der radikalen Linken Zwickau-Plauen und Chemnitz-Erzgebirge fanden Rosenfeld und Seydewitz nur wenig Unterstützung.

Der Bezirksvorstand Zwickau-Plauen beschloß nach der Entscheidung des Parteivorstandes: "Mögen wir damit der

Politik der Partei zufrieden sein oder nicht, mögen wir den Ausschluß als eine unerträglich harte Maßnahme ansehen oder nicht, ... wir bleiben in der Partei ...". 487) Auch der Heimatortsverein von Seydewitz Zwickau beschloß mit 282 zu 244 Stimmen, sich nicht an die neue Partei anzuschließen, sondern in der SPD zu bleiben. Das "Sächsische Volksblatt" in Zwickau warf nunmehr seinen ehemaligen Chefredakteur Seydewitz vor, er habe u.a. durch "Rundschreiben und Sonderbesprechungen mit ihm nahestehenden Genossen aus allen möglichen Orten" die Parteispaltung "bis zur letzten Minute planmäßig vorbereitet". Daher treffe ihn und nicht den Parteivorstand die Alleinschuld an der Parteispaltung. 488)

Auch der Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge forderte die Mitglieder des Bezirkes auf, weiterhin der SPD mitzuarbeiten. Der Bezirksvorsitzende Böchel, der bis zur Gründung der "Fackel" eng mit Seydewitz zusammengearbeitet hatte, plädierte in einem Artikel in der "Chemnitzer Volksstimme" für die Fortführung des Widerstandes gegen die Tolerierungspolitik in der SPD. Er warf der Gruppe um Seydewitz und Rosenfeld vor, "von einem bestimmten Zeitpunkt an mit vollstem Bewußtsein diesen Weg (der Parteispaltung -E.W.) gegangen" zu sein. Die Tatsache, daß führende Vertreter der Linken wie Aufhäuser, Löwenstein, Graf und Jenssen den Kurs der Gefährdung der Parteieinheit ablehnten, zeige die "zunehmende Vereinsamung der Gruppe Seydewitz", die zunehmend an die "Peripherie" der Parteilinken geraten sei. Die grundlegende Differenz zwischen der Mehrheit der Parteilinken und der Gruppe um die "Fackel" stellte er so dar: "Entweder glaubt man noch an die Partei als Instrument des Klassenkampfes, dann muß man mit allen Kräften um die Durchsetzung der Idee der Opposition innerhalb der Partei ringen, oder aber man verzweifelt an dieser Aufgabe und glaubt nicht mehr an eine Umstellung der Partei, dann muß man als ehrlicher Mensch die Konsequenzen ziehen und die Partei verlassen." Der äußerte die Überzeugung, daß innerhalb der SPD sich wegen der Ver-

schärfung der Wirtschaftskrise und der Klassengegensätze bald der Kurs der Parteiopposition durchsetzen werde. Es sei "So unmarxistisch wie nur möglich" zu glauben, der Parteiapparat der SPD könne der Linkswendung der Masse der Mitglieder erfolgreich Widerstand leisten. Gerade angesichts dieser Perspektive sei das Vorhaben von Rosenfeld und Seydewitz nur der "Verzweiflungsakt einer kleinen Gruppe, die sich neben Ledebour (Sozialistischer Bund -E.W.), Th. Liebknecht (USPD -E.W.) und den anderen Sektierern im Sand der Hoffnungslosigkeit verlieren wird." Die neue Partei werde sich wegen der Einheitsfront des Bürgertums und der bald unvermeidlichen Opposition der SPD gegen diese Gruppierung von den Liberalen bis zu den Faschisten nicht mehr von der SPD abgrenzen können und daher scheitern. 489) Wie der "Vorwärts" ging er also nicht von der Existenz eines prinzipiellen Gegensatzes in programmatischer Hinsicht aus, sondern nur von einem Konflikt um die taktische Frage der Tolerierung der Regierung Brüning.

Die Bezirksleitung von Zwickau-Plauen ging mit administrativen Maßnahmen gegen die zunächst in der SPD verbleibenden Anhänger von Seydewitz vor. Am 30.9. wurden von ihr die beiden Redakteure der "Volkszeitung für das Vogtland" in Plauen Zweiling und Haak von ihren Ämtern suspendiert und, nachdem sie sich weigerten, sich von Seydewitz zu distanzieren, am 1.10. aus der Partei ausgeschlossen. 490)

Von den größeren Parteiorganisationen der SPD erklärten sich nur die Ortsvereine Breslau und Frankfurt am Mai mit Rosenfeld und Seydewitz solidarisch. Der Ortsvorstand Breslau warnte am 28.9. noch den Parteivorstand vor einem Parteiausschluß der beiden. Am Abend des 29.9. beschloß eine Versammlung der "Arbeitsgemeinschaft junger Sozialisten und der sozialistischen Schüler und Studenten" des Ortsvereins Breslau, eine Nachfolgeorganisation der vom Leipziger Parteitag aufgelösten Jungsozialisten, nach einem Referat des SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Eckstein, in der er die Posi-

tion von Rosenfeld und Seydewitz verteidigte: "Die proletarische Jugend Breslaus verurteilt die Tat des Parteivorstandes, der damit die Sozialdemokratische Partei spaltet und gelobt, treu zu Rosenfeld und Seydewitz zu stehen." Auch die Mehrheit des Ortsvereins-Vorstandes der SPD Breslau teilte die Meinung Ecksteins. 491) Der Bezirksvorstand der SPD Mittelschlesien suspendierte am 30.9. daher Eckstein und den Sekretär des Ortsvereins Rausch von ihren Ämtern. Am 2.10. wurden diese beiden und der Breslauer SPD-Reichstagsabgeordnete Ziegler aus der SPD ausgeschlossen. 492)

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Frankfurt am Main beschloß am 30.9. nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Portune mit großer Mehrheit den Beschluß des Parteiausschusses vom 22.9. und den des Parteivorstandes vom 29.9. zu verurteilen: "Die Versammlung hat mit der größten Besorgnis Kenntnis genommen von den Beschlüssen des Parteiausschusses und den Maßnahmen des Parteivorstandes. Sie erblickt hierin eine schwere Gefährdung der Einheit und Geschlossenheit der Partei und verlangt mit Entschiedenheit, daß diese Maßnahmen zurückgenommen werden. Geschieht dies nicht, so fällt die volle Verantwortung auf den Vorstand. Die Versammlung erblickt in dem Verhalten der Ausgeschlossenen nichts Parteischädigendes. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die heute notwendiger denn je ist, wird gestärkt durch eine Änderung der Politik gegenüber dem Reichskanzler Brüning und ferner durch eine Wiederherstellung der Meinungsfreiheit innerhalb der Partei." 493) Der Parteivorstand reagierte auf diesen Beschluß am 2.10. mit dem Parteiausschluß von Portune. 494)

Sofort nach ihrem Parteiausschluß kündigten Seydewitz und Rosenfeld die Gründung einer neuen Partei an. In der "Packel" vom 2.10. gaben sie dem Parteivorstand die Alleinschuld an der bevorstehenden Parteispaltung und leugneten weiterhin, auf eine Zerstörung der Parteieinheit hingearbeitet zu haben: "Wir hatten keinerlei Parteispaltungsabsichten, wir haben die Einheit der Partei gewahrt, wir haben

aber keinerlei Absicht durch das Ausschlußdiktat des Parteivorstandes Zehntausende unserer Anhänger ins große Heer der Indifferenten treiben zu lassen." Zum Projekt einer neuen Partei notierten sie: "Mag die Guillotine des Apparates arbeiten. Unsere Köpfe rollen. Aber sie rollen nicht in den Sand. Sie denken und arbeiten weiter für die Schaffung einer revolutionären Klassenpartei, die die Grundlage bilden wird für die Einheit der Arbeiterklasse." 495)

Seydewitz warf in der Ausgabe des "Klassenkampf" vom 1.10. dem Parteivorstand vor, die "Sonderbündelei" nur als Vorwand verwendet zu haben, um sich der entschiedensten Gegner der Tolerierungspolitik zu entledigen: "Die Ausschlußgründe sind so dürftig und für jeden gesunden Menschenverstand in ihrer Unsinnigkeit durchsichtig, daß wir und alle unsere Gesinnungsfreunde wissen: die Ausschlußgründe sind nur vorgeschobene Gründe, um die wirklichen Gründe und Absichten zu verdecken. Die Führer einer durch die Tatsachen als bankrott erwiesenen Politik wehren sich gegen die Kritik und gegen den Kurswechsel in ihrer Politik, indem sie die Wortführer der Kritik aus der Partei hinausdrängen. Sie wollen die Kirchhofsruhe: sie opfern einer längst als falsch und verhängnisvoll erkannten Politik die Einheit und die Demokratie der Partei." 496) Der Versuch der Parteiführung durch die Anwendung von "Terror gegen alle oppositionellen Regungen in der Partei" 497) ihren Kurs der Tolerierung fortzusetzen, sei zum Scheitern verurteilt. Ihr werde es nicht gelingen, "ihre Anhänger zum zweiten Male (nach 1914-1918 -E.W.) an die verruchte Katastrophenpolitik des Bürgertums zu ketten." 498) Die Mehrheit der Arbeiterklasse werde schnell erkennen, daß die Überwindung des Kapitalismus eine "Tagesaufgabe unserer Generation" sei und Deutschland am "Vorabend einer (sozialistischen -E.W.) Revolution stehe." 499)

In seiner 1975 erschienen Autobiographie weist Seydewitz weiterhin die Berechtigung des Parteiausschlusses von

Rosenfeld und ihm selbst zurück. Der Parteivorstand habe den Parteiausschluß zwar "einzig und allein mit den von ihm zu Irreführung der Genossen erfundenen sonderbündlerischen Bestrebungen" begründet, aber der wahre Grund sei nur das Ziel gewesen, die Wortführer der Gegner der Tolerierungspolitik aus der Partei zu drängen, die nicht zur Kapitulation vor dieser verhängnisvollen Strategie bereit gewesen seien. 500)

4.9. Die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD am 4.10.1931)

In der "Fackel" vom 2.10. veröffentlichten Rosenfeld und Seydewitz einen Aufruf zur Abhaltung einer Reichskonferenz aller oppositionellen Mitglieder der SPD am 4.10. in Berlin: "Auf dieser Reichskonferenz, an der sozialdemokratische Gesinnungsfreunde aus allen Bezirken des Reiches teilnehmen, soll beschlossen werden, was nach dem Ausschluß der Genossen Rosenfeld und Seydewitz zu geschehen hat."

Am 2.10. wurde auf einer von Ecksteineinberufenen Versammlung seiner Anhänger in der SPD Breslau nach Referaten von ihm selbst, Ziegler und Seydewitz die erste Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands gegründet. Von den 34 Stadtverordneten der Breslauer SPD schlossen sich 16 der SAPD an. 501)

Am 4.10.1931 fand die Reichskonferenz statt, auf der sich die SAPD konstituierte. An ihr nahmen 88 Delegierte aus 25 der 33 Parteibezirke der SPD teil. 502)

Seydewitz rechtfertigte in dem Hauptreferat der Konferenz die Gründung der "Fackel" mit dem zunehmenden Druck der vom Parteivorstand geleiteten "Konzentrations-AG" auf die linken Parteizeitungen, ihre Kritik an der Tolerierungspolitik abzuschwächen bzw. zu beenden. Der Parteivorstand habe die angebliche Existenz einer Sonderorganisation nur zum Vorwand genommen, um die konsequenten Kritiker der Tolerierungspolitik aus der SPD zu drängen. Er bedauere daher, daß der Bruch in der Partei nun scheinbar durch eine rein organisatorische Frage entstanden sei und nicht durch eine inhaltliche Debatte über die Stellung der Partei zur letzten Notverordnung Brünnings bei dem unmittelbar bevorstehenden Wiederzusammentritt des Reichstages. Nach einem Referat Zweilings verabschiedete die Reichskonferenz einstimmig ein "Provisorische Aktionsprogramm" der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. 503) Auf der Grundlage

der Prognose, daß die Wirtschaftskrise im Rahmen des Kapitalismus nicht mehr überwindbar sein würde, wurde darin die Schlußfolgerung gezogen: "Der Sozialismus wird zur Tagesaufgabe unserer Zeit." Das Programm versuchte sich gleichermaßen von der SPD und der KPD abzugrenzen. An der Strategie der KPD wurde die "Revolutionsspielerei", die "Putschtaktik", die "Spaltungspolitik in den Gewerkschaften", die "Politik der Unehrllichkeit" in der Frage der Einheitsfront der Arbeiterklasse und ihr "diktatorisch-zentralistischer Organisationsapparat" kritisiert. Der SPD wurde vorgeworfen, daß ihre Tolerierungspolitik objektiv betrachtet "nur der herrschenden Klasse zur Kulisse dient." Im Absatz über die Eroberung der Staatsmacht übernahm es fast wörtlich die Formulierungen des Linzer Programms der österreichischen Sozialdemokratie. Könne die Arbeiterklasse auf demokratischem Weg die politische Macht erobern, werde sie mit demokratischen Mitteln regieren, müsse die Macht aber in einem Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie erobert werden, werde sie mit den Mitteln der proletarischen Diktatur ausgeübt werden.

Nach einem Referat Zieglers wurde in einer Resolution zur Gewerkschaftsfrage gefordert, daß die freien Gewerkschaften den "Niedergangsprozeß" des Kapitalismus durch eine kontinuierliche Steigerung der gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen bis zum "Entscheidungskampf um den Sozialismus" beschleunigen müßten. Die Gewerkschaftspolitik der KPD, die Bildung der "Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" wurde ausdrücklich verurteilt, da die Gewerkschaftseinheit unverzichtbar sei.

Das Organisationsstatut der neuen Partei, das Eckstein erläuterte, wurde einstimmig beschlossen. Es enthielt fast alle Forderungen, die die Linke in der SPD seit Gründung der VSPD 1922 vergeblich versucht hatte durchzusetzen, wie z.B.: Die Wahl aller Reichsparteitagsdelegierten, also die Verweigerung eines ex-officio-Stimmrechtes der Mitglieder der zentralen Parteinstanzen, die Verankerung des Rechtes von Minderheiten, sich in der Parteipresse äußern zu

können, das Verbot des Eingriffes des Parteivorstandes in die Angelegenheiten der lokalen Parteizeitungen, und die Wahl der festbesoldeten Parteifunktionäre durch die Parteigliederungen, in denen sie wirkten, für die Dauer eines Jahres bei der Möglichkeit der Wiederwahl.

Die SAPD verstand sich selbst zunächst eindeutig als linkssozialdemokratische Partei. Im "Provisorischen Aktionsprogramm" bezeichnete sie sich selbst als Verkörperung "der besten Traditionen der Vorkriegs-Sozialdemokratie". In einer Resolution erklärte sie ihre Absicht, als Mitglied in die Sozialistische Arbeiter-Internationale, dem Zusammenschluß aller sozialdemokratischen Parteien, beizutreten.

Die Reichskonferenz wählte Rosenfeld, Seydewitz und Ströbel zu gleichberechtigten Parteivorsitzenden. Weitere Mitglieder des Parteivorstandes wurden Portune, Eckstein, Zweiling und Düby.

Die Parteiführung der SPD verfolgte die Strategie, die neue Partei soweit wie möglich totzuschweigen, und ihre Programmatik fehlzuinterpretieren. Der "Vorwärts" berichtete unter der Überschrift "Kläglicher Auftakt der neuen Partei" über die Reichskonferenz der SAPD nur in einer Kurzmeldung auf der letzten Seite. Zum Inhalt der Hauptreferate, des Programms, des Statuts und der Resolutionen macht er keine Angaben. 504)

In der vom Parteivorstand der SPD Anfang Oktober 1931 herausgegebenen Broschüre "Gegen die Parteisplaltung" wurde auf die Inhalte der Programmatik der SAPD kaum eingegangen. Die These von Seydewitz, daß die Arbeiterklasse eine faschistische Machtübernahme notfalls mit den Mitteln einer proletarischen Diktatur verhindern müsse, wurde so fehlinterpretiert: "Sie selbst beklagen sich über die Diktatur des Parteivorstandes, stellen aber in Aussicht, in ihrer neuen Partei die Diktatur in Anwendung zu bringen." Die Ablehnung der Gewerkschaftssplaltung wurde so mißdeutet: "Besteht in dieser neuen Partei schon bei ihrer Gründung die Befürchtung einer weiteren Splaltung?" 505)

Decker bestritt wegen der Tatsache, daß nur ein Teil der radikalen Linken sich der SAPD anschloß sogar, daß eine Spaltung der SPD stattgefunden habe: "Zur Spaltung der Partei ist es auch nicht gekommen Mit dem Ausscheiden von Rosenfeld, Seydewitz und anderen ist die Opposition aus der Partei nicht verschwunden." Nicht die Partei, die Opposition hat sich gespalten" - mit diesem verzweifelten Ruf eines Redners auf einer Versammlung der Arbeiterjugend ist die Situation richtig gekennzeichnet worden. 506) "Nur eine kleine isolierte Minderheit der Parteiopposition sei zur SAPD gegangen. Decker stellte die These auf, daß nicht der Streit um die Fortsetzung der Tolerierungspolitik die eigentliche Ursache der Abspaltung sei, denn der Konflikt um die Stellung zum bestehenden Staat und den Mittelparteien sei schon viel älter als die Tolerierung. Zudem habe es Tendenzen zur Bildung einer Sonderorganisation durch die Gruppe um Seydewitz und Rosenfeld schon längere Zeit gegeben: "Die Spaltungstendenzen sind noch in der Zeit vor den Septemberwahlen entstanden, als von Tolerierung noch keine Rede war." 507) Der neuen Partei gab Decker keine Chance, da eine "Zwischenpartei" 508) zwischen SPD und KPD keine Basis in der Arbeiterschaft habe. Ein Teil der SAPD-Mitglieder werde später zur KPD gehen oder sich resigniert aus der Politik zurückziehen.

Laumann sah in der Abspaltung eines Teils seiner bisherigen Mitstreiter von der SPD "keine marxistische Tat, sondern eine reformistische Verzweiflungslösung" derjenigen, die im Kampf um eine Veränderung des Kurses der SPD von innen heraus resigniert hätten. 509)

Max Adler hingegen verurteilte im "Klassenkampf" den "brutalen Hinauswurf der Seydewitz-Rosenfeld-Gruppe" aus der SPD. 510) Ebenso kritisch stand er der Rechtfertigung dieser Aktion durch den Großteil der von der SPD-Linken kontrollierten Parteipresse, die in einer "üblen Beflissenheit" das Verhalten des Parteivorstandes verteidigte.

Max Adler warf der SPD-Parteiführung vor, im Gegensatz zu ihren offiziellen Erklärungen, Rosenfeld und Seydewitz nur wegen ihrer politischen Gesinnung aus der Partei ausgeschlossen zu haben. Ziel dieser Aktion sei es gewesen, die Führer der Linksopposition aus der Partei zu drängen. Max Adler bestritt, daß die Gruppe um Rosenfeld und Seydewitz systematisch auf eine Parteispaltung hingearbeitet habe. Ihre Absicht sei es immer gewesen, in der SPD die Mehrheit zu erringen: "Der Linken kam es doch eben nicht auf Absplittierung von der Partei an, sondern auf Umstimmung der Massen in der Partei und Eroberung der Parteimajorität." 511)

Diesem Ziel diene der Ausbau des Propagandaapparates der Linken in der Partei durch die Gründung der "Marxistischen Büchergemeinde" und der Wochenzeitschrift "Die Fackel" und die Vermittlung von Referenten für Parteiversammlungen. Die Parteiführung gestehe zwar der Minderheit das Recht auf ihre Meinung zu, wolle aber verhindern, daß diese Meinung effektiv in der Partei durch Publikationsorgane und Referenten verbreite. Diese Position schilderte Max Adler so: "Meinungsfreiheit - ja, Bekämpfung der herrschenden Parteipolitik - ja, aber dies alles nur so lange, als nichts getan wird, um diese Meinungsfreiheit und Bekämpfung wirksam zu machen. Sobald man darangeht, für diesen Standpunkt Anhänger in der Partei zu sammeln und sie zu einer geschlossenen kampffähigen Parteirichtung zu machen, dann ist das -Parteischädigung. Sieht man hier nicht sofort, daß diese Anschauung kurz gesagt nichts anderes bedeutet, als daß Meinungsfreiheit nur so lange zulässig ist, als sie die herrschende Meinung nicht bedroht." 512)

Dem Parteivorstand der SPD halte also nur die "Kritik am Biertisch oder in theoretischer Vereinzelung" zulässig und betrachte die Kritik, "sobald sie die Mittel und Wege zur Massenwirkung wählt" als parteischädigend. 513)

Max Adler kam zu dem Schluß, daß die Einheit der Partei nicht von Rosenfeld und Seydewitz aufgegeben worden sei,

sondern vom Parteivorstand, der nicht bereit gewesen sei, eine organisierte Opposition in der SPD zu dulden. Er hielt eine organisierte Opposition in einer Sozialdemokratischen Partei dann für legitim, wenn diese Organisation nur der Propaganda der eigenen Meinung in der Partei diene, sich im Rahmen des Parteiprogramms bewege und den organisatorischen Bestand der Partei nicht angreife. Alle diese Bedingungen habe die Gruppe um die "Fackel" erfüllt. 514)

Der SAPD gelang es nicht, größere Mitgliedermassen der SPD für sich zu gewinnen. 515) Im März 1932 hatte die SAPD 25000 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder der SPD sank im Jahre 1931 nur von 1.037.384 auf 1.008.953, also um rund 28.000 Mitglieder. 516) Größere Einbrüche erlitt die SPD nur in den Bezirken Zwickau-Plauen, in dem sie 1/4 ihrer Mitglieder verlor, und in Breslau, in dem sie 1/5 aller Mitglieder einbüßte. Größere Übertritte zur SAPD gab es daneben nur in den Bezirken Chemnitz-Erzgebirge, Leipzig, Thüringen, Ostsachsen, Berlin, Hessen-Nassau und Niederrhein, also den Hochburgen der Parteilinken, und in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend.

Die SAPD konnte daher nicht einen größeren Organisationsapparat aufbauen. Im März 1932 hatte sie nur 2 Tageszeitungen und 6 Wochenzeitungen. Bei den Wahlen erreichte sie nur Stimmenanteile zwischen 0,2 und 1,5 %. Sie blieb, obwohl sich ihr kleinere politische Gruppe wie die USPD, der ISK, der Sozialistische Bund und ein Teil der KPD-Opposition anschlossen, eine politische Sekte, erlitt also das Schicksal, das ihr vorausgesagt wurde.

Auf nähere Ursachen dieses Scheiterns der SAPD einzugehen, ist nicht Aufgabe dieser Arbeit. 517) Es zeigte sich, daß in dieser Phase angesichts der Gefahr des Faschismus die Überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft keine Notwendigkeit der weiteren Zersplitterung der Arbeiterbewegung sah und daher weiterhin der SPD oder der KPD ihr Vertrauen schenkte.

4.10. Die entscheidende Schwächung der SPD-Linken als Folge der Bildung der SAPD

Die in der SPD bleibenden Linken hielten daran fest, um eine Formulierung Bieligs zu verwenden, "innerhalb der Sozialdemokratie die Revolutionierung des Bewußtseins der Massen zu betreiben ...". 518)

Sie versuchten zunächst, den "Klassenkampf" als ihr Organ zu benutzen. In einem Brief an den Leiter der E. Laub-schen Verlagsbuchhandlung appellierten sie an ihn, den in seinem Verlag erscheinenden "Klassenkampf" nicht an die SAPD fallen zu lassen, sondern ihn zu einem geistigen Zentrum für die "Herausarbeitung einer marxistischen Klassenpolitik" in der SPD zu machen. Zu den Unterzeichnern dieses Briefes gehörten zahlreiche Führer der gemäßigten und der radikalen SPD-Linken und bisherige Mitarbeiter des "Klassenkampf", darunter waren die Reichstagsabgeordneten Bergholz, Fleißner, Graf, Henke, Kuhnt, Löwenstein und Wurm, der Bezirksvorsitzende von Chemnitz-Erzgebirge Böchel, die Redakteure von Parteizeitungen Bieligs, Düwell, Fuchs, Kretzen und Petrich, führende Vertreter der Parteijugend wie Groß, Lepinski, Reventlow und Zorn, die AfA-Bund-Funktionäre Croner und Fraenkel, sowie die in der politischen Bildungsarbeit wirkenden Hermberg, Gurland und Jenssen. 519)

In einem Rechtsstreit wurde jedoch entschieden, daß das Recht am Titel "Klassenkampf" den Herausgebern, Adler, Rosenfeld, Seydewitz und Ströbel zustand und nicht dem Verlag.

Die in der SPD verbliebene Linke gründete am 8.11.1931 eine eigene Zeitschrift mit dem Titel "Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft", deren Redakteur Arkadij Gurland wurde. Nach Angaben Bieligs wurde sie wesentlich mit Hilfe des Vorsitzenden des AfA-Bundes Aufhäuser finanziert. Sie erschien bis zum 15.6.1932, an dem sie wahrscheinlich wegen Finanzproblemen ihr Erscheinen einstellte. 520)

Eine programmatische Positionsbestimmung der Parteilinken in der SPD versuchte Gurland in der ersten Ausgabe dieser neuen Zeitschrift mit dem Aufsatz "Unser Weg", der an die Broschüre Levis erinnern sollte. 521)

Ziel der Linken in der SPD bleibe die auf der marxistischen Theorie beruhende geistige Beeinflussung der Arbeiterschaft und ihre Aktivierung im Sinne des Sozialismus. Gurland hielt daran fest, daß mit Hilfe einer von der Linken zu verändernden SPD eine Linkswendung der Arbeiterschaft ausgedrückt und zugleich auch bewirkt werden könnte: "Auf dem Boden der Marxschen Auffassung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, sehen wir als Voraussetzung jeder proletarischen Bewegung die Selbstbestimmung der Arbeiterklasse über Ziel, Weg und Methode ihrer Kämpfe an. Wir sehen diese Selbstbestimmung nur gewährleistet in einer Organisation, die die Organisation der Gesamtbewegung sein will und alle Strömungen und Richtungen des Sozialismus auf der Basis demokratischer Entscheidung und Unterordnung der Minderheit in ihren Reihen duldet.

Nur der Sozialdemokratie liegt dieser marxistische Grundsatz des Selbstbestimmungsrecht der Arbeitermasse zugrunde, nur die Sozialdemokratie erhebt sich auf dem Fundament, auf dem die organisatorische Einheit des Proletariats möglich ist." Der demokratische Organisationsaufbau der SPD dürfe aber nicht durch "das automatische Walten eines bürokratisch aufgebauten Organisationsapparates" gefährdet werden. Gurland begründete also die weitere Mitarbeiter in der SPD mit dem Axiom, daß sie die einzige demokratisch aufgebaute Arbeiterpartei sei.

Gurland grenzte sich vom Reformismus der Parteimehrheit der SPD wie vom Ultraradikalismus der KPD ab: "Zwei Extreme beeinflussen heute entscheidend den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse: der dem Tageskampf des Proletariats abholde Kommunismus auf der

einen, der das revolutionäre Ziel der klassenlosen Gesellschaft nur zu häufig aus den Augen verlierende Reformismus auf der anderen Seite. Den Massen, die den kommunistischen und reformistischen Illusionen erliegen, den Weg zu weisen zu einer illusionsfreien, wirklichkeitsnahen Politik, wird die Aufgabe der "Marxistischen Tribüne" sein. Gurland verurteilte die innerparteiliche Opposition der Gruppe um die "Fackel" als abschreckendes Beispiel, denn eine Opposition in der Partei dürfe sich nicht "in selbstmörderischem Bruderkrieg um irgendeinen Apparat, um irgendeinen organisatorischen Zufallsieg einen die Kraft der Partei schmälern- den Krach" entfalten. Eine geistig rege innerparteiliche Opposition habe es nicht nötig, sich in der Partei abzukapseln: "Eine solche Opposition entsteht nicht aus der 'Reinheit' der Idee irgendwelcher sich selbst isolierender Richtungsgruppierungen. Sie kann nur werden und die Massen erfassen in dauernder gegenseitiger Beeinflussung, in lebendiger Auseinandersetzung, in geistigem Ringen." Der Kreis um die "Marxistische Tribüne" habe nicht die Absicht, eine "richtungsmäßig abgekapselte Opposition" zu bilden und trete daher nicht mit einem "wunderbar ausgeklügelten und zurechtkonstruierten fertigen Programm" an.

In einer zusammen mit Leunary verfaßten Broschüre "Wider die Parteispaltung" setzte sich Gurland mit der Gruppe um die "Fackel" auseinander, die bewußt den Bruch der Parteeinheit angestrebt habe. Selbstkritisch gestand er ein, daß die SPD-Linke sich bisher zu sehr mit der negativen Kritik an der Politik der Parteiführung beschäftigt habe, anstatt positive Alternativen dazu zu entwickeln. 522)

Böchel vertrat in der ersten Ausgabe der "Marxistischen Tribüne für Politik und Wirtschaft" die These, daß wegen der zu erwartenden Verschärfung der Wirtschaftskrise die SPD bald zu einer Beendigung der Tolerierungspolitik gezwungen werden würde. Die Behauptung der SAPD, die Parteiführung werde mit Hilfe ihrer großen Macht jede Linkswendung

der SPD durch die administrative Unterdrückung jeder innerparteilichen Opposition verhindern können, wies er als völlig falsch zurück. Diese These könne nur von "skrupellosen Demagogen" aufgestellt werden. In einer demokratisch aufgebauten Partei, wie der SPD, sei es undenkbar, daß der Wunsch der Masse der Parteimitglieder von der Parteiführung abgeblockt werde: "denn die proletarischen Massen in der Sozialdemokratie werden den Weg gehen, den ihr Klasseninteresse ihnen vorschreibt, und die Führerschaft wird, ob sie will oder nicht, diesen Weg mitgehen müssen, denn sie ist ein Teil einer demokratischen Partei." 523)

Durch den Übertritt von ca. 25.000 Parteimitgliedern zur SAPD wurde die Linke in der SPD entscheidend geschwächt. Bielig mußte dies in dem neuen Organ der Linken offen zugeben: "Wie jede Abspaltung vom radikalen Flügel hat auch die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei die Parteimehrheit gestärkt und damit das Gegenteil dessen erreicht, was als Zweck der Parteigründung angegeben worden war. Die Linke in der Partei ist zahlenmäßig und an Einfluß bedeutend geschwächt; die Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben noch schwerer gemacht." 524)

Die in der SPD verbliebenen Linken wurden von der Parteiführung schonend behandelt, um eine weitere Abwanderung zur SAPD zu verhindern. Der Redakteur des "Freien Wort" Heilmann, der nie etwas positives über den "Klassenkampf" geschrieben hatte, empfahl den Parteimitgliedern die Lektüre der ersten Ausgabe der "Marxistischen Tribune", die ein "Hilfsmittel der Aufklärung" darstelle. 525)

Die SAPD hatten für ihre in der SPD verbliebenen ehemaligen Kampfgefährten nur noch Verachtung übrig. Den Artikel Heilmanns nahm die Redaktion des "Klassenkampf" zum Anlaß, die SPD-Linke scharf zu kritisieren: "die einstige Opposition, soweit sie in der Partei verblieben ist, hat das politische Rückgrat verloren, und ist mit fliegenden Fahnen in die Heilmann-Front eingeschwenkt. Der wohlverdiente Lohn ist

nicht ausgeblieben: Heilmann würdigt sie voller Anerkennungsworte und auch der "Vorwärts", der jahrelang von der Existenz des "Klassenkampf" keine Notiz genommen hat, kündigt jetzt die neue Zeitschrift ebenso wie die partei-offiziellen getreulich an. Ein schöner Erfolg für die Kapitulant^{en}." 526)

Auf die weitere Entwicklung der SPD-Linken kann hier nicht eingegangen werden, da der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit mit der Gründung der SAPD endet.

Einer ihrer Führer, Bieligk, war später der Meinung, daß mit der Gründung der SAPD der Einfluß der Linken in der SPD auf ein Minimum geschrumpft sei und die Parteiführung wegen der Schwächung der Linken auf sie keine Rücksicht mehr habe nehmen müssen. Die Bildung der SAPD führte nach Ansicht Bieligks zur Zerschlagung einer starken Linken in der SPD, raubte ihr die meisten Parteizeitungen "... und machte sie politisch gänzlich ohnmächtig." 517)

TEIL 3

SCHLUSS

1. Darstellung vorhandener Positionen zur Bewertung der Rolle der SPD-Linken in der Weimarer Republik

In der vorhandenen Literatur zur Entwicklung der SPD in der Weimarer Republik wird die Rolle des linken SPD-Flügels sehr unterschiedlich bewertet. Die Grundlage der Einschätzung der Funktion der SPD-Linken im politischen System der Weimarer Republik ist meist der eigene politische Standort der Autoren.

Es lassen sich vier ideologische Positionen der Bewertung der SPD-Linken in dieser Periode unterscheiden: Die liberal-konservative, die sozialdemokratische, die linkssozialistische und die marxistisch-leninistische. Sie werden im folgenden Teil kurz dargestellt.

Liberalen und konservativen Autoren werfen der SPD-Linken vor, durch ihr Festhalten am Klassenkampfkonzept die Integration der SPD in den Weimarer Staat beeinträchtigt und die Entwicklung der SPD von der Arbeiterpartei zur Volkspartei verhindert zu haben.

Typisch für diese Position ist folgende Charakterisierung der Rolle der SPD-Linken, die Gustaf Adolf Caspar in seinem Buch "Die Sozialdemokratische Partei und das Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik" gibt: "Der linke Parteiflügel der SPD unterschied sich in seiner Zielsetzung von der kommunistischen Partei und von den bolschewistischen Weltrevolutionsplänen nur dadurch, daß er nicht von Moskau aus gelenkt wurde. In Fortsetzung der Politik Rosa Luxemburgs stand man in grundsätzlicher Opposition gegen den bestehenden demokratischen Staat." 1) Er wirft der Parteiführung der SPD vor, aus Angst vor einer Parteispaltung die "staatsfeindliche Haltung des linken Flügels" nicht entschieden genug bekämpft zu haben. Nach seiner Meinung habe die Parteiführung immer versucht, eine vermittelnde Stellung zwischen dem betont linken Flügel und dem betont reformerischen Flügel einzunehmen, um die Parteeinheit zu erhalten: "Der linke Flügel, der auf revolutionärem Wege den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung erstrebte, konnte sich in der Partei genau so wenig durchsetzen, wie diejenigen,

die sozialdemokratische Erfolge allein durch eine auf Reformen gerichtete, positive Mitarbeit im Staate für möglich hielten. Noch war die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung das Endziel der SPD, das Parteizentrum wagte sich deshalb nicht gänzlich von den revolutionären Traditionen der sozialistischen Bewegung zu trennen und sich auf eine ausgesprochene Reformpolitik einzustellen. Daraus erklärt sich die weitgehende Rücksichtnahme der Partei auf ihren linken Flügel." 2) Caspar kritisiert also den fehlenden Willen der Parteiführung, die Linke aus der Partei auszuschließen und sich in eine sozialliberale Reformpartei umzuwandeln, die den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung anerkennt und auf das sozialistische Endziel bewußt verzichtet.

Auch Karl-Dietrich Bracher wirft der SPD-Parteiführung vor, zu viel Rücksicht auf die innerparteiliche Linksoption genommen zu haben. Sie habe es nicht geschafft, von einer Partei, die das Sonderinteresse der Arbeiter vertritt, zu einer Partei zu werden, die das Gesamtwohl vertritt und im staatlichen Handeln realisiert. Er bedauert, daß es der SPD nicht gelungen sei, aus einer "Klassen-, also Standespartei" zu einer "Volkspartei" zu werden. Die SPD sei vielmehr in ihrem "weltanschaulich gebundenen Klassensozialismus" verharret und habe sich daher nie uneingeschränkt zum bestehenden Staat bekannt. 3) Dies habe verhindert, daß die Verluste durch Abwanderung sozialdemokratischer Wähler zur KPD durch die Gewinnung von Wählern aus bürgerlichen Schichten kompensiert worden seien. Resümierend stellt Bracher dazu fest: "Festigung und Fortbildung der Weimarer Koalition unter maßgeblicher Beteiligung eines praktisch gerichteten evolutionären Sozialismus - das war die Chance von Weimar. Statt dessen verzeichnen wir ein beharrliches Zögern der SPD, aus der traditionellen Oppositionshaltung hinauszutreten und die Parteistruktur wie ihre ideologisch-marxistischen Leitbilder den neuen Aufgaben anzupassen." 4)

In der Weigerung der SPD, im März 1930 die Große Koalition fortzusetzen, sieht Bracher den Anfang vom Ende der Weimarer Republik. Er wirft der SPD zu geringe Kompromißbereitschaft in dieser Situation vor. Hauptschuldige für dieses Versagen der SPD sind für ihn die sozialdemokratischen Gewerkschafter und die Linksopposition in der SPD, die jede weitere Konzession bei der Finanzierung der Sozialversicherung abgelehnt hatten: "Der Sieg der doktrinären Linksopposition innerhalb der SPD war nur mit der Unterstützung der interessengebundenen, politisch kurzsichtigen Gewerkschaften zustande gekommen. ... Der Sieg der essenpolitischen und ideologisch-marxistischen Prinzipien über den kompromißfähigen Realismus bedeutete ein parteistategisches Versagen, eine schwere Niederlage, von der sich die SPD nicht mehr erholen sollte." 5) Die SPD-Linke verhinderte also nach seiner Ansicht eine Wandlung von der SPD von einer Interessenvertretung der Arbeiter zu einer auf das Gemeinwohl orientierten Volkspartei.

Werner Conze bedauert ebenfalls die Unfähigkeit der SPD, sich von einer Klassenpartei in eine "linksdemokratische Staats- und Volkspartei" umzuwandeln, die sich völlig zum bestehenden Staat bekennt. 6) Die "Schuld" an der Verhinderung dieser Entwicklung weist er gleichermaßen der SPD-Linken, der SPD-Führung und der bürgerlichen Rechten zu: "Weder hatten ~~was~~ die Führer und Funktionäre der Partei selbst vermocht, diese auf lange Sicht wahrscheinlich unaufhaltsame Entwicklung (integration der SPD in den Staat -E.W.) in die Hand zu nehmen, so daß sie zwischen "Staatspartei" und "Klassenkampfpartei" hin- und hergerissen wurden, noch wurden den "Roten" von der bürgerlichen Rechten, die in der Bürokratie und im Heer nach wie vor vorherrschte, zugestanden, daß sie als aufbauwillige politische Partner auf die Dauer in Betracht kommen durften. Wohl hatte die Eingliederung des Arbeiters in die Nation ebenso Fortschritte

gemacht, wie das Hineinwachsen der Sozialdemokratie in den Staat, aber die Feinde des Prozesses innerhalb und außerhalb der Partei waren zwischen 1920 und 1930 stets so stark, daß diese Entwicklung immer wieder verdächtigt und bekämpft wurde. Als es (im März 1930 -E.W.) darauf ankam, den demokratischen Parteienstaat als große Staatspartei in entschlossener Zusammenarbeit mit der "bürgerlichen" Demokratie zu retten, da versagte die Sozialdemokratie, weil sie durch Außen- und Inneneinwirkung gelähmt war." 7)

Alle drei Autoren weisen also der SPD-Linken einen entscheidenden Anteil an der Verhinderung der Integration der SPD in die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu. Sie habe die Zusammenarbeit der SPD mit den bürgerlich-demokratischen Parteien erschwert und zeitweise unmöglich gemacht. Die Funktion der SPD-Linken wird vor dem Hintergrund der Vorstellung einer pluralistischen Gesellschaftstheorie, die den Staat und die Parteien als Integrationsorgane der Gesellschaft betrachtet, natürlich rein negativ als Störfaktor dieser Integration bewertet.

Der Sozialdemokrat Hanno Drechsler wirft in seiner Dissertation über die Geschichte der SAPD der SPD-Linken vor, der Ideologie des "aus der Vorkriegszeit überlieferten Form einer dogmatischen - seiner ursprünglichen dialektischen - revolutionären Methode entfremdeten Marxismus" verhaftet geblieben zu sein. 8) Dies habe zwar den positiven Effekt gehabt, richtige Grundeinsichten über die Struktur des Staates und der bürgerlichen Parteien - im Gegensatz zur SPD-Parteiführung zu bewahren, aber auch verhindert, eine fundierte Analyse der gegenüber der Zeit vor 1918 grundlegend veränderten Situation in Deutschland zu entwickeln und eine positive Strategie zur Machteroberung zu entwerfen, die nicht bloß in der Negation der Koalitionspolitik, der SPD mit den Parteien der Mitte stehenblieb. Drechsler schreibt: "Gleichwohl war die Substanz

dieses überkommenen "eingefrorenen" Marxismus noch mächtig genug, um der Linken das theoretische Rüstzeug zur Kritik an der politischen Praxis der SPD zu liefern. Jedoch der Ersatz der dialektisch-kritischen Methode der Totalitätsbetrachtung der Gesellschaft durch die mechanische Anwendung bloßer marxistischer Denkergebnisse ermöglichte der Linken nur partielle theoretische Einsichten, nicht aber die Entwicklung einer umfassenden Verhältnissen der Weimarer Republik adäquaten Gesamttheorie." 9) Die SPD-Linken habe sich daher häufig in der Auseinandersetzung mit der Parteiführung auf "die abstrakte Parole des radikaleren Kampfes für die proletarischen Interessen" beschränkt. 10)

Der SPD-Parteiführung macht Drechsler zum Vorwurf, die marxistische Ideologie nur noch als "Instrument zur Integration der Arbeiterbewegung" in den bestehenden Staat benutzt zu haben. Im Gegensatz zu liberalen und konservativen Autoren kritisiert er an der Haltung der SPD-Führung nicht die zu geringe Identifikation mit dem Staat, sondern die zu große, die durch eine radikale Terminologie lediglich getarnt worden sei: "Die Integration eines Großteils des Partei- und Gewerkschaftsapparats und die staatliche und kommunale Bürokratie entwickelte in der SPD ein abstraktes Staatsdenken, das jede politische Initiative lähmte und im Widerspruch mit der partei-offiziellen Aufrechterhaltung der marxistischen Terminologie stand." 11)

Im Gegensatz zu Bracher und Conze verteidigt er die Entscheidung der SPD zur Beendigung der Großen Koalition im März 1930. Angesichts des "Ansturmes des Großbesitzes auf die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung und auf die Demokratie", sei der SPD gar keine andere Wahl geblieben, "wollte die SPD nicht Selbstmord begehen und eine folgenschwere Parteispaltung provozieren, sollte sie nicht ihre Massenbasis in der Arbeiterschaft an eine neue linkssozialistische Partei oder die KPD ... verlieren und damit ihre politische Bedeutung überhaupt einbüßen." 12)

Helga Grebing teilt mit Bracher und Conze die Einschätzung, daß die SPD nicht den Weg von der marxistischen Klassenkampfpartei zur Volkspartei gegangen sei. Sie verzichtet aber auf jede Bewertung und Erklärung dieser Tatsache, sondern stellt nur fest: "Die SPD ist von 1919-1930 weder den revolutionär-sozialistischen noch den liberal-demokratischen Weg konsequent zu Ende gegangen: die Kluft zwischen radikaler Theorie und reformistischer Praxis, zwischen konsequenter Saats- und bequemer Parteipolitik, zwischen ungebrochener Bewahrung der Tradition und opportunistischer Anpassung an die jeweils gegebenen Möglichkeiten wurde nicht geschlossen." 13) Wie Drechsler tadelt sie die Strategie der SPD-Führung, die eingeschlagene reformistische Praxis revolutionär-marxistisch zu interpretieren. Die SPD-Führung habe versucht, mit Hilfe einer "Neuaufgabe der Kautsky'schen Integrationsideologie" der faktischen Anerkennung der "bürgerlich-kapitalistischen Wirklichkeit der Republik" eine "revolutionär-sozialistische (marxistische) Deutung" zu geben. 14) Typisches Beispiel dafür ist ihrer Meinung nach Hilferdings Theorie des "organisierten Kapitalismus", die die hochkonzentrierte kapitalistische Wirtschaft als "Vorstufe einer sozialistischen Planwirtschaft interpretierte. Grebing verzichtete auf eine Bewertung der Haltung der SPD-Linken.

Linkssozialistische Autoren stehen der Politik der SPD-Linken mit Sympathie gegenüber, da sie der SPD-Führung Anpassung an die bürgerlichen Parteien vorwerfen.

Wolfgang Abendroth vermerkt in seiner Autobiographie positiv, daß die SPD-Linke in der Weimarer Republik im Gegensatz zur SPD-Führung immer an der marxistischen Staats- und Klassenkampftheorie festgehalten habe. 15) Sie sei daher nicht in den Fehler der "Vorstellungen von der krisenlosen Fortentwicklung und der abstrakten "Staatstreue" verfallen. 16) Die Stärke des Einflusses der SPD-Linken in der

Partei macht Abendroth von zwei Faktoren abhängig: von der wirtschaftlichen Lage (Prosperität oder Krise) und der Haltung der KPD zur Sozialdemokratie (Einheitsfrontpolitik oder verbissene Bekämpfung der SPD). Unter zwei Bedingungen sei der Einfluß der SPD-Linken gestiegen: "Zum einen bei Verschärfung des realen Klassenkampfes, bei Angriffen des Kapitals auf die Arbeiterklasse, also v.a. in Krisenperioden, zum anderen unter den Bedingungen einer richtigen, d.h. auf Einheitsfront gerichteten Politik der kommunistischen Partei, denn dadurch wird der linke SPD-Flügel gestärkt." 17) Für letztlich allein über die Stärke der SPD-Linken entscheidenden Faktor hält Abendroth aber in dieser Phase die Haltung der KPD, da nur bei einer Bereitschaft der KPD zur Zusammenarbeit mit der SPD die praktische Realisierung der politischen Strategie der SPD-Linken möglich gewesen sei. Das Fehlen dieser Bereitschaft aufseiten der KPD habe in der Weltwirtschaftskrise die Position des linken Flügels in der SPD entscheidend geschwächt: "Betreibt die kommunistische Partei selbst in Krisenzeiten keine solche (Einheitsfront- -E.W.) Politik, sondern eine verfehlete Politik ultralinken Isolierung, z.B. indem sie die Sozialfaschismus-These praktisch anwendet, so sinkt der linke Flügel innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zur Bedeutungslosigkeit herab, auch wenn objektiv die Lage noch so günstig für ihn zu sein scheint (Wirtschaftskrise, Angriffe des Bürgertums auf Positionen der Arbeiterschaft -E.W.)." 18)

Abendroth kritisiert an der Politik der SPD-Führung die seiner Ansicht nach illusionäre Einschätzung der Struktur des Staates und der Wirtschaft. Die SPD-Führung sei bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise von dem "Glauben an ein krisenloses Zeitalter des organisierten Kapitalismus, der sich in stetiger Evolution bruchlos zum Sozialismus wandeln lasse," beseelt gewesen. 19) Sie habe nicht mehr mit dem Auftreten schwerer Wirtschaftskrisen gerechnet

und sei daher 1929 völlig von der Depression überrascht worden und ihr zunächst konzeptlos gegenübergestanden. Über das Wesen des Staatsapparates habe sich die SPD-Führung ebenfalls unrealistische Vorstellungen gemacht: "An die Stelle einer konkreten soziologischen Analyse des Staatsapparates und der Machtverhältnisse im Staat ... trat immer stärker ein abstraktes republikanisches "Staatsbewußtsein", das die Erkenntnis der realen Machtverhältnisse verdeckte, ..." 20) Wie Grebing und Drechsler vertritt Abendroth die These, daß für die SPD-Führung im Reich der Marxismus eine "Integrationsideologie" geworden sei, dessen Terminologie verwendet worden sei, um die reformistische Praxis zu verhüllen. 21) Gegen den Versuch der "Klassenkampf"-Gruppe, diese Entwicklung zu stoppen, sei der Parteivorstand und der Parteiausschuß mit "bürokratischen Mitteln" vorgegangen, mit dem Ziel, inhaltliche Kontroversen in der SPD zu unterdrücken. 22)

Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung in der DDR wirft der SPD-Führung in der Weimarer Republik eine völlige Integration in den bestehenden Staat und in die bestehende Gesellschaftsordnung vor. Basis dieser Integration sei die Verbesserung der sozialen Lage der gut bezahlten Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie gewesen.

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim KZ der SED stellt den Weg zum Sozialismus der Führer der Weimarer SPD so dar: "Das Wesen dieser Konzeption bestand darin, daß sie das monopolkapitalistische System und den imperialistischen Staat prinzipiell bejahte, die Koalitionspolitik mit Teilen des Finanzkapitals und damit die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der Bourgeoisie rechtfertigte und eine scharfe Frontstellung gegen den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion sowie gegen die KPD bezog." 23) Die SPD-Führung habe durch die Verwendung der marxistischen

Begriffe bewußt versucht, "den bürgerlichen Klassencharakter ihrer Konzeption" vor den Arbeitern zu verschleiern, um weiterhin ihre "opportunistische Reformpolitik im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung" zu betreiben. Das "verbale Bekenntnis zum Sozialismus" habe nur zur Verhüllung der reformistischen Praxis gedient. 24)

Der Widerstand des linken SPD-Flügels gegen die Politik der Parteiführung wird zwar anerkannt, jedoch als äußerst inkonsequent bewertet, da er auf einer falschen "zentralistischen" Analyse und Strategie beruht habe. Die Autoren des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED bemerken zur Rolle der SPD-Linken in der Weimarer Republik: "Die linke Opposition forderte den Bruch mit der Koalitionspolitik und ein nachdrückliches Eintreten für die elementaren Arbeiterinteressen. Sie war aber nicht einheitlich. Nur eine kleine Minderheit rang sich zur Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten durch. Diese Repräsentanten einer proletarischen Klassenpolitik in der SPD wurden vom Parteivorstand rücksichtslos bekämpft. Die große Mehrheit der linkssozialdemokratischen Opposition und deren Wortführer vermochte es nicht, ihre kleinbürgerlich-demokratischen Positionen und ihre antikommunistischen Vorbehalte zu überwinden. Sie sollten die Einheit der SPD über alles, was in der Praxis ihre Unterordnung unter die rechtsopportunistische Politik des Parteivorstandes bedeutete." 25)

In seiner Untersuchung der Entwicklung der SPD Sachsens 1923-1931 führt der DDR-Autor Fritz Kriegenherdt folgende Gründe für die ständige Minderheitsposition der SPD-Linken in ihrer Partei an: "Die linke Strömung in der Zeit der Weimarer Republik war in sich stark differenziert, nicht organisiert und besaß kein gemeinsames Alternativprogramm zur Politik des Parteivorstandes." 26) Als Hauptgrund der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit der SPD-Linken nennt er aber den "Antikommunismus": "Der Antikommunismus hinderte die

linke Strömung in der Zeit der Weimarer Republik, sich mit den Kommunisten und allen anderen Demokraten im Kampf um die Überwindung des Imperialismus und Militarismus zusammenzuschließen, obwohl der Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung im Jahre 1926 den Nachweis erbrachte, daß der Parteivorstand der SPD nur auf diesem Wege in die Richtung einer wirklichen Arbeiterpolitik gedrängt werden konnte." 27)

Max Seydewitz, der ehemalige Führer der SPD-Linken, der sich 1945 der KPD und 1946 der SED anschloß, übernimmt in seiner Autobiographie die gängige Einschätzung der Rolle der SPD-Linken in der Weimarer Republik durch die Historiker der DDR. Als Hauptfehler der SPD-Linken nennt er ihre fehlende Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der KPD: "Das Gift des Antikommunismus blieb selbst bei linken Sozialdemokraten nicht ohne Wirkung." 28) Wegen der fehlenden Zusammenarbeitsmöglichkeit mit der KPD habe die SPD-Linke meist keine realisierbare positive Alternative zur Politik des Parteivorstandes entwickeln können: "Die sozialdemokratische Opposition wußte immer genau, wogegen sie war, sie hatte immer gute, überzeugende Argumente für ihre Kritik an der falschen Politik der Parteiführung, aber sie wußte nicht zu sagen, was an Stelle der von ihr kritisierten Politik zu tun war. Ihr fehlte eine klare Alternative zu der verderblichen Politik der rechten Parteiführung." 29) Seydewitz verzichtet allerdings nicht darauf zu erwähnen, daß die KPD ab 1928 die SPD-Linke als Hauptfeind in der Arbeiterbewegung betrachtet und daher eine Einheitsfront behinderte: "Erschwerend für die Opposition in der SPD wirkten auch die von der kommunistischen Seite in dieser Zeit wiederholt erhobenen Vorwürfe gegen die Linken in der SPD, die mit ihrer Opposition die sozialdemokratischen Arbeiter angeblich nur am Übertritt zur KPD hindern wollten. Zeitweise wurden die Repräsentanten der Opposition in der Kommunistischen Propaganda deshalb als besonders gefährliche Feinde der KPD bezeichnet, die schlimmer seien als die Vertreter der rechten sozialdemokratischen Partei-

MIT WOLFWITZ: EINBAUFREIHE IN DEN SPD
DER ANTIKAPITALISTISCHEN
UND 1933

führung." 30) Er relativiert diese Kritik aber durch den Hinweis, daß die KPD diesen Fehler "später" korrigiert habe. Er erwähnte nicht, daß "später" erst 1935 war (7. Weltkongreß der Komintern).

2. Der ideologische Dissens zwischen den beiden SPD-Flügeln in der Weimarer Republik - Eine idealtypische Darstellung

Die Kontinuität der Existenz einer relevanten Linksoption in der SPD der Weimarer Republik hat ihre Ursache in einem tiefgehenden Dissens in der Ideologie des Mehrheitsflügels und des linken Minderheitsflügels, der nie überwunden wurde.

Gravierende Differenzen zwischen den beiden Richtungen der SPD gab es in vier Bereichen: in der Staatstheorie, in der Kapitalismus- und Imperialismustheorie, in der Bewertung der bürgerlichen Parteien der Mitte und in der Einschätzung der KPD.

Diese Meinungsunterschiede wurden bereits in der Darstellung der Tagespolitik der SPD geschildert.

Hier wird der Versuch unternommen, in systematischer Form die Quintessenz der politischen Theorie und Strategie der beiden SPD-Flügel einander gegenüberzustellen. Dies erfolgt im Sinne des Weber'schen Idealtypus. Dabei wird weitgehend auf Zitate verzichtet. Belege für die Thesen finden sich in der gesamten Arbeit.

Die SPD-Linke identifizierte sich nie mit dem bestehenden Staat der Weimarer Republik.

Grundlage für diese Haltung war ihr Festhalten an der marxistischen Staatstheorie, die das Wesen des Staates aus seiner Abhängigkeit von der Produktionsweise ableitet. Der Staat der Weimarer Republik war demnach aufgrund der Fortexistenz der kapitalistischen Produktionsweise trotz der

Abschaffung der Staatsform der Monarchie und der Einführung der politischen Demokratie nach dem Weltkrieg von seinem Wesen her weiterhin ein kapitalistischer Klassenstaat, in dem die Bourgeoisie herrscht. Die politische Form der Demokratie an sich ändert nach dieser Theorie nichts am sozialen Inhalt und am Klassencharakter des Staates, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln fortbesteht. Trotz der formalen politischen und juristischen Gleichheit aller Staatsbürger, die sicherlich im Vergleich zur Vorkriegszeit ein Fortschritt sei, sei der Staat weiterhin rein bürgerlich, der die Aufgabe habe, die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit aufrechtzuerhalten.

Die Richtigkeit dieser These, daß der bestehende Staat weiterhin - trotz seiner Gründung durch die Arbeiterschaft 1918 - ein bürgerlicher Klassenstaat sei, wurde von der SPD-Linken anhand zahlreicher Beispiele zu beweisen versucht. Erwähnt wurde immer wieder der bürgerliche Charakter des Staatsapparates, dessen Mitglieder in Armee, Polizei, Justiz und Bürokratie meist aus dem Bürgerum stammten und nur zu einem geringen Teil Sozialdemokraten waren. Der bürgerliche Klassencharakter des Staates wurde auch durch die Darstellung der "arbeiterfeindlichen" Wirtschafts- und Sozialpolitik der Reichsregierungen zu dokumentieren versucht. Ein häufig erwähntes Symbol für den Charakter des Staates war die Reichsexekution der Regierung Stresemann gegen die SPD/KPD-Landesregierungen in Sachsen und Thüringen im Jahre 1923. Herangezogen wurden auch die milden Urteile der Justiz gegen Rechtsextremisten und die harte Bestrafung von Linken.

Ziel der SPD-Linken war die Überwindung des bürgerlichen Klassenstaates durch eine soziale Revolution mit dem Ziel der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und der Sozialisierung des Großbesitzes an den Produktions-

mitteln. Diese Klassenherrschaft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Teile der Mittelschichten sollte auf demokratischem Wege durch einen Wahlsieg erreicht werden. Nur für den Fall, daß sich die Bourgeoisie gegen diese Machtübernahme mit illegalen, gewaltsamen Mitteln wehren sollte oder der drohenden Machtübernahme der Arbeiterklasse durch die Errichtung einer faschistischen Diktatur zuvorkommen wollte, sei eine gewaltsame Machteroberung notwendig. Die soziale Klassenherrschaft der Arbeiterklasse sollte im Rahmen und unter Wahrung der politischen Demokratie ausgeübt werden, d.h. unter Gewährleistung der Grundrechte auch für die nichtsozialistischen Parteien. Nur im Fall illegaler Aktivitäten sollten diese Grundrechte eingeschränkt werden können. Die SPD-Linken übernahm damit das Konzept der Machteroberung, das im Linzer Parteiprogramm der Österreichischen Sozialdemokratie aus dem Jahr 1926 enthalten ist.

Diese Klassenherrschaft der Arbeiterschaft und verbündeter Schichten, die sich auf die Mehrheit der Wähler stützen müsse, wurde nur als Übergangsphase zur klassenlosen Gesellschaft betrachtet, zur sozialen Demokratie, in der zur politischen und rechtlichen Gleichheit noch die soziale und wirtschaftliche Gleichheit dazukommen würde. Teile der SPD-Linken übernahmen zur Bezeichnung dieser Übergangsphase den Marx'schen Begriff der Diktatur des Proletariats. Sie verwendeten ihn - dem Urheber des Terminus folgend - zur Bezeichnung der sozialen Klassenherrschaft der Arbeiterklasse, die aufgrund der Sozialstruktur die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat. Mit Diktatur wurde von der SPD-Linken also nicht eine Minderheits- und/oder Terrorherrschaft bezeichnet, sondern die soziale Form einer Klassenherrschaft. Für die SPD-Linken war im Rahmen der Staatsform politische Demokratie eine Diktatur der Bourgeoisie, falls die bürgerlichen Parteien im Parlament die Mehrheit haben, genau so möglich wie eine

Abschaffung der Staatsform der Monarchie und der Einführung der politischen Demokratie nach dem Weltkrieg von seinem Wesen her weiterhin ein kapitalistischer Klassenstaat, in dem die Bourgeoisie herrscht. Die politische Form der Demokratie an sich ändert nach dieser Theorie nichts am sozialen Inhalt und am Klassencharakter des Staates, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln fortbesteht. Trotz der formalen politischen und juristischen Gleichheit aller Staatsbürger, die sicherlich im Vergleich zur Vorkriegszeit ein Fortschritt sei, sei der Staat weiterhin rein bürgerlich, der die Aufgabe habe, die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit aufrechtzuerhalten.

Die Richtigkeit dieser These, daß der bestehende Staat weiterhin - trotz seiner Gründung durch die Arbeiterschaft 1918 - ein bürgerlicher Klassenstaat sei, wurde von der SPD-Linken anhand zahlreicher Beispiele zu beweisen versucht. Erwähnt wurde immer wieder der bürgerliche Charakter des Staatsapparates, dessen Mitglieder in Armee, Polizei, Justiz und Bürokratie meist aus dem Bürgerum stammten und nur zu einem geringen Teil Sozialdemokraten waren. Der bürgerliche Klassencharakter des Staates wurde auch durch die Darstellung der "arbeiterfeindlichen" Wirtschafts- und Sozialpolitik der Reichsregierungen zu dokumentieren versucht. Ein häufig erwähntes Symbol für den Charakter des Staates war die Reichsexekution der Regierung Stresemann gegen die SPD/KPD-Landesregierungen in Sachsen und Thüringen im Jahre 1923. Herangezogen wurden auch die milden Urteile der Justiz gegen Rechtsextremisten und die harte Bestrafung von Linken.

Ziel der SPD-Linken war die Überwindung des bürgerlichen Klassenstaates durch eine soziale Revolution mit dem Ziel der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und der Sozialisierung des Großbesitzes an den Produktions-

mitteln. Diese Klassenherrschaft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Teile der Mittelschichten sollte auf demokratischem Wege durch einen Wahlsieg erreicht werden. Nur für den Fall, daß sich die Bourgeoisie gegen diese Machtübernahme mit illegalen, gewaltsamen Mitteln wehren sollte oder der drohenden Machtübernahme der Arbeiterklasse durch die Errichtung einer faschistischen Diktatur zuvorkommen wollte, sei eine gewaltsame Machteroberung notwendig. Die soziale Klassenherrschaft der Arbeiterklasse sollte im Rahmen und unter Wahrung der politischen Demokratie ausgeübt werden, d.h. unter Gewährleistung der Grundrechte auch für die nichtsozialistischen Parteien. Nur im Fall illegaler Aktivitäten sollten diese Grundrechte eingeschränkt werden können. Die SPD-Linken übernahm damit das Konzept der Machteroberung, das im Linzer Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie aus dem Jahr 1926 enthalten ist.

Diese Klassenherrschaft der Arbeiterschaft und verbündeter Schichten, die sich auf die Mehrheit der Wähler stützen müsse, wurde nur als Übergangsphase zur klassenlosen Gesellschaft betrachtet, zur sozialen Demokratie, in der zur politischen und rechtlichen Gleichheit noch die soziale und wirtschaftliche Gleichheit dazukommen würde. Teile der SPD-Linken übernahmen zur Bezeichnung dieser Übergangsphase den Marx'schen Begriff der Diktatur des Proletariats. Sie verwendeten ihn - dem Urheber des Terminus folgend - zur Bezeichnung der sozialen Klassenherrschaft der Arbeiterklasse, die aufgrund der Sozialstruktur die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat. Mit Diktatur wurde von der SPD-Linken also nicht eine Minderheits- und/oder Terrorherrschaft bezeichnet, sondern die soziale Form einer Klassenherrschaft. Für die SPD-Linken war im Rahmen der Staatsform politische Demokratie eine Diktatur der Bourgeoisie, falls die bürgerlichen Parteien im Parlament die Mehrheit haben, genau so möglich wie eine

Diktatur des Proletariats, falls die Arbeiterparteien die Majorität im Parlament aufweisen. Die SPD-Linke warf den Bolschewiki vor, in Sowjetrußland nicht eine Diktatur des Proletariats im Sinne von Marx errichtet zu haben, sondern eine Parteidiktatur über die nichtbolschewistischen Teile der Arbeiterschaft und der Bauernschaft, die sich nur auf eine Minderheit der Bevölkerung stützen könne.

Da die SPD-Linke den qualitativen Unterschied zwischen einer bürgerlichen Klassenherrschaft in der Form der Demokratie oder der undemokratischen Militärherrschaft bzw. der faschistischen Diktatur erkannte, erklärte sie immer ihre Bereitschaft, die Republik gegen eine Konterrevolution zu verteidigen. Sie forderte daher ständig - vergeblich - den Aufbau einer sozialdemokratischen Wehrorganisation anstelle des überparteilich-republikanischen Reichsbanners. Sie mißtraute dem Willen aller bürgerlichen Parteien zur Verteidigung der Demokratie, falls es gelte, die demokratische Machtübernahme der Arbeiterschaft gewaltsam zu verhindern.

Wegen ihrer Bewertung des Klassencharakters des bestehenden Staates hielt die SPD-Linke eine Regierungseteiligung der SPD in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien nur in zwei Ausnahmefällen für sinnvoll. Zum einen, wenn die Möglichkeit bestehe, in Zusammenarbeit mit demokratischen Teilen des Bürgertums die Demokratie vor einem Versuch der Machteroberung durch die Rechte zu verteidigen. Zum anderen, wenn eine Situation eintrete, in der weder die Arbeiterschaft noch das Bürgertum allein regieren könne, da kurzfristig ein "Gleichgewicht der Klassenkräfte" herrsche. Beide seien nur kurz dauernde Ausnahmefälle.

Solange die Arbeiterpartei bzw. Arbeiterparteien im Parlament in der Minderheit seien, sei die Opposition die natürliche Rolle, um die proletarischen Klasseninteressen den bürgerlichen gegenüberzustellen.

Der SPD-Mehrheit warf die SPD-Linke vor, den rein bürgerlichen Klassencharakter des bestehenden Staates nicht zu

erkennen, daher die Einflußmöglichkeiten der SPD auf das Handeln des Staates zu überschätzen und aus diesem Grund die Regierungsbeteiligung der Oppositionsrolle vorzuziehen. Die reale Machtlosigkeit sozialdemokratischer Minister in Koalitionsregierungen führe nur zu einem Vertrauensverlust vieler Arbeiter in die SPD und schwäche damit die SPD zugunsten der KPD und der bürgerlichen Parteien.

Die SPD-Mehrheit betrachtete den seit 1918 bestehenden Staat in Deutschland nicht als rein bürgerlichen Klassenstaat. Sie begründete diese These damit, daß er von der Sozialdemokratie maßgeblich gegründet worden sei, die Verfassung viele Vorstellungen der SPD aufgenommen habe, die SPD in zahlreichen Reichs- und Landeskabinetten vertreten sei und auch in vielen Kommunen regiere. Das Wesen der Demokratie sei daher völlig anders als das der Monarchie der Zeit vor 1918. Auch im Staatsapparat seien nunmehr mit Ausnahme der Reichswehr viele Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten integriert.

Das Handeln des demokratischen Staates sei die Resultante aus dem Wirken der verschiedenen Klassenkräfte. Es sei daher nie rein bürgerlich. Selbst im Fall der Oppositionsrolle der SPD müsse die Reichsregierung auch Arbeiterinteressen berücksichtigen, um die Abwanderung von bisherigen Wählern der bürgerlichen Regierungsparteien zur SPD und KPD zu verhindern. Hilferding entwickelte damit in Ansätzen eine pluralistische Staatstheorie.

Wegen dieser Theorie der Möglichkeit der wirksamen Beeinflussung des Staates durch die SPD war die SPD-Mehrheit einer Regierungsbeteiligung immer sehr aufgeschlossen.

Eine zusätzliche Stütze dieser Auffassung war Hilferdings Theorie des organisierten Kapitalismus und die gewerkschaftliche Theorie der Wirtschaftsdemokratie, die beide von

der Annahme ausgingen, daß über die Ausdehnung der staatlichen Kontrolle der Wirtschaft die Arbeiterschaft schrittweise die Wirtschaftsordnung in eine sozialistische umgestalten könne. Auch aus diesem Grund strebte die SPD-Mehrheit prinzipiell eine Regierungsteilnahme der Sozialdemokratie an.

Zusätzlich begründet wurde diese Tendenz mit dem Argument des "kleineren Übels". Eine Koalitionsregierung unter Einschluß der SPD oder die Tolerierung einer bürgerlichen Regierung der Mitte durch die SPD sei für die Arbeiterschaft auf jeden Fall besser als eine rein bürgerliche Regierung unter Einfluß der Rechtsparteien, die wenig Rücksicht auf die Arbeiterklasse nehmen müsse und zudem auch in der Außenpolitik keine wirkliche Politik der Verständigung mit der Entente treiben könnte.

Im Gegensatz zur Parteilinken hielt die SPD-Mehrheit die Existenz sozialdemokratisch-bürgerlicher Koalitionsregierungen nicht für einen Ausnahmefall. Teile der Parteilinken hielten ihn für den anzustrebenden Regelfall, Arbeiterinteressen durchzusetzen, solange die SPD im Reichstag keine Mehrheit habe. Karl Kautsky sah in dieser Form der Regierung in einem 1922 erschienenen Buch sogar den Normalfall der gesamten lang andauernden Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus. Er widersprach damit der Auffassung der linken Sozialdemokraten von der notwendigen Kurzlebigkeit dieser Art der Koalitionsregierungen.

Die SPD-Mehrheit strebte ebenfalls einen friedlichen Weg zum Sozialismus über Wahlerfolge an. Auch sie war bereit, die politische Demokratie vor einer Konterrevolution notfalls mit Gewalt zu verteidigen. Im Gegensatz zur SPD-Linken war sie sich völlig sicher, daß sie dies dann zusammen mit der DDP und dem Zentrum tun werde, die beide die Republik schützen würden. Die SPD-Mehrheit setzte Diktatur mit einer terroristischen Minderheitsregierung gleich und verwendete daher den Begriff der Diktatur des Proletariats

nicht mehr, den sie wegen der undemokratischen Praxis der Bolschewiki als diskreditiert ansah.

Der SPD-Linken war sie vor, durch ihre Ablehnung der Regierungsbeteiligung in einer Koalition mit den Parteien der Mitte freiwillig auf Einflußmöglichkeiten der Arbeiterschaft auf den Staat verzichten zu wollen und auch die Gelegenheit, durch Erfolge in der Regierungstätigkeit neue Wähler zu gewinnen, nicht nutzen zu wollen. Zudem diene die Mitarbeit der SPD in der Reichsregierung der praktischen Vorbereitung und Schulung für die immer noch als Ziel anzustrebende sozialdemokratische Alleinregierung. Die permanente Oppositionsstellung würde die SPD nur in eine Isolation drängen und einen Annäherungsprozeß der Parteien der Mitte an die Rechtsparteien fördern.

Aus dieser Einschätzung des Staates zog die SPD-Partei Mehrheit den Schluß, daß sich die SPD zum von ihr maßgeblich gegründeten Staat auch dann bekennen müsse, wenn zeitweilig eine rein bürgerliche Reichsregierung im Amt sei. Hilferding forderte daher auf dem Parteitag 1924 die Partei auf, sich als "Teil des Staates" zu fühlen.

Während die SPD-Linke an der Marx'schen Kapitalismustheorie festhielt, die von der unaufhebbaren Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise zu zyklischen Krisen ausgeht, entwickelte der wichtigste Theoretiker der SPD-Mehrheit Hilferding Mitte der zwanziger Jahre die Theorie des organisierten Kapitalismus, die von einer Tendenz zur Aufhebung der Krisenhaftigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft ausging. Hilferding nahm an, daß wegen des Trends zur Konzentration und Durchorganisation der Warenproduktion und des Warenabsatzes und der zunehmenden Möglichkeiten des Staates zur Steuerung der Wirtschaft schwere Kriseneinbrüche prinzipiell vermeidbar seien. Die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise könne noch

im Kapitalismus überwunden werden.

Diese Theorie wurde mit der Weltwirtschaftskrise der Todesstoß versetzt. Auch die SPD-Mehrheit kehrte nunmehr, wie Tarnows Referat auf dem Leipziger Parteitag zeigte, zur marxistischen Krisentheorie zurück, die das Auftreten zyklischer Krisen mit dem Zusammenfallen der Überakkumulation von Kapital und der Unterkonsumtion erklärt. Sie tat dies allerdings erst nachdem ihr zu Beginn der Krise gezeigter Konjunkturoptimismus von der Realität immer mehr desavouiert worden war.

Zur Überwindung der schweren Wirtschaftskrise schlug sie die Stärkung der Massenkaufkraft durch die Erhaltung der Reallöhne und der Sozialleistungen vor. Zudem forderte sie eine Arbeitszeitverkürzung zur Linderung der Arbeitslosigkeit und eine Verstärkung der staatlichen Kartell- und Preiskontrolle zum Abbau der Preise. Diese Forderungen waren jedoch dem Deflationskurs der Regierung Brüning, die die SPD tolerierte, genau entgegengesetzt und daher nicht durchsetzbar. Dieser Widerspruch zwischen der wirtschaftspolitischen Programmatik der SPD und ihrer faktischen Unterstützung Brünings verminderte ihre Basis in der Arbeiterschaft.

Auf der Basis der Theorie des zyklischen Charakters der Krisen nahm sie an, daß früher oder später der Depression ein Aufschwung folgen müsse. Bis zu diesem Zeitpunkt gelte es, durch die Tolerierung der Regierung Brüning die Demokratie und die wichtigsten Sozialgesetze zu wahren, und dabei auch Wählerverluste hinzunehmen. Nach der Überwindung der Krise werde die SPD wieder an Anhängerschaft gewinnen. Jede These von einer Endkrise des Kapitalismus lehnte sie ab.

Nicht nur die Marx'sche Kapitalismustheorie wurde von Hilferding modifiziert, sondern auch die Imperialismustheorie. In einem 1924 erschienen Aufsatz stellte er die These auf, daß es zwei Varianten des Imperialismus der kapitalistischen Staaten gebe, eine kriegerische und eine friedliche. Zur

Zeit dominiere die pazifistische Variante. Die kapitalistischen Staaten und Großunternehmen zögen Verträge und Marktabspraken kriegesischen Auseinandersetzungen vor. Die aufstrebende Elektro- und Chemieindustrie habe Interesse an großen Absatzmärkten und wolle daher Handelskriege und militärische Konflikte vermeiden.

Auf dieser theoretischen Grundlage bewertete Hilferding und die SPD-Mehrheit die Verständigungspolitik Stresemanns mit der Entente als ehrlich gemeint, die von der SPD unterstützt werden müsse.

Die SPD-Linke hielt Hilferdings These der zunehmenden Konzentration des Kapitals und der Tendenz zur Durchorganisation der Wirtschaft im Prinzip für richtig. Ebenso teilte sie die Auffassung der zunehmenden Regulierung der Wirtschaft durch den Staat. Sie zog jedoch daraus andere Schlußfolgerungen.

Trotz der Organisation der Wirtschaft ändere sich nicht an der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, d.h. an der Unvermeidbarkeit zyklisch auftretender Krisen. Der wachsende Staatseinfluß auf die Wirtschaft diene bei den bestehenden politischen Kräfteverhältnissen in Deutschland nur den Interessen der Bourgeoisie und könne daher von der Arbeiterschaft nicht zur Demokratisierung der Wirtschaft ausgenutzt werden.

Da die SPD-Linke nicht von der Möglichkeit einer krisenfreien kapitalistischen Wirtschaft ausging, war sie vom Auftreten der Krise 1929 nicht allzusehr überrascht. Sie hatte auch keinen Anlaß, das Ausmaß und die Dauer der Krise zu beschönigen. Im Gegenteil, sie stellte die Schwere der Krise besonders heraus, um ihre Kritik an der Regierung Müller bzw. Brüning zu untermauern.

Die Krise erklärte sie im Rahmen der Marx'schen Krisentheorie. Die SPD-Linke ging daher mehrheitlich davon aus,

daß der Krise irgendwann wieder ein Aufschwung folgen werde, die Arbeiterklasse aber darauf nicht passiv warten dürfe, da die akute Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur zur Lösung der Krise im Sinne der Bourgeoisie bestehe. Teile der SPD-Linken betrachteten die Depression als Beginn einer chronischen Niedergangskrise des Kapitalismus, in der trotz zyklischer Aufschwünge die Arbeitslosigkeit immer weiter steigen werde, wegen der zunehmenden Rationalisierung. Die Hoffnung der Parteiführung sei daher illusorisch.

Zur Linderung der Krise stellte die SPD-Linke dieselben Forderungen wie die Parteimehrheit und die Gewerkschaften. Sie unterschieden sich nur in der Höhe der geforderten Lohn- und Sozialleistungen und der Arbeitszeitverkürzung in dem Verlangen, den Sozialismus kurzfristig einzuführen, von dem wirtschaftspolitischen Programm der Parteiführung, dem sie daher schließlich auf dem Leipziger Parteitag zustimmte. Im Gegensatz zur Parteiführung stellte sie allerdings immer klar, daß mit der Regierung Brüning kein einziger Punkt dieses Programms durchsetzbar sein würde. Sie verlangte den kurzfristigen Übergang zum Sozialismus, weil sie sicher war, daß in dieser schweren Krise die Alternative nur noch eine politische Diktatur des Bürgertums oder des Proletariats sei.

Die SPD-Linke hielt an der These der marxistischen Imperialismustheorie fest, daß wegen der Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten um Rohstoffquellen und Warenabsatzmärkte und Kapitalanlagequellen langfristig gesehen Kriege unvermeidbar seien. Solange die Konkurrenz zwischen kapitalistischen Staaten in diesen Fragen bestehe, drohe immer eine Kriegsgefahr. Sie lehnte daher die Hilferdingsche Theorie des pazifistischen Imperialismus ab. Levi schrieb eine Broschüre zur Widerlegung der Hilferdingschen Imperialismustheorie, die den bezeichnenden Untertitel "Der Sozialismus ist der Friede, der Kapitalismus ist der Krieg" trug.

In der Stresemann'schen Erfüllungspolitik sah die SPD-Linke nur ein raffiniertes taktisches Manöver, um aus Deutschland langfristig wieder eine Weltmacht zu machen. Sobald Deutschland auch militärisch wieder souverän sein werde, werde Stresemann und die Bourgeoisie durch Kriege gegen andere kapitalistische Staaten nicht mehr ausschließen, wenn es um die Durchsetzung der ökonomischen und politischen Interessen Deutschlands gehe. Die SPD dürfe sich über den wahren Charakter der Taktik Stresemanns nicht täuschen lassen und müsse sie bekämpfen, um eine ehrlich gemeinte Verständigungspolitik durchzusetzen.

Auf der Grundlage dieser Imperialismustheorie lehnte die SPD-Linke auch die Pflicht zur Landesverteidigung ab, da bei Kriegen zwischen imperialistischen Staaten prinzipiell alle gleichermaßen daran Schuld seien, unabhängig davon, wer den Krieg beginne.

Für die SPD-Mehrheit kam seit der Bildung der Weimarer Republik nur eine Regierungskoalition mit der DDP und dem Zentrum (später auch mit der DVP) in Betracht, da sie jede Zusammenarbeit mit der KPD ablehnte.

Sie hatte ein großes Vertrauen in die Freue dieser Parteien zur Bewahrung der demokratischen Staatsform und zur Verständigungspolitik gegenüber der Entente. Grundlage dieser Haltung war die Auffassung, daß das liberale Bürgertum und die liberalen Mittelschichten und die katholischen Arbeitnehmer an der Demokratie festhalten wollten und den Frieden bewahren sollten. Wegen der Wählerbasis der DDP in Teilen der Angestelltenschaft und Beamtenschaft und der Wählerbasis des Zentrums in einem großen Teil der katholischen Arbeitnehmer rechnete die SPD-Mehrheit damit, daß auch in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Gemeinsamkeiten möglich sein müßten. Der DVP stand man mit Mißtrauen gegenüber, da sie nationalistisch war und die Inter-

essen des Kapitals vertrat, vertraute jedoch darauf, daß der Flügel um Stresemann den außenpolitischen Kurs der DVP weiterhin bestimmen würde.

Wegen der Wahlergebnisse war eine Regierungsbeteiligung der SPD, die die Parteimehrheit aufgrund ihrer Staatstheorie anstrebte, nur bei einer Koalition mit den Parteien der Mitte möglich. Die SPD-Mehrheit begründete die Regierungsbeteiligung oder die Tolerierung einer Minderheitsregierung der Mitte in der Regel mit dem Argument, daß eine Rechtsregierung unter Beteiligung der DNVP (ab 1930 auch der NSDAP) das größere Übel sei. Eine Mitte-Rechts-Regierung würde langfristig die Demokratie gefährden und Konflikte mit der Entente provozieren.

Auch die Phasen, in denen die SPD in Opposition zu Bürgerblockregierungen stand, mäßigte sie ihre Kritik an den Parteien der Mitte, um sich von diesen potentiellen Koalitionspartnern nicht zu weit zu distanzieren und die Koalition mit diesen Parteien in Preußen nicht zu gefährden. Sie verfolgte daher eine Politik der "konstruktiven Opposition" und konzentrierte ihre Angriffe auf die DNVP.

Die Arbeitnehmerwähler der DDP, der DVP und des Zentrums hoffte die Partei-Mehrheit der SPD durch die Erfolge ihrer Minister im Reichskabinett zu erobern und durch die Arbeit der sozialdemokratisch geführten Landesregierungen.

Das Vertrauen in die Treue des Zentrums und der DDP bzw. DStP zur demokratischen Staatsform und der Wille zur Fortsetzung der Koalition in Preußen war die Basis der Tolerierungspolitik der SPD-Führung gegenüber der Regierung Brüning. Durch diese Politik sollte eine Annäherung der Parteien der Mitte an die NSDAP und DNVP verhindert werden. Die SPD war daher zu weitgehenden Konzessionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bereit, was ihre Wählerbasis reduzierte und zur Abspaltung der SDAP führte.

Organisatorischen Ausdruck des Versuch der SPD-Mehrheit, eine gemeinsame Front sozialdemokratischer und bürger-

licher Republikaner zu bilden, war die Gründung der republikanischen Wehrorganisation Reichsbanner im Jahr 1924 und die Bildung des Volksblocks bei den Reichspräsidentenwahlen 1925.

Die SPD-Linke strebte die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiterparteien an. Sie zog, wenn möglich, eine Zusammenarbeit mit der KPD der mit den Parteien der Mitte prinzipiell vor. Obwohl sie Koalitionen der SPD mit bürgerlichen Parteien theoretisch bei Ausnahmesituationen nicht ausschloß, lehnte sie zwischen 1922 und 1931 diese faktisch immer ab.

Grundlage dieser Haltung war ein abgründtiefes Mißtrauen gegenüber der Stabilität des Bekenntnisses der DDP und des Zentrums zur Demokratie. Die SPD-Linke war davon überzeugt, daß, wenn diese beiden Parteien vor die Alternative gestellt würden: Hinnahme einer sozialistischen Reichsregierung oder deren Verhinderung durch einen reaktionären Staatsstreich, sie sich für die Abschaffung der Demokratie zur Verhinderung des Sozialismus entscheiden würden. Beide Parteien seien nur solange für die Demokratie, wie in ihr sich die bürgerlichen Klasseninteressen durchsetzen könnten. Trotz ihrer Wählerschaft in Teilen der Arbeitnehmer seien beide rein bürgerliche Parteien, mit denen die SPD nicht gemeinsam Arbeiterinteressen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik realisieren könne. Auch in der Außenpolitik gebe es keine wirklichen Gemeinsamkeiten, da DDP und Zentrum nur solange für die Politik der Erfüllung eintreten würde, wie Deutschland militärisch noch schwach sei.

Die SPD-Linke forderte immer wieder die Parteiführung dazu auf, die Parteien der Mitte realistischer zu sehen und sie nicht zu schonen. Nur indem die SPD den wahren bürgerlichen Charakter entlarve, könne sie die Wähler der Parteien

der Mitte aus dem Bereich der Arbeitnehmerschaft für den Wechsel zur SPD gewinnen.

Aufgrund der Annahme, daß bei einer Gefährdung des Kapitalismus durch die Arbeiterbewegung die Parteien der Mitte eine bürgerliche Diktatur zur Verhinderung der Machtübernahme der Sozialisten unterstützen würden und auch bei jeder Zuspitzung des Klassenkampfes in der Wirtschafts- und Sozialpolitik den Rechtsparteien näher stünden als der SPD, lehnte die SPD-Linke jede Zusammenarbeit mit den Parteien der Mitte ab.

Der radikale Flügel der SPD-Linken lehnte auch angesichts der Gefahr einer faschistischen Regierungsbeteiligung in den Jahren 1930/1931 jede Kooperation mit den Parteien der Mitte ab, da er davon überzeugt war, daß auch die DDP und das Zentrum bei einer Radikalisierung der Arbeiterschaft durch die Wirtschaftskrise letztlich eine Rechtsregierung unter Beteiligung der NSDAP und DNVP oder gar eine bürgerliche Diktatur anstreben würden, um die Machtübernahme der Arbeiterklasse zu verhindern. Die Fortsetzung der Tolerierungspolitik schwäche nur die SPD für die unvermeidbare Auseinandersetzung mit dem Bürgertum über die Frage, ob die Arbeiterklasse oder das Bürgertum allein die Lasten der Überwindung der Wirtschaftskrise tragen sollte.

Dieser grundlegende Dissens zwischen den beiden SPD-Flügeln in der Frage der Bewertung der Treue der Parteien der Mitte zur Demokratie war im Grunde die tiefere Ursache des Prozesses, der zur Abspaltung der SAPD führte.

Die Haltung der beiden SPD-Flügel zur KPD ist nur vor dem Hintergrund der Politik der KPD gegenüber der SPD zu verstehen.

Hier kann nur in Thesenform auf die Politik der KPD gegenüber der Sozialdemokratie eingegangen werden. 31)

Im Verhältnis zur SPD wendete die KPD zwei Varianten der Taktik an, die meist miteinander kombiniert wurden:

1. Die Taktik der "Einheitsfront von oben": Dies bedeutet den Abschluß organisatorischer Vereinbarungen der Zusammenarbeit zwischen Parteigliederungen der KPD und der SPD zur Durchsetzung von gemeinsamen Zielen bzw. Angebote der KPD in diesem Sinne an die SPD.

2. Die Taktik der "Einheitsfront von unten": Dies meint den Versuch, auch gegen den Willen der SPD-Führung, unter Verzicht auf organisatorische Absprachen, zu einer Aktionseinheit von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zu kommen.

In der Phase meines Untersuchungszeitraumes lassen sich vier Perioden der Taktik der KPD der Behandlung der Sozialdemokratie unterscheiden:

1. Die Phase von November 1922 bis November 1923

Der 4. Weltkongreß der Komintern sprach sich für die Anwendung beider Taktiken der Einheitsfrontstrategie aus (November 1922). Er forderte die Kommunistischen Parteien ausdrücklich dazu auf, zusammen mit Sozialdemokraten Arbeiterregierungen zu bilden, wo immer dies möglich sei. Diese Arbeiterregierungen sollten Vorstufen zur Diktatur des Proletariats sein und den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus einleiten. Der Weltkongreß bekannte sich zur Gewerkschaftseinheit und forderte die Kommunisten auf, in sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften mitzuarbeiten. Der 8. Parteitag der KPD in Leipzig (Januar 1923) billigte diesen "Rechtskurs". Als Folge dieses Kurses tolerierte die KPD die SPD-Minderheitsregierung in Sachsen und Thüringen und bemühte sich um eine Zusammenarbeit v.a. mit linken SPD-Gliederungen. Die Krönung dieser Konzeption war die Bildung der SPD/KPD-Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen Anfang Oktober 1923.

Dieser Kurs bedeutete aber nicht den Willen zu einer ehrlichen, gleichberechtigten Zusammenarbeit mit der SPD. Dies bewiesen die Aufstandsvorbereitungen, die die KPD seit Anfang August 1923 traf. Die linken sozialdemokratischen

Arbeiter in Sachsen und Thüringen sollten als Manövrier-
masse für den Aufstand benutzt werden. Als die SPD sich
auf der Betriebsrätekonzferenz in Chemnitz weigerte, sofort
die Ausrufung des Generalstreiks zuzustimmen, brach der Auf-
standsversuch zusammen.

Der Kurs der KPD-Führung war damit gescheitert.

2. Die Phase vom November 1923 bis August 1925

Nach der Reichsexekution gegen Sachsen änderte die KPD
ihre Haltung gegenüber der SPD radikal, deren rechten und
linken Führern sie Verrat an den Arbeiterregierungen in
Sachsen und Thüringen vorwarf.

Die KPD verfolgte nunmehr nur noch die Taktik der
"Einheitsfront von unten". Sie lehnte jede Zusammenarbeit
mit SPD-Parteigliederungen ab. Sie konzentrierte ihre An-
griffe auf die linken Führer der SPD, denen sie unterstellte,
die Arbeiterschaft durch radikale Phrasen für den reformi-
stischen Kurs der SPD gewinnen zu wollen. Die KPD strebte
nunmehr eine Diktatur des Proletariats an, die ohne die
Übergangsstufe einer sozialdemokratisch-kommunistischen Ar-
beiterregierung erreicht werden sollte.

Der 5. Weltkongreß der Komintern im Juli 1924 bestätigte
diesen politischen Kurs ebenso wie die Parteitage der KPD
in Frankfurt (April 1924) und Berlin (Juli 1925).

3. Die Phase vom August 1925 bis Februar 1928

Auf eine Intervention der Komintern hin (Offener Brief
an die KPD) wandte sich die KPD im August 1925 von der Kon-
zeption der ausschließlichen Anwendung der Taktik der "Ein-
heitsfront von unten" wieder ab und erklärte ihre Bereit-
schaft, Absprachen mit SPD-Parteigliederungen zu treffen und
SPD-Minderheitsregierungen in Ländern zu tolerieren oder
Koalitionsregierungen mit der SPD einzugehen. Es wurde von
der KPD nunmehr die Bildung eines Linksblocks in der Ar-
beiterschaft angestrebt. Ein Erfolg dieser Strategie war
die Einleitung des Volksentscheids zur Fürstenenteignung
1926. Es kam jedoch nur sporadisch zu gemeinsamen Aktionen

von SPD- und KPD-Parteigliederungen.

Auch in diesem Zeitraum betrachtete die KPD die SPD-Linke, v.a. deren Führer, als Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung, da sie den Übergang revolutionärer sozialdemokratischer Arbeiter zur KPD behinderten, indem sie bei ihnen die Illusion der Möglichkeit der Rückverwandlung der SPD in eine revolutionäre Partei erweckten.

4. Die Phase vom Februar 1928 bis 1933

Das 9. Plenum der EKKI der Komintern beschloß im Februar 1928 einen Kurswechsel der Haltung der Kommunistischen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie. Der Schwerpunkt wurde nunmehr wie schon in den Jahren 1924/1925 wieder auf die "Einheitsfront von unten" gelegt. Absprachen mit Parteigliederungen der SPD wurden zunächst noch nicht völlig abgelehnt, aber bereits zu Ausnahmefällen erklärt. Die KPD vollzog diesen Kurswechsel mit. Der 6. Weltkongreß der Komintern im Juli/August 1928 bestätigte diese Linie und verschärfte die Kritik an der Sozialdemokratie, deren Führer eine Tendenz zum Sozialfaschismus unterstellt wurde. Die KPD warf nunmehr den Führern der SPD vor, zusammen mit den Gewerkschaftsführern und den Trustherren einen Dreibund zur Unterdrückung der Arbeiterschaft zu bilden. Der 12. Parteitag der KPD in Berlin-Wedding im Juni 1929 billigte diesen Kurs. Im Mittelpunkt der Angriffe der KPD standen die "linken Führer der Sozialfaschisten", also die Führer der SPD-Linken, deren einzige Funktion darin bestünde, die Abwanderung sozialdemokratischer Arbeiter zur KPD zu verhindern und die Zusammenarbeit mit den Konzernherren durch radikale Phrasen zu bemänteln.

Ab Ende 1929 gab die KPD auch die Taktik der Bewahrung der Gewerkschaftseinheit auf und bildete die "Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition", die aber keine ernsthafte Konkurrenz für den ADGB wurde. Die KPD stellte nunmehr auch auf kommunaler Ebene jede Zusammenarbeit mit SPD-Gliederungen ein.

Die Regierung Brüning betrachtete die KPD als Vorstufe einer faschistischen Regierung, die SPD wegen ihrer Tolerierungspolitik als Steigbügelhalter der Faschisten. Nur durch eine Volksrevolution könne der offene Faschismus verhindert werden.

Selbst mit der radikal linken Opposition in der SPD um die Zeitschrift "Klassenkampf" lehnte die KPD jede Zusammenarbeit ab, da deren Führer meist nur "besonders raffinierte" Sozialfaschisten seien. Für wirklich klassenbewußte SPD-Mitglieder gebe es nur die Perspektive eines Übertritts zur KPD.

Aufgrund der Leninschen Avantgardetheorie betrachtete sich die KPD während der Weimarer Republik als einzige wirkliche Arbeiterpartei. Der Reformismus der SPD wurde als Irrweg betrachtet, der zu vernichten sei. Das Ziel beider Varianten der Einheitsfrontstrategie war die Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter für die KPD. Langfristige Perspektive war die Vernichtung der SPD. Die Führer der SPD-Linken wurden meist als Hauptfeinde in der Arbeiterbewegung betrachtet, da sie den Ablösungsprozeß sozialdemokratischer Arbeiter von der SPD bewußt oder unbewußt durch ihre verbalradikale Kritik am SPD-Parteivorstand verzögerten. Die Sozialdemokratie wurde nicht als legitime Strömung in der Arbeiterbewegung anerkannt, mit der eine Kooperation anzustreben sei, sondern ihre Existenzberechtigung wurde bestritten. Die Hoffnung der KPD auf eine massenhafte Abwendung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer "verräterischen" Führung erfüllten sich jedoch nicht.

Die Haltung der SPD-Mehrheit zur KPD entsprach im spiegelverkehrten Sinn der Einstellung der KPD zur SPD.

Für die SPD-Mehrheit war der Kommunismus ein Irrweg eines Teils der Arbeiterschaft, der zu vernichten sei. Sie erkannte nie die Existenzberechtigung der KPD an, da die SPD die einzige wirkliche Arbeiterpartei sei.

Sie lehnte jede organisatorische Zusammenarbeit mit der KPD ab. Der Parteiausschuß beschloß dies am 27.11.1923. Diese Haltung wurde nur einmal - beim Volksentscheid 1926 - durchbrochen.

Inhaltlich warf die SPD-Mehrheit der KPD folgendes vor:

- das Ziel der Errichtung einer Minderheitsdiktatur der KPD durch einen Putsch
- die Zerstörung der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung
- die völlig unkritische Haltung zu Sowjetrußland
- die Vertretung der Interessen der sowjetischen Außenpolitik
- die völlige Abhängigkeit von der Komintern
- die undemokratische Parteistruktur
- die Geringschätzung des Wertes der politischen Demokratie für die Arbeiterbewegung
- die Vertretung der Theorie, daß alle bürgerlichen Parteien eine "reaktionäre Masse" bildeten

Auf der Grundlage dieser Einschätzung war für die SPD-Mehrheit, unabhängig vom gerade eingeschlagenen Kurs der KPD gegenüber der SPD, jede Zusammenarbeit mit der KPD ausgeschlossen. Schlug die KPD einen "Linkskurs" ein (1924/1925 und 1928-1933), war dies der SPD-Mehrheit nicht unangenehm, da sie dann nicht in die Verlegenheit kam, auf Zusammenarbeitsangebote der KPD eingehen zu müssen.

Ziel der SPD-Mehrheit war es, die kommunistischen Arbeiter für den Wechsel zur SPD zu gewinnen. Sie scheiterte dabei genauso wie die KPD bei ihrem Versuch, die sozialdemokratischen Arbeiter für sich zu gewinnen.

Wegen dieser unversöhnlichen Haltung der Führungen der SPD und der KPD kam es in der Weimarer Republik zu einer Selbstblockade der Arbeiterbewegung, die ihre Hauptkraft im Kampf der beiden Arbeiterparteien gegeneinander ver- schloß. Die Folgen der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen von SPD-Ministern kommandierten Truppen der KPD- und USPD-Mitgliedern in den Jahren 1918 und 1919 wurden nie überwunden. SPD- und KPD-

Führung standen sich mit abgrundtiefem Mißtrauen gegenüber. Die KPD warf der SPD Klassenkollaboration mit dem Bürgertum vor, die SPD klagte die KPD der Spaltung der Arbeiterbewegung und des Hanges zum Putschismus an.

Die SPD-Linke verfolgte in den Phasen des "Rechtskurses" der KPD (1922/1923 und 1925-1928) im Gegensatz zur Führung der SPD und der KPD das Ziel, zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien zu kommen, die eine gegenseitige Anerkennung der Legitimität der Existenz beider Parteien zur Voraussetzung hätte. Kurzfristig erhoffte sich die SPD-Linke aus dieser Zusammenarbeit eine Linkswendung der SPD, also die Abkehr der SPD von der Kooperation mit den Parteien der Mitte, und eine Rechtswendung der KPD, also die Abwendung von putschistischen Tendenzen. Langfristig erstrebte die SPD-Linke eine Wiedervereinigung der beiden Arbeiterparteien.

In Phasen des "Linkskurses" der KPD (1924/1925 und ab 1928) sah die SPD-Linke nicht mehr die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der beiden Parteien. Sie erwartete dann eine Abwendung kommunistischer Arbeiter von ihrer Partei und deren Anschluß an die SPD, die eine Stärkung des linken SPD-Flügels zur Folge haben würde. Diese Hoffnung ging jedoch nicht in Erfüllung.

In der Zeit des "Reichskurses" der KPD erstrebte die SPD-Linke eine enge Zusammenarbeit mit der KPD auf Reichs-, Landes- und kommunaler Ebene. Ausdruck dieser Strategie war die Bereitschaft zur Bildung von SPD/KPD-Koalitionen in den verschiedenen Parlamenten bzw. zur Akzeptierung der Tolerierung von SPD-Minderheitsregierungen durch die KPD. Die SPD-Linke forderte dann auch eine Kooperation von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Gewerkschaften und bei außerparlamentarischen Aktionen.

Der SPD-Führung warf die SPD-Linke vor, die Zusammen-

arbeit mit den bürgerlichen Parteien der Mitte der Einheitsfront der Arbeiterbewegung vorzuziehen.

In der inhaltlichen Kritik an der KPD unterschied sich die SPD-Linke kaum von der SPD-Mehrheit. Auch sie bemängelte an der Strategie der KPD:

- die Neigung zum Putschismus
- die Verstärkung der Spaltung der Arbeiterbewegung
- den Verzicht auf jegliche Kritik Sowjetrußlands
- Die Abhängigkeit von der Komintern
- die Vertretung der Interessen der Außenpolitik Sowjetrußlands
- die undemokratische Parteistruktur
- die Unterschätzung des Wertes der politischen Demokratie für die Arbeiterbewegung
- die Leugnung jeglicher Differenzen zwischen den Parteien des Bürgertums

Die SPD-Linke verband diese Kritik an der KPD jedoch mit einer Kritik an der Strategie der eigenen Parteiführung, der sie vorwarf:

- die Neigung zum Legalismus und eine Fixierung auf den parlamentarischen Kampf, bei einer Unterbewertung außerparlamentarischer Aktionen, und den Verzicht auf die Bildung einer sozialdemokratischen Wehrorganisation
- den fehlenden Willen zur Zusammenarbeit mit der KPD
- den Verzicht darauf, auch die positiven Aspekte der Entwicklung in Sowjetrußland zu sehen
- Illusionen über die wahren Absichten der Außenpolitik Stresemanns
- die Unterdrückung der innerparteilichen Opposition in der SPD durch organisatorische Maßnahmen
- Illusionen über die Bereitschaft der Parteien der Mitte, die politische Demokratie auch dann zu respektieren, wenn eine Machtübernahme der Arbeiterparteien droht
- die Überbewertung der Differenzen zwischen den Parteien der Mitte und den Rechtsparteien

Für diesen "dritten Weg" zwischen Reformismus und Bolschewismus erhielt die SPD-Linken jedoch keine Mehrheit in der SPD.

Auf die Gründe hierfür wird im folgenden eingegangen.

3. Ursachen der ständigen Minderheitsposition der SPD-Linken in diesem Zeitraum

Bei der Untersuchung der Gründe der ständigen Minderheitsposition der SPD-Linken in ihrer Partei in der Weimarer Republik orientiere ich mich an einem Schema von Joachim Raschke, in dem er fördernde und hemmende Faktoren für die Entfaltung innerparteilicher Opposition darstellt. 32) Er unterscheidet dabei parteiinterne und parteiexterne Faktoren.

Parteiinterne, die Bildung einer starken innerparteilichen Opposition in der SPD der Weimarer Republik hemmende Faktoren waren:

- die starke Rolle der Parteibürokratie:
Der Parteiapparat, der in der SPD traditionell eine bedeutende Rolle spielte, war fest in den Händen der Parteimehrheit. Im zentralen Apparat in Berlin waren Anhänger des linken Flügels so gut wie nicht vertreten. Die für die Organisationsarbeit zuständigen Partei-Bezirkssekretäre waren Angestellte des Parteivorstandes, und somit von ihm stark abhängig. Das Parteivermögen war im Besitz des Parteivorstandes. Von den Parteifinzen verwaltete der Parteivorstand einen wichtigen Teil.
- die starke Rolle der zentralen Parteigremien:
Der Parteivorstand und der Parteiausschuß führten zwischen den Reichsparteitagen die Geschäfte der SPD. Im Parteivorstand war der linke Flügel seit 1924 nicht mehr vertreten, im Parteiausschuß war er klar in der Minderheit. Beide Gremien füllten zusammen mit der SPD-Reichs-

tagsfraktion, in der die Linke auch nur eine Minderheit stellte, die grundlegenden Entscheidungen über die Reichspolitik. Sie hatten auch das Recht, bei Parteikonflikten in Bezirken und Landesparteien (z.B. in Sachsen 1924 - 1926) zu intervenieren und diese zu lösen. Sie beschloßen darüber, mit welchen Parteien die SPD-Gliederungen zusammenarbeiten durften und in welchen Organisationen SPD-Mitglieder mitarbeiten durften. Sie hatten dadurch die Möglichkeit, auch die Politik der Parteigliederungen, die von der Linken dominiert wurden, entscheidend zu beeinflussen. Da die Mitglieder des Parteiausschusses und des Parteivorstandes und ein Teil der Reichstagsabgeordneten automatisch Reichsparteitagsdelegierte waren, war ca. 1/4 der Reichsparteitagsdelegiertenmandate von vornherein in der Hand der Parteimehrheit, die daher nur weniger als 50 % der direkt von den Bezirken gewählten Delegierten stellen mußte, um die Mehrheit auf dem Reichsparteitag sicher zu haben.

- das innerparteiliche Wahlsystem:

In der SPD wurden die Mitglieder der Parteigremien nach dem Mehrheitswahlsystem gewählt, d.h. sie mußten mehr als 50 % der Stimmen erreichen. In Bezirken, Unterbezirken und Ortsverbänden, in denen die Linke in der Minderheit war, wurden ihre Kandidaten meist nicht in die Vorstände gewählt. Sie war damit von der Mitwirkung an der Organisationsarbeit faktisch ausgeschlossen. Ähnlich erging es allerdings meist Vertretern der Parteimehrheit auf Reichsebene in von der Linken dominierten Parteigliederungen.

Die SPD-Linke forderte daher die Einführung des Proportionalwahlsystems bei innerparteilichen Wahlen nach dem Modell der französischen Sozialistischen Partei SFIO, um zu gewährleisten, daß in den Parteigremien aller Ebenen Vertreter aller Parteiströmungen entsprechend ihrem Anteil an Stimmen repräsentiert sein sollten. Dies wurde jedoch

von der Parteiführung wegen der angeblichen Gefährdung der Parteieinheit abgelehnt.

- die Beherrschung der innerparteilichen Kommunikation durch die Parteiführung:
Der Großteil der Parteipresse billigte die Politik des Parteivorstandes. Nur ein Dutzend von den 195 Parteizeitungen wurde von der Linksoption kontrolliert. Das Zentralorgan der Partei, der "Vorwärts", das Theorieorgan "Die Gesellschaft", und der Sozialdemokratische Pressedienst, der die Hauptinformationsquelle aller SPD-Zeitungen war, vertreten immer die Linie des Parteivorstandes. Vertreter des linken Parteiflügels kamen im Großteil der Parteimedien also kaum zu Wort. Auch der Parteiverlag und die Buchgesellschaft der SPD vertrieben fast ausschließlich die Werke von Vertretern der Parteimehrheit. In der Bildungsarbeit auf Reichsebene kamen Repräsentanten der Linken selten zum Zuge. Ein Großteil der Parteimedien bot der Linken also keine Artikulationsmöglichkeit und gab deren Stellungnahmen zum Teil verzerrt oder gar nicht wieder. Der Versuch der "Klassenkampf"-Gruppe, einen eigenen Bücherdienst, eine eigene Referentenvermittlung und eine Wochenzeitschrift aufzubauen, führte schließlich zur Abspaltung der SAPD.
- die geringe Legitimität der innerparteilichen Opposition in der SPD

Für die deutsche Arbeiterbewegung spielte aufgrund der schlechten historischen Erfahrungen (Bruderkampf der "Eisenacher" und "Lassalleaner" 1869-1875, Spaltung der SPD 1917, Spaltung der USPD 1920) die Geschlossenheit und die Wahrung der Parteieinheit eine große Rolle. Aufgrund dieser traumatischen Erfahrungen wurde von einem Großteil der SPD-Mitglieder, unabhängig von ihrer Richtungszugehörigkeit, die Bildung einer organisierten innerparteilichen Opposition abgelehnt, da dies zur Parteispaltung führen müsse.

Der Parteiausschuß beschloß am 27.11.1923 das Verbot der Bildung einer organisierten Opposition. Seitdem waren reichsweite Tagungen von Fraktionen nicht mehr erlaubt. Der Linken stand deshalb zur Koordinierung ihrer Politik auf Reichsebene nur noch informelle Treffen der linken SPD-Reichstagsabgeordneten, der linken Reichsparteitagsdelegierten (Während des Parteitages) und die Herausgabe reichsweiter Zeitschriften zur Verfügung. Die Existenz der "SPW" und des "Klassenkampf" wurden zwar geduldet, aber deren Legitimität wurde ständig angegriffen, da sie die Parteieinheit gefährdeten.

Die linken SPD-Reichstagsabgeordneten mußten sich an die Fraktionsdisziplin halten und durften nicht gegen die Fraktionsmehrheits-Haltung votieren. Der "Disziplinbruch" der neun Reichstagsabgeordneten gab der Parteiführung die Gelegenheit, die Anhänger der "Klassenkampf"-Gruppe in der Partei zu isolieren, da sie das Prinzip der Geschlossenheit der Partei verletzten, was von der großen Masse der Parteimitglieder als Vertretung des höchsten Gutes betrachtet wurde. Wurde dieses Prinzip von Anhängern der Parteiführung verletzt, wie in Sachsen 1924 bis 1926, zeigte die Parteiführung allerdings ein hohes Maß an Toleranz.

Parteiexterne, die Bildung einer starken Opposition in der SPD hemmende Faktoren waren:

- die ökonomische Entwicklung 1924 bis 1928
- In diesem Zeitraum war der Einfluß der Linken in der SPD relativ gering. Grund dafür war, daß das Konzept der SPD-Mehrheit, auf der Basis einer relativ krisenfreien Entwicklung schrittweise soziale Reformen im Interesse der Arbeiterschaft durchzusetzen, erfolgreich war und sich das Bürgertum mit der Existenz der Demokratie zum Großteil abfand. Im Krisenjahr 1923 hingegen war der Einfluß der Linken in der SPD sehr stark, da sie die

Unzufriedenheit vieler Parteimitglieder mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung artikulierten.

Seit dem Beginn der schweren Wirtschaftskrise 1929 hätte die Bedeutung der Linksoption in der SPD eigentlich wachsen müssen, wenn man davon ausgeht, daß wirtschaftliche Krisen objektiv die Position der Linken in Sozialdemokratischen Parteien stärken. Diese Entwicklung trat jedoch aus zwei Gründen nicht ein: Ein Großteil der mit dem Kapitalismus unzufriedenen Wähler orientierte sich nicht an der SPD-Linken, die mit der Politik der SPD-Führung identifiziert wurde, oder als machtlos eingeschätzt wurde, sondern an der KPD oder der NSDAP. Ein Großteil der SPD-Mitglieder vertraute auf die Richtigkeit der Strategie der SPD-Führung, durch eine Tolerierung der Regierung Brüning bis zum notwendigerweise kommenden Aufschwung der Wirtschaft die demokratische Staatsform wahren zu können. Er sah zudem wegen der fehlenden Bereitschaft der KPD zur Zusammenarbeit mit der SPD keine Realisierungschance für die Programmatik der SPD-Linken.

- die Unterstützung des Kurses der SPD-Führung durch die Freien Gewerkschaften

Die Führung der drei sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbünde ADGB, ADB und Afa-Bund unterstützten im gesamten Untersuchungszeitraum die Strategie der SPD-Führung. Schon seit der Zeit des Kaiserreiches neigte die Gewerkschaftsführung eher zum rechten Flügel der SPD. Das vom ADGB entwickelte Konzept der Wirtschaftsdemokratie entsprach der evolutionären Strategie der SPD-Führung. Die SPD-Linke hatte nur in wenigen Einzelgewerkschaften größeren Einfluß, so z.B. in der größten Gewerkschaft im ADGB, im Deutschen Metallarbeiter-Verband DMV, dessen Vorsitzenden von 1919-1926 Dißmann sie stellte und in der Angestelltengewerkschaft Afa-Bund, dessen Vorsitzender Aufhäuser zur gemäßigten SPD-Linken gehörte. Selbst in Hochburgen der SPD-Linken, wie in Sachsen, war häufig der ADGB in der Hand der SPD-Rechten.

Wegen der traditionellen Arbeitsteilung zwischen SPD und Gewerkschaften im politischen und ökonomischen Kampf war die Unterstützung durch die Gewerkschaften eine große Hilfe für die SPD-Führung.

- das Parteiensystem in der Weimarer Republik

Im gesamten Zeitraum gelang es der Arbeiterbewegung nie, im Reichstag eine Mehrheit zu erhalten. Wollte die SPD direkten Einfluß auf die Reichsregierung nehmen, mußte sie Koalitionen mit den Parteien der Mitte eingehen oder Minderheitsregierungen der Mitte tolerieren. Da die Alternative dazu immer nur eine Reichsregierung unter Einschluß der DNVP bzw. der NSDAP war, hatte das Argument des "kleineren Übels" der SPD-Führung eine reale Grundlage und wurde von der Mehrheit der Parteibasis akzeptiert.

Das Grunddilemma der SPD-Linken war es, daß als Partner für eine konsequente Oppositionspolitik gegen alle bürgerlichen Parteien nur die KPD in Frage kam, die die SPD nie als legitime Strömung der Arbeiterbewegung akzeptierte und nur 1922/1923 und von Ende 1925 bis Anfang 1928 zu einer Zusammenarbeit mit der SPD überhaupt bereit war (vergl. voriges Kapitel). Der Parteiführung der SPD fiel es daher relativ leicht, die Vorschläge der SPD-Linken als unrealistisch und utopisch abzuwerten und dem ihre "Realpolitik", die partielle Erfolge garantierte, gegenüberzustellen. Der SPD-Linken fehlte also faktisch meist ein Partner links von der SPD, während die SPD-Mehrheit in den Parteien der Mitte, mit Ausnahme kurzer Unterbrechungen (die Bürgerblockregierungen) 1925 und 1927/1928 und das 1. Kabinett Brüning (März bis September 1930), immer über einen Partner rechts von der SPD verfügte.

Wegen der Angewiesenheit der SPD-Linken auf die KPD hatte sie nach dem Sturz der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen seit Anfang 1924 nicht mehr die Möglichkeit, wenigstens auf Landesebene, ein Modell linkssozialdemokratischer Regierungspolitik zu entwickeln.

- die politische Kultur der Weimarer Republik:
Aufgrund der deutschen Sonderentwicklung, dem Mißerfolg bürgerlicher Revolutionen, war die politische Kultur von undemokratischen, autoritären Tendenzen bestimmt. Auch in der Arbeiterbewegung deominierten autoritäre, den Konflikt ablehnende Strukturen. Daher war die Existenz innerparteilicher Oppositionsgruppen eine Tatsache, die den auf Harmonie bestrebten politischen Normen der Mehrheit der Bevölkerung widersprach. Dies erschwerte die Wirkungsmöglichkeit der Linksopposition in der SPD erheblich.
- die Mediensituation in der Weimarer Republik
Die SPD-Parteipresse, die zum Großteil von den Anhängern der Parteiführung beherrscht wurde, erreichte nur ca. 2 Millionen Leser, d.h. nur eine Minderheit der SPD-Wähler. Auch viele SPD-Mitglieder lasen nur ihre bürgerliche Lokalzeitung oder benutzten diese zur Ergänzung der SPD-Presse. In der bürgerlichen Presse, auch in der der DDP nahestehenden wurden natürlich die Positionen der SPD-Mehrheit positiver bewertet als die der SPD-Linken. Nicht nur in der eigenen Parteipresse wurde die SPD-Linke meist scharf angegriffen oder ihre Haltung verzerrt oder gar nicht wiedergegeben, sondern auch in der bürgerlichen Presse. Auch die Parteipresse der KPD hatte kein Interesse daran, die Stellungnahmen der SPD-Linken objektiv darzustellen. Ein Großteil der Bevölkerung hatte also nicht die Gelegenheit, die Position der SPD-Linken aus objektiven Quellen heraus kennenzulernen. Aus dieser Lage heraus war es für die KPD-Presse ein leichtes, jegliche wirklichen Differenzen zwischen den beiden Flügeln der SPD zu bestreiten und die SPD-Linke mit der SPD-Mehrheit zu identifizieren. Diese erschwerte das von der SPD-Linken erstrebte Zustandekommen einer proletarischen Einheitsfront.
Die reichsweiten Zeitschriften der SPD-Linken erreichten wegen ihrer geringen Auflagen nur eine kleine Minderheit, der SPD-Mitglieder und wurden von Nicht-SPD-Mitgliedern weitgehend ignoriert.

Aus all diesen Gründen gelang es der SPD-Linken nicht, einen Machtwechsel in der Partei zu erreichen. Nur in wenigen Fällen setzte sie einen graduellen Zielwandel der Partei durch, da ihre Kritik an der Politik der Parteiführung auch von vielen Anhängern der Parteiführung geteilt wurde. Dies war der Fall bei der Beendigung der Großen Koalition im November 1923, der Aufstellung eines eigenen SPD-Kandidaten beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl im März 1925, der Einleitung des Volksbegehrens zur Fünften-enteignung im Januar 1926, dem Widerstand gegen den Bau des Panzerkreuzers A im Reichstag im Herbst 1928 und der Beendigung der Großen Koalition im März 1930.

4. Persönliche Bewertung der SPD-Linken in der Weimarer Republik und ihrer Bedeutung für die aktuelle Debatte in der linken Sozialdemokratie

Abschließend möchte ich meine persönliche Bewertung der Funktion der Linken in der SPD der Weimarer Republik geben. Sie ist natürlich ebensowenig unabhängig von der eigenen politischen Weltanschauung wie die im ersten Abschnitt dieses Kapitels dargestellten Meinungen zur Rolle der SPD-Linken in diesem Zeitraum.

Nach meiner Ansicht unterschied sich die SPD-Linke von der Mehrheit der Partei in mehreren Punkten in positiver Hinsicht.

Sie schätzte die vorwiegend bürgerliche Struktur des Staatsapparates der Weimarer Republik realistischer ein und machte sich nicht die Illusion einer weitgehend krisenfreien Entwicklung des Kapitalismus und des bruchlosen evolutionären Hineinwachsens in den Sozialismus. Sie überschätzte nicht den Wandel im Bereich des ökonomischen und politischen Systems im Vergleich zur Zeit vor 1918. Sie erkannte die realen politischen und ökonomischen Machtverhält-

nisse besser, die spätestens seit 1923 auf einer klaren Hegemonie der bürgerlichen Kräfte beruhten. Sie machte sich auch keine Illusionen über die Bereitschaft der bürgerlichen Parteien der Mitte, die Demokratie gegen reaktionäre bzw. faschistische Bestrebungen entschlossen zu verteidigen (vergl. hierzu die Haltung des Zentrums, der DVP und der DStP zur Machtübernahme Hitlers).

Die SPD-Linke hielt an den Grunderkenntnissen des Marxismus über die Struktur des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung fest. Ihr gelang es jedoch nicht, eine Strategie sozialistischer Reformpolitik zu entwickeln, die versucht, ohne Integration in den Kapitalismus, bereits im Rahmen des Kapitalismus realisierbare soziale und demokratische Neuerungen durchzusetzen. Ihre Tagesforderungen zu aktuellen Problemen unterschieden sich daher in der Regel nur dadurch von denen der SPD-Führung, daß sie "radikalere" Forderungen aufstellten, die wegen der Kräfteverhältnisse im Reichstag von vornherein nicht realisierbar waren, und auf das sozialistische Endziel als Lösung aller Probleme hinwiesen. Der Grund für diese Haltung dürfte die Angst gewesen sein, sich dadurch - wie die Parteimehrheit - an das bestehende Gesellschaftssystem faktisch anzupassen. Ebensowenig wie der Parteimehrheit gelang es ihr, ein Konzept zur Gewinnung der Lohnabhängigen und selbständigen Mittelschichten für die SPD zu entwickeln. Dies sollte sich in der Weltwirtschaftskrise als verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung erweisen, da diese Schichten dem Faschismus die Massenbasis besorgten.

Die SPD-Linke lieferte immer treffende Analysen der realen Machtverhältnisse in Deutschland. Bei der Entwicklung einer Strategie zur Veränderung dieser Situation im Sinne der Arbeiterbewegung war ihr Patentrezept die konsequente Oppositionsstellung der SPD gegen alle bürgerlichen Parteien. Sie hoffte, daß dann durch die Entlarvung der Rolle der Parteien der Mitte deren Arbeitnehmerwähler zur SPD über-

wechseln würden und zudem viele bisherige KPD-Wähler, die den Reformismus ablehnten, zur SPD stoßen würden.

Die Durchsetzung dieses Konzepts scheiterte in der SPD v.a. aus zwei Gründen: Die Mehrheit der Partei hielt das Argument des "kleineren Übels", d.h. der besseren Lage der Arbeiterschaft bei einer Reichsregierung, an der die SPD direkt oder indirekt beteiligt ist, als unter einer Rechtsregierung, für plausibel. Graduelle Erfolge in der Regierung oder durch die Tolerierung einer Regierung waren für die Mehrheit der SPD wichtiger als die langfristige, unsichere Perspektive einer sozialistischen Parlamentsmehrheit, die das notwendige Resultat einer konsequenten Oppositionsstrategie der SPD sein sollte. Das grundlegende Dilemma dieser Strategie war, daß dafür ein Bündnispartner links von der SPD wegen der fehlerhaften Politik der KPD meist fehlte. Solange die KPD nicht zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit der SPD bereit war, konnte die Strategie der SPD-Linken von den Vertretern der Parteimehrheit leicht als illusionär und utopistisch kritisiert werden. Die Hoffnung der SPD-Linken, daß ihre Position in der SPD durch den Zustrom enttäuschter KPD-Anhänger gestärkt würde, ging nie in Erfüllung, da diese Gruppen eine Transformation der SPD in eine revolutionärsozialistische Partei für illusorisch hielten und der SPD-Linken nur eine Alibirolle in ihrer Partei zuwiesen. Die SPD-Führung hingegen konnte fast im gesamten Untersuchungszeitraum mit der Zusammenarbeitsbereitschaft der Parteien der Mitte rechnen, hatte also Bündnispartner.

Erschwerend für die Wirksamkeit der Linksoption in der SPD kam das Verbot der organisierten Fraktionsbildung hinzu, das seit dem 27.11.1923 galt. Es verhinderte reichsweit Treffen der Opposition. Die Koordination der Politik der Parteilinken konnte nur über die linken SPD-Reichstagsabgeordneten und die reichsweiten Zeitschriften

erfolgen. Dies behinderte die Ausarbeitung einer stringenten, alternativen Strategie zur Politik der Parteiführung. Die SPD-Linke konnte meist nur im nachhinein eine Kritik an Fehlern der Parteiführung üben und nur selten konkrete Gegenprogramme in der Partei diskutieren.

Die eingeschränkte innerparteiliche Demokratie in der SPD der Weimarer Republik behinderte sicherlich die Entfaltungsmöglichkeiten der Linksoption, war aber nicht der allein ausschlaggebende Faktor für deren ständiger Minderheitsposition. Entscheidend dafür war vielmehr, daß die Mehrheit der Parteimitglieder der SPD die Strategie der SPD-Führung für realistischer und erfolgversprechender hielten.

Mit ein Grund für das häufige Verharren der SPD-Linken in einer negativen Kritik am Vorgehen der Parteiführung war, daß seit Anfang 1924 die SPD-Linke auch keine Gelegenheit mehr hatte, wenigstens auf Landesebene die Wirksamkeit linkssozialdemokratischer Politik zu beweisen und ein Modell für die Politik im Reich zu entwickeln.

Der Niedergang des Einflusses der Linken in der SPD begann nach dem Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14.9.1930. Die SPD-Linke spaltete sich in zwei Gruppen, in Gemäßigte und Radikale. Die gemäßigten Linken waren - trotz erheblicher Bedenken - für die Tolerierung der Regierung Brüning, um eine Regierungsbeteiligung der NSDAP und DNVP zu verhindern. Die radikale Linke lehnte die Tolerierung ab, da sie nicht glaubte, dadurch langfristig das Bündnis zwischen den Parteien der Mitte und den Rechtsparteien vermeiden zu können. Nach dem Disziplinbruch der neun SPD-Reichstagsabgeordneten im März 1931 und dem Beschluß des Parteiausschusses im Juli 1931 gegen die Bildung einer organisierten Opposition spaltete sich auch noch die radikale Linke. Ein Teil hielt die bessere Organisation der innerparteilichen Opposition für so wichtig, daß er dabei auch den Parteiausschluß von Führern der Op-

position und letztlich die Parteispaltung riskierte. Ein Teil stellte die Wahrung der Parteieinheit angesichts der faschistischen Gefahr über alles und vertraute darauf, daß die weitere Entwicklung notwendigerweise bald ein Ende der Tolerierungspolitik erzwingen würde.

Daher schloß sich nur ein relativ kleiner Teil der SPD-Linken der SAPD an, die eine Splitterpartei blieb, da die Masse der Arbeiterschaft weiterhin auf die SPD und KPD fixiert war. In der SPD wurde aber dadurch die Linke zu einer bedeutungslosen Minderheit.

Abschließend soll untersucht werden, welche Relevanz die Theoriedebatte in der SPD der Weimarer Republik für heutige linke Strömungen der Arbeiterbewegung in Westeuropa hat.

In den letzten Jahren gab es eine Renaissance des Austromarxismus der Zwischenkriegszeit und der Marxismus-Interpretation des italienischen KP-Führers Gramsci. Beide Traditionslinien, den Marxismus Otto Bauers und Max Adlers, die beide der SPD-Linke der Weimarer Republik stark beeinflussten, und den modifizierten Leninismus Antonio Gramscis verbindet der Versuch, einen dritten Weg des demokratischen Sozialismus zu entwickeln, der den Fehler des Reformismus der rechten Sozialdemokratie - die Integration in den Kapitalismus - ebenso vermeiden will wie den Fehler des Kommunismus - der kritiklosen Übertragung der Strategie der russischen Bolschewiki auf Westeuropa. Ziel dieses Konzepts des dritten Weges zum Sozialismus ist, daß die Überwindung des Kapitalismus nur dann möglich ist, wenn die Mehrheit der Bevölkerung bewußt damit einverstanden ist und daran mitwirkt. Es wird sowohl von marxistischen Strömungen in Sozialdemokratischen Parteien Westeuropas (z.B. dem CERES-Flügel der französischen Sozialisten und dem "Hannoveraner" und "Göttinger Kreis" innerhalb der Jungsozialisten in der SPD wie von den Eurokommunisten der PCI und PCE verfolgt. 33)

Die marxistischen Sozialdemokraten in der SPD rezipieren zur Zeit intensiv die Theorie Otto Bauers, Max Adlers und Antonio Gramscis. 34) Die Theoriezeitschrift des "Hannoveraner Kreises" innerhalb der Jungsozialisten nennt sich bewußt nach dem Vorbild der Zeitschrift Paul Levis "Sozialistische Politik und Wirtschaft".

Für die heutige aktuelle Politik der Linksozialdemokraten sind folgende Punkte der Ideologie der Linksoopposition in der SPD der Weimarer Republik noch heute relevant:

- Die Überzeugung, daß der Übergang zum Sozialismus die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zur Voraussetzung hat
- den Willen zur gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Strömungen der Arbeiterbewegung unter Anerkennung der prinzipiellen Existenzberechtigung dieser Strömungen
- den Willen zur Wahrung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei, solange ein Mindestmaß an innerparteilicher Demokratie gewahrt bleibt
- die Ablehnung sowohl der Anpassung an die bestehende Gesellschaftsordnung durch den rechten Flügel der Sozialdemokratie wie des Konzepts der Einführung des Sozialismus durch eine bewußte Avantgarde, die von Teilen der kommunistischen Parteien noch vertreten wird
- die realistische Einschätzung der Handlungsmöglichkeiten von Sozialisten im Rahmen eines Staates und einer Wirtschaftsordnung, der weitgehend vom Einfluß der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geprägt ist

Aber auch die Defizite der Ideologie der SPD-Linken der Weimarer Republik dürfen nicht übersehen werden:

- fehlende Ausarbeitung eines Konzepts einer sozialistischen Reformpolitik, die nicht passiv auf den Sozialismus wartet, sondern bereits im Rahmen des Kapitalismus Reformen im Interesse der Arbeitnehmer durchsetzt
- das fehlende Konzept zur Gewinnung von Mitgliedern der

lohnabhängigen Mittelschichten (Angestellte, Beamte)
und der selbständigen Mittelschichten für sozialisti-
sche Ziele

- das Fehlen einer wirksamen Strategie zur Gewinnung
christlich orientierter meist katholischer Arbeit-
nehmer für sozialistische Ziele
- die Überschätzung der Folgen der objektiven ökonomischen
Entwicklung für die Entwicklung des Bewußtseins der
Bevölkerung und die daraus resultierende Unterschätzung
der Rolle der Institutionen des politischen, kulturel-
len und ideologischen Überbaus.

ANMERKUNGEN

Vorwort

- 1) Wolowicz, Ernst: Flügel in der SPD.
Historischer Abriss der Flügelbildung in der deutschen Sozialdemokratie (unter besonderer Berücksichtigung des linken Flügels. Darstellung und Kritik von Typologien der Flügel in der SPD. Typologie der Flügel in der SPD auf der Grundlage einer Inhaltsanalyse, München 1978
- 2) Raschke, Joachim: Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien.
Vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen, Opladen, 1977, S. 22/23

LITERATURVERZEICHNIS

1. Periodika

- DIE ARBEIT. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Berlin 1924-1931 (Hrsg. Theodor Leipart)
- ARBEITER-JUGEND. Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, Berlin 1922-1931 (Hrsg. Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands)
- DIE BÜCHERWARTE. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik, Berlin 1926-1928 (Hrsg. Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit beim Vorstand der SPD)
- DAS FREIE WORT. Sozialdemokratisches Diskussionsorgan, Berlin 1929-1931
- DER FÜHRER. Monatsschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung, Berlin 1922-1931 (Hrsg. Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands)
- DIE GEMEINWIRTSCHAFT. Monatsschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, Hermsdorf, 1928-1931 (Hrsg. Brono Zschätsch)
- DIE GESELLSCHAFT. Internationale Revue für Sozialismus und Politik, Berlin 1924-1931 (Hrsg. Rudolf Hilferding)
- GEWERKSCHAFTS-ARCHIV. Monatsschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung, Jena, 1924-1931 (Hrsg. Karl Zwing)
- DIE INTERNATIONALE. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, Berlin 1921-1931 (Hrsg. KPD)

JUNGSOZIALISTISCHE BLÄTTER. Nürnberg 1922-1924,
 Berlin 1924-1931 (Hrsg. Jungsozialistische Vereinigung
 in der SPD)

DER KLASSENKAMPF. Marxistische Blätter, Berlin 1927-1932
 ab Jg. 2/Nr. 19 mit der "SPW" vereinigt (Hrsg. Max Adler,
 Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, seit
 1.10.1928 Paul Levi)

KULTURWILLE. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft,
 Leipzig 1925-1931 (Hrsg. Arbeiterbildungsinstitut Leipzig)

DIE ROTE FAHNE. Zentralorgan der Kommunistischen Partei
 Deutschlands, Berlin 1923-1931

SOZIALISTISCHE BILDUNG. Berlin 1929-1931 (Hrsg. Reichsausschuß
 für sozialistische Bildungsarbeit beim Vorstand der SPD)

SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE. Berlin 1922-1931 (Hrsg. Josef Bloch)

SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT. Berlin 1923-1928
 (Hrsg. Paul Levi)

SOWJET. Kommunistische Zeitschrift, Berlin 1921
 (Hrsg. Paul Levi)

UNSER WEG (SOWJET). Zeitschrift für kommunistische Politik
 (ab 10.4.1922 Halbmonatsschrift für sozialistische Poli-
 tik), Berlin 1921-1922, (Hrsg. Paul Levi)

VORWÄRTS. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozial-
 demokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921-1931

DEM KAMPF. Sozialdemokratische Zeitschrift, Wien 1923-1931
 (Hrsg. Fritz Adler)

LITERATURVERZEICHNIS

2. Bücher und Aufsätze

- ABENDROTH, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt am Main 1964
- ABENDROTH, Wolfgang: Ein Leben in der Arbeiterbewegung (Gespräche aufgezeichnet und herausgegeben von B. Dietrich und J. Perels), Frankfurt am Main 1976
- ABRAMOWSKI, Günter: Die Kabinette Marx I und II (in der Reihe Akten der Reichskanzlei Hrg. K.-D. Erdmann), Boppard 1973
- ADLER, Max: Die Staatsauffassung des Marxismus, Wien 1922
- ADLER, Max: Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin 1924
- ADLER, Max: Marx und Engels als Denker, Wien 1972²
- ADLER, Max: Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung, Berlin 1926
- ADLER, Max: Die Aufgabe der Jugend in unserer Zeit, Berlin 1927
- ADLER, Max: Über psychologische und ethische "Läuterung" des Marxismus, Berlin 1928
- ADLER, Max: "Der Arbeiter und sein Vaterland". Marxistische Bemerkungen über bürgerliches und proletarisches Wehrsystem, Berlin 1929
- ADLER, Max: Der Marxismus als proletarische Lebenslehre, Berlin 1930³
- ADLER, Max: Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung (Soziologie des Marxismus), Berlin 1930

- ANGRESS, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923,
Düsseldorf 1973
- ANSCHÜTZ, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reiches
vom 11. August 1919.
Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, Berlin 1933¹⁴
- ARNS, Günter: Die Linke in der SPD-Reichstagsfraktion im
Herbst 1923, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
Jg. 22 (1974), S. 97-102
- BAHNE, Siegfried: "Sozialfascismus" in Deutschland.
Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Jg. 10 (1965),
S. 211-245
- BALZER, Friedrich-Martin: Klassengegensätze in der Kirche.
Ernst Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten
Deutschlands, Köln 1973
- BAUER, Otto: Werk-Ausgabe, Band 1 bis 3, Wien 1976
- BERADT, Charlotte: Paul Levi - Ein demokratischer Sozialist
in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969
- BERADT, Charlotte, (Hrsg.): Paul Levi - Zwischen Spartakus
und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und
Briefe, Frankfurt am Main 1969
- BERGMANN, Theodor: 50 Jahre KPD (Opposition) 30.12.1928 -
30.12.1978 - Der Beitrag der KPD zur marxistischen Theo-
rie und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
- Versuch einer kritischen Würdigung, Hannover 1978
- BIELIGK, Fritz / ECKSTEIN, Ernst / JENSEN, Otto / LAUMANN, Kurt,
WAGNER, Helmut: Die Organisation im Klassenkampf -
Die Probleme der politischen Organisation der Arbeiter-
klasse. Berlin 1931

- BRACHER, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978
- BRAUNTHAL, Alfred: Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, Berlin 1927
- BÜCK, Otto / FELDMAN, Gerald D.: Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924, Berlin 1978
- CARSTEN, Francis L.: Reichswehr und Politik, Köln 1965²
- CASPAR, Gustav Adolf: Die sozialdemokratische Partei und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1959
- CR ISLER, Richard Carleton Jr.: Intraparty Politics in an ideologically-oriented party. The Left Opposition in the Weimar SPD, Ann Arbor 1973
- CONZE, Werner / RAUPACH, Hans: Die Staats- und Wirtschaftskrise des deutschen Reiches 1929/33, Stuttgart 1967
- DEDERKE, Karlheinz: Deutschland zwischen Ost und West 1919-1932, Stuttgart 1971
- DEDERKE, Karlheinz: Reich und Republik-Deutschland 1917-1933, München 1978³
- DEPPE, Frank: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977
- DEUTSCH, Julius: Der Faschismus in Europa, Wien 1929
- DÖHN, Lothar: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der DVP, Meisenheim am Glan 1970
- DONAT, Helmut / WIELAND, Lothar (Hrsg.): Das Andere Deutschland. Unabhängige Zeitschrift für entschiedene republikanische Politik. Eine Auswahl (1925-1933), Königstein/Taunus 1980

- DIX, Arthur: Die deutschen Reichstagswahlen 1871-1930
und die Wandlungen der Volksgliederung, Tübingen 1930
- DRECHSLER, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei
Deutschlands (SAPD).
Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbe-
wegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am
Glan 1965
- DUELL, Bernhard: "Rund um den Young-Plan" - Reparations-
problem und Proletariat, Berlin 1930
- DUELL, Bernhard: Einheit der Aktion oder Parteidisziplin,
Berlin 1931
- EBERTS, Erich: Arbeiterjugend 1904-1945 - Sozialistische
Erziehungsgemeinschaft-Politische Organisation,
Frankfurt am Main 1980
- EDEL, Oskar: Die sächsische Frage - Zur Beurteilung der
Ursachen und Wirkungen des sächsischen Parteikonflikts,
Leipzig 1925
- EISNER, Freya: Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften
in der Weimarer Republik. Köln/Frankfurt am Main 1977
- ERDMANN, Karl Dietrich: Die Weimarer Republik (erschieden
in der Reihe Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte
Band 19; Taschenbuchausgabe), München 1980
- EYCK, Erich: Geschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1965
- FABIAN, Walter: Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte
1918-1930, Löbau 1930
- FALKENBERG, : Geschichte der deutschen Arbeiter-
jugendbewegung, 1904-1945, Dortmund 1973
- FISCHER, Wolfram: Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945,
Opladen 1968³

- FLECHTHEIM, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik,
Frankfurt am Main 1976²
- FLECHTHEIM, Ossip K.: Der Weg in die Diktatur 1918-1933,
München 1962
- FLEMMING, Jens / KROHN, Claus-Dieter / STEGMANN, Dirk,
WITT, Peter-Christian: Die Republik von Weimar.
Band 1: Das politische System, Düsseldorf 1978
- FLEMMING, Jens / KROHN, Claus-Dieter / STEGMANN, Dirk,
WITT, Peter-Christian: Die Republik von Weimar
Band 2: Das sozialökonomische System, Düsseldorf 1978
- FRAENKEL, Ernst: Zur Soziologie der Klassenjustiz, Berlin 1927
- von FREYBERG, Jutta u.a.: Geschichte der deutschen Sozial-
demokratie 1863-1975, Köln 1975
- FRICKE, Dieter: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland.
Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien
und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom
Vormärz bis zum Jahre 1945, Leipzig 1968
- FRITZ, Bernd-Dieter: Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft
(KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP.
Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen
"Rechts"-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik,
Bonn 1966
- FÜLBERTH, Georg / HARRER, Jürgen: Die deutsche Sozial-
demokratie 1890-1933, Darmstadt 1974
- GEIGER, Theodor: Die soziale Gliederung des deutschen
Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer
Grundlage, Berlin 1932
- GOSSWEILER, Kurt: Großbanken, Industriemonopole, Staat-
ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen
Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Berlin 1971

- GREBING, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1973⁴
- GREBING, Helga: Faschismus, Mittelschichten und Arbeiterklasse. Probleme der Faschismusinterpretation in der sozialistischen Linken während der Weltwirtschaftskrise, in Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zum Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 12 (1976), S. 443-460
- GURLAND, Arkadij: Marxismus und Diktatur, Leipzig 1930
- GURLAND, Arkadij: Das Heute der proletarischen Aktion. Hemmnisse und Wandlungen im Klassenkampf, Berlin 1931.
- HÄGEL, Helmut: Die Stellung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu Staat und Partei in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zum Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 12 (1976), S.166-216
- HARBECK, Karl Heinz: Das Kabinett Cuno (in der Reihe Akten der Reichskanzlei, Hrag. K-D Erdmann), Boppard 1968
- HEIBER, Helmut: Die Republik von Weimar, München 1978¹¹
- HELLER, Hermann: Sozialismus und Nation, Berlin 1925
- HELLER, Hermann: Rechtsstaat oder Diktatur, Tübingen 1930
- HENNING, Friedrich-Wilhelm: Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1976, Paderborn 1977²
- HOHLFELD, Klaus: Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung, Erlangen 1964
- HUNT, Richard N.: German Social Democracy 1918-1933, New Haven/ London 1964

IHLAU, Olaf: Die Roten Kämpfer - Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1969

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED:
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung -
In 15 Kapiteln: Kapitel VII (Periode vom Januar 1919 bis Ende 1923), Berlin 1968

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED:
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung -
In 15 Kapiteln: Kapitel VIII (Periode von 1924 bis Herbst 1929), Berlin 1968

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED:
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung -
In 15 Kapiteln: Kapitel IX (Periode vom Herbst 1929 bis Januar 1933), Berlin 1968

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED:
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band VII, 2. Halbband (Januar 1922 - Dezember 1923), Berlin 1975

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED:
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band VIII (Januar 1924 - Oktober 1929), Berlin 1975

JAHRBUCH DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE FÜR DAS JAHR 1926,
Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin, 1927

JAHRBUCH DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE FÜR DAS JAHR 1927,
Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin, 1928

- JAHRSBUCH DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE FÜR DAS JAHR 1928,
Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Berlin 1929
- JAHRSBUCH DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE FÜR DAS JAHR 1929,
Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Berlin 1930
- JAHRSBUCH DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE FÜR DAS JAHR 1930,
Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Berlin 1931
- JAHRSBUCH DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE FÜR DAS JAHR 1931,
Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Berlin 1932
- JENSSEN, Otto: Der Kampf um die Staatsmacht.
Was lehrt uns Linz?, Berlin 1927
- JENSSEN, Otto: Erziehung zum politischen Denken, Berlin 1931
- JONES, Arnetta Arment: The Left Opposition in the German
Social Democratic Party 1922-1933, Ann Arbor 1968
- KALAMBOKIS, Photios A.: Soziologische Aspekte der kommunistischen Theorie vom Sozialfaschismus. Zur Theorie und Praxis der KPD 1929-1933, Frankfurt am Main 1967
- KAMPPFMEYER, Paul: Der Nationalsozialismus und seine Gönner,
Berlin 1924
- KASTNING, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen
Koalition und Opposition 1919-1923, Paderborn 1970
- KATSOULIS, Ilias: Sozialismus und Staat. Demokratie,
Revolution und Diktatur des Proletariats im Austro-marxismus, Meisenheim am Glan 1975
- KAUTSKY, Karl: Die proletarische Revolution und ihr Programm,
Berlin 1932⁴ (1922¹)

- KAUTSKY, Karl: Die Marxsche Staatsauffassung im Spiegelbild eines Marxisten, Jena 1923
- KAUTSKY, Karl: Die Internationale und Sowjetrußland, Berlin 1925
- KAUTSKY, Karl: Der Bolschewismus in der Sackgasse, Berlin 1930
- KINDLEBERGER, Charles D.: Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, München 1973
- KIRCHHEIMER, Otto: Weimar und was dann? Entstehung und Gegenwart der Weimarer Verfassung, Berlin 1930
- KIRCHHEIMER, Otto: Funktionen des Staats und der Verfassung, Frankfurt am Main 1972²
- KIRCHHEIMER, Otto: Von der Weimarer Republik zum Faschismus. Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt am Main 1976
- KLOTZBACH, Kurt: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914-1945, Bonn 1976²
- KOSCYK, Kurt: Zwischen Kaiserreich und Diktatur - Die sozialdemokratische Presse von 1914-1933, Heidelberg 1958
- KRAUSE, Hartfried: USPD - Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main 1975
- KRIEGENHERDT, Fritz: Die Opposition der Sozialdemokratie in Sachsen gegen die Politik des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Ausbruch des sächsischen Parteikonflikts in der SPD um die Jahreswende 23/24 bis zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands Anfang Oktober 1931, Potsdam 1971

- KROHN, Claus-Dieter: Die große Inflation in Deutschland 1918-1923, Köln 1977
- KROHN, Claus-Dieter: Stabilisierung und politisches Interesse, Düsseldorf 1974
- KUCZYNSKI, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus. Teil I Band 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966
- KÜHNEL, Reinhard / HARDACH, Gerd (Hrsg.): Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977
- KULEMANN, Peter: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1979
- LACQUEUR, Walter: Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt am Main 1977
- LABOOR, Ernst: Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Militarismus und Kriegsgefahr 1927-1929, Berlin 1961
- LEE, M. / MICHALKA, W.: Deutsche Außenpolitik 1917-1933. Kontinuität oder Bruch?, Stuttgart 1980
- LEPINSKI, Franz: Die jungsozialistische Bewegung, ihre Geschichte und ihre Aufgaben, Berlin 1927
- LESER, Norbert: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien / Frankfurt / Zürich 1968
- LEVI, Paul: Nachlaß, im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
- LEVI, Paul: Der Beginn der Krise in der VKPD, Remscheid 1921
- LEVI, Paul: Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921

- LEVI, Paul: Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran, Berlin 1921
- LEVI, Paul: Sachverständigen-Gutachten und was dann?
- Zur innen- und außenpolitischen Orientierung,
Berlin 1924
- LEVI Paul: Der Sozialismus ist der Friede, der Kapitalismus ist der Krieg! Über realistischen Pazifismus, Berlin 1924
- LEVI, Paul: Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie, Berlin 1928
- LIEBMANN, Hermann: Neun Monate sächsische Koalitionspolitik,
Leipzig 1924
- LIPINSKI, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, Leipzig 1926
- LINK, Werner: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964
- LUTHARDT, Wolfgang (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Band 1 und 2,
Frankfurt am Main 1978
- MARCK, Siegfried: Reformismus und Radikalismus in der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1927
- MARCK, Siegfried: Sozialdemokratie - Die geistige Struktur der politischen Parteien Europas, Band 4, Berlin 1931
- MATTHIAS, Erich: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914-1945, Tübingen 1954
- MATTHIAS, Erich (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933,
Düsseldorf 1979

- MAURER, Ilse: Reichsfinanzen und Große Koalition - Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930) Bern/Frankfurt am Main 1973
- MEYER, Thomas / KREMENDAHL, Hans: Sozialismus und Staat, 2 Bände, Kronberg im Taunus 1974
- MICHALKA, Wolfgang / NIEDHARDT, Gottfried (Hrsg.): Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933, München 1980
- MICHAELIS, Herbert / SCHRAEPLER, Ernst (Hrsg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Band 5: Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923, Berlin o.J.
- MICHAELIS, Herbert / SCHRAEPLER, Ernst: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Band 6: Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik 1924-1928. Rapallo-Dawesplan-Genf, Berlin o.J.
- MICHAELIS, Herbert / SCHRAEPLER, Ernst (Hrsg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Band 7: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning-Papen-Schleicher, Berlin o.J.
- MILATZ, Alfred: Wahlen und Wähler in der Weimarer Republik, Bonn 1965
- MINUTH, Karl-Heinz: Die Kabinette Luther I und II (in der Reihe Akten der Reichskanzlei Hrsg.K.-D. Erdmann), Boppard 1977

- MOMMSEN, Hans (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt am Main 1974
- MOMMSEN, Hans / PETZINA, Dietmar / WEISBROD, Bernd (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik Band 1 und 2, Düsseldorf 1977
- MOMMSEN, Hans: Klassenkampf oder Mitbestimmung. Zum Problem der Kontrolle wirtschaftlicher Macht in der Weimarer Republik, Köln 1978
- MORGAN, David W.: The German Independent Social Democratic Party 1918-1922, Oxford 1969
- MOTTEK, Hans: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Band 3, Berlin 1974
- NAPHTALI, Fritz: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel (Herausgegeben und eingeleitet von Rudolf F.Kuda), Köln/Frankfurt am Main 1977³, (Berlin 1928¹)
- NAPHTALI, Fritz: Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, Berlin 1930
- NEUMANN, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1965 (Originalausgabe: Die deutschen Parteien, Berlin 1932)
- NOVY, Klaus: Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1978
- NUSSBAUM, Manfred: Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin 1978
- OLBERG, Oda: Der Fascismus in Italien, Jena 1923
- OLBERG, Oda: Der Nationalsozialismus, Wien/Leipzig 1932²

- OSTERROTH, Franz: Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten,
in Archiv für Sozialgeschichte 1964, S.525-569
- OSTERROTH, Franz / SCHUSTER, Dieter: Chronik der deutschen
Sozialdemokratie, Band 2: Vom Beginn der Weimarer
Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Bonn 1976²
- PETZINA, Dietmar: Die deutsche Wirtschaft in der Zwischen-
kriegszeit, Wiesbaden 1977
- PETZINA, Dietmar / ABELSHAUSER, Werner / FAUST, Anselm:
Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III - Materialien zur
Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978
- PIRKER, Theo: Komintern und Faschismus, Stuttgart 1965
- POTTHOFF, Fritz: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis
1945, Bonn 1973
- PRAGER, Eugen: Geschichte der USPD, Berlin 1921
- PRELLER, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik,
Düsseldorf 1978
- PROTOKOLL ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS,
abgehalten in Weimar vom 10.-15. Juni 1919, Berlin 1919
- PROTOKOLL ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS,
abgehalten in Kassel vom 10.-16. Oktober 1920, Berlin 1920
- PROTOKOLL ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS,
abgehalten in Görlitz vom 18.-24. September 1921, Berlin 1921
- REINHARD, Ernst: Abrüstung zum neuen Krieg, Berlin 1927

- RENGSTORF, Ernst-Viktor: Links-Opposition in der Weimarer SPD - Die "Klassenkampf-Gruppe" 1928-1931, Hannover 1976
- RITTER, Franz: Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1981
- RITTER, Gerhard A.: Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik, Bonn 1980
- ROHE, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966
- ROSENBERG, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1980²⁰
- RUGE, Wolfgang: Weimarer-Republik auf Zeit, Köln 1980
- SANDKÜHLER, Hans-Jörg / DE LA VEGA, Rafael: Austromarxismus. Texte zu "Ideologie und Klassenkampf" von Otto Bauer, Max Adler, Karl Renner, Siegmund Kunfi, Bela Fogarasi und Julius Lengyel, Frankfurt am Main, 1970
- SCHÄFER, Gerd: Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, Offenbach 1973
- SCHLEIFSTEIN, Josef: Die "Sozialfaschismus"-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Frankfurt am Main 1980
- SCHÜDEKOPF, Otto-Ernst: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Frankfurt am Main 1955
- SCHUSTERREITH, Hartmut: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik - Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930, Düsseldorf 1975

- SCHWARZ, Salomon: Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, Berlin 1931
- SEYDEWITZ, Max / GRAF, Georg Engelbert / WECKERLE, Eduard / ADLER, Max / PETRICH, Franz:
Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse, Berlin 1931
- SEYDEWITZ, Max: Es hat sich gelohnt zu leben.
Erinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, Berlin 1976
- SIEMSEN, Anna: Parteidisziplin und sozialistische Überzeugung, Berlin 1931
- SIEMSEN, Anna: Auf dem Weg zum Sozialismus. Kritik der sozialdemokratischen Parteiprogramme von Heidelberg bis Erfurt. Berlin 1932
- SONTHEIMER, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1978
- PROTOKOLL DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAGE IN AUGSBURG, GERA und NÜRNBERG 1922, Berlin 1922
- SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEITAG 1924.
Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924
- SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEITAG 1925 in Heidelberg.
Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925
- SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEITAG 1927 in Kiel.
Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927
- SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEITAG Magdeburg 1929.
Protokoll, Berlin 1929
- SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEITAG in Leipzig 1931.
Protokoll, Berlin 1931

- VORSTAND DER SPD. Die Sozialdemokratie im Reichstage 1925.
 Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen
 Reichstagsfraktion vom Januar bis August 1925.
 Berlin 1925
- PARTEIVORSTAND DER SPD. Gegen die Parteispaltung, Berlin 1931
- SOZIALISTISCHE STUDIENGRUPPEN: Spaltung der Arbeiterbe-
 wegung und Faschismus. Sozialgeschichte der Weimarer
 Republik, Hamburg 1980
- STERNBERG, Fritz: Der Imperialismus, Berlin 1925
- STÜRMER, Michael: Koalition und Opposition in der Weimarer
 Republik, Düsseldorf 1967
- SUCK, Ernst-August: Der religiöse Sozialismus in der Weimarer
 Republik, Marburg 1953
- TANNER, Matthias (Hrsg.) Strategien für eine sozialistische
 Regierung. Eine Aktualisierung der Arbeiterregierungs-
 konzeption und Einheitsfrontpolitik aus der Weimarer
 Republik anhand einer Charakterisierung der heutigen
 sozialistischen und kommunistischen Parteien Westeuropas.
 Mit Originaltexten von Thalheimer, Walcher u.a.,
 Göttingen 1975
- TARNOW, Fritz: Warum arm sein?, Berlin 1928
- TIMM, Helga: Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der
 großen Koalition, Düsseldorf 1952
- TJADEN, Karl-Hermann: Struktur und Funktion der KPD-Opposition
 (KPD-O). Eine organisationssziologische Untersuchung
 zur "Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur
 Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964
- TORMIN, Wolfgang: Die Weimarer Republik, Hannover 1973⁷

- USPD: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der USPD
in Halle, Berlin 1920
- VETTER, Heinz-Oskar (Hrsg.): Vom Sozialistengesetz zur Mit-
bestimmung, Köln 1975
- VETTER, Heinz-Oskar (Hrsg.): Aus der Geschichte lernen - die
Zukunft gestalten - Dreißig Jahre DGB.
Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz der Gewerk-
schaften vom 12. und 13. Oktober 1979 in München, Köln 1980
- VOGEL, Bernhard: Wahlen in Deutschland - Theorie - Geschichte -
Dokumente 1848 - 1970, Berlin 1971
- VOGT, Martin: Das Kabinett Müller II (in der Reihe Akten
der Reichskanzlei, Hrsg. K.-D. Erdmann), Boppard 1970
- WACKER, Wolfgang: Der Bau des Panzerschiffs A und der
Reichstag, Tübingen 1959
- WAGNER, Raimund: Die Arbeiterregierung in Sachsen im Jahre 1923,
Berlin 1958
- WAGNER, Richard: Der Klassenkampf um den Menschen, Berlin 1927
- WEBER, Hermann: Der deutsche Kommunismus, Köln 1963
- WEBER, Hermann (Hrsg.): Völker hört die Signale. Der deutsche
Kommunismus 1916-1966, München 1967
- WEBER, Hermann: Die Wandlungen des deutschen Kommunismus.
Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik.
Band 1 und 2, Frankfurt am Main 1969
- WEBER, Hermann: Der Gründungsparteitag der KPD, Frankfurt/Main
1969
- WEBER, Hermann: Das Prinzip Links. Hannover 1973

- WEINZEN, Hans Willi: Wirtschaftsdemokratie heute?
Konzept, Kritik, Konsequenz, Berlin (West) 1980
- WESTPHAL, Max: Handbuch für sozialistische Jugendarbeit,
Berlin 1928
- WHEELER, Robert: Die "21 Bedingungen" und die Spaltung der
USPD im Herbst 1920. Zur Geschichte der Basis, in
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1975, Heft 2.
S.117-154
- WHEELER, Robert E. USPD und Internationale. Sozialistischer
Internationalismus in der Zeit der Revolution,
Frankfurt am Main 1975
- WINKLER, Heinrich August: Organisierter Kapitalismus,
Göttingen 1974
- WINKLER, Heinrich August: Mittelstand, Demokratie und
Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von
Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik,
Köln 1972
- WÖRPFEL, Erhard: Die Arbeiterregierung in Thüringen im
Jahre 1923, Jena 1970
- ZIMMERMANN, Lothar: Deutsche Außenpolitik in der Ära der
Weimarer Republik, Berlin 1958
- ZWEILING, Klaus: Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen
Gesellschaft, Berlin 1927

Teil 1

Kapitel 1:

- 1) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10.-15. Juni 1919, Berlin 1919, S. 96
- 2) ebd. S. 96
- 3) ebd. S. 74
- 4) ebd. S. 15
- 5) ebd. S. 507
- 6) ebd. S. 302
- 7) ebd. S. 302
- 8) ebd. S. 281
- 9) ebd. S. 360
- 10) ebd. S. 361/362
- 11) Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band II: Vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Bonn 1976², S. 67
- 12) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition von 1919-1923, Paderborn 1970, S. 51-62
- 13) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Kassel vom 10.-16. Oktober 1920, Berlin 1920, S. 25
- 14) ebd. S. 27
- 15) ebd. S. 62
- 16) ebd. S. 63
- 17) ebd. S. 80
- 18) ebd. S. 82

- 19) ebd. S. 315
- 20) ebd. S. 275/276
- 21) ebd. S. 319
- 22) ebd. S. 321
- 23) ebd. S.
- 24) Vorwärts, 23.3.1921 (138)
- 25) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919-1923, a.a.O. S. 63-65
Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band II, a.a.O. S. 84
- 26) Vorwärts, 11.5.1921 (218)
- 27) Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ..., a.a.O. S. 80
- 28) Vorwärts, 11.5.1921 (218)
- 29) ebd.
- 30) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Görlitz vom 18.-24. September 1921, Berlin 1921, S. 6
- 31) ebd. S. 134
- 32) ebd. S. 389
- 33) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie..., a.a.O. S. 72, Protokoll des Parteitages in Görlitz, a.a.O. S. 208
- 34) Protokoll des Parteitages in Görlitz, a.a.O. S. 132
- 35) Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben. Erinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, Berlin 1976, S. 74
- 36) Protokoll des Parteitages in Görlitz, a.a.O. S. 296
- 37) ebd. S. 297
- 38) ebd. S. 300
- 39) ebd. S. 301
- 40) ebd. S. 308-310
- 41) ebd. S. 305
- 42) ebd. S. 322
- 43) vgl. Text in Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Mainz 1974³, S. 102-106
- 44) ebd. S. 103
- 45) ebd. S. 57

- 46) Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...,
a.a.O. S. 87
- 47) ebd. S. 268 und 311
- 49) Vorwärts, 27.9.1921 (455)
- 50) Vorwärts, 30.9.1921 (462)
- 51) Vorwärts, 5.10.1921 (469) und Vorwärts 9.10.1921 (477)
- 52) Vorwärts, 6.10.1921 (471)
- 53) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie...,
a.a.O., S. 78
Osterroth, Franz/Schuster, Dieter: Chronik..., a.a.O. S.78

Kapitel 2:

- 1) vgl. Prager, Eugen: Geschichte der USPD, Berlin 1921
Morgan, David W.: The German Independant Sociel democratic
Party 1918-1922, Oxford 1969
Wheeler, Robert E.: USPD und Internationale, Frankfurt/
Main 1975
Krause, Hartfried: USPD - Zur Geschichte der Unabhängigen
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Main
1975
- 2) vgl. Prager, Eugen: Geschichte der USPD, a.a.O. S. 191
- 3) vgl. Text in Prager, Eugen: Geschichte der USPD, a.a.O.
S. 193/194
- 4) Osterroth, Franz / Schuster Dieter: Chronik a.a.O.,S. 53
- 5) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 53/54
Prager, Eugen, Geschichte der USPD, a.a.O. S. 208
Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O. S. 150/151
- 6) vgl. Text in Prager, Eugen: Geschichte der USPD, a.a.O.,
S. 209-213
Abendroth, Wolfgang, Aufstieg und Krise der deutschen
Sozialdemokratie, a.a.O. S. 99-101
- 7) vgl. Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O., S. 163-164
- 8) vgl. Text in Weber, Hermann: Der Kommunismus, Stuttgart
1963, S. 202-207

- 9) vgl. Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O. S. 196-201
- 10) vgl. Wheeler, Robert F.: Die 21 Bedingungen und die Spaltung der USPD im Herbst 1920, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 1975, Heft 2. S.117-154
- 11) vgl. Morgan, David W.: The German Independant Sociel Democratic Party 1918-1922, a.a.O. S. 377
- 12) Protokoll der Verhandlungen des Parteitagess der USPD in Halle 1920, Berlin 1920
- 13) ebd. S. 261
- 14) ebd. S. 257-261
- 15) ebd. S. 80
- 16) vgl. Text in Prager, Eugen: Geschichte der USPD, a.a.O., S. 226-229 und in Osterroth, Franz/Schuster,Dieter: Chronik ..., a.a.O. S. 77-79
- 17) Prager, Eugen: Geschichte der USPD, a.a.O., S. 229
- 18) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ..., a.a.O., S. 79
- 19) vgl. Krause, Hartfried: USPD..., a.a.O., S. 216/217
- 20) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der USPD in Halle 1920, a.a.O., S. 140
- 21) vgl. Krause, Hartfried: USPD..., a.a.O., S. 227-231
- 22) vgl. Kastning, Alfred: Die Sozialdemokratie ..., a.a.O., S. 89
Morgan, David W.: The German Independant Sociel Democratic Party, 1918-1922, a.a.O., S. 403/404
- 23) Kastning, Alfred: Die Sozialdemokratie, ..., a.a.O. S. 90
- 24) Vorwärts, 2.10.1921 (465)
- 25) Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ..., a.a.O. S. 93/94
- 26) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VII / 2. Halbband, Berlin 1976 S. 8
- 27) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ..., S. 94

Kapitel 3:

- 1) vgl. Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main, 1976²
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED:
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung -
In 15 Kapiteln, Kapitel VII (Periode vom Januar 1919
bis Ende 1923), Berlin 1968
- 2) Weber, Hermann: Der Gründungsparteitag der KPD.
Protokoll und Materialien, Frankfurt/Main 1969, S.95/96
- 3) ebd. S. 101/102
- 4) Text vgl. in ebd. 295-301 und
Weber, Hermann: Völker hört die Signale.
Der deutsche Kommunismus 1916-1960, München 1967, S.28-36
- 5) zitiert nach Beradt, Charlotte: Paul Levi. Ein demo-
kratischer Sozialist in der Weimarer Republik,
Frankfurt/Main 1969, S. 32
- 6) vgl. Text in Weber, Hermann: Völker ..., a.a.O., S. 49-51
- 7) vgl. Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer
Republik, a.a.O., S. 145
- 8) Levi, Paul, in Die Internationale, Jg. 1919, S. 283 ff.,
zitiert nach Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer
Republik, a.a.O., S. 144
- 9) Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik,
a.a.O., S. 147
- 10) Levi, Paul, in Kommunistische Internationale, Jg. 2,
(1920), Heft 12, zitiert nach Beradt, Charlotte,
Paul Levi ..., a.a.O., S. 36/37
- 11) Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik,
a.a.O., S. 149
- 12) ebd. S. 150/151
- 13) ebd. S. 157
- 14) vgl. Text in Weber, Hermann: Völker ..., a.a.O. S.113-115
- 15) Vorwärts, 8.1.1921 (12)
- 16) Vorwärts, 10.1.1921 (14)
- 17) Beradt, Charlotte: Paul Levi ..., S. 44
- 18) vgl. Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923,
Düsseldorf 1973, S. 130/131

- 19) Beradt, Charlotte: Paul Levi ..., a.a.O., S. 47
- 20) vgl. Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, a.a.O., S. 133-135
- 21) Levi, Paul: Der Beginn der Krise in der KPD, Remscheid 1921, S. 23
- 22) ebd. S. 23
- 23) ebd. S. 23
- 24) ebd. S. 24
- 25) Vorwärts, 25.2.1921 (94) und Vorwärts 26.2.1921 (96)
- 26) vgl. zur "Märzaktion":
Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, a.a.O., S. 139-203
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Kapitel VII, a.a.O., S. 128-134
Fritz, Bernd-Dieter: Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP, Bonn 1966, S. 47-58
Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 159-161
- 27) Vorwärts, 22.3.1921 (137)
- 28) Vorwärts, 24.3.1921 (139)
- 29) Beradt, Charlotte: Paul Levi ..., a.a.O., S. 48
- 30) Levi, Paul: Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921, zitiert nach dem Abdruck in Beradt, Charlotte: Paul Levi. Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt/Main 1969, S. 44-94
- 31) ebd. S. 44
- 32) ebd. S. 55
- 33) ebd. S. 72
- 34) ebd. S. 73
- 35) ebd. S. 74
- 36) ebd. S. 84
- 37) ebd. S. 93
- 38) ebd. S. 94
- 39) Vorwärts 14.4.1921 (173)
- 40) Rote Fahne 16.4.1921, zitiert nach Beradt, Charlotte: Paul Levi ..., a.a.O., S. 50

- 41) vgl. Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923
a.a.O., S. 209
- 42) vgl. ebd. S. 205/206
Text des Beschlusses in "Leitsätze über die Märzaktion",
in Die Internationale, Jg. 1921, Heft 4, S.122-127
- 43) ebd. S. 123
- 44) ebd. S. 123
- 45) ebd. S. 125
- 46) ebd. S. 125
- 47) ebd. S. 126
- 48) vgl. Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923
a.a.O., S. 206
- 49) ebd. S. 209
- 50) Levi, Paul: Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder
die Kritik daran, Berlin 1921
- 51) ebd. S. 44
- 52) vgl. Beschluß in Sowjet, Jg. 1921, Heft 2 (15.5.1921), S. 57
- 53) vgl. Text in Sowjet, Jg. 1921, Heft 1 (Mai 1921) S. 4/5
- 54) Vorwärts, 7.5.1921 (213)
- 55) Levi, Paul: Geleitwort, in Sowjet-Kommunistische Zeitschrift, Heft 1, (1.5.1921), S. 1
- 56) Levi, Paul: Zum dritten Weltkongreß der Komintern, in
Sowjet, Jg. 1921, Heft 3, S.68-82
- 57) ebd. S. 72
- 58) ebd. S. 80
- 59) Levi, Paul: Die Aufgaben der Komintern, in Unser Weg, Jg.1921
Heft 5 (1.7.1921), S.138-144, hier S. 143
- 60) ebd. S. 143/144
- 61) vgl. Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923
a.a.O., S. 212-230
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel VII,
a.a.O., S. 136-141
- 62) zitiert nach ebd. S. 140
- 63) Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923,
a.a.O., S. 228

- 64) Zetkin, Clara: Erinnerungen an Lenin, zitiert nach
Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923,
a.a.O., S. 214/215
- 65) Beradt, Charlotte: Paul Levi ..., a.a.O., S. 57
- 66) Levi, Paul: Nach dem III. Weltkongreß der Komintern,
in Unser Weg, Jg. 1921, Heft 7 (August 1921), S.197-205
- 67) ebd. S. 200
- 68) ebd. S. 203
- 69) N.N.: Die Offensivtheorie und der Weltkongreß, in
Unser Weg, Jg. 1921, Heft 7 (August 1921), S.205-212,
hier S. 212
- 70) ebd. S. 210
- 71) N.N.: Der Zentrallausschuß und der III. Weltkongreß, in
Unser Weg, Jg. 1921, Heft 7 (August 1921), S.212-216,
hier S. 213
- 72) vgl. Resolution des Zentrallausschusses über den Moskauer
Prozeß, in Unser Weg, Jg. 1921, Heft 7 (August 1921)
S. 222/223
- 73) vgl. Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923,
a.a.O., S. 234
- 74) Levi, Paul: Der Parteitag der VKPD, in Unser Weg, Jg. 1921,
Heft 8/9 (August 1921), S. 229-240
- 75) ebd. S. 236/237
- 76) ebd. S. 239/240
- 77) zitiert nach Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der
KPD 1921-1923, a.a.O., S. 236
- 78) vgl. Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923,
a.a.O., S. 235-243
Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik,
a.a.O., S. 163/164
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel VII,
a.a.O., S. 145-149
- 79) Unser Weg Extra-Ausgabe (23.8.1921)
- 80) Levi, Paul: Vereinigungs-Zerreinigungs-Parteitag, in evd.
- 81) Vorwärts 26.8.1921 (401)

- 82) Die nächsten Aufgaben der VKPD, in Unser Weg, Jg. 1921, Heft 10 (Oktober 1921), S. 269-272
- 83) Levi, Paul: Das Ergebnis des Parteitages der VKPD, in Unser Weg, Jg. 1921, Heft 10 (Oktober 1921), S. 265-268
- 84) ebd. S. 267
- 85) ebd. S. 268

Kapitel 4:

- 1) vgl. Fritz, Bernd-Dieter: Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des "Rechts"-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik, Bonn 1966
- 2) Vorwärts 28.9.1921 (457)
- 3) Fritz, Bernd-Dieter, Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, ..., a.a.O., S. 93
- 4) ebd. S. 93
- 5) ebd. S. 93
- 6) Krause, Hartfried, USPD ..., a.a.O., S. 313
- 7) vgl. Fritz, Bernd-Dieter: Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, a.a.O., S. 93 ff
- 8) Levi, Paul: Die politische Lage und die politische Aufgabe der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in Unser Weg, Jg. 1921, Heft 15 (Dezember 1921), S.405-414
- 9) ebd. S. 411/412
- 10) ebd. S. 413
- 11) ebd. S. 414
- 12) vgl. Text in Unser Weg, Jg. 1921, Heft 15 (Dezember 1921), S. 415 und in Weber, Hermann: Völker ..., a.a.O., S.147/148
- 13) Levi, Paul: Die Märzdokumente, in Unser Weg, Jg. 1921 Heft 16 (Dezember 1921) S. 440-442, hier S. 441
- 14) Levi, Paul: Zum Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 1 (Januar 1922), S. 1-2, hier S. 2

- 15) Levi, Paul: Taktische Fragen, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 1/2, S. 17-31
- 16) ebd. S. 23
- 17) ebd. S. 24
- 18) Vorwärts 12.1.1922 (20)
- 19) vgl. Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, a.a.O., S. 247-256
- 20) Friesland (Reuter), Ernst: Finale, in Unser Weg, Jg.1922 Heft 3/4, S. 52-55, hier S. 52/53
- 21) Fritz, Bernd-Dieter, Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft ..., a.a.O., S. 100
- 22) ebd. S. 143
- 23) ebd. S. 143
- 24) vgl. Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O., S. 245
- 25) zitiert nach Vorwärts 24.3.1922 (142)
- 26) zitiert nach Vorwärts 28.3.1922 (147)
- 27) vgl. Fritz, Bernd Dieter: Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft..., a.a.O., S. 144/145
- 28) Vorwärts 24.3.1922 (142)
- 29) Levi, Paul: Die Not der Stunde, in Unser Weg, Jg. 1922 Heft 7 (10.4.1922), S. 153-158, zitiert nach Abdruck in Beradt, Charlotte: Paul Levi. Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a.a.O., S. 163-168
- 30) ebd. S. 163
- 31) ebd. S. 163
- 32) ebd. S. 166
- 33) ebd. S. 168
- 34) Levi, Paul: Erklärung, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 8 (20.4.1922), Umschlagseite

Kapitel 5:

- 1) Vorwärts, 16.2.1922 (90)
- 2) Vorwärts 24.3.1922 (142)
- 3) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie..., a.a.O., S. 94

- 4) Vorwärts, 16.2.1922 (79)
- 5) vgl. Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O. S. 245
- 6) vgl. ebd. S. 247
- 7) Vorwärts, 28.3.1922 (148)
- 8) Vorwärts, 31.3.1922 (153)
- 9) Vorwärts, 1.4.1922 (155)
- 10) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 96
- 11) Vorwärts, 20.4.1922 (185)
- 12) Vorwärts, 27.4.1922 (193)
- 13) Crispin, Arthur: Was die Gegenwart vom Proletariat
fordert, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 9 (6.5.1922),
S. 209-213, hier S. 211
- 14) zitiert nach Vorwärts, 20.6.1922 (287)
- 15) Vorwärts, 25.6.1922 (296)
- 16) Vorwärts, 29.6.1922 (302)
vgl. Text in Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Band VII/2, Berlin 1975
S. 103-105
- 17) Vorwärts 1.7.1922 (306)
vgl. Text in Materialien und Dokumente ... a.a.O., S.106/107
- 18) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie...,
a.a.O., S. 97/98
Morgan, David W.: The German Independant Social Democratic
Party, a.a.O., S. 424
- 19) Vorwärts 6.7.1922 (315)
vgl. Krause, Hartfried: USPD..., a.a.O., S. 250
- 20) Vorwärts, 11.7.1922 (322)
- 21) Vorwärts 15.7.1922 (330)
vgl. Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O., S. 250
- 22) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ...,
a.a.O., S. 103
- 23) Levi, Paul: Die Lage nach Rathenaus Tod, in Unser Weg,
Jg. 1922, Heft 12/13 (15.7.1922), S. 261-264
- 24) ebd. S. 262
- 25) ebd. S. 264

- 26) ebd. S. 262
- 27) Vorwärts, 21.7.1922 (341)
- 28) Vorwärts, 29.7.1922 (354)
- 29) Levi, Paul: Die Einigung, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 14 (15.8.1922), S. 293-300
- 30) ebd. S. 299
- 31) ebd. S. 300
- 32) ebd. S. 300
- 33) ebd. S. 299
- 34) ebd. S. 298
- 35) vgl. Text in Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O., S. 296-299
- 36) vgl. Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O., S. 252/253
- 37) Levi, Paul: Warum gehen wir zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei?, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 16 (15.9.1922), S. 325-335 (auch in Beradt, Charlotte: Paul Levi. Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a.a.O., S. 169-182)
- 38) Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922, Berlin 1922, S. 3-122
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ..., a.a.O., S. 105-107
- 39) ebd. S. 66
- 40) ebd. S. 68/69
- 41) ebd. S. 48
- 42) ebd. S. 33
- 43) ebd. S. 17
- 44) ebd. S. 43
- 45) ebd. S. 69
- 46) Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922, Berlin 1922, S. 123-178
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik..., a.a.O., S. 107/108
- 47) vgl. Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O., S. 294-296
(fehlt im Protokoll)

- 48) Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage ...,
a.a.O., S. 130
- 49) ebd. S. 131
- 50) ebd. S. 131
- 51) ebd. S. 131
- 52) ebd. S. 139
- 53) ebd. S. 144
- 54) ebd. S. 146
- 55) ebd. S. 153
- 56) ebd. S. 153
- 57) ebd. S. 158
- 58) ebd. S. 159
- 59) ebd. S. 160
- 60) ebd. S. 161
- 61) ebd. S. 172
- 62) ebd. S. 173
- 63) ebd. S. 173/174
- 64) ebd. S. 174
- 65) ebd. S. 179-204
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
S. 108-110
- 66) ebd. S. 184
- 67) ebd. S. 191/192
- 68) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 105
- 69) Protokoll der sozialdemokratischen Parteitage ...,
a.a.O., S. 192
- 70) ebd. S. 196/197
- 71) ebd. S. 200
- 72) Morgan, David W.: The German Independent Social Democratic
Party, 1918-1922, a.a.O., S. 439
- 73) vgl. Krause, Hartfried: USPD ..., a.a.O., S. 263 ff
- 74) Vorwärts, 30.9.1922 (463)
- 75) Vorwärts, 18.10.1922 (492)

- 76) Vorwärts 25.9.1922 (453)
- 77) Vorwärts 26.9.1922 (454)
- 78) ebenda
- 79) Levi, Paul: Nürnberg, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 17
(29.9.1922), S. 341-343, hier S. 341
- 80) ebd. S. 341
- 81) ebd. S. 343
- 82) Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie...
a.a.O., S. 107
- 83) Vorwärts, 14.11.1922 (530)
- 84) zitiert nach Kastning, Alfred: Die deutsche Sozial-
demokratie..., a.a.O., S. 108/109

Teil 2:

Kapitel 1.1.:

- 1) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie...,
a.a.O., S. 109/110
- 2) Vorwärts, 22.11.1922 (552)
- 3) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie,
a.a.O., S. 110
- 4) Vorwärts, 22.11.1922 (552)
- 5) Vorwärts, 25.11.1922 (557)
- 6) Vorwärts, 26.11.1922 (559)
- 7) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie...,
a.a.O., S. 110
- 8) Vorwärts, 29.11.1922 (564)
- 9) Vorwärts, 28.11.1922 (561)
- 10) Vorwärts, 28.11.1922 (561) und Vorwärts, 8.12.1922 (578)
- 11) Vorwärts, 18.12.1922 (596)

- 12) Levi, Paul: Opposition, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 20 (10.12.1922), S. 389-391, hier S. 390
- 13) ebd. S. 390
- 14) ebd. S. 391
- 15) evd. S. 391
- 16) Levi, Paul: Il fascio, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 20 (10.12.1922), S. 391-396, hier S. 394
- 17) ebd. S. 395
- 18) ebd. S. 395
- 19a) vgl. Erdmann, Karl-Dietrich: Die Weimarer Republik (Band 19 von Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte), München 1980, S. 165-180
- 19b) ebd. S. 165/166
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel VII, a.a.O., S. 181/182
- 20) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Band 5: Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923, Berlin o.J., S. 21/22
- 21) vgl. Text in ebd. S. 23/24 und im Vorwärts 12.1.1923 (18)
- 22) vgl. Text in ebd. S. 24/25
- 23) vgl. Ausschnitte aus der Reichstagsdebatte in evd.S.28-39
- 24) Vorwärts, 14.1.1923 (22)
- 25) Rote Fahne, 26.1.1923 (21)
- 26) Rote Fahne, 23.1.1923 (18)
- 27) Severing, Carl: Das Gebot der Stunde, in Sozialistische Monatshefte, Jg. 1923, Heft 1 (16.1.1923), S. 1-3, hier S.2
- 28) ebd. S. 3
- 29) Sender, Tony: Große Koalition? Gegen ein Bündnis mit der Schwerindustrie, Dresden 1923, zitiert nach Rote Fahne, 23.1.1923 (18)
- 30) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst: Ursachen und Folgen..., a.a.O., S. 214/215

- 31) vgl. Text in Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VII / 2, Berlin 1975 S. 263/264
- 32) Vorwärts, 31.1.1923 (50)
- 33) Vorwärts, 7.2.1923 (62)
- 34) Vorwärts, 15.2.1923 (76)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ..., a.a.O., S. 114
- 35) Levi, Paul: Erklärung, in Unser Weg, Jg. 1922, Heft 20 (10.12.1922), S. 404
- 36) in Nachlaß Paul Levi, Archiv der sozialen Demokratie Bonn, (Nr. 101)
- 37) in ebd.
- 38) Levi, Paul: Erklärung, in Sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW), Jg. 1923, Heft 1 (15.2.1923)
- 39) Aufhäuser, Siegfried: Gewerkschaften und Wirtschafts-demokratie, in SPW, Jg. 1923, Heft 1 (15.2.1923)
- 40) ebd.
- 41) Rabold, Emil: Verständigungsfrieden?, in SPW, Jg. 1923, Heft 2 (19.2.1923)
- 42) Levi, Paul: Kriegsziele, in SPW, Jg. 1923, Heft 3 (22.2.1923)
- 43) ebd.
- 44) Dißmann, Robert: Ruhrkampf und Internationale, in SPW, Jg. 1923, Heft 3 (22.2.1923)
- 45) Ostthüringer Tribune (Gera), zitiert nach Rote Fahne, 20.2.1923 (42)
- 46) Vorwärts, 26.2.1923 (95) und Rote Fahne, 27.2.1923 (48)
- 47) Henke, Alfred: Für und wider Geßler, in SPW, Jg. 1923, Heft 4 (26.2.1923)
- 48) Rote Fahne, 28.2.1923 (49)
- 49) Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 83
- 50) Levi, Paul: Wie lange noch?, in SPW, Jg. 1923, Heft 10 (20.3.1923)

- 51) Mann, H.: Stabilisierung, in SPW, Jg. 1923, Heft 4
(26.2.1923)
- 52) Necker, W.: Kapitalistische Steuerpolitik, in SPW, Jg.1923
Heft 9 (15.3.1923)
- 53) Sender, Toni: Einheitsfront und Lohnabbau, in SPW, Jg. 1923
Heft 10 (20.3.1923)
- 54) Hertz, Paul: Der neue Marksturz, in SPW, Jg. 1923, Heft 17
(19.4.1923)
- 55) N.N.: Die Krise schwillt an, in SPW, Jg. 1923, Heft 17
(19.4.1923)
- 56) N.N.: Das Zentrum der Verschwörung, in SPW, Jg. 1923,
Heft 4 (26.2.1923)
- 57) ebd.
- 58) ebd.
- 59) Rabold, Emil: Schutz vor dem Selbstschutz, in SPW,
Jg. 1923, Heft 11 (12.3.1923)
- 60) ebd.
- 61) Ostthüringer Tribüne, zitiert nach Rote Fahne, 27.3.1923
(72)
- 62) Vorwärts, 5.4.1923 (157)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 97
- 63) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
7.4.1923 (81)
- 64) Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst: Ursachen und
Folgen, a.a.O., S. 107-111
- 65) Levi, Paul: Il nous faut un chef, in SPW, Jg. 1923,
Heft 16 (17.4.1923)
- 66) Levi, Paul: Zum 1. Mai, in SPW, Jg. 1923, Heft 19 (27.4.1923)
- 67) Sender, Toni: Maientag und Achtstundentag, in SPW,
Jg. 1923, Heft 19 (17.4.1923)
- 68) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 121-124
- 69) vgl. Text in ebd. S. 125-132
- 70) Levi, Paul: Notenspiele, in SPW, Jg. 1923, Heft 22
(8.5.1923)

- 71) Seger, Gerhart: Das notwendige Ende, in SPW, Jg. 1923, Heft 22 (7.5.1923)
- 72) Vorwärts, 17.5.1923 (227)
- 73) ebd.
- 74) Vorwärts, 1.6.1923 (252)
- 75) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 145/146
- 76) vgl. Text in ebd. S. 147
- 77) N.N.: Eine neue deutsche Note, in SPW, Jg. 1923, Heft 30 (7.6.1923)
- 78) Vorwärts, 11.6.1923 (268) und Rote Fahne, 9.6.1923 (130)
- 79) Levi, Paul: Handeln! Handeln!, in SPW, Jg. 1923, Heft 33 (19.6.1923)
- 80) Vorwärts, 21.6.1923 (285)
- 81) Rote Fahne, 24.6.1923 (143)
- 82) Vorwärts, 9.7.1923 (316)
- 83) Rabold, Emil: Im Todeskrampf, in SPW, Jg. 1923, Heft 39 (10.7.1923)
- 84) vgl. Krohn, Dieter: Die große Inflation in Deutschland 1918-1923, Köln 1977
Henning, Friedrich-Wilhelm: Das industrialisierte Deutschland 1914-1976, Paderborn 1977, S. 65/66
- 85) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Kapitel 7, a.a.O., S. 112
- 86) ebd. S. 113
- 87) N.N.: Die deutsche Lumpenvaluta, in SPW, Jg. 1923, Heft 26 (24.5.1923)
- 88) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ... a.a.O., S. 118
- 89) Vorwärts, 31.5.1923 (249)
- 90) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 1.6.1923 (123)
- 91) Aufhäuser, Siegfried: Das Diktat der Industrie, in SPW, Jg. 1923, Heft 29 (5.6.1923)
- 92) Rabold, Emil: Ohne Besitzsteuern keine Rettung, in spw, Jg. 1923, Heft 29 (5.6.1923)

- 93) N.N.: Der Lohnbetrug, in SPW, Jg. 1923, Heft 38 (5.7.1923)
- 94) Rabold, Emil: Sowjetrußland und Cunomark, in SPW, Jg. 1923
Heft 48 (9.8.1923)
- 95) Levi, Paul: Der Klub der Harmlosen, in SPW, Jg. 1923,
Heft 25 (17.5.1923)
- 96) Vorwärts, 15.5.1923 (223)
- 97) Vorwärts, 16.5.1923 (225)
- 98) Rabold, Emil: Erinnerung und Mahnung, in SPW, Jg. 1923,
Heft 34 (21.6.1923)
- 99) N.N.: Hört die Signale, in SPW, Jg. 1923, Heft 35 (25.6.1923)
- 100) Levi, Paul: Eine Frage an das Schicksal, in SPW, Jg. 1923,
Heft 43 (24.7.1923)
- 101) Vorwärts, 9.7.1923 (316)
- 102) Levi, Paul: Signale in SPW, Jg. 1923, Heft 44 (26.7.1923)
- 103) Vorwärts, 24.7.1923 (341) und Vorwärts, 27.7.1923 (347)
- 104) Vorwärts, 28.7.1923 (349 und 350) und Rote Fahne, 30.7.1923
(173)
- 105) Müller, Hermann: Die Pflicht der Parteien, in Vorwärts,
28.7.1923 (350)
- 106) Levi, Paul: Zur Lage der Partei, in SPW, Jg. 1923,
Heft 45 (31.7.1923)
- 107) Erklärung der Teilnehmer der Weimarer Sonderkonferenz,
in SPW, Jg. 1923, Heft 45 (31.7.1923)
vgl. Text in Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung. VII/2, a.a.O., S. 377/378
- 108) Rote Fahne, 3.8.1923 (177) und 4.8.1923 (178)
- 109) Vorwärts, 3.8.1923 (359)
- 110) Levi, Paul: Was soll werden?, in SPW, Jg. 1923, Heft 45
(31.7.1923)
- 111) Vorwärts, 31.7.1923 (353)
- 112) Sächsisches Volksblatt (Zwickau), zitiert nach Rote Fahne,
2.8.1923 (176)
- 113) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 3.8.1923
(177)
- 114) Crispian, Arthur: Eine Fortsetzung, in Vorwärts, 2.8.1923,
(358)

- 115) Stampfer, Friedrich, Antwort, in Vorwärts, 3.8.1923 (160)
- 116) Vorwärts, 4.8.1923 (361)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ..., a.a.O.
S. 381/382
- 117) Vorwärts, 4.8.1923 (361)
- 118) Rote Fahne, 5.8.1923 (179) und 7.8.1923 (180)
- 119) Die großthüringische Partei zur Lage, in SPW, Jg. 1923,
Heft 48 (9.8.1923)
- 120) Levi, Paul: Eine begrabene Hoffnung, in SPW, Jg. 1923,
Heft 47 (7.8.1923)
- 121) vgl. Michaelis, Herbert / Schraeppler, Ernst: Ursachen und
Folgen, a.a.O., S. 159-163
- 122) Vorwärts, 9.8.1923 (369)
- 123) Vorwärts, 10.8.1923 (371)
- 124) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ...,
a.a.O., S. 212
- 125) Vorwärts, 12.8.1923 (373)
- 126) Vorwärts, 13.8.1923 (374)
- 127) ebd.

Kapitel 1.2.:

- 1) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie...
a.a.O., S. 114/115
- 2) Vorwärts, 14.8.1923 (375)
- 3) Vorwärts, 15.8.1923 (377)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraeppler, Ernst:
Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 172-176
- 4) vgl. Arns, Günter: Die Linke in der SPD-Reichstagsfraktion
im Herbst 1923, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte,
Jg. 22 (1974), S. 197-202, hier S. 197-199
- 5) Erklärung, in SPW, Jg. 1923, Heft 49 (14.8.1923)
- 6) Levi, Paul: Koalition, in SPW, Jg. 1923, Heft 49 (14.8.1923)

- 7) Vorwärts, 17.8.1923 (381)
- 8) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
16.8.1923 (188)
- 9) Vorwärts, 19.8.1923 (385)
- 10) Vorwärts, 26.8.1923 (397)
- 11) Vorwärts, 14.8.1923 (376)
SPW, Jg. 1923, Heft 49 (14.8.1923)
- 12) Sender, Toni: Arbeiter, bleibt wachsam!, in SPW, Jg.1923,
Heft 51 (21.8.1923)
- 13) Aufhäuser, Siegfried: Neue Steuern - alte Wirtschaft,
in SPW, Jg. 1923, Heft 51 (21.8.1923)
- 14) Levi, Paul, in Sächsisches Volksblatt, zitiert nach
Rote Fahne, 19.8.1923 (191)
- 15) Levi, Paul: Ernste Sorgen, in SPW, Jg. 1923, Heft 52
(31.8.1923)
- 16) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 186-190
- 17) Sender, Toni: Ein Wirtschaftsprogramm, in SPW, Jg. 1923,
Heft 55 (4.9.1923)
- 18) Schröder, Fritz: Staatsbankrott oder Volksbankrott, in
SPW, Jg. 1923, Heft 57 (11.9.1923)
- 19) Necker, W.: Das Währungsprogramm des Kabinetts Stresemann,
in SPW, Jg. 1923, Heft 59 (18.9.1923)
- 20) vgl. Henning, Friedrich-Wilhelm: Das industrialisierte
Deutschland 1914 bis 1976, a.a.O., S. 77-80
- 21) Künstler, Franz: Was muß geschehen?, in SPW, Jg. 1923,
Heft 53 (28.8.1923)
- 22) Lange, Paul: Aktive Politik, in SPW, Jg. 1923, Heft 60
(21.9.1923)
- 23) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ...
a.a.O., S. 125
- 24) Vorwärts, 23.9.1923 (445)
- 25) Jenssen, Otto: Die kritischste Phase, in SPW, Jg. 1923,
Heft 62/63 (27.9.1923)
- 26) Levi, Paul: Ein Anfang, in SPW, Jg. 1923, Heft 52
(24.8.1923)
- 27) Levi, Paul: Über die gegenwärtigen Aufgaben der Partei,
in SPW, Jg. 1923, Heft 56, (7.9.1923)

- 28) Rote Fahne, 11.9.1923 (204)
- 29) Rote Fahne, 19.9.1923 (212)
- 30) Kautsky, Karl: Die neue Regierung, in Vorwärts, 28.8.1923 (399)
- 31) Vorwärts, 2.9.1923 (409)
- 32) Vorwärts, 16.9.1923 (433)
vgl. in Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung VII/2, a.a.O., S. 413
- 33) Vorwärts, 17.9.1923 (432) und Rote Fahne, 13.9.1923 (206)
- 34) Der Berliner Bezirksparteitag, in SPW, Jg. 1923, Heft 57 (11.9.1923)
- 35) Vorwärts, 24.9.1923 (446) und 25.9.1923 (447)
Ein bedeutsamer Erfolg. Der Berliner Bezirksparteitag, in SPW, Jg. 1923, Heft 62/63 (27.9.1923)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ..., a.a.O., S. 429/430
- 36) Vorwärts, 13.9.1923 (428)
- 37) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 203
- 38) Rabold, Emil: Vor dem Ende, in SPW, Jg. 1923, Heft 62/63 (27.9.1923)
- 39) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 203/204
- 40) vgl. Text in ebd. 205/206
- 41) Vorwärts, 26.9.1923 (449)
- 42) Vorwärts, 28.9.1923 (453)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ..., a.a.O., S. 435/436
- 43) Levi, Paul: Die Belagerungszustände, in SPW, Jg. 1923, Heft 64/65 (2.10.1923)
- 44) Rabold, Emil: Kahr regiert die Stunde, in SPW, Jg. 1923, Heft 64/65 (2.10.1923)
- 45) Levi, Paul: Die entscheidende Stunde, in SPW, Jg. 1923, Heft 64/65 (2.10.1923)
- 46) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie..., a.a.O., S. 119/120
Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1980²⁰, S. 144/145

- 47) Vorwärts, 3.10.1923 (462)
- 48) Vorwärts, 4.10.1923 (463)
vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie...
a.a.O., S. 120
- 49) Vorwärts, 4.10.1923 (463)
- 50) Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik,
a.a.O., S. 145
- 51) Vorwärts, 6.10.1923 (468)
- 52) Vorwärts, 7.10.1923 (469)
- 53) Vorwärts, 7.10.1923 (469)
vgl. Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst:
Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 210-221
- 54) Vorwärts, 10.10.1923 (473)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ... a.a.O.,
S. 448-450
- 55) Rabold, Emil: Die Konterrevolution in Front, in SPW,
Jg. 1923, Heft 66 (10.10.1923)
- 56) Seger, Gerhart: Alarm!, in SPW, Jg. 1923, Heft 66
(10. 10. 1923)
- 57) Levi, Paul: Das Reich und die Arbeiter, in SPW, Jg. 1923
Heft 67/68 (12.10.1923)
- 58) Berlin gegen die Politik der Instanzen, in SPW,
Jg. 1923, Heft 67/68 (12.10.1923)
- 59) Vorwärts, 11.10.1923 (475)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ..., a.a.O.,
S. 451/452
- 60) Vorwärts, 11.10.1923 (475)
- 61) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...,
a.a.O., S. 128/129
- 62) Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und
Folgen, a.a.O., S. 250
- 63) Vorwärts, 13.10.1923 (480)
- 64) ebd.
- 65) Vorwärts, 13.10.1923 (480)
- 66) Vorwärts, 14.10.1923 (481) und 15.10.1923 (482)

- 67) Vorwärts, 22.10.1923 (494)
- 68) Vorwärts, 17.10.1923 (486)
- 69) Vorwärts, 20.10.1923 (492)
- 70) Vorwärts, 18.10.1923 (488)
- 71) Vorwärts, 28.10.1923 (505)
- 72) Vorwärts, 29.10.1923 (506)
- 73) ebd.
- 74) vgl. Hohlfeldt, Klaus: Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, Erlangen 1964, S. 107
- 75) Vorwärts, 1.11.1923 (511)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 501
- 76) Vorwärts, 3.11.1923 (515)
- 77) Levi, Paul: Die "Verteidiger" der Republik, in SPW, Jg. 1923, Heft 71, (30.10.1923)
- 78) N.N.: Der Dolchstoß gegen Sachsen, in SPW, Jg. 1923, Heft 72 (2.11.1923)
- 79) Vorwärts, 31.10.1923 (509)
- 80) Vorwärts, 1.11.1923 (511)
- 81) Dittmann, Wilhelm: Die Wahrheit über Sachsen, in Vorwärts, 2.11.1923 (513)
- 82) Vorwärts, 4.11.1923 (517)
- 83) Levi, Paul: Schuld und Sühne, in SPW, Heft 73, Jg. 1923 (6.11.1923)
- 84) Jenssen, Otto: Das Schicksal der Partei, in SPW, Jg. 1923, Heft 73 (6.11.1923)
- 85) Aufhäuser, Siegfried: Wetterleuchten, in SPW, Jg. 1923 Heft 74 (9.11.1923)
- 86) Vorwärts, 13.11.1923 (531)
- 87) Vorwärts, 20.11.1923 (543)
- 88) Vorwärts, 23.11.1923 (545) und 24.11.1923 (549)
vgl. Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 264-268
- 89) Vorwärts, 24.11.1923 (549)
- 90) Vorwärts, 24.11.1923 (549) und 27.11.1923 (554)

- 91) Levi, Paul: Was die einen wollen - was die anderen können, in SPW, Jg. 1923, Heft 77 (29.11.1923)
- 92) Ernst, Josef: Zurück zum Klassenkampf, in SPW, Jg. 1923, Heft 77 (29.11.1923)
- 93) Vorwärts, 20.11.1923 (543)
- 94) Vorwärts, 24.11.1923 (550)
- 95) Levi, Paul: Was die einen wollen - was die anderen können, in SPW, Jg. 1923, Heft 77 (29.11.1923)
- 96) Eine Abrechnung, in SPW, Jg. 1923, Heft 77 (29.11.1923)
- 97) Vorwärts, 28.11.1923 (555)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ...
a.a.O., S. 196
- 98) Vorwärts, 28.11.1923 (555)

Kapitel 1.3.:

- 1) vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930, Lößau 1930, S. 22 ff.
- 2) ebd. S. 99-125
vgl. Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, Leipzig 1926, S. 19-57
- 3) Vorwärts, 15.9.1922 (436)
- 4) Vorwärts, 6.11.1922 (528)
- 5) vgl. Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben. Erinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, Berlin 1976 S. 76-79
- 6) Vorwärts, 11.11.1922 (535)
- 7) Böttcher, Paul: Neue Kampferfahrungen. Die gescheiterte Arbeiterregierung in Sachsen, in Die Internationale Jg. 1922, Heft 12, S. 347
- 8) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach ebd.
- 9) Vorwärts, 21.11.1922 (552)
- 10) Vorwärts, 29.11.1922 (564)
- 11) ebd.

- 12) ebd.
- 13) Vorwärts, 6.12.1922 (575)
vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O.,
S. 127/128
- 14) Vorwärts, 31.1.1923 (50)
vgl. Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische
Macht in Sachsen, a.a.O., S. 57
- 15) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 473
- 16) Vorwärts, 31.1.1923 (51)
- 17) vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O.,
S. 131/132
- 18) ebd.
- 19) Volkszeitung für das Vogtland (Plauen), zitiert nach
Rote Fahne, 20.2.1923 (42)
- 20) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
13.2.1923 (36)
- 21) Vorwärts 7.2.1923 (31) und 14.2.1923 (74)
- 22) vgl. Text in Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung. Band VII/2, Berlin 1975,
S. 266-270
- 23) vgl. Fabian, Walter: Der Klassenkampf um Sachsen,
a.a.O., S. 132/133
- 24) vgl. Text in Dokumente und Materialien ..., a.a.O., S. 272
- 25) Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben, a.a.O., S.93
- 26) Vorwärts, 9.3.1923 (114)
- 27) Levi, Paul: Ein Parteibeschluss, in SPD, Jg. 1923
Heft 7 (8.3.1923)
- 28) ebd.
- 29) vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O., S.133
- 30) Vorwärts, 20.3.1923 (132)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 473-475
- 31) Rote Fahne, 20.3.1923 (66)
- 32) Vorwärts, 20.3.1923 (133)
vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen
a.a.O., S. 133

- 33) Rote Fahne, 21.3.1923 (67)
- 34) Böttcher, Paul: Die Regierungsbildung in Sachsen, in
Die Internationale, Jg. 1923, Heft 6, S. 196-106,
hier S. 196 u. 199
- 35) Vorwärts, 22.3.1923 (136)
- 36) Vorwärts, 23.3.1923 (139)
- 37) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
30.3.1923 (75)
- 38) Vorwärts, 11.4.1923 (167)
vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen
a.a.O., S. 134-138
- 39) Vorwärts, 3.5.1923 (206)
- 40) Dokumente und Materialien ..., a.a.O., S. 297-299
- 41) Vorwärts, 28.4.1923 (198) und Rote Fahne, 27.4.1923 (93)
- 42) Hohlfeldt, Klaus: Die Reichsexekution gegen Sachsen im
Jahr 1923, Erlangen 1964, S. 48
- 43) Rote Fahne, 15.6.1923 (135)
- 44) Vorwärts, 12.6.1923 (270)
- 45) Rote Fahne, 15.6.1923 (135)
- 46) ebd.
- 47) Vorwärts, 15.6.1923 (275) und 20.6.1923 (284)
- 48) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
27.6.1923 (145)
- 49) vgl. Hohlfeldt, Klaus: Die Reichsexekution gegen Sachsen
im Jahr 1923, a.a.O., S. 38-43
- 50) Vorwärts, 26.6.1923 (293) und Rote Fahne 23.6.1923 (143)
vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O.,
S. 154-157
- 51) Vorwärts, 29.6.1923 (300)
- 52) Vorwärts, 13.7.1923 (324)
- 53) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 18.7.1923
(163)
- 54) vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O., S.159
Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 152

- 55) vgl. Hohlfeldt, Klaus: Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahr 1923, a.a.O., S. 58/59 und 61/62
- 56) Vorwärts, 27.7.1923 (348)
- 57) Vorwärts, 5.8.1923 (303)
- 59) Vorwärts, 27.7.1923 (348)
- 59) Ist das wahr? in SPW, Jg. 1923, Heft 46 (2.8.1923)
- 60) ebd.
- 61) Rote Fahne, 5.8.1923 (179)
- 62) Vorwärts, 8.8.1923 (367)
vgl. Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, a.a.O., S. 61/62
- 63) vgl. Hohlfeldt, Klaus: Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahr 1923, a.a.O., S. 65
- 64) ebd. S. 68
Vorwärts, 18.8.1923 (383)
- 65) Vorwärts, 2.9.1923 (409)
- 66) Kriegaerklärung an Sachsen, in SPW, Jg. 1923, Heft 51 (21.8.1923)
- 67) Levi, Paul: Die sächsische Regierung, in SPW, Jg. 1923 Heft 55 (4.9.1923)
- 68) Vorwärts, 8.9.1923 (418)
- 69) Vorwärts, 10.9.1923 (422)
- 70) Rabold, Erich: Der Fall Geßler, in SPW, Jg. 1923, Heft 58 (14.9.1923)
- 71) Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, a.a.O., A. S. 478/479
- 72) Vorwärts, 18.9.1923 (433) und Rote Fahne, 16.9.1923 (209)
- 73) Vorwärts, 24.9.1923 (446) und 25.9.1923 (447)
- 74) Vorwärts, 21.9.1923 (424)
- 75) Vorwärts, 12.9.1923 (426)
- 76) vgl. Hohlfeldt, Klaus: Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahr 1923, a.a.O., S. 76/77
- 77) Vorwärts, 28.9.1923 (453)
- 78) Vorwärts, 30.9.1923 (457)

- 79) Vorwärts, 29.9.1933 (456)
- 80) vgl. Text in Dokumente und Materialien ..., a.a.O.
S. 439/440
- 81) vgl. Text in ebd. S. 437-439
- 82) Vorwärts, 2.10.1923 (460)
- 83) Vorwärts, 6.10.1923 (467)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ..., a.a.O.
S. 444/445
- 84)
- 85) vgl. Hohlfeldt, Klaus: Die Reichsexekution gegen Sachsen
im Jahr 1923, a.a.O. S. 79
- 86) Vorwärts, 11.10.1923 (475)
- 87) Vorwärts, 12.10.1923 (477)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler: Ursachen und
Folgen, a.a.O., S. 484/485
- 88) Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O., S. 167
- 89) Levi, Paul: Die Belagerungszustände, in SPW, Jg. 1923
Heft 64/65 (2.10.1923)
- 90) ebd.
- 91) Levi, Paul: Das Reich und die Arbeiter, in SPW, Jg. 1923
Heft 67/68 (12.10.1923)
- 92) ebd.
- 93) Michaelis, Herbert / Schraepler: Ursachen und Folgen,
a.a.O., S. 486/487
- 94) Dresdener Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
16.10.1923 (483)
- 95) Vorwärts, 15.10.1923 (482)
- 96) Vorwärts, 17.10.1923 (485)
- 97) Vorwärts, 17.10.1923 (485)
- 98) Vorwärts, 18.10.1923 (488) und 19.10.1923 (489)
- 99) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 488/489
- 100) Vorwärts, 19.10.1923 (489)
vgl. Michaelis, Herbert / Schraepler: Ursachen und Folgen,
a.a.O., S. 490-492

- 101) Vorwärts, 18.10.1923 (488)
- 102) Rabold, Erich: Die Schlinge der Belagerungszustände, in SPW, Jg. 1923, Heft 61 (20.10.1923)
- 103) Seger, Gerhart: Vorläufiges Fazit, in SPW, Jg. 1923 Heft 70 (24.10.1923)
- 104) Vorwärts, 19.10.1923 (489)
- 105) vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O., S. 171/172
- 106) vgl. Flechtheim, Ossip, K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main, S. 184-186
- 107) Vorwärts, 23.10.1923 (496)
- 108) Vorwärts, 24.10.1923 (498)
- 109) Vorwärts, 27.10.1923 (503)
- 110) vgl. Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, a.a.O., S. 71
- 111) vgl. ebd.
Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O., S. 175
- 112) vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O., S. 175/176
- 113) Vorwärts, 30.10.1923 (507)
- 114) Vorwärts, 30.10.1923 (508)
- 115) Vorwärts, 31.10.1923 (509)
vgl. Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, a.a.O., S. 75
- 116) Vorwärts, 31.10.1923 (510)
- 117) Vorwärts, 1.11.1923 (511)
- 118) vgl. Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, a.a.O., S. 72
- 119) vgl. Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, a.a.O., S. 177
- 120) Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik, a.a.O., S. 149
- 121) vgl. Hohlfeldt, Klaus: Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahr 1923, a.a.O., S. 75-79
- 122) vgl. Angress, Werner, T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923 Düsseldorf 1973, S. 264

- 123) Rote Fahne, 30.3.1923 (75)
- 124) Petrich, Franz: Die Regierungskrise in Thüringen,
in SPW, Jg. 1923, Heft 30, (7.6.1923)
- 125) ebd.
- 126) Vorwärts, 31.5.1923 (249)
- 127) Vorwärts, 2.6.1923 (253) und Rote Fahne, 2.6.1923 (124)
- 128) Rote Fahne, 2.6.1923 (124)
- 129) Petrich, Franz: Die Regierungskrise in Thüringen,
a.a.O.
- 130) Rote Fahne, 9.6.1923 (130)
- 131) Vorwärts, 21.7.1923 (337)
- 132) Vorwärts, 4.8.1923 (361)
- 133) Vorwärts, 26.8.1923 (411)
- 134) Vorwärts, 4.9.1923 (411)
- 135) Vorwärts, 11.9.1923 (423)
- 136) Vorwärts, 12.9.1923 (425)
Der Sturz der sozialistischen Regierung Thüringens
durch die Kommunisten und Bürgerlichen, in SPW,
Jg. 1923, Heft 57 (11.9.1923)
- 137) vgl. Text in Dokumente und Materialien ..., a.a.O.,
S. 414-418
- 138) Vorwärts, 12.9.1923 (425)
- 139) Der Sturz der sozialistischen Regierung Thüringens
durch die Kommunisten und Bürgerlichen , a.a.O.
- 140) Petrich, Franz: Die Regierungskrise in Thüringen
in SPW, Jg. 1923, Heft 59 (18.9.1923)
- 141) Vorwärts, 13.-.1923 (427)
- 142) Vorwärts, 15.9.1923 (431)
- 143) Petrich, Franz: Die Regierungskrise in Thüringen,
a.a.O.
- 144) Vorwärts, 20.9.1923 (439)
- 145) ebd.
- 146) Vorwärts, 23.9.1923 (445)

- 147) Vorwärts, 27.9.1923 (451)
- 148) Vorwärts, 29.9.1923 (456)
- 149) Vorwärts, 6.10.1923 (467)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ...
a.a.O., S. 445
- 150) Vorwärts, 13.10.1923 (480)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ...
a.a.O., S. 457-459
- 151) Vorwärts, 17.10.1923 (485)
- 152) Vorwärts, 18.10.1923 (487)
- 153) Vorwärts, 1.11.1923 (511)
- 154) Vorwärts, 2.11.1923 (514)
- 155) Vorwärts, 7.11.1923 (521)
- 156) ebd.
- 157) N.N.: Die Lage in Thüringen, in SPW, Jg. 1923
Heft 74 (9.11.1923)
- 158) Vorwärts, 12.11.1923 (530)
- 159) Vorwärts, 13.11.1923 (532)
- 160) N.N.: Die Lage in Thüringen, a.a.O.
- 161) Vorwärts, 13.11.1923 (532)
- 162) Vorwärts, 26.11.1923 (552)
- 163) Vorwärts, 30.11.1923 (560)
- 164) Vorwärts, 3.12.1923 (564)
Gegen die offizielle Parteipolitik, in SPW, Jg. 1923
Heft 79 (7.12.1923)
- 165) Vorwärts, 8.12.1923 (573)
- 166) Vorwärts, 15.12.1923 (586)
- 167) Vorwärts, 28.12.1923 (604)
- 168) Vorwärts, 2.1.1924 (2)
- 169) Vorwärts, 3.1.1924 (3)
- 170) Vorwärts, 14.1.1924 (22)
- 171) Vorwärts, 24.1.1924 (39)
- 172) Vorwärts, 16.2.1924 (79)
- 173) ebd.

- 174) Petrich, Franz: Die sozialdemokratische Niederlage
in Sachsen, in SPW, Jg. 1924, Heft 11 (16.2.1924)
- 175) Vorwärts, 23.2.1924 (91)

Kapitel 2:

Kapitel 2.1.:

- 1) Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition, 1919-1923, Paderborn 1970, S. 133/134
- 2) Vorwärts, 1.12.1923 (561)
- 3) Levi, Paul: Weitere Versumpfung, in SPW, Jg. 1923 Heft 78 (4.12.1923)
- 4) Vorwärts, 30.11.1923 (559)
- 5) vgl. Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie ... a.a.O., S. 134
- 6) Vorwärts, 5.12.1923 (567)
- 7) Arns, Günter: Die Linke in der SPD-Reichstagsfraktion im Herbst 1923, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 22 (1974), S. 197-202, hier S. 197-199
- 8) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, a.a.O., S. 283
- 9) Vorwärts, 9.12.1923 (575)
- 10) Arns, Günter: Die Linke in der SPD-Reichstagsfraktion im Herbst 1923, a.a.O., S. 197-199
- 11) Vorwärts, 10.12.1923 (576)
Verurteilung der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, in SPW, Jg. 1923, Heft 80 (11.12.1923)
- 12) Vorwärts, 12.12.1923 (579)
- 13) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Vorwärts, 12.12.1923 (580)
- 14) Vorwärts, 12.12.1923 (580)
- 15) Altmaier, Jakob: Warum Opposition?, in SPW, Jg. 1923, Heft 80 (11.12.1923)
- 16) Vorwärts, 3.12.1923 (564)
Gegen die offizielle Parteipolitik, in SPW, Jg. 1923, Heft 79 (7.12.1923)

- 17) ebd.
- 18) ebd.
- 19) ebd.
- 20) Vorwärts, 10.12.1923 (576)
Verurteilung der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz,
in SPW, Jg. 1923, Heft 80 (11.12.1923)
- 21) Vorwärts, 13.12.1923 (581)
- 22) Vorwärts, 12.12.1923 (580) und 13.12.1923 (581)
und 14.12.1923 (594) und 18.12.1923 (590)
- 23) Reichsexekution des Parteivorstandes gegen Halle,
in SPW, Jg. 1923, Heft 81 (18.12.1923)
- 24) Levi, Paul: Opposition oder Quertreiberei? in SPW,
Jg. 1923, Heft 82 (22.12.1923)
- 25) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach: Wer spaltet?
in SPW, Jg. 1927, Heft 2 (9.1.1924)
- 26) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 137-139
Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik,
Düsseldorf, 1978, S. 266 und 275
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel VIII
(Periode von 1924 bis Herbst 1929), Berlin 1968, S.14-18
- 27) E.L. Fröhliche Weihnacht, in SPW, Jg. 1923, Heft 81
(18.12.1923)
- 28) Bieligk, Fritz: Wiederaufbau?, in SPW, Jg. 1924
Heft 6 (24.1.1924)
- 29) Vorwärts, 1.1.1924 (1)
- 30) Ausnahmezustand und Reichstagsfraktion, in SW, Jg. 1924,
Heft 6 (24.1.1924)
- 31) Vorwärts, 30.1.1924 (49)
- 32) Petrich, Franz: Die verkrachte Demokratie, in SPW,
Jg. 1924, Heft 4 (16.1.1924)
- 33) Emilg-Benario: Deutschland - Eine demokratische Republik?
in SPW, Jg. 1924 (1.2.1924)
- 34) Levi, Paul: Tun wir alles?, in SPW, Jg. 1924 (5.2.1924)
- 35) Vorwärts, 3.2.1924 (57)
- 36) Die Realpolitik des Parteivorstandes, in SPW, Jg. 1924,
Heft 8 (1.2.1924)
- 37) Vorwärts, 21.2.1924 (87)
- 38) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...a.a.O.
S. 141

- 39) ebd.
- 40) Levi, Paul: Ein Abgang, in SPW, Jg. 1924, Heft 18 (18.3.1924)
- 41) Vorwärts, 7.2.1924 (64)
Generalversammlung in Leipzig, in SPW, Jg. 1924
Heft 10 (13.2.1924)
- 42) Vorwärts, 18.2.1924 (82)
- 43) Vorwärts, 12.3.1924 (121) und 19.3.1924 (133)
- 44) Vorwärts, 3.4.1924 (259) und 25.3.1924 (143)
- 45) Vorwärts, 11.3.1924 (120)
- 46) Vorwärts, 18.3.1924 (131)
- 47) Vorwärts, 25.3.1924 (141)
- 48) Vorwärts, 19.2.1924 (84)
- 49) Vorwärts, 12.3.1924 (121)
- 50) Vorwärts, 10.2.1924 (69)
- 51) Vorwärts, 3.3.1924 (106)
Bezirksparteitag Groß-Berlin, in SPW, Jg. 1924
Heft 15 (4.3.1924)
- 52) ebd. (SPW)
- 53) ebd. (Vorwärts)
- 54) Vorwärts, 4.3.1924 (107)
- 55) ebd.
- 56) Vorwärts, 5.3.1924 (109)
- 57) Vorwärts, 6.3.1924 (111)
- 58) Vorwärts, 7.3.1924 (113)
- 59) Erklärung, in SPW, Jg. 1924, Heft 16 (8.3.1924)
- 60) Levi, Paul: Von der Parteidemokratie, in SPW, Jg. 1924
Heft 16 (8.3.1924)
- 61) Günther, Richard: Vergewaltigung der Parteidemokratie.
Zum Berliner Bezirksparteitag, in SPW, Jg. 1924, Heft 16
(8.3.1924)
- 62) Vorwärts, 9.3.1924 (117)
Günther, Richard: Der Berliner Parteikonflikt,
in SPW, Jg. 1924, Heft 17 (13.3.1924)

- 63) Vorwärts, 12.3.1924 (121)
- 64) Das Diktat des Parteivorstandes, in SPW, Jg. 1924
Heft 17 (13.3.1924)
- 65) Das Diktat des Parteivorstandes, in SPW, Jg. 1924,
Heft 19 (22.3.1924)
- 66) Vorwärts, 15.3.1924 (127)
- 67) Vorwärts, 23.3.1924 (141)
- 68) Svering, Carl: Das Ziel des Kampfes, in Sozialistische
Monatshefte, Jg. 1924 (26.3.1924), S. 151-155,
hier S. 153 und 154
- 69) Vorwärts, 18.3.1924 (131)
vgl. Text in Materialien und Dokumente zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Band VIII, Berlin 1975,
S. 53/54
- 70) Vorwärts, 23.3.1924 (141)
- 71) Vorwärts, 31.3.1924 (154)
- 72) Levi, Paul: Ein deutscher Außenminister, in SPW, Jg. 1924,
Heft 22 (2.4.1924)
- 73) vgl. Dederke, Karl-Heinz: Reich und Republik 1917-1945
München 1977², S. 284/285
- 74) Vorwärts, 5.5.1924 (208 a)
- 75) Levi, Paul: Die Lehre der Wahlen, in SPW, Jg. 1924,
Heft 28 (9.5.1924)
- 76) Sprechende Zahlen, in SPW, Jg. 1924, Heft 29 (10.5.1924)
- 77) Vorwärts, 21.5.1924 (236)
- 78) Vorwärts, 7.5.1924 (212)
- 79) Vorwärts, 27.5.1924 (246) und 10.6.1924 (269)
- 80) vgl. Henning, Friedrich-Wilhelm: Das industrialisierte
Deutschland 1914-1976, Paderborn 1977
Michalka, Wolfgang/Niedhart, Gottfried: Die ungeliebte
Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars
1918-1933, München 1980, S. 153/154
- 81) Vorwärts, 10.4.1924 (171)
- 82) Kämmer, A.: Die Abwälzungspläne der Industrie, in SPW,
Jg. 1924, Heft 26 (24.4.1924)

- 83) Levi, Paul: Annahme oder Ablehnung?, in SPW,
Jg. 1924, Heft 33 (23.5.1924)
- 84) Vorwärts, 10.5.1924 (218) und 16.5.1924 (228)
- 85) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 143
Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der
Weimarer Republik, Düsseldorf 1967, S. 45-47

Kapitel 2.2.:

- 1) Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der
Weimarer Republik, Düsseldorf 1967, S. 47
- 2) Vorwärts, 4.6.1924 (259)
- 3) Vorwärts, 7.6.1924 (265)
- 4) Levi, Paul: Die Aufgaben des Parteitages, in SPW,
Jg. 1924, Heft 37 (11.6.1924)
- 5) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 144-146
- 6) Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit
dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924, S.61-63
- 7) ebd. S. 65
- 8) ebd. S. 73
- 9) ebd. S. 83
- 10) ebd. S. 92
- 11) ebd. S. 99
- 12) ebd. S. 99
- 13) ebd. S. 99
- 14) ebd. S.100
- 15) ebd. S.102/103
- 16) Vorwärts, 20.5.1924 (234)
- 17) Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll...
a.a.O., S. 117
- 18) ebd. S. 124 und Vorwärts, 13.6.1924 (275)

- 19) ebd. S. 125
- 20) ebd. S. 126
- 21) ebd. S. 126
- 22) ebd. S. 126
- 23) ebd. S. 137
- 24) ebd. S. 204/205
vgl. Text in Dokumente und Materialien ...
Band 8, a.a.O., S. 87/88
- 25) ebd. S. 210
vgl. Text in Dokumente und Materialien ...,
Band 8, a.a.O., S. 88/89
- 26) ebd. S. 210
- 27) ebd. S. 147
- 28) Vorwärts, 20.5.1924 (234)
- 29) Vorwärts, 20.1.1924 (33)
- 30) Bieligk, Fritz: Reform der Parteidemokratie, in SPW,
Jg. 1924, Heft 12 (19.2.1924)
- 31) Vorwärts, 20.5.1924 (234)
- 32) Israelski: Zum Organisationsstatut der Partei, in
SPW, Jg. 1924, Heft 11 (16.2.1924)
- 33) Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll ...
a.a.O., S. 142
- 34) ebd. S. 144
- 35) ebd. S. 143
- 36) ebd. S. 150
- 37) ebd. S. 151
- 38) ebd. S. 152
- 39) ebd. S. 165-179
- 40) ebd. S. 180-182, 182-183 und 187-188
- 41) ebd. S. 180
- 42) ebd. S. 199/200
- 43) ebd. S. 202
- 44) Vorwärts, 15.6.1924 (278)
- 45) Levi, Paul: Nach dem Parteitag, in SPW, Jg. 1924
Heft 38 (18.6.1924)
- 46) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 22.6.1924
(61)

- 47) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
24.6.1924 (62)
- 48) Levi, Paul: Sachverständigengutachten - und was dann?
Zur innen- und außenpolitischen Orientierung, Berlin 1924
- 49) ebd. S. 29
- 50) ebd. S. 51
- 51) ebd. S. 53
- 52) ebd. S. 63
- 53) Vorwärts, 26.6.1924 (296)
- 54) Vorwärts, 3.7.1924 (308)
- 55) ebd.
- 56) Vorwärts, 10.7.1924 (321)
- 57) Vorwärts, 11.7.1924 (323)
- 58) Dem Hunger entgegen, in SPW, Jg. 1924, Heft 44
(17.7.1924)
- 59) Vorwärts, 29.7.1924 (352)
- 60) ebd.
- 62) Vorwärts, 17.8.1924 (386)
- 63) Levi, Paul: Die Londoner Konferenz und ihre Folgen,
in SPW, Jg. 1924, Heft 52 (23.8.1924)
- 64) vgl. Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen
und Folgen, Band 6, S. 98-122
- 65) Vorwärts, 31.8.1924 (410)
- 66) Vorwärts, 3.9.1924 (414)
- 67) Levi, Paul: Nach der Abstimmung, in SPW, Jg. 1924,
Heft 54 (2.9.1924)
- 68) Levi, Paul: Eine kleine Nachlese, in SPW, Jg. 1924
Heft 60 (1.10.1924)
- 69) Vorwärts, 22.9.1924 (447)
- 70) Vorwärts, 19.9.1924 (442)
- 71) Vorwärts, 26.9.1924 (454)
- 72) Vorwärts, 1.10.1924 (462)
- 73) Volkszeitung für das Vogtland (Plauen), zitiert nach
Rote Fahne, 5.10.1924 (123)

- 74) Vorwärts, 3.10.1924 (467)
- 75) Halpert: Diplomatie oder Taktik, in SPW, Jg. 1924
Heft 63 (15.10.1924)
- 76) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
8.10.1924 (125)
- 77) Vorwärts, 10.10.1924 (478) und 21.10.1924 (496)
vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der
Weimarer Republik, a.a.O., S. 73-78
- 78) Vorwärts, 26.10.1924 (506)
- 79) Crispian, Arthur: Eine reaktionäre Masse, in Vorwärts,
5.11.1924 (528)
- 80) Vorwärts, 24.11.1924 (554)
- 81) Nemo: Politische Erziehung im Wahlkampf, in SPW
Jg. 1924 (30.10.1924)
- 82) Petrich, Franz: Grundsätzlicher Wahlkampf, in SPW,
Jg. 1924, Heft 66 (6.11.1924)
- 83) Vorwärts, 8.11.1924 (528)
- 84) Vorwärts, 21.11.1924 (549)
- 85) vgl. Dederke, Karl-Heinz: Reich und Republik 1917-1945,
a.a.O., S. 284/285
- 86) Vorwärts, 8.12.1924 (578)
- 87) Vorwärts, 8.12.1924 (578)
- 88) Levi, Paul: Das Wahlergebnis, in SPW, Jg. 1924
Heft 71 (12.12.1924)
- 89) Vorwärts, 8.12.1924 (578)
- 90) Vorwärts, 10.12.1924 (581)
- 91) Vorwärts, 12.12.1924 (586)
- 92) Levi, Paul: Das Wahlergebnis, a.a.O.
- 93) Vorwärts, 13.12.1924 (588)
- 94) Vorwärts, 16.12.1924 (591)
- 95) Zweiling, Klaus: Vom Bürgerblock, in SPW, Jg. 1924
Heft 72 (18.12.1924)

Kapitel 2.3.

- 1) Vorwärts, 18.12.1924 (596)
- 2) Vorwärts, 19.12.1924 (597)
- 3) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 7.1.1925 (5)
- 4) Vorwärts, 31.12.1925 (615)
- 5) Severing, Carl: Für die große Koalition, in Sozialistische Monatshefte, Jg. 1925, (5.1.1925), S.1-3, hier S. 2
- 6) ebd. S. 2
- 7) ebd. S. 3
- 8) Vorwärts, 4.1.1925 (6) und 6.1.1925 (8) und 10.1.1925 (16)
vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 85/86
- 9) Vorwärts, 16.1.1925 (27)
- 10) Vorwärts, 18.1.1925 (30)
- 11) Vorwärts, 20.1.1925 (32 u. 33)
vgl. Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 6, a.a.O., S. 327-331
- 12) Vorwärts, 23.1.1925 (38)
- 13) Levi, Paul: Die Lutherischen, in SPW, Jg. 1925, Heft 3 (22.1.1925)
- 14) Zweiling, Klaus: Das Ende eines schönen Traumes. Etwas über Realpolitik und Illusionspolitik, in SPW, Jg. 1925 Heft 5 (5.2.1925)
- 15) vgl. Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München 1978¹¹, S. 168/169
- 16) Fuchs, Georg: Der Barmat- Konzern, in SPW, Jg. 1924 Heft 55 (6.9.1924)
- 17) Franken, Paul: Eine Antwort und Theoretisches, in SPW, Jg. 1924, Heft 56 (10.9.1924)
- 18) Vorwärts, 1.1.1925 (1)
- 19) Vorwärts, 13.1.1925 (20)
- 20) Levi, Paul: Barmat, in SPW, Jg. 1925, Heft 2 (15.1.1925)

- 21) Opex: Rund um Barmat, in SPW, Jg. 1925, Heft 3
(22.1.1925)
- 22) Vorwärts, 3.2.1925 (57) und 4.2.1925 (59) und 9.2.1925
(67)
- 23) Vorwärts, 15.2.1925 (78)
- 24) Levi, Paul: Abermals Barmat, in SPW, Jg. 1925, Heft 6
(12.2.1925)
- 25) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
12.2.1925 (36)
- 26) Rote Fahne, 19.2.1925 (42)
- 27) Vorwärts, 18.2.1925 (82)
- 28) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
24.2.1925 (46)
- 29) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
26.2.1925 (48)
- 30) Lange, Paul: Entlastungsoffensive und Reinigungsaktion,
in SPW, Jg. 1925, Heft 8 (26.2.1925)
- 31) Vorwärts, 28.1.1925 (46)
- 32) Vorwärts, 29.1.1925 (49)
- 33) Vorwärts, 4.2.1925 (58)
- 34) Levi, Paul: Bub oder Mädel? in SPW, Jg. 1925, Heft 7
(19.2.1925)
- 35) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 153
- 36) Vorwärts, 19.2.1925 (84)
- 37) Levi, Paul: Bub oder Mädel? a.a.O.
- 38) ebd.
- 39) Vorwärts, 4.3.1925 (107)
- 40) Die Neuwahl, in SPW, Jg. 1925 (Heft 9 (5.3.1925)
- 41) Vorwärts, 8.3.1925 (114)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik, a.a.O.,
S. 154
- 42) Huber, V.M.: Die Deutsche Demokratie und die Reichs-
präsidentenwahl, in SPW, Jg. 1925, Heft 10 (12.3.1925)
- 43) Levi, Paul: Die Bedeutung der Reichspräsidentenwahl,
in SPW, Jg. 1925, Heft 10 (12.3.1925)

- 44) Vorwärts, 9.3.1925 (115)
- 45) Teuber, Heinrich: Von der Öffentlichen Meinung,
in SPW, Jg. 1925, Heft 11 (19.3.1925)
- 46) Vorwärts, 19.3.1925 (132) und 28.3.1925 (149)
- 47) Jarres, der Schwerindustriekandidat, in SPW, Jg. 1925,
Heft 12 (27.3.1925)
- 48) Die Kommunisten und die Reichspräsidentenwahl, in
SPW, Jg. 1925, Heft 11 (19.3.1925)
- 49) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 154/155
Dederke, Karl-Heinz: Reich und Republik 1917-1945
a.a.O., S. 284/285
- 50) Vorwärts, 30.3.1925 (151)
- 51) Levi, Paul: Nach den Wahlen, in SPW, Jg. 1925
Heft 13 (1.4.1925)
- 52) Vorwärts, 30.3.1925 (151)
- 53) Levi, Paul: Nach den Wahlen, a.a.O.
- 54) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
2.4.1925 (75)
- 55) Rote Fahne, 4.4.1925 (77)
- 56) Vorwärts, 3.4.1925 (158)
- 57) Vorwärts, 4.4.1925 (160)
- 58) Löbe, Paul: Für die Republik, in Vorwärts, 7.4.1925
(164)
- 59) Sollmann, Wilhelm: Warum Marx? in Vorwärts, 8.4.1925
(167)
- 60) Severing, Carl: Der zweite Wahlgang, in Sozialistische
Monatshefte, Jg. 1925 (14.4.1925), S. 197-199, hier S.198
- 61) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
7.4.1925 (79)
- 62) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
8.4.1925 (80)
- 63) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
8.4.1925 (80)
- 64) Rote Fahne, 10.4.1925 (82)

- 65) vgl. Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben, a.a.O., S. 143/144
- 66) Rote Fahne, 26.4.1925 (94)
- 67) vgl. Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben, a.a.O., S. 143/144
- 68) Levi, Paul: Um Hindenburg, in SPW, Jg. 1925, Heft 16 (23.4.1925)
- 69) Levi, Paul: Brief aus Deutschland, in Volksrecht (Zürich) 15.4.1925 (86), in Nachlaß Paul Levi, Archiv der sozialen Demokratie Bonn
- 70) Vorwärts, 11.4.1925 (172)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ... Band 8 a.a.O., S. 126-130
- 71) Vorwärts, 16.4.1925 (178)
- 72) vgl. Michaelis, Herbert / Schraepfer: Ursachen und Folgen, Band 6, a.a.O., S. 275-277
- 73) vgl. ebd. S. 277-278
- 74) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ... a.a.O., S. 156
Dederke, Karl-Heinz: Reich und Republik 1917-1933 a.a.O., S. 245
- 75) Vorwärts, 27.4.1925 (196 a)
- 76) Vorwärts, 28.4.1925 (198)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, Band 6, a.a.O., S. 282/283
- 77) Vorwärts, 28.4.1925 (199)
- 78) Rote Fahne, 8.5.1925 (103)
- 79) ebd.
- 80) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 29.4.1925 (96)
- 81) Levi, Paul: Verlorenes Spiel, in SPW, Jg. 1925 Heft 17 (30.4.1925)
- 82) Levi, Paul: Die Ergebnisse der Wahl, in SPW, Jg. 1925 Heft 18 (7.5.1925)

- 83) Kretzen, Johannes: Die Hindenburg-Wahl, in SPW, Jg. 1925, Heft 17 (30.4.1925)
- 84) Vorwärts, 13.5.1925 (223)
- 85) Levi, Paul: Nach der Vereidigung, in SPW, Jg. 1925, Heft 19 (14.5.1925)
- 86) Vorwärts, 3.5.1925 (207)
- 87) Levi, Paul: Die Ergebnisse der Wahl, a.a.O.
- 88) Vorwärts, 20.5.1925 (235)
- 89) Vorwärts, 20.5.1925 (236)
- 90) Vorwärts, 21.5.1925 (237)
- 91) Petrich, Franz: Staatspolitische Früchte, in SPW, Jg. 1925, Heft 23 (11.6.1925)
- 92) Vorwärts, 14.6.1925 (277)
- 93) Vorwärts, 1.7.1925 (285)
- 94) Vorwärts, 1.7.1925 (305)
- 95) Für den Volksentscheid zur Abwehr des Zollwuchers, in SPW, Jg. 1925, Heft 27 (9.7.1925)
- 96) Resolution zur Zollfrage, in SPW, Jg. 1925, Heft 26 (2.7.1925)
- 97) Kretzen, Johannes: Volksentscheid gegen Zollgesetz, in SPW, Jg. 1925, Heft 28 (16.7.1925)
- 98) Vorwärts, 22.7.1925 (342)
- 99) Vorwärts, 8.8.1925 (371)
- 100) ebd.
- 101) Vorwärts, 11.8.1925 (375)
- 102) Vorwärts, 12.8.1925 (378)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 159
- 103) Levi, Paul: Bemerkungen zum Zollkampf, in SPW, Jg. 1925, Heft 32 (13.8.1925)
- 104) Vorwärts, 13.8.1925 (379)
- 105) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 14.8.1925 (185)
- 106) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 19.8.1925 (189)

- 107) Vorwärts, 26.8.1925 (401)
- 108) Kretzen, Johannes: Die Zentrums-Krise, in SPW, Jg.1925
Heft 35 (3.9.1925)
- 109) Vorwärts, 23.7.1925 (343)
- 110) Levi, Paul: Allgemeines zum neuen Programmentwurf,
in SPW, Jg. 1925, Heft 31 (7.8.1925)
vgl. Text in Beradt, Charlotte: Paul Levi. Zwischen
Spartakus und Sozialdemokratie, a.a.O., S.205-211
- 111) Seydewitz, Max: Das Parteiprogramm und die Republik,
in SPW, Jg. 1925, Heft 31 (7.8.1925)
- 112) Meyer, Hans: Von der Wissenschaft zur Koalition?
in SPW, Jg. 1925, Heft 31 (7.8.1925)
- 113) Fabian, Walter: Sozialistische Schul- und Kulturpolitik.
Kritisches zum Programmentwurf, in SPW, Jg. 1925, Heft 32
(13.8.1925)
- 114) Vorwärts, 16.8.1925 (385)
- 115) Stampfer, Friedrich: Der Programmentwurf. Kritische Rand-
bemerkungen, in Vorwärts, 31.8.1925 (410)
- 116) Braun, Adolf: Zum Programmentwurf. Entgegnung auf eine
Kritik, in Vorwärts, 3.9.1925 (415)
- 117) Stampfer, Friedrich: Die Partei der Zukunft. Zum
Heidelberger Parteitag, in Vorwärts, 13.9.1925 (433)
- 118) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 162-167
- 119) Sozialdemokratischer Parteitag in Heidelberg 1925.
Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925,
S. 98-107
- 120) ebd. S. 106
- 121) ebd. S. 108
- 122) ebd. S. 147
- 123) ebd. S. 147/148
- 124) ebd. S. 151
- 125) ebd. S. 176/177
- 126) ebd. S. 169/170
- 127) ebd. S. 152

- 128) Vorwärts, 16.8.1925 (385)
- 129) Sozialdemokratischer Parteitag 1925, Protokoll...
a.a.O., S. 150
- 130) ebd. S. 159-161
- 131) ebd. S. 155-159
- 132) ebd. S. 174
- 133) ebd. S. 189-190
Text der Anträge vgl. Vorwärts, 16.8.1925 (385)
- 134) ebd. S. 189
- 135) ebd. S. 301
- 136) ebd. S. 190-201, hier S. 191, 192 und 194
- 137) ebd. S. 203
- 138) ebd. S. 216
- 139) ebd. S. 222
- 140) ebd. S. 218
- 141) ebd. S. 224
- 142) ebd. S. 225-229
- 143) ebd. S. 316-317
vgl. Text in Dokumente und Materialien ... Band VIII,
a.a.O., S. 316-317
- 144) ebd. S. 231
- 145) ebd. S. 229-231
- 146) Vorwärts, 17.9.1925 (439)
- 147) Sozialdemokratischer Parteitag in Heidelberg 1925.
Protokoll..., a.a.O., S. 229-231
- 148) ebd. S. 272-283
- 149) ebd. S. 285-287
- 150) ebd. S. 293-298
- 151) ebd. S. 298
Rote Fahne, 19.9.1925 (216)
- 152) ebd. S. 267
- 153) Vorwärts, 23.9.1925 (459)
- 154) Levi, Paul: Zum Heidelberger Parteitag, in SPW,
Jg. 1925, Heft 38 (25.9.1925)
- 155) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne
24.9.1925 (220)

- 156) Volksbote (Zeitz) zitiert nach Rote Fahne, 24.9.1925 (220)
- 157) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 24.9.1925 (220)
- 158) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 23.9.1925 (219)
- 159) Rote Fahne, 25.9.1925 (221)
- 160) vgl. Erdmann, Karl Dietrich: Die Weimarer Republik a.a.O., S. 202-207
- 161) Sozialdemokratischer Parteitag in Heidelberg 1925. Protokoll...a.a.O., S. 245
- 162) ebd. S. 247
- 163) Levi, Paul: Über den Sicherheitspakt, in SPW, Jg. 1925, Heft 26 (2.7.1925)
- 164) Levi, Paul: Zur außenpolitischen Lage, in SPW, Jg. 1925 Heft 30 (30.7.1925)
- 165) Sozialdemokratischer Parteitag ... 1925, Protokoll...a.a.O., S. 250
- 166) ebd. S. 255-257
- 167) Vorwärts, 24.9.1925 (452)
- 168) Rote Fahne, 25.9.1925 (221)
- 169) Vorwärts, 25.9.1925 (453)
- 170) Vorwärts, 29.9.1925 (460) und 3.10.1925 (467)
- 171) Levi, Paul: Unsere Politik, in SPW, Jg. 1925, Heft 39 (1.10.1925)
- 172) Levi, Paul: Westlich oder Östlich? in SPW, Jg. 1925 Heft 40 (8.10.1925)
- 173) vgl. Erdmann, Karl Dietrich: Die Weimarer Republik a.a.O., S. 202-207
 Graml, Hermann: Europa zwischen den Kriegen, München 1979⁴
 S. 190-211
 vgl. Text des Locarno-Paktes in Michaelis, Herbert / Schraeppler, Ernst: Ursachen und Folgen, Band 6. S.157-177
- 174) Vorwärts, 4.10.1925 (469)
- 175) Vorwärts, 17.10.1925 (491)

- 176) Levi, Paul: Nochmals Locarno, in SPW, Jg. 1925, Heft 42
(22.10.1925)
- 177) vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition
in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 124-127
- 178) Vorwärts, 17.10.1925 (492)
- 179) Vorwärts, 23.10.1925 (502)
- 180) Vorwärts, 29.10.1925 (511)
- 181) Vorwärts, 4.11.1925 (521)
- 182) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
31.10.1925 (252)
- 183) Levi, Paul: Wieder einmal, in SPW, Jg. 1925, Heft 43
(29.10.1925)
- 184) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
29.10.1925 (248)
- 185) Vorwärts, 2.11.1925 (518)
- 186) Vorwärts, 4.11.1925 (521)
- 187) vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in
der Weimarer Republik, a.a.O., S. 128
- 188) Vorwärts, 7.11.1925 (528)
- 189) Levi, Paul: Zur sozialdemokratischen Innen- und
Außenpolitik, in SPW, Jg. 1925, Heft 45 (12.11.1925)
- 190) Vorwärts, 16.11.1925 (542) und 18.11.1925 (543)
- 191) Vorwärts, 21.11.1925 (549)
- 192) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
24.11.1925 (271)
- 193) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
26.11.1925 (273)
- 194) Kretzen, Johannes: Zentrum und Koalition, in SPW,
Jg. 1925, Heft 48 (3.12.1925)
- 195) vgl. Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 6, a.a.O., S. 414-418
- 196) Levi, Paul: Rückwirkungen, in SPW, Jg. 1925, Heft 47
(26.11.1925)
- 197) Vorwärts, 28.11.1925 (562)
- 198) Vorwärts, 8.12.1925 (578)
- 199) Gegen die Koalitionsmacher, in SPW Jg. 1925, Heft 49
(10.12.1925)

- 200 Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
9.12.1925 (284)
- 201) Rote Fahne, 9.12.1925 (284)
- 202) Vorwärts, 8.12.1925 (579)
- 203) Vorwärts, 11.12.1925 (584)
vgl. Text in Osterroth, Franz / Schuster, Dieter:
Chronik..., a.a.O., S. 168
- 204) Levi, Paul: Zur Regierungsbildung, in SPW, Jg. 1925
Heft 50 (17.12.1925)
- 205) Rote Fahne, 13.12.1925 (288)
- 206) Vorwärts, 14.12.1925 (589)
- 207) Vorwärts, 17.12.1925 (594)
- 208) Vorwärts, 20.12.1925 (600)
- 209) Levi, Paul: Noch immer keine Regierung, in SPW, Jg. 1925,
Heft 52 /31.12.1925)
- 210) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
19.12.1925 (293)
- 211) Rote Fahne, 24.12.1925 (297)
- 212) Müller, Hermann: Harte Zeiten! in Vorwärts, 1.1.1926 (1)
- 213) Vorwärts, 5.1.1926 (6) und Rote Fahne, 6.1.1926 (4)
- 214) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
9.1.1926 (7)
- 215) Rote Fahne, 8.1.1926 (6)
- 216) Rote Fahne, 12.1.1926 (9)
- 217) Vorwärts, 7.1.1926 (107)
- 218) Vorwärts, 12.1.1926 (17)
- 219) Vorwärts, 13.1.1926 (19)
- 220) Vorwärts, 13.1.1926 (20)
- 221) Vorwärts, 17.1.1926 (27)
- 222) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne
15.1.1926 (12)
- 223) Huber, V.M.: Der zerbrochene Krug, in SPW, Jg. 1926
Heft 3 (21.1.1926)

- 224) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
15.1.1926 (12)
- 225) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
16.1.1926 (13)

Kapitel 2.4.1

- 1) Vorwärts, 19.1.1926 (30)
- 2) Vorwärts, 27.1.1926 (43)
- 3) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 22.1.1926 (18)
- 4) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 23.1.1926 (19)
- 5) Vorwärts, 28.1.1926 (45)
- 6) Vorwärts, 28.1.1926 (46) und 29.1.1926 (47)
- 7) Vorwärts, 29.1.1926 (47)
- 8) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 31.1.1926 (26)
- 9) Rote Fahne, 31.1.1926 (26)
- 10) vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel VIII, a.a.O., S. 109
- 11) Huber, V.M.: Die Millionen der Hohenzollern, in SPW, Jg. 1925, Heft 47 (26.11.1925)
- 12) vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel VIII, a.a.O., S. 109
- 13) Rote Fahne, 26.11.1925 (273)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ... Band VIII
a.a.O., S. 271-272
- 14) Rote Fahne, 4.12.1925 (280)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ... Band VIII
S. 281-283
- 15) Vorwärts, 4.12.1925 (573)
- 16) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 11.12.1925 (286)
- 17) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne 24.12.1925 (297)
- 18) Rote Fahne, 3.1.1926 (2)
- 19) Vorwärts, 5.1.1926 (6)
- 20) Rote Fahne, 8.1.1926 (6)
- 21) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 8.1.1926 (6)

- 22) Vorwärts, 16.1.1926 (25)
- 23) Vorwärts, 20.1.1926 (31)
- 24) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
22.1.1926 (18)
- 25) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
26.1.1926 (21)
- 26) Vorwärts, 24.1.1926 (39)
vgl. Text in Dokumente und Materialien ... Band VIII,
a.a.O., S. 307
- 27) Rote Fahne, 29.1.1926 (24)
- 28) Vorwärts, 3.2.1926 (56)
- 29) Vorwärts, 4.2.1926 (57)
- 30) Vorwärts, 5.2.1926 (59)
- 31) Rote Fahne, 6.2.1926 (31)
- 32) vgl. Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben,
a.a.O., S. 151
- 33) Vorwärts, 6.2.1926 (61)
- 34) Vorwärts, 17.2.1926 (80)
- 35) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
16.2.1926 (31)
- 36) Rote Fahne, 17.2.1926 (40)
- 37) Bieligk, Fritz: Massenaktion auf Abbruch? in SPW
Jg. 1926, Heft 6 (12.2.1926)
- 38) Vorwärts, 12.3.1926 (119)
- 39) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 171
- 40) Vorwärts, 18.3.1926 (130)
- 41) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
21.3.1926 (68)
- 42) Levi, Paul: Und das Reichsbanner?, in SPW, Jg. 1926
Heft 11 (19.3.1926)
- 43) Vorwärts, 19.3.1926 (131)
- 44) vgl. Erdmann, Karl Dietrich: Die Weimarer Republik,
a.a.O., S. 208
- 45) Levi, Paul: Alles um die Provision! in SPW, Jg. 1926
Heft 11 (18.3.1926)

- 46) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
20.3.1926 (67)
- 47) Vorwärts, 24.3.1926 (139)
- 48) Levi, Paul: Nachklang zu Genf, in SPW, Jg. 1926
Heft 12 (25.3.1926)
- 49) Vorwärts, 28.3.1926 (147)
- 50) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
7.4.1926 (80)
- 51) vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 6, S. 636-652
- 52) Vorwärts, 25.4.1926 (193)
- 53) Levi, Paul: Der Kopf und die Hand, in SPW, Jg. 1926
Heft 17 (29.4.1926)
- 54) Vorwärts, 16.4.1926 (170)
- 55) Levi, Paul: Das Schicksal des Volksentscheides, in
SPW, Jg. 1926, Heft 13 (1.4.1926)
- 56) Petrich, Franz: Mit gesammelter Kraft, in SPW, Jg. 1926
Heft 17 (29.4.1926)
- 57) vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der
Weimarer Republik, a.a.O., S. 148
- 58) Vorwärts, 5.5.1926 (208)
- 59) Vorwärts, 7.5.1926 (212)
- 60) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
8.5.1926 (106)
- 61) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
8.5.1926 (106)
- 62) Vorwärts, 9.5.1926 (216)
- 63) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
12.5.1926 (109)
- 64) Zweiling, Klaus: Großkampf diesseits und jenseits des
Kanals, in SPW, Jg. 1926, Heft 19 (12.5.1926)
- 65) vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Kapitel VIII, a.a.O., S. 119
- 66) Vorwärts, 13.5.1926 (222)
- 67) ebd.

- 68) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
16.5.1926 (112)
- 69) vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der
Weimarer Republik, a.a.O., S. 152
- 70) Vorwärts, 16.5.1926 (227)

Kapitel 2.5.:

- 1) Vorwärts, 2.11.1923 (513)
- 2) Vorwärts, 9.11.1923 (525)
- 3) Eine Abrechnung, in SPW, Jg. 1923, Heft 77 (29.11.1923)
- 4) Vorwärts, 28.11.1923 (555)
- 5) Vorwärts, 1.12.1923 (562)
- 6) Vorwärts, 3.12.1923 (564)
Gegen die offizielle Parteipolitik, in SPW, Jg. 1923
Heft 79 (7.12.1923)
- 7) Vorwärts, 14.12.1923 (582)
vgl. Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische
Macht in Sachsen, Leipzig 1926, S. 76
- 8) vgl. ebd.
Vorwärts, 19.12.1923 (590)
- 9) Vorwärts, 20.12.1923 (593)
- 10) Vorwärts, 21.12.1923 (595)
- 11) Dittmann, Wilhelm: Sachsen. Ein proletarisches Trauer-
spiel, in Vorwärts, 25.12.1923 (601)
- 12) N.N.: Ein proletarisches Trauerspiel, Feststellungen
zum Vorstoß des Genossen Dittmann gegen die sächsische
Partei, in SPW, Jg. 1924, Heft 1 (5.1.1924)
- 13) Vorwärts, 29.12.1923 (605)
- 14) Vorwärts, 3.1.1924 (4)
- 15) Vorwärts, 4.1.1924 (5 und 6)
- 16) Vorwärts, 5.1.1924 (7)
- 17) Vorwärts, 5.1.1924 (8)

- 18) vgl. Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, a.a.O., S. 78
Sozialdemokratischer Parteitag in Heidelberg 1925.
Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925
S. 103
- 19) Vorwärts, 7.1.1924 (10)
Die Beschlüsse des sächsischen Parteitages, in SPW,
Jg. 1924, Heft 2 (9.1.1924)
vgl. Text in Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition der Sozialdemokratie in Sachsen gegen die Politik des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Ausbruch des sächsischen Parteikonflikts in der SPD um die Jahreswende 23/24 bis zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands Anfang Oktober 1931, Potsdam 1971, Anhang S. 6-7
- 20) Dittmann, Wilhelm: Im Banne der Kommunisten. Zum sächsischen Landesparteitag, in Vorwärts, 7.1.1924 (10)
- 21) Seydewitz, Max: Die sächsische Parteikrise, in SPW, Jg. 1924, Heft 3 (12.1.1924)
- 22) Vorwärts, 14.1.1924 (22)
- 23) ebd.
- 24) Edel, Oskar: Der Weg zum neuen Aufstieg, in SPW, Jg. 1924 Heft 5 (21.1.1924)
- 25) Vorwärts, 16.1.1924 (25)
- 26) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Vorwärts, 18.1.1924 (30)
- 27) N.N.: Abbau in Sachsen, in SPW, Jg. 1924, Heft 5 (21.1.1924)
- 28) Vorwärts, 18.1.1924 (30)
- 29) Vorwärts, 18.1.1924 (29)
- 30) Vorwärts, 23.1.1924 (37)
- 31) Vorwärts, 25.1.1924 (41)
- 32) Vorwärts, 7.2.1924 (64)
Generalversammlung in Groß-Leipzig, in SPW, Jg. 1924 Heft 10 (13.2.1924)
- 33) Vorwärts, 15.2.1924 (77)

- 34) Vorwärts, 15.2.1924 (78)
- 35) Vorwärts, 1.2.1924 (53)
- 36) Der Koalitionssieg in Plauen, in SPW, Jg. 1924
Heft 9 (5.2.1924)
- 37) N.N.: Der Umschwung in Sachsen, in SPW, Jg. 1924,
Heft 10 (13.2.1924)
- 38) Vorwärts, 21.3.1924 (137)
- 39) Vorwärts, 25.3.1924 (144)
- 40) N.N.: Koalitionspolitik in Sachsen, in SPW, Jg. 1924
Heft 31 (15.5.1924)
- 41) Vorwärts, 14.5.1924 (224)
- 42) Vorwärts, 20.5.1924 (234)
- 43) Seydewitz, Max: Der Parteitag und die sächsische Frage
in SPW, Jg. 1924, Heft 37 (11.6.1924)
- 44) Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem
Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924, S. 63
- 45) ebd. S. 63
- 46) ebd. S. 64
- 47) ebd. S. 73
- 48) ebd. S. 85-86
- 49) ebd. S. 115
- 50) ebd. S. 103-104
- 51) ebd. S. 104
- 52) ebd. S. 127
- 53) ebd. S. 140-141
- 54) ebd. S. 141
- 55) Bieligk, Fritz: Endlösung? Zur Beilegung des sächsischen
Konflikts, in SPW, Jg. 1924, Heft 38 (18.6.1924)
- 56) N.N.: Die Frage der sächsischen Koalition, in SPW,
Jg. 1924, Heft 39 (25.6.1924)
- 57) Bieligk, Fritz: Zum sächsischen Landesparteitag, in SPW,
Jg. 1924, Heft 59 (24.9.1924)
- 58) Victor, Walter: Die verfluchten Sachsen, in SPW,
Jg. 1924, Heft 59 (24.9.1924)
- 59) Edel, Oskar: Was not tut, in SPW, Jg. 1924, Heft 63
(15.10.1924)

- 60) Aus der sächsischen Sozialdemokratie.
Bezirksparteitag Chemnitz-Erzgebirge, in SPW, Jg.1924
Heft 63 (15.10.1924)
- 61) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
15.10.1924 (131)
- 62) Liebmann, Hermann: Neun Monate sächsische Koalitions-
politik, Leipzig 1924, S. 1-3
- 63) Rote Fahne, 22.10.1924 (137)
- 64) Vorwärts, 28.10.1924 (509)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 149
- 65) Vorwärts, 3.11.1924 (520)
- 66) Vorwärts, 9.11.1924 (530)
- 67) Vorwärts, 13.11.1924 (536)
- 68) ebd.
- 69) Rote Fahne, 14.11.1924 (157)
- 70) Rote Fahne, 12.11.1924 (155)
- 71) Vorwärts, 14.11.1924 (538)
- 72) Rote Fahne, 21.11.1924 (162)
- 73) Seydewitz, Max: Die Ramschkoalition in Sachsen,
in SPW, Jg. 1924, Heft 73 (24.12.1924)
- 74) Fleißner, Hermann: Demokratie und Disziplin
gehen kaputt. Ein Beitrag zum sächsischen Partei-
konflikt, in SPW, Jg. 1924, Heft 73 (24.12.1924)
- 75) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 151-152
- 76) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
31.12.1924 (195)
- 77) Edel, Oskar: Der sächsische Kampf für Demokratie und
Sozialismus, in SPW, Jg. 1924 (31.12.1924)
- 78) Vorwärts, 5.1.1925 (7)
- 79) Vorwärts, 8.1.1925 (12) und Rote Fahne, 10.1.1925 (8)
- 80) Bieligk, Fritz: Der Wille zur Spaltung, in SPW,
Jg. 1925, Heft 2 (15.1. 1925)

- 81) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
3.2.1925 (28)
- 82) Vorwärts, 18.2.1925 (81)
- 83) Rote Fahne, 26.2.1925 (48)
- 84) Rote Fahne, 2.4.1925 (75)
- 85) Vorwärts, 22.5.1925 (239) und Rote Fahne, 23.5.1925
(115)
- 86) Vorwärts, 26.5.1925 (245)
- 87) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
28.5.1925 (119)
- 88) Rote Fahne, 29.5.1925 (120)
- 89) Vorwärts, 30.5.1925 (252)
- 90) Rote Fahne, 30.5.1925 (121)
- 91) N.N.: Ein proletarisches Trauerspiel in Sachsen.
Die Verschlechterung der Gemeindeordnung angenommen,
in SPW, Jg. 1925, Heft 22 (4.6.1925)
- 92) Edel, Oskar: Nach dem Sieg der Reaktion in Sachsen,
in SPW, Jg. 1925, Heft 23 (11.6.1925)
- 93) Bieligk, Fritz: Dem Ende zu? Parteivorstand und
Sachsenkonflikt, in SPW, Jg. 1925, Heft 27 (9.7.1925)
- 94) Rote Fahne, 1.7.1925 (147)
- 95) Vorwärts, 5.7.1925 (313)
- 96) Rote Fahne, 7.7.1925 (152)
- 97) Vorwärts, 5.7.1925 (313)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 154
- 98) Vorwärts, 9.7.1925 (319)
- 99) ebd.
- 100) Vorwärts, 15.7.1925 (329)
- 101) ebd.
- 102) Vorwärts, 17.7.1925 (333)
- 103) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
12.7.1925 (157)
- 104) Rote Fahne, 8.8.1925 (180)

- 105) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 26.8.1925 (195)
- 106) Bieligg, Fritz: Das französische Beispiel, in SPW, Jg. 1925, Heft 34 (28.8.1925)
- 107) Rote Fahne, 13.9.1925 (211)
- 108) ebd.
- 109) Vorwärts, 13.9.1925 (433)
- 110) Sozialdemokratischer Parteitag in Heidelberg 1925, Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 102-106, hier S. 106
- 111) ebd. S. 120
- 112) ebd. S. 120
- 113) ebd. S. 121
- 114) ebd. S. 123
- 115) ebd. S. 131
- 116) ebd. S. 131-142, hier S. 142
- 117) ebd. S. 258-263
- 118) ebd. S. 263-265
- 119) ebd. S. 265-266
- 120) ebd. S. 266
- 121) Vorwärts, 18.9.1925 (441)
- 122) Vorwärts, 26.9.1925 (456)
- 123) ebd.
- 124) Levi, Paul: Zum Heidelberger Parteitag, in SPW Jg. 1925, Heft 38 (25.9.1925)
- 125) Vorwärts, 5.12.1925 (575)
- 126) Dokumente und Materialien ... Band VIII, a.a.O., S. 233-242, hier S. 241
- 127) ebd. S. 259-261
- 128) Rote Fahne, 3.12.1925 (279)
- 129) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach ebd.
- 130) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 5.12.1925 (281)
- 131) Rote Fahne, 30.12.1925 (301)
- 132) Rote Fahne, 2.2.1926 (17)
vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition ...
a.a.O., S. 57-58

- 133) Rote Fahne, 2.2.1926 (17)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 170
- 134) Vorwärts, 1.2.1926 (52)
- 135) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
3.2.1926 (28)
- 136) Bieligk, Fritz: Ein Schurkenstreich in Sachsen
in SPW, Jg. 1926, Heft 9 (4.3.1926)
- 137) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne
7.3.1926 (56)
- 138) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
14.3.1926 (62)
- 139) Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition...a.a.O., Anhang S.16-18
- 140) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
23.3.1926 (70)
- 141) Rote Fahne, 23.3.1926 (70)
- 142) Rote Fahne, 26.3.1926 (72)
- 143) Vorwärts, 26.3.1926 (143)
- 144) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
28.3.1926 (74)
- 145) Rote Fahne, 1.4.1926 (77)
- 146) Vorwärts, 1.4.1926 (153)
- 147) Vorwärts, 3.4.1926 (156)
vgl. Text in Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition...,
a.a.O., S. 19--2 (Anhang)
- 148) Rote Fahne, 8.4.1926 (81)
- 149) Rote Fahne, 14.4.1926 (86)
- 150) Rote Fahne, 15.4.1926 (87)
- 151) Vorwärts, 16.4.1926 (177)
- 152) ebd.
- 153) Rote Fahne, 21.4.1926 (92)
- 154) Vorwärts, 21.4.1926 (185)
- 155) Vorwärts, 27.4.1926 (196)
- 156) Vorwärts, 28.4.1926 (198)
- 157) Vorwärts, 13.5.1926 (222)
- 158) Rote Fahne, 12.5.1926 (109)

- 159) Bieligk, Fritz: Fruchtbare Spaltungsarbeit, in SPW, Jg. 1926, Heft 19 (12.5.1926)
- 160) Rote Fahne, 25.4.1926 (96)
- 161) Rote Fahne, 21.5.1926 (116)
- 162) Vorwärts, 22.5.1926 (237)
vgl. Text in Weber, Herrmann: Das Prinzip Links, Hannover 1937, S. 170-171
- 163) Vorwärts, 7.6.1926 (263)
- 164) ebd.
- 165) Bieligk, Fritz: Der Zweck heiligt die Mittel. Die Parteigründung der Dreiundzwanzig vollzogen, in SPW, Heft 23 (10.6.1926)
- 166) Bieligk, Fritz: Wo stehen die Massen in Sachsen? in SPW, Jg. 1926, Heft 27 (8.7.1926)

Kapitel 2.6.:

- 1) Vorwärts, 17.5.1926 (228)
- 2) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 19.5.1926 (114)
- 3) Vorwärts, 19.5.1926 (232)
- 4) Vorwärts, 20.5.1926 (233)
- 5) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 22.5.1926 (117)
- 6) Vorwärts, 19.5.1926 (231)
- 7) Petrich, Franz: 20 Millionen..., in SPW, Jg. 1926 Heft 22 (3.6.1926)
- 8) Vorwärts, 8.6.1926 (264)
- 9) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 10.6.1926 (132)
- 10) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 11.6.1926 (133)
- 11) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 13.6.1926 (135)

- 12) Levi, Paul: Der Hindenburgbrief, in SPW, Jg. 1926
Heft 23 (10.6.1926)
- 13) Vorwärts, 12.6.1926 (272)
- 14) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 174
- 15) Vorwärts, 21.6.1926 (287)
- 16) Vorwärts, 21.6.1926 (286 a)
- 17) Levi, Paul: Auflösung, in SPW, Jg. 1926, Heft 25
(24.6.1926)
- 18) N.N.: Der siegende Formalismus, in SPW, Jg. 1926
Heft 26 (1.7.1926)
- 19) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
24.6.1926 (144)
- 20) Vorwärts, 30.6.1926 (302)
- 21) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
26.6.1926 (146)
- 22) Rote Fahne, 30.6.1926 (150)
- 23) Vorwärts, 2.7.1926 (306)
- 24) Vorwärts, 3.7.1926 (308)
- 25) Vorwärts, 7.7.1926 (314)
- 26) Levi, Paul: Nach der letzten Abstimmung im Reichstag,
in SPW, Jg. 1926, Heft 27 (8.7.1926)
- 27) Vorwärts, 26.7.1926 (347)
- 28) Petrich, Franz: Hundstagsideen. Bemerkungen zur Koali-
tationsdebatte, in SPW, Jg. 1926, Heft 30 (29.7.1926)
- 29) Vorwärts, 1.8.1926 (358)
- 30) Petrich, Franz: Welche Koalition, welche Politik?
in SPW, Jg. 1926, Heft 31 (5.8.1926)
- 31) Levi, Paul: Der Putschismus der Hämmer, in SPW,
Jg. 1926, Heft 32 (12.8.1926)
- 32) Vorwärts, 2.9.1926 (412)
- 33) Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und
Folgen, Band 6, a.a.O., S. 164-170, hier S. 168
- 34) Vorwärts, 5.9.1926 (418)
- 35) Magdeburger Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
8.9.1926 (198)

- 36) Hilferding, Rudolf: Politische Probleme: Zum Aufruf Wirths und zur Rede Silverbergs, in Die Gesellschaft, Jg. 1926, Heft 10, S. 289-302
- 37) ebd. S. 302
- 38) Vorwärts, 12.9.1926 (430)
- 39) Petrich, Franz: Planmäßige Zermürbungstaktik, in SPW, Jg. 1926, Heft 35 (2.9.1926)
- 40) Levi, Paul: Genf- und dann weiter?, in SPW, Jg. 1926 Heft 37 (16.9.1926)
- 41) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 8.9.1926 (198)
- 42) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 8.9.1926 (198) und 26.9.1926 (205)
- 43) Vorwärts, 4.9.1926 (417)
- 44) Vorwärts, 10.9.1926 (426)
- 45) ebd.
- 46) Petrich, Franz: Genf, in SPW, Jg. 1926 (2.9.1926)
- 47) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 11.9.1926 (201)
- 48) Vorwärts, 18.9.1926 (441)
- 49) Petrich, Franz: Die deutsch-französische Verständigung, in SPW, Jg. 1926, Heft 39 (30.9.1926)
- 50) Vorwärts, 7.10.1926 (472)
- 51) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 14.10.1926 (221)
- 52) Rote Fahne, 16.10.1926 (231)
- 53) Vorwärts, 13.10.1926 (482)
- 54) Vorwärts, 16.10.1926 (488)
- 55) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 19.10.1926 (233)
- 56) Petrich, Franz: Nichts gelernt und alles vergessen? in SPW, Jg. 1926, Heft 43 (28.10.1926)
- 57) Vorwärts, 27.10.1926 (506)
- 58) Rote Fahne, 24.10.1926 (238) und Rote Fahne, 6.11.1926 (249)

- 59) Petrich, Franz: Die Koalition auf dem Marsche?
in SPW, Jg. 1926, Heft 40 (7.10.1926)
- 60) Petrich, Franz: Schwerindustrie und Fertigindustrie,
in SPW, Jg. 1926, Heft 41 (14.10.1926)
- 61) Levi, Paul: Wirtschaft und Staat, in SPW, Jg. 1926
Heft 43 (28.10.1926)
- 62) Vorwärts, 31.10.1926 (514)
- 63) Vorwärts, 12.11.1926 (533)
- 64) Vorwärts, 14.11.1926 (538)
- 65) Levi, Paul: Die "stille" Koalition, in SPW, Jg. 1926
Heft 46 (19.11.1926)
- 66) Bieligk, Fritz: Wir wollen keine neuen Niederlagen,
in SPW, Jg. 1926, Heft 47 (25.11.1926)
- 67) Rote Fahne, 20.11.1926 (260)
- 68) Vorwärts, 4.12.1926 (571)
- 69) Vorwärts, 6.12.1926 (574)
- 70) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
7.12.1924 (274)
- 71) Vorwärts, 10.12.1926 (581)
- 72) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
15.12.1926 (281)
- 73) Levi, Paul: Kri-Kra-Krisis, in SPW, Jg. 1926 Heft 50
(16.12.1926)
- 74) Vorwärts, 16.12.1926 (591)
vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der
Weimarer Republik, a.a.O., S. 176-178
- 75) vgl. Michalka, Wolfgang/Niedhardt: Die ungeliebte
Republik, a.a.O., S. 235
- 76) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
5.1.1927 (3)
- 77) Vorwärts, 18.12.1926 (595)
- 78) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
24.12.1926 (289)
- 79) Vorwärts, 18.12.1926 (595)
- 80) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
21.12.1926 (286)

- 81) Levi, Paul: Die Krise, in SPW, Jg. 1926, Heft 51
(23.12.1926)
- 82) Fleißner, Hermann: Politisches Gaukelspiel, in SPW,
Heft 51 (23.12.1926)
- 83) Vorwärts, 1.1.1927 (1)
- 84) Gurland, Arkadij: Des Zentrums Gleichgewichtspolitik,
in SPW, Jg. 1927, Heft 1 (7.1.1927)
- 85) Vorwärts, 11.1.1927 (16)
- 86) Severing, Carl: Der Weg aus der Krise, in
Sozialistische Monatshefte, Jg. 1927, (17.1.1927)
S. 1-5, hier S. 3
- 87) ebd. S. 4
- 88) Bieligk, Fritz: Im Anhänger, in SPW, Jg. 1927,
Heft 2 (14.1.1927)
- 89) Vorwärts, 15.1.1927 (24)
vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der
Weimarer Republik, a.a.O., S. 185
- 90) ebd.
- 91) vgl. Vorwärts, 19.1.1927 (31)
- 92) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
22.1.1927 (18)
- 93) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
22.1.1927 (18)
- 94) vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der
Weimarer Republik, a.a.O., S. 302-303
- 95) Vorwärts, 22.1.1927 (36)
vgl. Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen
und Folgen, Band 6, S. 330-332
- 96) Frankfurter Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
25.1.1927 (20)
- 97) Levi, Paul: Der Bürgerblock, in SPW, Jg. 1927,
Heft 4 (28.1.1927)

Kapitel 2.7.:

- 1) Vorwärts, 29.1.1927 (48)
vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der
Weimarer Republik, a.a.O., S. 187
- 2) Vorwärts, 4.2.1927 (58 und 59)
- 3) Vorwärts, 5.2.1927 (60)
- 4) Vorwärts, 6.2.1927 (62)
- 5) Vorwärts, 4.2.1927 (58)
- 6) Vorwärts, 12.2.1927 (72)
- 7) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
12.2.1927 (36)
- 8) Levi, Paul: Was weiter?, in SPW, Jg. 1927, Heft 5
(4.2.1927)
- 9) Kaminski, Hanns-Erich: Immer noch Panglos, in SPW,
Jg. 1927, Heft 6 (11.2.1927)
- 10) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
18.2.1927 (41)
- 11) Vorwärts, 20.2.1927 (86)
- 12) Bieligk, Fritz: Mit den alten zu neuen Irrtümern,
in SPW, Jg. 1927, Heft 8 (25.2.1927)
- 13) vgl. Vorwärts, 3.3.1927 (104) und 15.3.1927 (124)
und 29.3.1927 (148)
- 14) vgl. Vorwärts, 9.4.1927 (167)
- 15) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
12.4.1927 (86)
- 16) N.N.: Gedämpfte Reichswehrkritik, in SPW, Jg. 1927
Heft 13 (1.4.1927)
- 17) Levi, Paul: Opposition, in SPW, Jg. 1927, Heft 14 (8.4.1927)
- 18) Bieligk, Fritz: Die deutschnationalen Republikaner,
in SPW, Jg. 1927, Heft 16 (22.4.1927)
- 19) Levi, Paul: Heraus aus dem Zentrums-Turm, in SPW,
Jg. 1927, Heft 20 (20.5.1927)
- 20) Levi, Paul: Wir und das Zentrum, in SPW, Jg. 1927
Heft 18 (6.5.1927)

- 21) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
1.4.1927 (77)
- 22) Dresdener Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
13.4.1927 (87)
- 23) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
8.5.1927 (108)
- 24) Vorwärts, 24.4.1927 (192)
- 25a) Vorwärts, ebd.
- 25b) Vorwärts, ebd.
- 26) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
21.4.1927 (93)
- 27) Vorwärts, 5.5.1927 (211)
- 28) Bieligk, Fritz: Ein Exempel statuiert, in SPW,
Jg. 1927, Heft 18 (6.5.1927)
- 29) Vorwärts, 11.4.1927 (171)
N.N.: Der Berliner Bezirksparteitag, in SPW,
Jg. 1927, Heft 15 (15.4.1927)
- 30) Kleineibst, Richard: Oligarchie oder Demokratie?
Anmerkungen zur Parteitagsstrategie, in SPW, Jg.1927
Heft 20 (20.5.1927)
- 31) Vorwärts, 24.4.1927 (192)
- 32) Vorwärts, 22.5.1927 (240)
- 33) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 181-183
- 34) Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel.
Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz,
Berlin 1927, S. 32-33
- 35) ebd. S. 33
- 36) ebd. S. 33
- 37) ebd. S. 40
- 38) ebd. S. 61-63
- 39) ebd. S. 65-67
- 40) ebd. S. 62
- 41) ebd. S. 73
- 42) ebd. S. 73-74

- 43) ebd. S. 63
- 44) ebd. S. 76
- 45) ebd. S. 93
- 46) ebd. S. 87
- 47) ebd. S. 104-108
- 48) ebd. S. 108-113
- 49) ebd. S. 113
- 50) Rote Fahne, 25.5.1927 (122)
- 51a) Vorwärts, 25.5.1927 (244)
- 51b) Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben, a.a.O., S. 166
- 51c) ebd. S. 167
- 52) Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel, Protokoll..., a.a.O., S. 137-164
- 53) ebd. S. 164-165
- 54) ebd. S. 165-184
- 55) ebd. S. 171
- 56) ebd. S. 181
- 57) ebd. S. 185
- 58) ebd. S. 189
- 59) ebd. S. 190
- 60) ebd. S. 199
- 61) ebd. S. 200
- 62) ebd. S. 214
- 63) ebd. S. 191
- 64) ebd. S. 192
- 65) ebd. S. 203
- 66) ebd. S. 208
- 67) ebd. S. 209
- 68) ebd. S. 224
- 69) ebd. S. 272
vgl. Text in Dokumente und Materialien ... Band VIII
a.a.O., S. 548-549
- 70) Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel.
Protokoll...a.a.O., S. 265-266, hier S. 265

- 71) ebd. S. 265
- 72) ebd. S. 223 und Vorwärts, 27.5.1927 (247)
- 73) ebd. S. 225 und Vorwärts, 27.5.1927 (248)
- 74) Levi, Paul: Zum Kieler Parteitag, in SPW, Jg. 1927, Heft 22 (3.6.1927)
- 75) Teubner, Heinrich: Die Kieler Linie, in SPW, Jg. 1927 Heft 22 (3.6.1927)
- 76) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 1.6.1927 (127)
- 77) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 1.6.1927 (127)
- 78) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 1.6.1927 (127)
- 79) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 4.6.1927 (130)
- 80) Vorwärts, 28.5.1927 (249)
- 81) Severing, Carl: Ein Nachwort zum Parteitag, in Die Gesellschaft, Jg. 1927, Heft 7, S. 1-5, hier S. 3.
- 82) Vorwärts, 25.6.1927 (296)
- 83) Levi, Paul: Zur auswärtigen Politik, in SPW, Jg. 1927 Heft 26 (1.7.1927)
- 84) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 25.6.1927 (147)
- 85) Vorwärts, 1.7.1927 (306)
- 86) vgl. Vorwärts, 2.7.1927 (309)
- 87) Vorwärts, 2.7.1927 (309)
vgl. Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 373
- 88) vgl. Vorwärts, 8.7.1927 (318)
Preller, Ludwig, Sozialpolitik..., a.a.O., S. 373
- 89) vgl. Vorwärts, 10.7.1927 (322)
- 90) Bieligk, Fritz: Die Wahlen von 1928. Mit gedämpfem Trommelklang, in SPW, Jg. 1927, Heft 35 (2.9.1927)
- 91) Levi, Paul: Der Katholikentag, in SPW; Jg. 1927, Heft 36 (9.9.1927)

- 92) Bieligk, Fritz: Rund um Hindenburg, in SPW, Jg. 1927
Heft 40 (7.10.1927)
- 93) vgl. Drechaler, Hanne: Die Sozialistische Arbeiterpartei
Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der
Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Meisenheim
am Glan 1965, S. 23
Rengstorf, Ernst-Victor: Opposition in der Weimarer
SPD. Die "Klassenkampf-Gruppe" 1928-1931, Hannover 1976
S. 13-16
- 94) Das Vertrauensvotum unserer Leser. Ergebnisse der
Umfrage, in Der Klassenkampf. Marxistische Blätter,
Jg. 1931, Heft 17 (1.9.1931), S. 521-527
vgl. Bieligk, in Drechsler, Hanno: Die SAPD, a.a.O., S.23
- 95) Klassenkampf - Unser Programm, in Der Klassenkampf.
Marxistische Blätter, Jg. 1927, Heft 1 (1.10.1927), S.1-2
- 96) Vorwärts, 15.10.1927 (486)
vgl. Text in Michalka, Wolfgang /Niedhardt, Gotthard:
Die ungeliebte Republik, a.a.O., S. 241-242
- 97) Vorwärts, 13.11.1927 (538)
- 98) vgl. Vorwärts, 11.10.1927 (480) und 14.11.1927 (539)
und 28.11.1927 (562)
- 99) Vorwärts, 14.11.1927 (539)
- 100) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
16.11.1927 (270)
- 101) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
16.11.1927 (270)
- 102) Ströbel, Heinrich: Wetterzeichen, in KK, Jg. 1927
Heft 3 (1.11.1927), S. 65-67, hier S. 65
- 103) Vorwärts, 31.10.1927 (515)
- 104) Seydewitz, Max: Hörsings Rezept, in KK, Jg. 1927
H 5 (1.12.1927), S. 129-130, hier S.129
- 105) Böchel, Karl: Der Marquis Posa des Zentrums, in KK,
Jg. 1927, H. 6 (15.12.1927), S. 161-162
- 106) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
24.11.1927 (276)

- 107) vgl. Vorwärts, 7.12.1927 (577)
- 108) Bieligk, Fritz: Klare Front im Wahlkampf und nachher, in SPW, Jg. 1927, Heft 52 (30.12.1927)
- 109) Seydewitz, Max: Auftakt zum Wahljahr, in KK, Jg. 1928 H. 1 (1.1.1928), S.1-3, hier S.2
- 110) ebd. S. 2
- 111) ebd. S. 1
- 112) Eckstein, Erich: Die Gewinnung der christlichen Arbeiter, in KK, Jg. 1928, H. 1 (1.1.1928), S.10-11, hier S. 11
- 113) Vorwärts, 1.1.1928 (1)
- 114) Vorwärts, 10.1.1928 (15)
- 115) Vorwärts, 20.1.1928 (33)
- 116) Bieligk, Fritz: Wer ist der neue Reichswehrminister? Von Geßler zu Groener, in KK, Jg. 1928, H. 3 (1.2.1928, S. 65-67, hier S.67
- 117) N.N.: Wer hat da recht? in KK, Jg. 1928, H. 3 (1.2.1928) S. 68
- 118) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 22.1.1928 (19)
- 119) Vorwärts, 16.1.1928 (26)
- 120) Zweiling, Klaus: Klassenkampf im Zentrum? Der Familienkrach zwischen Marx und Stegerwald, in KK, Jg. 1928, H. 3 (1.2.1928) S. 69-71
- 121) ebd. S. 71
- 122) Vorwärts, 30.1.1928 (50)
- 123) Frenzel, Curt: Der Sturm im Zentrumsturm, in SPW, Heft 6 (10.2.1928)
- 124) Vorwärts, 30.1.1928 (50)
- 125) Zweiling, Klaus: Der Minister der loyalen Opposition und die loyale Opposition des Ministers, in KK, Jg. 1928 H. 4 (15.2.1928) S. 97-98, hier S. 97
- 126) ebd. S. 98
- 127) vgl. Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 241-244

- 128) vgl. Vorwärts, 11.2.1928 (78)
- 129) vgl. Vorwärts, 16.2.1928 (79)
- 130) vgl. Vorwärts, 17.2.1928 (81)
- 131) vgl. Vorwärts, 19.2.1928 (85)
- 132) Levi, Paul: Die Krise, in SPW, Jg. 1928, H. 8 (24.2.1928)
- 133) vgl. Vorwärts, 1.3.1928 (103)
- 134) Der politische Tageskampf und die Sozialdemokratie,
in SPE, Jg. 1928, H. 11 (16.3.1928)
- 135) Kein Parteitag?, in SPW, Jg. 1928, H. 14 (6.4.1928)
- 136) Vorwärts, 28.3.1928 (149)
- 137) vgl. Vorwärts, 31.3.1928 (155)
- 138) Vorwärts, 22.4.1928 (191)
vgl. Text in Luthardt, Wolfgang: Sozialdemokratische
Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur
gesellschaftlichen Entwicklung. Band I, Frankfurt/Main
1978, S. 38--41
- 139) Düwell, Bernhard: Parolen und Interessen, in KK, Jg. 1928
H. 9 (1.5.1928) S. 258-261, hier S. 261
- 140) Redaktion des KK: Unsere Wahlkampfforderungen, in KK,
Jg. 1928, H. 8 (15.4.1928), S.228-232
vgl. Text in Luthardt, Wolfgang: Sozialdemokratische
Arbeiterbewegung..., Band I, a.a.O., S. 33-38
- 141) Der politische Tageskampf und die Sozialdemokratie,
in SPW, a.a.O.
- 142) Bieligk, Fritz: Trotz Bürgerblock Koalition, in SPW,
Jg. 1928, H. 14 (6.4.1928)
- 143) Vorwärts, 14.4.1928 (177)
- 144) Bieligk, Fritz: Das kapitalistische Verdienst des
Zentrums, in SPW, Jg. 1928, H. 16 (20.4.1928)
- 145) Fleißner, Hermann: Zentrum und innere Politik, in SPW,
Jg. 1928, H. 17 (27.4.1928)
- 146) Kleineibst, Richard: Die Epigonen des Liberalismus
in Deutschland. Die Demokraten, in SPW, Jg. 1928,
H. 18 (4.5.1928)

- 147) Heller, Fritz: Demokratischer Ehrenspiegel, in KK, Jg. 1928, H. 8 (15.4.1928), S. 236-240, hier S. 240
- 148) Kleineibst, Richard: Die Epigonen des Liberalismus in Deutschland. Die Stresemänner, in SPW, Jg. 1928, H. 19 (11.5.1928)
- 149) Düwell, Bernhard: Parolen und Interessen, in KK., Jg.1928, H. 9 (1.5.1928) S.258-261, hier S.259
- 150) Seydewitz, Max: Allein im Kampf, in KK, Jg. 1928, H. 10 (15.5.1928), S. 289-290

Kapitel 3.:

Kapitel 3.1.:

- 1) vgl. Dederke, Karl-Heinz: Reich und Republik 1917-1933, a.a.O., S. 284-285
Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik..., a.a.O., S. 190
- 2) Vorwärts, 21.5.1928 (242)
- 3) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Vorwärts, 24.5.1928 (242)
- 4) Vorwärts, 27.5.1928 (248)
- 5) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 1.6.1928 (127)
- 6) Bieligk, Fritz: Warum nicht? in SPW, Jg. 1928, H. 22 (1.6.1928)
- 7) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Vorwärts, 24.5.1928 (242)
- 8) Levi, Paul: Verantwortung und Regierung, in SPW, Jg. 1928, H. 21 (25.5.1928)
- 9) Vorwärts, 1.6.1928 (255)
- 10) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 6.6.1928 (131)
- 11) Die SPD Groß-Leipzig zur Regierungsbildung, in SPW, Jg. 1928, H. 23 (8.6.1928)
- 12) Adler, Max: Wohin weist der Wahlsieg? in KK, Jg. 1928 H. 11 (1.6.1928) , S. 321-326, hier S. 321, 324 u. 326
- 13) vgl. Rosenfeld, Kurt: Die große Koalition? Düwell, Gernhard: Politik der Einigung; Thomas, W.: Der erschütterte Zentrumsturm; alle in KK, Jg. 1928, H. 11 (1.6.1928) S. 327-329; 339-342; 343-344
- 14) Vorwärts, 7.6.1928 (265)
- 15) ebd.
- 16) Sozialdemokratischer Pressedienst, zitiert nach Rote Fahne, 9.6.1928 (134)

- 17) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 9.6.1928 (134)
- 18) Redaktion des KK: Eine notwendige Richtigstellung zur Parteiausschußsitzung in Köln, in KK, Jg. 1928 H. 12 (15.6.1928) S. 382
- 19) Vorwärts, 7.6.1928 (263)
- 20) Bieligk, Fritz: Am Anfang, in SPW, Jg. 1928, H. 24 (15.6.1928)
- 21) Levi, Paul: Voraussetzungen einer Koalition, in SPW, Jg. 1928, H. 24 (15.6.1928)
- 22) Böchel, Karl: Gelüftete Visiere, in KK, Jg. 1928 H. 12 (15.6.1928), S. 355-355, hier S. 354
- 23) Vorwärts, 12.6.1928 (273)
- 24) Vorwärts, 10.6.1928 (271)
- 25) Vorwärts, 15.6.1928 (279)
- 26) vgl. Vorwärts, 21.6.1928 (290)
- 27) vgl. in Rosenfeld, Kurt: Die Koalition der Köpfe Der Verlauf der Verhandlungen, in KK, Jg. 1928, H. 13 (1.7.1928), S. 385-389, hier S. 386
- 28) Vorwärts, 21.6.1928 (290)
- 29) Vorwärts, 23.6.1928 (293)
- 30) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 26.6.1928 (148)
- 31) Vorwärts, 25.6.1928 (297)
- 32) Rosenfeld, Kurt: Die Koalition der Köpfe. Der Verlauf der Verhandlungen, a.a.O., hier S. 385
- 33) Levi, Paul: Die andere Koalition, in SPW, Jg. 1928 H. 26 (29.6.1928)
- 34) Vorwärts, 28.6.1928 (302)
- 35) vgl. Vorwärts, 29.6.1928 (303)
- 36) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 1.7.1928 (153)
- 37) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 1.7.1928 (153)
- 38) Vorwärts, 4.7.1928 (310)

- vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 6, a.a.O., S.637-642
- 39) Vorwärts, 4.7.1928 (312)
 - 40) vgl. Vorwärts, 6.7.1928 (316)
 - 41) Redaktion des KK: Bei der Abstimmung abwesend, in KK, Jg. 1928, H. 14 (15.7.1928) S.448
 - 42) Bieligk, Fritz: Vorsichtig und weise. Bürgerliche Kritik am Regierungsprogramm, in SPW, Jg. 1928, H. 28 (13.7.1928)
 - 43) Levi, Paul: Die erste Station, in KK, Jg. 1928, H. 14 (15.7.1928), S. 417-419, hier S. 419
 - 44) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 6.7.1928 (157)
 - 45) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 6.7.1928 (157)
 - 46) Vorwärts, 14.7.1928 (329)
 - 47) N.N.: Der erste Tagungsabschnitt, in KK, Jg. 1928, H. 15 (1.8.1928), S. 449-452, hier S. 449
 - 48) Petrich, Franz: Erste Bilanz, in SPW, Jg. 1928 H. 29 (20.7.1928)
 - 49) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 15.7.1928 (167)
 - 50) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 15.7.1928 (167)

Kapitel 3.2.:

- 51) vgl. Wacker, Wolfgang: Der Bau des Panzerschiffs A und der Reichstag, Tübingen 1959
- 52) Vorwärts, 5.7.1928 (314)
- 53) vgl. Vorwärts, 6.7.1928 (315)
- 54) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 10.7.1928 (160)
- 55) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 10.7.1928 (160)

- 56) N.N.: Der erste Tagungsabschnitt, a.a.O., S. 450
- 57) Gegen den Panzerkreuzer, in KK, Jg. 1928, H. 15 (1.8.1928), S. 478
- 58) Rosenfeld, Kurt: Panzerkreuzer und Regierungskoalition, in KK, Jg. 1928, H. 16 (15.8.1928), S. 481-485
- 59) Vorwärts, 11.8.1928 (377)
- 60) vgl. Vorwärts, 14.8.1928 (382)
- 61) vgl. Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928, Berlin 1929, S.
- 62) vgl. Vorwärts, 15.8.1928 (383)
- 63) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 14.8.1928 (190)
- 64) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 14.8.1928 (190)
- 65) Levi, Paul: Der Panzerkreuzer, in SPW, Jg. 1928, (17.8.1928) H. 33
- 66) Vorwärts, 16.8.1928 (385)
- 67) Petrich, Franz: Die Politik des "kleineren Übels" - Schluß mit den Irrungen und Wirrungen, in SPW, Jg. 1928 H. 33 (17.8.1928)
- 68) vgl. Vorwärts, 15.8.1928 (383)
- 69) Vorwärts, 18.8.1928 (389)
- 70) ebd.
- 71) Vorwärts, 16.8.1928 (385)
vgl. Text in Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928, a.a.O., S. 124
- 72) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 18.8.1928 (194)
- 73) Vorwärts, 19.8.1928 (391)
vgl. Text in Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928, a.a.O., S. 198-199
- 74) N.N.: Durchgesickerte Geheimnisse, in SPW, Jg. 1928, H. 35 (31.8.1928)
- 75) Vorwärts, 21.8.1928 (393)

- 76) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne,
21.8.1928 (196)
- 77) Vorwärts, 22.8.1928 (395)
- 78) ebd.
- 79) vgl. Beschlüsse von Funktionärskonferenzen bzw.
Generalversammlungen, in KK, Jg. 1928, H. 17 (1.9.1928)
- 80) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
25.8.1928 (200)
- 81) Rote Fahne, 26.8.1928 (201)
- 82) Vorwärts, 26.8.1928 (403)
- 83) Levi, Paul: Nochmals Panzerkreuzer, in SPW, Jg. 1928,
H. 34 (24.8.1928)
- 84) Seydewitz, Max: Die Schädigung der Partei, in KK, Jg. 1928
H. 17 (1.9.1928), S. 515-516, hier S. 515
- 85) Rosenfeld, Kurt: Die Kreuzerkrisis, in KK, Jg. 1928
H. 17 (1.9.1928), S. 517-520
- 86) Levi, Paul: Nochmals Panzerkreuzer, in SPW, Jg. 1928,
H. 34 (24.8.1928)
- 87) Heller, Fritz: Von der Panzerkreuzerdiskussion zur
Parteidiskussion, in SPW, Jg. 1928, H. 35 (31.8.1928)
- 88) vgl. Text in Materialien und Dokumente ..., Band VIII,
a.a.O., S. 709
- 89) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne,
22.8.1928 (197)
- 90) Rote Fahne, 23.8.1928 (198) und 24.8.1928 (199)
und 30.8.1928 (204)
- 91) Rote Fahne, 2.9.1928 (207)
- 92) Petrich, Franz: Der außerordentliche Parteitag.
Notwendigkeiten und Aufgaben, in KK, Jg. 1928, H. 18
(15.9.1928) S. 549-552
- 93) Heller, Fritz: Von der Panzerkreuzerdiskussion zur
Parteidiskussion, a.a.O.
- 94) Vorwärts, 12.9.1928 (431)
- 95) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
14.9.1928 (217)

- 96) Bieligk, Fritz: Rund um den Panzerkreuzer, in SPW, Jg. 1928, H. 37 (14.9.1928)
- 97) Seydewitz, Max: Alle tauglichen Mittel gegen den Panzerkreuzer A, in KK, Jg. 1928, H. 18 (15.9.1928) S. 548
- 98) Vorwärts, 19.9.1928 (443)
Die Aufgaben des Parteitages. Ein einstimmiger Beschluß der gesamten sächsischen Partei, in KK, Jg. 1928, H. 19 (1.10.1928) S. 603
- 99) Für Änderung des Vetorechts, in KK, Jg. 1928, H. 19 (1.10.1928) S. 603
- 100) Vorwärts, 1.10.1928 (464)
- 101) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik... a.a.O., S. 199
- 102) Vorwärts, 1.11.1928 (517)
- 103) Vorwärts, 14.11.1928 (539)
- 104) Vorwärts, 16.11.1928 (254)
vgl. Text in Michalka, Wolfgang/Niedhardt, Gottfried: Die ungeliebte Republik, a.a.O., S. 253-254
- 105) vgl. Vorwärts, 17.11.1928 (545)
- 106) Seydewitz, Max: Die Krise des parlamentarischen Systems, in KK, Jg. 1928, H. 23 (1.12.1928) S.727-729
- 107) Vorwärts, 19.11.1928 (548)
- 108) Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition ..., a.a.O., S. 104-105
- 109) Rosenfeld, Kurt: Was nun? in KK, Jg. 1928, H. 23 (1.12.1928) S. 723-725
- 110) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik... a.a.O., S. 198-199
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel VIII, a.a.O., S. 189
- 111) Vorwärts, 1.11.1928 (518)
- 112) Vorwärts, 18.11.1928 (547)
- 113) Levi, Paul: Grenzen der Demokratie, in KK, Jg. 1928, H. 22 (15.11.1928), S.673-674, hier S. 674

- 114) Weckerle, Eduard: Die Lehren des Kampfes an Rhein und Ruhr, in KK, Jg. 1928, H. 22 (15.11.1928), S.678-679, hier S. 679
- 115) vgl. Vorwärts, 29.11.1928 (563)
- 116) vgl. Vorwärts, 30.11.1928 (565)
- 117) vgl. Vorwärts, 3.12.1928 (570)
- 118) Vorwärts, 4.12.1928 (571)
- 119) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 4.12.1928 (571)
- 120) Kleinf Frank, Emil: Ruhrkampf und Schlichtung, in KK, Jg. 1928, H. 24 (15.12.1928), S.742-745, hier S.744
- 121) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 6.12.1928 (287)
- 122) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 4.12.1928 (285)
- 123) Vorwärts, 9.12.1928 (581)
- 124) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 16.12.1928 (296)
- 125) Vorwärts, 21.12.1928 (602)
- 126) Vorwärts, 23.12.1928 (605)
- 127) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Rote Fahne, 25.12.1928 (303)
- 128) Sozialdemokratischer Pressedienst, zitiert nach Vorwärts, 29.12.1928 (612)
- 129) Bieligk, Fritz: Parteivorstand und diese Koalition, in KK, Jg. 1928, H. 24 (15.12.1928), S.737-741, hier S.737
- 130) Vorwärts, 20.12.1928 (600)

Kapitel 3.3.:

- 131) Vorwärts, 19.12.1928 (597)
Zu den Koalitionsverhandlungen, in KK, Jg. 1929, H. 1 (1.1.1929), S. 31
- 132) ebd. S. 32

- 133) Gegen die Koalition. Beschluß der Landesversammlung der sächsischen Parteiorganisationen der SPD, in KK, Jg. 1929, H. 2 (15.1.1929), S. 59-60
- 134) vgl. Vorwärts, 6.2.1929 (61)
- 135) vgl. Vorwärts, 2.3.1929 (103)
- 136) Vorwärts, 6.2.1929 (61)
- 137) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 7.2.1929 (32)
- 138) Vorwärts, 3.3.1929 (105)
- 139) Schlesische Volkswacht (Waldenburg), zitiert nach Seydewitz, Max: Wir Landesverräter, in KK, Jg. 1929, H. 4 (15.2.1929), S. 97-99, hier S. 98
- 140) Seydewitz, Max: Wir Landesverräter, a.a.O., S. 99
- 141) Vorwärts, 16.3.1928 (127)
- 142) Lupus: Eingefrorener Kriegsmarxismus, in KK, Jg. 1929 H. 7 (1.4.1929), S. 203-205
- 143) vgl. Vorwärts, 10.2.1929 (69)
- 144) Seydewitz, Max: Der Parteitag, in KK, Jg. 1929, H. 3 (1.2.1929), S. 67-69
- 145) vgl. Vorwärts, 21.2.1929 (87)
- 146) vgl. Vorwärts, 22.2.1929 (90)
vgl. Text in Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929, Berlin 1930, S. 236
- 147) Vorwärts, 21.2.1929 (90)
- 148) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 23.2.1929 (46)
- 149) Seydewitz, Max: Der vertagte Parteitag, a.a.O., S. 136
- 150) vgl. Rote Fahne, 27.2.1929 (49)
- 151) vgl. Rote Fahne, 26.2.1929 (48)
- 152) Herrmann, O.: Die Koalition als Selbstzweck, in KK, Jg. 1929, H. 5 (1.3.1929), S. 138-140, hier S. 139
- 153) Böchel, Karl: Der nächste Schritt. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in KK, Jg. 1929, H. 6 (15.3.1929), S. 163-165, hier S. 164
- 154) Redaktion des KK: Positive Leistungen der Koalition. Der Arbeitsschutzgesetzentwurf, in KK, Jg. 1929, H. 5 (1.3.1929), S. 141-145, hier S. 145

- 155) Seydewitz, Max: "Erfolge" der Koalition. Der Ausbau der Invalidenversicherung, in KK, Jg. 1929, H. 6 (15.3.1929, S. 171-174, hier S. 174
- 156) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ... a.a.O., S. 202
- 157) Vorwärts, 10.3.1929 (122)
- 158) Vorwärts, 27.3.1929 (146)
- 159) vgl. Vorwärts, 8.4.1929 (163)
- 160) vgl. Vorwärts, 10.4.1929 (166)
Reichswehretat und Panzerkreuzer, in KK, Jg. 1929 H.8 (15.4.1929), S. 226
- 161) Vorwärts, 11.4.1929 (168)
- 162) Ströbel, Heinrich: Kapitulation vor dem Besitz, in KK, Jg. 1929, H. 8 (15.4.1929), S. 227-230
- 163) Redaktion des KK: Stellungnahme zum Reichsetat, in KK, J. 1929, H. 8 (15.4. 1929), S. 131-132
- 164) Levi, Paul: Wieder einmal eine Krise, in KK, Jg. 1929, H. 8 (15.4.1929), S. 225-226
- 165) vgl. Vorwärts, 26.4.1929 (194)
- 166) vgl. Vorwärts, 5.5.1929 (208)
- 167) ebd.
- 168) ebd.
- 169) Zweiling, Klaus: Finanz-Fascismus. Die Reichsanleihe, das Kapital und die Industrie, in KK, Jg. 1929, H. 10 (15.4.1929) S. 300-306
- 170) Levi, Paul: Dem Ende zu? in KK, Jg. 1929, H. 10 (15.5.1929) S. 289-290
- 171) Vorwärts, 16.5.1929 (224)
Rosenfeld, Kurt: Heraus aus der Reichsregierung, in KK, Jg. 1929, H. 11 (1.6.1929) S. 323-325
- 172) Bieligk, Fritz: Die Bilanz eines Jahres, in KK, Jg. 1929, H. 11 (1.6.1929), S. 325-330, hier, S. 330
- 173) Croner, Fritz: Die sozialpolitische Bilanz der Koalition, in KK, Jg. 1929, H. 11 (1.6.1929), S. 331-336, hier S. 336

- 174) Levi, Paul: Zum Magdeburger Parteitag, in KK, Jg. 1929
H. 11 (1.6.1929), S. 321-322, hier S. 322
- 175) Rosenfeld, Kurt: Heraus aus der Reichsregierung, a.a.O.,
S. 325
- 176) Vorwärts, 26.5.1929 (241)

Kapitel 3.4.:

- 177) Redaktion des KK: Unsere Stellung zum Heer, in KK,
Jg. 1928, H. 6 (15.3.1928), S. 186-189, hier, S.186
- 178) ebd. S. 186
- 179) ebd. S. 188
- 180) ebd. S. 189
- 181) Seydewitz, Max: Warum die Reichswehr?, in KK, Jg. 1928,
H. 13 (1.7.1928), S. 391-393, hier S. 392
- 182) ebd. S. 393
- 183) Petrich, Franz: Der außerordentliche Parteitag.
Notwendigkeiten und Aufgaben, in KK, Jg. 1928, H. 18
(15.9.1928), S. 549-552, hier S. 552 und 551
- 184) Adler, Max: Weitere Bemerkungen zum Wehrproblem,
in KK, Jg. 1928, H. 23 (1.12.1928), S.707-712, hier S.711
- 185) vgl. Adler, Max: Der Arbeiter und sein Vaterland.
Marxistische Bemerkungen über bürgerliches und prole-
tarisches Wehrsystem, Berlin 1929
- 186) vgl. Levi, Paul: Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie,
Berlin 1928; abgedruckt in Beradt, Charlotte: Paul Levi.
Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a.a.O., S.307-329
- 187) Vorwärts, 29.12.1928 (612)
- 188) ebd.
- 189) ebd.
- 190) ebd.
- 191) ebd.

- 192) Redaktion des KK: Vorschläge für Programmformulierungen
zum Wehrproblem, in KK, Jg. 1929, H. 1 (1.1.1929), S.1-3
- 193) vgl. Vorwärts, 10.2.1929 (69)
- 194) ebd.
- 195) ebd.
- 196) vgl. Text in Dokumente und Materialien ... Band VIII
a.a.O., S. 805-807
- 197) Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg 1929.
Protokoll, Berlin 1929, S. 109-119
- 198) ebd. S. 109
- 199) ebd. S. 109
- 200) ebd. S. 109
- 201) ebd. S. 209
- 202) ebd. S. 112
- 203) ebd. S. 115
- 204) ebd. S. 135
- 205) ebd. S. 131
- 206) ebd. S. 136
- 207) ebd. S. 136
- 208) ebd. S. 136
- 209) ebd. S. 153
- 210) ebd. S. 154
Redaktion des KK: Die Abstimmungen auf dem Parteitag,
in KK, Jg. 1929, H. 14 (15.7.1929), S. 435
- 211) Protokoll 1929, a.a.O., S. 104

Kapitel 3.5.:

- 212) Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg 1929.
Protokoll, Berlin 1929
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 204-206
- 213) Protokoll 1929, a.a.O., S. 37
- 214) ebd. S. 38

- 215) ebd. S. 41
- 216) ebd. S. 41
- 217) ebd. S. 78
- 218) ebd. S. 72
- 219) ebd. S. 68
- 220) ebd. S. 80-81
- 221) ebd. S. 81-82
- 222) ebd. S. 84
- 223) entfällt
- 224) ebd. S. 80
- 225) ebd. S. 93
- 226) ebd. S. 98
- 227) ebd. S. 102
- 228) ebd. S. 104 und S. 269-270
- 229) vgl. Text in Dokumente und Materialien ... Band VIII
a.a.O., S. 808-809
- 230) Protokoll 1929, a.a.O., S. 160
- 231) ebd. S. 165
- 232) ebd. S. 170
- 233) ebd. S. 170
- 234) ebd. S. 185
- 235) ebd. S. 186
- 236) ebd. S. 267-268
- 237) ebd. S. 198
- 238) ebd. S. 202
- 239) ebd. S. 173-174
- 240) ebd. S. 205-211
- 241) ebd. S. 210
- 242) vgl. Vorwärts, 31.5.1929 (249)
- 243) ebd.
- 244) Protokoll 1929, a.a.O., S. 232
- 245) ebd. S. 257
- 246) Vorwärts, 1.6.1929 (251)
- 247) Hertz, Paul: Magdeburger Ergebnisse, in Die Gesellschaft,
Jg. 1929, H. 7, S. 9-15, hier S. 13

- 248) ebd. S. 13
- 249) ebd. S. 15
- 250) Redaktion des KK: Die Abstimmungen auf dem Parteitag, in KK, Jg. 1929, H. 12 (15.6.1929), S. 366
- 251) Redaktion des KK: Die politischen Entscheidungen des Parteitages, in KK, Jg. 1929, H. 12 (15.6.1929), S. 363-365
- 252) Seydewitz, Max: Die Legende von der Kameradschaft, in KK, Jg. 1929, H. 12 (15.6.1929), S. 357-359, hier S.358-359
- 253) Rosenfeld, Kurt: Ergebnisse des Parteitages, in KK, Jg. 1929, H. 12 (15.6.1929) S. 360-363, hier S.362
- 254) ebd. S. 363
- 255) ebd. S. 361
- 256) Seydewitz, Max: Die Legende von der Kameradschaft a.a.O., S. 358
- 257) Rosenfeld, Kurt: Ergebnisse des Parteitages, a.a.O., S. 362
- 258) Skomorowsky, Boris: Arbeiterdemokratie in der Partei. Die sozialistische Partei in Frankreich, in KK. Jg. 1929, H. 15 (1.8.1929) S. 471-475
- 259) ebd. S. 471
- 260) Mehr Demokratie in der Partei, in KK, Jg. 1929, H. 15 (1.8.1929) S. 481-482

Kapitel 3.6.:

- 261) vgl. Vorwärts, 19.6.1929 (281)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 281
- 262) Seydewitz, Max: Die Richtlinien und der diesjährige Wehretat, in KK, Jg. 1929, H. 13 (1.7.1929) S.396-404
hier S. 397 und 404

- 263) Vorwärts, 18.6.1929 (280)
- 264) Levi, Paul: Die Fortsetzung, in KK, Jg. 1929, H. 13 (1.7.1929), S. 389-390, hier S. 389
- 265) vgl. Dederke, Karl-Heinz: Reich und Republik, 1917-1933 a.a.O., S. 193
vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Kapitel VIII, a.a.O., S. 187
- 266) Vorwärts, 14.6.1929 (273)
- 267) Levi, Paul: Die Fortsetzung, a.a.O., S. 390
- 268) Croner, Fritz: Koalitionsdurcheinander in der Arbeitslosenversicherung in KK, Jg. 1929, H. 13 (1.7.1929, S. 393-396, hier S. 396
- 269) vgl. Vorwärts, 27.6.1929 (295)
- 270) Redaktion des KK: Zollerhöhung unter der Koalitionsregierung. Heraus aus dieser Reichsregierung, in KK, Jg. 1929, H. 13 (1.7.1929), S. 391-393, hier S. 393
- 271) ebd. S. 393
- 272) Seydewitz, Max: 10 Jahre Weimarer Verfassung, in KK, Jg. 1929, H. 15 (1.8.1929), S. 453-454, hier S. 453
- 273) Kirchheimer, Otto: Verfassungswirklichkeit und politische Zukunft der Arbeiterklasse, in KK, Jg. 1929, H. 15 (1.8.1929), S. 455-459
- 274) Vorwärts, 12.8.1929 (374)
- 275) Bieligk, Fritz: Verfassungsfeiern und Verfassungsreden, in KK, Jg. 1929, H. 17 (1.9.1928) S. 523-526, hier S.526
- 276) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik..., a.a.O., S. 206
Erdmann, Karl-Dietrich: Die Weimarer Republik a.a.O., S. 211-212
- 277) Vorwärts, 8.6.1929 (261)
- 278) Weckerle, Eduard: Pariser Bilanz, in KK, Jg. 1929, H.13 (1.7.1929), S. 410-414, hier S. 413
- 279) Küssel, Werner: Young-Plan und Lastenverteilung, in KK, Jg. 1929, H. 15 (1.8.1929), S.469-470, hier S.469

- 280) vgl. Döwell, Bernhard: Rund um den Young-Plan, Berlin 1929
- 281) Vorwärts, 30.8.1929 (405)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, Band 6, S. 600-605
- 282) Levi, Paul: Zur Haager Konferenz, in KK, Jg. 1929, H. 17 (1.9.1929), S. 517-519
- 283) Vorwärts, 3.10.1929 (464)
- 284) ebd.
- 285) Spektator: Gustav Stresemann. Der Mann und sein Werk, in KK, Jg. 1929, H. 20 (15.10.1929), S. 615-619
- 286) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 5.10.1929 (197)
- 287) vgl. Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 424-425
- 288) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik, a.a.O., S. 207
- 289) Vorwärts, 2.8.1929 (357)
- 290) Croner, Fritz: "Sachverständigen"-Politik. Zu den Beschlüssen der Sachverständigenkommission für Arbeitslosenversicherung, in KK, Jg. 1929, H. 16 (15.8.1929) S. 485-489, hier S. 485 u. 489
- 291) Vorwärts, 21.8.1929 (389)
- 292) Croner, Fritz: Die Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung, in KK, Jg. 1929, H. 17 (1.9.1929), S. 515-522, hier S. 522
- 293) Volksbote (Zeitz), zitiert nach Rote Fahne, 1.9.1929 (168)
- 294) Vorwärts, 29.8.1929 (403)
- 295) vgl. Vorwärts, 5.9.1929 (415) und 6.9.1929 (417)
- 296) Seydewitz, Max: Reichstagsauflösung? in KK, Jg. 1929, H. 18 (15.9.1929), S. 549-551, hier S. 550
- 297) vgl. Vorwärts, 21.9.1929 (443)
- 298) Croner, Fritz: Reichsregierung, Reichsrat und die Partei. Die letzte Phase des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung, in KK, Jg. 1929, H. 19, (1.10.1929) S.583-587, hier S. 587

- 299) Vorwärts, 29.9.1929 (457)
- 300) Vorwärts, 3.10.1929 (464)
vgl. Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer
Republik, a.a.O., S. 428
- 301) Croner, Fritz: Abschluß des Kampfes um die Arbeitslosen-
versicherung,, in KK, Jg. 1929, H. 20 (15.10.1929)
S. 619-625, hier S. 619
- 302) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 8.10.1929
(199)
- 303) Redaktion des KK, in KK, Jg. 1929, H. 20 (15.10.1929)
S. 619
- 304) vgl. Vorwärts, 17.10.1929 (487)
- 305) vgl. Vorwärts, 20.10.1929 (493)
- 306) Vorwärts, 26.10.1929 (503)
- 307) Seydewitz, Max: Der Weg zum Bürgerblock. Einige Materia-
lien über die Zuverlässigkeit der bürgerlichen Parteien,
in KK, Jg. 1929, H. 21 (1.11.1929) S.664-665
- 308) Vorwärts, 19.11.1929 (543)
- 309) Edel, Oskar: Lehre der Gemeindewahlen in KK, Jg. 1929,
H. 23 (1.12.1929), S. 711-715, hier S. 710
- 310) Levi, Paul: Rechnungslegung, in KK, Jg. 1929, H. 23
(1.12.1929) S. 709-710, hier S. 210
- 311) Lau, Adolf: Die Lehre der Berliner Kommunalwahlen,
in KK, Jg. 1929, H. 23 (1.12.1929) S. 716-717
- 312) vgl. Vorwärts, 29.11.1929 (559)
- 313) vgl. Henning, Friedrich Wilhelm: Das industrialisierte
Deutschland 1914 bis 1976, Paderborn 1977, S.90-140
- 314) Vorwärts, 29.11.1929 (559)
- 315) Petrich, Franz: Wirtschaftsumschau, in KK, Jg. 1929,
H. 20 (15.10.1929), S. 638-642
- 316) vgl. Vorwärts, 20.11.1929 (545)
- 317) vgl. Ströbel, Heinrich: Was uns fehlt, in KK, Jg. 1929,
H. 22 (15.11.1929), S. 687-690 und ders.: Der Kampf
um die Steuern, in KK, Jg. 1929, H. 23 (1.12.1929),
S. 718-720
- 318) vgl. Vorwärts, 3.12.1929 (565)

- Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 209-210
- 319) Vorwärts, 3.12.1929 (565)
- 320) Vorwärts, 6.12.1929 (571)
- 321) Vorwärts, 10.12.1929 (578)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ...
a.a.O., S. 210
- 322) Heilmann, Ernst: Gespannte Erwartung, in Das Freie Wort,
Jg. 1929, H. 11 (15.12.1929), S. 1-4, hier S. 3
- 323) Levi, Paul: Zeitgenosse Schacht, in KK, Jg. 1929, H. 24
(15.12.1929), S. 741-743
- 324) Seydewitz, Max: Das unannehmbare Finanzprogramm der
Regierung, in KK, Jg. 1929, H. 24 (15.12.1929), S. 744-747,
hier S. 747
- 325) vgl. Vorwärts, 12.12.1929 (579) und 15.12.1929 (587)
- 326) vgl. Vorwärts, 15.12.1929 (587)
- 327) ebd.
- 328) Hertz, Paul: Sozialdemokratie und Finanzreform.
Zur Abstimmung über das Vertrauensvotum, in Das Freie Wort,
Jg. 1929, H. 13 (29.12.1929), S. 1-6, hier S. 5
- 329) Redaktion des KK: 28 Dissidenten bei der Abstimmung
über das Vertrauensvotum für die Regierung, in KK,
Jg. 1930, H. 1 (1.1.1930) S. 8
- 330) Seydewitz, Max: Macht Schluß mit dieser Regierung,
in KK, Jg. 1930, H. 1 (1.1.1930), S. 3-7, hier S. 5
- 331) Vorwärts, 17.12.1929 (589)
- 332) ebd.
- 333) vgl. Austritt aus der Regierung, in KK, Jg. 1930
H. 2 (15.1.1930) S. 63-64 und Stimmung in der Partei,
in KK, Jg. 1930, H. 3 (1.2.1930), S. 93
- 334) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...,
a.a.O., S. 211
- 335) Vorwärts, 22.12.1929 (599)
- 336) Levi, Paul: Schutz der Republik, in KK, Jg. 1930
H. 1 (1.1.1930), S. 1-2

- 337) Seydewitz, Max: Macht Schluß mit der Regierung
a.a.O., S. 7
- 338) Petrich, Franz: Zweimal Hilferding. Oder der Bankrott
der Großen Koalition, in KK, Jg. 1930 (1.1.1930), S.9-14,
hier S. 13
- 339) ebd., S. 14
Siemens, Anna: Demokratie und Koalition, in KK, Jg. 1930
H. 1 (1.1.1930), S. 15-18
- 340) Vorwärts, 28.12.1929 (606)
- 341) vgl. Decker, Georg: Koalitionskrämpfe, in Die Gesellschaft,
Jg. 1930, H. 1, S. 1-6
- 342) Ostthüringer Tribüne (Gera) zitiert nach Rote Fahne,
3.1.1930 (2)
- 343) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 212

Kapitel 3.7.:

- 344) Vorwärts, 1.1.1930 (1)
- 345) ebd.
- 346) Petrich, Franz: Organisierter oder anarchistischer
Kapitalismus. Ein Streifzug durch das Wirtschaftsjahr
1929, in KK, Jg. 1930, H. 2 (15.1.1930), S.58-63,
hier S. 62
- 347) Positive Vorschläge zur Finanzreform. Vorarbeit für
ein Kampfprogramm der Sozialdemokratie, in KK, Jg. 1930
H. 3 (1.2.1930), S. 72-74
vgl. Text in Luthardt, Wolfgang: Sozialdemokratische
Arbeiterbewegung..., Band I, a.a.O., S.141-144
- 348) KK-Sonderheft: Die Steuerdiktatur des Geldsacks.
Sozialdemokratie und Finanzreform, Berlin 1930
- 349) ebd. S. 1-20
- 350) ebd. 38
- 351) ebd. S. 33-46

- 352) ebd. 48
- 353) Redaktion des KK, in KK, Jg. 1930, H. 3 (1.2.1930), S.72
- 354) vgl. Vorwärts, 19.2.1930 (83)
- 355) Seydewitz, Max : Ein Stück Verfassung, in KK, Jg. 1930
H. 5 (1.3.1930), S. 129-131, hier S. 131
- 356) Die Stimmung in der Partei, in KK, Jg. 1930, H. 5
(1.3.1930), S. 158-159
- 357) vgl. Vorwärts, 6.3.1930, (109)
- 358) vgl. Vorwärts, 7.3.1930 (111)
- 359) Ströbel, Heinrich: Das Finanzprogramm der Reichsregierung
in KK, Jg. 1930, H. 6 (15.3.1930), S. 165-170, hier S.166
und 169
- 360) vgl. Vorwärts, 11.3.1930 (117)
- 361) Seydewitz, Max: Drohung mit dem Artikel 48 in KK, Jg.1930
H. 6 (15.3.1930), S. 161-165, hier S. 165
- 362) Vorwärts, 13.3.1930 (121)
- 363) Die Billigungsformel für die Reichsregierung, in KK,
Jg. 1930, H. 6 (15.3.1930), S. 185
- 363) vgl. Vorwärts, 19.3.1930 (131)
Nunmehr ist das Republikenschutzgesetz vom Reichstag
angenommen, in KK, Jg. 1930, H. 7 (1.4.1930), S. 221
- 364) Vorwärts, 21.3.1930 (135)
- 365) Vorwärts, 23.3.1930 (139)
- 366) vgl. Vorwärts, 26.3.1930 (143)
- 367) Kretzen, Johannes, Agrarprogramm und Zollpolitik,
in KK, Jg. 1930, H. 7 (1.4.1930), S.198-201
- 368) vgl. Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer
Republik, a.a.O., S. 427-428
- 369) vgl. Text in Michalka, Wolfgang/Niedhardt, Gottfried:
Die ungeliebte Republik, a.a.O., S. 268-269
- 360) Vorwärts, 28.3.1930 (147)
- 371) Vorwärts, 29.3.1930 (148)
vgl. Text in Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie
für das Jahr 1930, Berlin 1931, S. 277

Kapitel 3.8.:

- 372) Decker, Georg: Opposition, in Die Gesellschaft, Jg. 1930
H. 3, S. 196-204, hier S. 201
- 373) ebd. S. 201
- 374) ebd. S. 202
- 375) ebd. S. 204
- 376) Petrich, Franz: Kritik der Opposition. Antwort an
Genossen Decker, in Die Gesellschaft, Jg. 1930, H. 5,
S. 454-461, hier S. 455
- 377) ebd. S. 455-456
- 378) ebd. S. 456
- 379) ebd. S. 457
- 380) Döwll, Bernhard: Zum Problem der Opposition, in
Die Gesellschaft, Jg. 1930, H. 5, S. 462-467, hier S. 464
- 381) ebd. S. 466-467
- 382) ebd. S. 467
- 383) Decker, Georg: Antwort, in Die Gesellschaft, Jg. 1930
H. 5, S. 468-472, hier S. 470
- 384) ebd. S. 471
- 385) ebd. S. 471
- 386) Petrich, Franz: Es lebe die Meinungsfreiheit! Schluß
einer Debatte, die in der "Gesellschaft" begann,
aber nicht beendet werden durfte, in KK, Jg. 1930,
H. 13 (1.7.1930), S. 401-406

Kapitel 4:

Kapitel 4.1.:

- 1) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik ...
a.a.O., S. 214
- 2) Vorwärts, 30.3.1930 (151)
- 3) illo: Hindenburg will Schiele, in Das Freie Wort,
Jg. 1930, H. 14 (6.4.1930) S.1-6, hier S.3
- 4) Hilferding, Rudolf: Der Austritt aus der Regierung,
in Die Gesellschaft, Jg. 1930, H. 5, S. 385-392,
hier S. 391 und 389
- 5) Aufhäuser, Siegfried: Der politische Kampf um die
Arbeitslosenversicherung und ihre sozialpolitische Be-
deutung, in Die Gesellschaft, Jg. 1930, H. 5, S. 393-403,
hier S. 403 und 402
- 6) Hilferding, Rudolf: Der Austritt aus der Regierung
a.a.O., S. 389
- 7) Seydewitz, Max: Der Himmel ist nicht eingestürzt, in KK,
Jg. 1930, H. 7 (1.4.1930), S. 193-197, hier S. 193
- 8) illo: Hindenburg will Schiele, a.a.O., S. 5-6
- 9) vgl. Text in Michalka, Wolfgang / Niedhardt, Gottfried:
Die ungeliebte Republik, a.a.O., S. 270-272
- 10) Vorwärts, 2.4.1930 (157)
- 11) Vorwärts, 2.4.1930 (158)
- 12) vgl. Vorwärts, 3.4.1930 (159)
- 13) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
6.4.1930 (82)
- 14) vgl. Vorwärts, 12.4.1930 (174)
- 15) vgl. Vorwärts, 15.4.1930 (177)
- 16) Redaktion des KK: Die Dissidenten auf der anderen Seite,
in KK, Jg. 1930, H. 8 (15.4.1930) S. 254
- 17) Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr
1930, Berlin 1931, S. 8-9

- 18) Vorwärts, 15.4.1930 (137)
- 19) Vorwärts, 20.4.1930 (185)
- 20) Seydewitz, Max: Hindenburg-Siege, in KK, Jg. 1930, H. 8 (15.4.1930), S. 225-227, hier S. 226
- 21) Petrich, Franz: Liberaler Bankrott, in KK, Jg. 1930, H. 8 (15.4.1930), S. 238-242, hier S. 238
- 22) ebd.
- 23) Seydewitz, Max: Panzerkreuzer und Opposition, in KK, Jg. 1930, H. 10 (15.5.1930), S. 289-292, hier, S. 291
- 24) Redaktion des KK: Erfolge der Oppositionspolitik, in KK, Jg. 1930, H. 11 (1.6.1930), S. 335
- 25) Ströbel, Heinrich: Mitschuld der Sozialdemokratie, in KK, Jg. 1930 H. 10 (15.5.1930), S. 292-297, hier S. 297
- 26) vgl. Vorwärts, 15.5.1930 (214)
- 27) Vorwärts, 16.5.1930 (216)
- 28) Croner, Fritz: Der Kampf gegen die Arbeitslosen, in KK, Jg. 1930, H. -1 (1.6.1930), S.325-330, hier S.325
- 29) Seydewitz, Max: Fester auftreten, in KK, Jg. 1930, H. 11 (1.6.1930), S. 321-324, hier S. 321
- 30) ebd. S. 322-323
- 31) vgl. Vorwärts 10.6.1930 (266)
Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 409
- 32) Weckerle, Eduard: Wirtschaftsankurbelung durch Lohnabbau? Der Schiedsspruch von Oeynhausen, in KK, Jg. 1930, H. 13 (1.7.1930) S. 389-393
- 33) vgl. Vorwärts, 6.6.1930 /260) und 14.6.1930 (279)
- 34) vgl. Vorwärts, 20.6.1930 (283)
- 35) vgl. Vorwärts, 25.6.1930 (291)
- 36) Tarnier, Fritz: Die Finanzreform und die Zahlen, in KK, Jg. 1930, H. 12 (15.6.1930), S. 354-359
- 37) vgl. Vorwärts, 24.6.1930 (289)
vgl. Text in Luthardt, Wolfgang: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung..., Band I, a.a.O., S. 147-149

- 38) Seydewitz, Max: Regierungsmurkserei und sozialdemokratische Vorschläge, in KK, Jg. 1930, H. 13 (1.7.1930), S. 385-387, hier S. 387
- 39) Vorwärts, 26.6.1930 (294)
- 40) Seydewitz, Max: Regierungsmurkserei und sozialdemokratische Vorschläge, a.a.O., S. 386
- 41) vgl. Vorwärts, 2.7.1930 (303)
- 42) Vorwärts, 13.7.1930 (323)
- 43) Seydewitz, Max: Kurs nach rechts, in KK, Jg. 1930, H. 14 (15.7.1930), S. 417-418
- 44) vgl. Michalka, Wolfgang (Niedhardt, Gottfried: Die ungeliebte Republik, a.a.O., S. 273-274
- 45) Vorwärts, 16.7.1930 (327)
- 46) vgl. Vorwärts, 16.7.1930 (328)
- 47) Redaktion des KK: Wie es zur Reichstagsauflösung kam, in KK, Jg. 1930, H. 15 (1.8.1930), S. 454-455, hier S. 455
- 48) vgl. Vorwärts, 17.7.1930 (329)
- 49) ebd.
- 50) vgl. Vorwärts, 18.7.1930 (332)
- 51) ebd.
- 52) Vorwärts, 20.7.1930

Kapitel 4.2.:

- 52) Vorwärts, 20.7.1930 (335)
vgl. Text in Michalka, Wolfgang /Niedhardt, Gottfried: Die ungeliebte Republik, a.a.O., S. 274-275
- 53) Vorwärts, 27.7.1930 (347)
- 54) Heilmann, Ernst: Aufmarsch zur Wahlschlacht, in Das Freie Wort, Jg. 1930, H. 30 (27.7.1930), S. 1-6, hier S. 3,2, u.6
- 55) Seydewitz, Max: Die Wahlparole, in KK, Jg. 1930, H. 15 (1.8.1930), S. 449-451, hier S. 449-450 und 450
- 56) Redaktion des KK: Unsere Wahlkampforderungen, in KK, Jg. 1930, H. 15 (1.8.1930), S. 451-453

- 57) vgl. Vorwärts, 30.7.1930 (351)
- 58) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 1.8.1930 (177)
- 59) vgl. Vorwärts, 29.7.1930 (349)
- 60) Bieligk, Fritz: Die Umgruppierung der Bourgeois-Parteien, in KK, Jg. 1930, H. 16 (15.8.1930), S. 493-498, hier S.495
- 61) Zweiling, Klaus: Die Staatspartei und das Ende der bürgerlichen Demokratie, in KK, Jg. 1930, H. 16 (15.8.1930), S.499-503, hier S.501
- 62) vgl. Petrich, Franz: Um was geht die Entscheidung am 14. September. Gegen die Diktatur der Interessentenhaufen, in KK, Jg. 1930, H. 16 (15.8.1930) S. 483-487
- 63) Vorwärts, 12.8.1930 (373)
- 64) vgl. Seydewitz, Max: Die letzte Wahlschlacht?, in KK, Jg. 1930, H. 16 (15.8.1930), S.481-482
- 65) Vorwärts, 7.9.1930 (419)
- 66) Vorwärts, 14.9.1930 (431)
- 67) Seydewitz, Max: Generale und Arbeiter, in KK, Jg. 1930, H. 17 (1.9.1930), S.513-514, hier S. 514
- 68) Bedingungen, in KK, Jg. 1930, H. 17 (1.9.1930), S. 541
- 69) vgl. Vorwärts, 20.8.1930 (387)
- 70) vgl. Vorwärts, 25.8.1930 (396)
- 71) vgl. Vorwärts, 12.8.1930 (373)
- 72) vgl. Vorwärts, 25.8.1930 (396)
- 73) vgl. Vorwärts, 20.8.1930 (387)
- 74) vgl. Vorwärts, 17.8.1930 (383)
- 75) vgl. Vorwärts, 20.8.1930 (387)
- 76) Redaktion des KK: Die Reichstagskandidaten der Sozialdemokratie, in KK, Jg. 1930, H. 17 (1.9.1930), S. 541
- 77) vgl. Vorwärts, 22.8.1930 (391)
- 78) vgl. Dederke, Karl-Heinz: Reich und Republik 1917-1933, a.a.O., S. 284-285
Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik... a.a.O., S. 220
- 79) Vorwärts, 19.9.1930 (439)
vgl. Text in Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930, a.a.O., S. 262-263

- 80) Seydewitz, Max: Der Sieg der Verzweiflung. Entwurzelte Massen suchen eine Führung, in KK, Jg. 1930, H. 18 (15.9.1930), S. 545-550
- 81) Zweiling, Klaus: Was lehrt uns die Bewegung der Zentrumsstimmen?, in KK, Jg. 1930, H. 18 (15.9.1930), S. 554-557
- 82) Seybold, Martin: Das Ergebnis für die Sozialdemokratie, in KK, Jg. 1930, H. 18 (15.9.1930), S. 550-553
- 83) Vogt, Werner: Der Erfolg der Nationalsozialisten und der Erfolg der Phrase, in KK, Jg. 1930, H. 18 (15.9.1930) S. 557-559
- 84) Düwell, Bernhard: Protest per Kommunismus, in KK, Jg. 1930, H. 18 (15.9.1930), S. 560-561
- 85) Seydewitz, Max: Der Sieg der Verzweiflung: Entwurzelte Massen suchen eine Führung, a.a.O., S. 546

Kapitel 4.3.:

- 86) Vorwärts, 15.9.1930 (432)
- 87) Vorwärts, 16.9.1930 (433)
- 88) Heilmann, Ernst: Der fünfte Reichstag der deutschen Republik, in Das Freie Wort, Jg. 1930, H. 38 (21.9.1930) S. 1-6, hier S. 6
- 89) vgl. Vorwärts, 24.9.1930 (447)
- 90) Seydewitz, Max: Der Sieg der Verzweiflung. Entwurzelte Massen suchen eine Führung, a.a.O. S. 548
- 91) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Vorwärts, 17.9.1930, (436)
- 92) vgl. Vorwärts, 27.9.1930 (454)
- 93) vgl. Vorwärts, 1.10.1930 (459)
- 94) Dresdener Volkszeitung, zitiert nach Vorwärts, 17.9.1930 (436)

- 95) Seydewitz, Max: Abwarten? - Nein! Handeln! Die Koalition ist tot!, in KK, Jg. 1930, H. 19 (1.10.1930), S.577-579 hier S. 577
- 96) Vorwärts, 1.10.1930 (459)
vgl. Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 396
- 97) Ströbel, Heinrich: Das Programm der Regierung Brüning, in KK, Jg.1930, H. 20 (15.10.1930), S.617-622, hier S.617
- 98) vgl. Vorwärts, 4.10.1930 (465)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik... a.a.O., S. 221-222
- 99) Seydewitz, Max: Unzureichend! Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in KK, Jg. 1930 H. 20 (15.10.1930), S. 614-616
- 100) Vorwärts, 5.10.1930 (467)
- 101) Vorwärts, 7.10.1930 (470)
- 102) Hilferding, Rudolf: In der Gefahrenzone, in Die Gesellschaft, Jg. 1930, H. 10, S. 289-297, hier S. 296
- 103) ebd. S. 297
- 104) zitiert nach Michalka, Wolfgang /Niedhardt, Gottfried: Die ungeliebte Republik, a.a.O., S. 292
- 105) Vorwärts, 11.10.1930 (477)
- 106) vgl. Vorwärts, 12.10.1930 (479)
- 107) Seydewitz, Max: Unser Kampfprogramm, in KK, Jg. 1930 H. 20 (15.10.1930), S. 609-614, hier S. 610
vgl. Text in Luthardt, Wolfgang_ Sozialdemokratische Arbeiterbewegung... Band II, S. 158-164
- 108) ebd. S. 610
- 109) ebd. S. 612
- 110) Redaktion des KK: Unser Kampfprogramm, in KK, Jg. 1930, H. 20 (15.10.1930), S. 612-614
- 111) Die Meinung der Parteigenossen, in KK, Jg. 1930, H. 20 (15.10.1930), S. 631-632
- 112) vgl. Vorwärts, 17.10.1930 (487)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen, Band 7, a.a.O., S. 107-109

- 113) vgl. Vorwärts, 18.10.1930 (489)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 7, a.a.O., S. 111-112
- 114) vgl. Vorwärts, 19.10.1930 (491)
- 115) Seydewitz, Max: Der falsche Weg. Haben wir die Nazis
zurückgeschlagen?, in KK, Jg. 1930, H. 21 (1.11.1930)
S. 641-645, hier S. 644
- 116) vgl. Vorwärts 22.10.1930 (496)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepfer, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 7, a.a.O., S. 114-117
- 117) Vorwärts, 19.10.1930 (491)
- 118) Heilmann, Ernst: Leidenschaft oder Vernunft, in Das Freie
Wort, Jg. 1930, H. 43 (26.11.1930) S. 1-3, hier S. 2
- 119) Seydewitz, Max: Der falsche Weg. Haben wir die Nazis
zurückgeschlagen?, a.a.O., S. 641
- 120) ebd. S. 642
- 121) ebd. S. 642
- 122) ebd. S. 642
- 123) Lewald, Fritz: Wenn der Faschismus siegt. Ein schwarzer
Tag der Demokratie, in KK, Jg. 1930, H. 21 (1.11.1930),
S. 646-649, hier S. 649
- 124) Antworten, in KK, Jg. 1930, H. 22 (15.11.1930), S. 702
- 125) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition ..., a.a.O., S. 187
- 126) ebd. S. 187-188
- 127) ebd. S. 188
- 128) ebd. S. 189
- 129) vgl. Vorwärts, 29.10.1930 (507)

Kapitel 4.4.:

- 130) Heilmann, Ernst: Leidenschaft oder Vernunft, a.a.O., S. 1-3
- 131) Ziegler, Hans: Der Standpunkt der Opposition, in Das
Freie Wort, Jg. 1930, H. 47 (23.11.1930), S. 7-11

- 132) ebd.
- 133) ebd.
- 134) Heilmann, Ernst: Der Standpunkt der Vernunft und des Verantwortungsbewußtseins, in Das Freie Wort, Jg. 1930, H. 47 (23.11.1930), S.11-14
- 135) ebd.
- 136) ebd.
- 137) ebd.
- 138) Eckstein, Ernst: Breslau, in KK, Jg. 1930, H. 23 (1.12.1930), S. 720
- 139) Redaktion des KK: Kameradschaft, in KK, Jg. 1930, H. 22 (15.11.1930), S. 701-702
- 140) Alt, Kurt: Wahlergebnisse der Radikalisierung, in KK, Jg. 1930, H. 23 (1.12.1930) S. 722-723
- 141) Vorwärts, 18.11.1930 (541)
- 142) Redaktion des KK: Der Wahlsieg in Österreich, in KK, Jg. 1930, H. 22 (15.11.1930), S. 610
- 143) vgl. Vorwärts, 23.11.1930 (533)
- 144) ebd.
- 145) Katz, Rolf: Nach dem Schiedsspruch gegen die Berliner Metallarbeiter, in KK, Jg. 1930, H. 23 (1.12.1930) S. 719-721
- 146) vgl. Vorwärts, 26.11.1930 (553)
- 147) Redaktion des KK: Die "starke Regierung" auf schwankendem Grund, in KK, Jg. 1930, H. 23 (1.12.1930), S.709
- 148) Kleineibst, Richard: Die Chance der Sozialdemokratie. Des Zentrums Doppelrolle, in KK; Jg. 1930, H. 23 (1.12.1930), S. 710-713, hier S. 713
- 149) Vorwärts, 26.22.1930 (553)
- 150) Decker, Georg: Tolerierung, in Die Gesellschaft, Jg.1930 H. 12, S. 481-485, hier S. 482
- 151) ebd. S. 482
- 152) ebd. S. 484
- 153) ebd. S. 485

- 154) Vorwärts, 29.11.1930 (559)
- 155) vgl. Vorwärts, 2.12.1930 (564)
vgl. Text in Michaelis, Herbert /Schraepfer, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 7, S. 119-124
- 156) Vorwärts, 2.12.1930 (563)
- 157) vgl. Vorwärts, 3.12.1930 (565)
- 158) vgl. Vorwärts, 4.12.1930 (567)
- 159) Vorwärts, 3.12.1930 (565)
- 160) Hamburger Echo, zitiert nach Rote Fahne, 4.12.1930 (283)
- 161) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne,
4.12.1930 (283)
- 162) vgl. Vorwärts, 6.12.1930 (571)
- 163) vgl. Text in Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für
das Jahr 1930, Berlin 1931, S.25-26
- 164) Vorwärts, 7.12.1930 (573)
- 165) Notizen, in KK, Jg. 1930, H. 24 (15.12.1930), S.767-768
- 166) Antworten, in KK, Jg. 1931, H. 1 (1.1.1931), S. 30
- 167) vgl. Vorwärts, 13.12.1930 (584)
- 168) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Das Freie Wort,
Jg. 1930, H. 51 (21.12.1930) S.30-31
- 169) Seydewitz, Max: Demokratie mit dem Diktaturparagrafen.
Die gerettete Demokratie?, in KK, Jg. 1930, H. 24
(15.12.1930), S. 737-741, hier S. 737
- 170) ebd. S. 740
- 171) vgl. KK, Jg. 1930 (15.12.1930), S. 741-754
- 172) Keil, Wilhelm: Gewissenskonflikt und Kampfgeschlossenheit,
in Das Freie Wort, Jg. 1930, H. 51 (21.12.1930) S.3-6,
hier S. 4
- 173) ebd. S. 5
- 174) ebd. S. 5
- 175) Henke, Alfred : Kein Fraktionszwang, in Das Freie Wort,
Jg. 1931, H. 4 (25.1.1931), S.4-7, hier S. 5
- 176) vgl. z.B. Das Freie Wort, H. 6 (8.2.1931) Jg. 1931,
S. 27-29
- 177) Rosenfeld, Kurt: Gewissenszwang und Partei, in KK. Jg.1931,
H. 1 (1.1.1931), S.1-4, hier S. 3

- 178) ebd. S. 4
- 179) ebd. S. 4
- 180) ebd. S. 1
- 181) Redaktion des KK: Ausschlüsse aus der Partei, in KK, Jg. 1931, H. 1 (1.1.1931) S.27-28
- 182) Biel, Artur: Die Politik des Ausweichens, in KK, Jg.1931, H. 2 (15.1.1931), S. 50-54
- 183) ebd. S. 52
- 184) Seydewitz, Max: Die nächsten parlamentarischen Entscheidungen, in KK, Jg. 1931, H. 3 (1.2.1931), S.65-67 hier S. 67
- 185) vgl. Vorwärts, 6.2.1931 (61)
- 186) Vorwärts, 8.2.1931 (65)
- 187) vgl. Vorwärts, 10.2.1931 (67)
- 188) Vorwärts, 10.2.1931 (68)
- 189) Vorwärts, 11.2.1931 (69)
- 190) Vorwärts, 15.2.1931 (77)
- 191) Seydewitz, Max: Parlamentarische Zwischenspiele, in KK, Jg. 1931, H. 4 (15.2.1931), S. 97-100, hier S. 99
- 192) Eckstein, Ernst: Die Verschlechterung der Geschäftsordnung des Reichstages, in KK, Jg.1931, H. 4 (15.2.1931) S. 101-103, hier S. 103

Kapitel 4.5.:

- 193) Vorwärts, 26.2.1931 (95)
- 194) Redaktion des KK: Sozialdemokratische Stimmen für den Panzerkreuzer?, in KK, Jg. 1931, H. 5 (1.3.1931) S. 131-132
- 195) Seydewitz, Max: Panzerkreuzersorgen, in KK, Jg. 1931, H. 5 (1.3.1931), S. 129-131, hier S. 130
- 196) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 5.3.1931 (54)

- 197) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition ..., a.a.O., S. 195
- 198) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne,
5.3.1931 (54)
- 199) Vorwärts, 6.3.1931 (109)
- 200) vgl. Vorwärts, 9.3.1931 (114)
- 201) vgl. Vorwärts, 11.3.1931 (118)
- 202) Vorwärts, 12.3.1931 (119)
- 203) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition ...,
a.a.O., S. 197-198
- 204) Heilmann, Ernst: Freiheit der Entscheidung, in Das
Freie Wort, Jg. 1931, H. 11 (15.3.1931), S. 1-5, hier S. 2
- 205) ebd. S. 4
- 206) Seydewitz, Max: Die Rolle des Faschismus, in KK,
Jg. 1931, H. 6 (15.3.1931), S. 161-164
- 207) Ströbel, Heinrich: Gegen den Panzerkreuzer - für die Partei,
in KK, Jg. 1931, H. 6 (15.3.1931), S. 165-170, hier S. 169
- 208) ebd. S. 170
- 209) Resolutionen, in KK, Jg. 1931, H. 6 (15.3.1931), S. 191
- 210) Rosenfeld, Kurt: Das Nein der Neun, in KK, Jg. 1931,
H. 7 (1.4.1931), S. 193-198, hier S. 193
- 211) Vorwärts, 19.3.1931 (131)
- 212) vgl. Vorwärts, 20.3.1931 (134)
- 213) vgl. Vorwärts, 21.3.1931 (135)
- 214) vgl. Vorwärts, 21.3.1931 (135)
- 215) ebd.
- 216) vgl. Vorwärts, 26.3.1931 (143)
- 217) vgl. Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 7, a.a.O., S. 152-154
- 218) vgl. Vorwärts, 26.3.1931 (143)
- 219) vgl. Vorwärts, 27.3.1931 (145)
- 220) Heilmann, Ernst: Was war? Was wird?, in Das Freie Wort,
Jg. 1931 (5.4.1931), S. 1-6
- 221) vgl. Vorwärts, 28.3.1931 (148)
vgl. Text in Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 7, a.a.O., S. 154-157
- 222) Vorwärts, 28.3.1931 (148)

- 223) Redaktion des KK: Belagerungszustand über Deutschland, in KK, Jg. 1931, H. 7 (1.4.1931), S. 199)
- 224) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Rote Fahne, 2.4.1931 (78)
- 225) vgl. Vorwärts, 21.3.1931 (135)
- 226) Keil, Wilhelm: Der Disziplinbruch der Neun, in Das Freie Wort, Jg.1931, H. 13 (29.3.1931), S.3-6, hier S.3
- 227) Rosenfeld, Kurt: Das Nein der Neun, in KK, Jg. 1931, H. 7 (1.4.1931), S.193-198, hier, S. 197
- 228) ebd. S. 197
- 229) ebd. S. 196
- 230) ebd.S. 194
- 231* ebd. S. 196
- 232) ebd. S. 196
- 233) ebd. S. 197
- 234) Redaktion des Klassenkampf: Die letzten Entscheidungen im Reichstag in KK, Jg. 1931, H. 7 (1.4.1931), S. 198
- 235) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 24.3.1931 (70)
- 236) Redaktion des KK: Ein irreführender Vergleich, in KK, Jg. 1931, H. 7 (1.4.1931), S. 203
- 237) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition, ..., a.a.O., S. 198
- 238) Heilmann, Ernst: Partei-Nachrichten, in Das Freie Wort, Jg. 1931, H. 14 (5.4.1931), S.31-32
- 239) vgl. Vorwärts, 21.3.1931 (135)
- 240) vgl. Vorwärts 23.3.1931 (138)
vgl. Stellungnahmen von Parteiorganisationen, in KK, Jg. 1931, H. 7 (1.4.1931, S. 204)
- 241) vgl. Vorwärts, 17.4.1931 (178)
vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition ..., a.a.O., S. 203-204
- 242) Stellungnahmen von Parteiorganisationen, in KK. Jg. 1931, H. 7, (1.4.1931), S. 204
Entscheidungen aus Parteiorganisationen zur Panzerkreuzerabstimmung, in KK, Jg. 1931, H. 8 (15.4.1931) S.152-153

- 243) vgl. Vorwärts, 23.3.1931 (138)
Petrich, Franz: Die Stellung der Thüringer Partei,
in KK, Jg. 1931, H. 7 (1.4.1931), S.221-222
- 244) vgl. Vorwärts, 3.4.1931 (157)
- 245) vgl. Vorwärts, 17.4.1931 (178)
- 246) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition..., a.a.O., S.205
- 247) vgl. Vorwärts, 27.4.1931 (115)
vgl. Stellungnahmen von Parteiorganisationen, in KK,
Jg. 1931, H. 10 (15.5.1931), S.319-320
- 248) vgl. Vorwärts, 24.4.1931 (191)
- 249) vgl. Partei-Nachrichten, in Das Freie Wort, Jg. 1931,
H. 16 (13.4.1931), S. 30-31
- 250) Redaktion des KK: Notizen, in KK, Jg. 1931, H. 10
(15.5.1931), S.319-320
- 251) Aussprache, in Das Freie Wort, Jg. 1931, H. 18 (26.4.1931)
S. 21-22
- 252) ebd.
- 253) Schiff, Victor: Kein Hasardspiel mit der Republik, in
Das Freie Wort, Jg. 1931, H. 18 (3.5.1931), S.4-12,
hier S. 10 und 9
- 254) Heilmann, Ernst: Die Sorgen - Fragen , in Das Freie
Wort, Jg. 1931, H. 18 (3.5.1931), S. 1-3, hier S. 1
- 255) Leserbriefe, in Das Freie Wort, Jg. 1931, H. 15
(2.4.1931), S. 31
- 256) Vorwärts, 28.5.1931 (243)
- 257) Vorwärts, 5.5.1931 (206)
- 258) Vorwärts, 6.5.1931 (209)
- 259) Für Einberufung des Reichstages, in KK, Jg. 1931,
H. 10 (15.5.1931), S. 289
- 260) Vorwärts, 19.5.1931 (228)
- 261) Notizen, in KK, Jg. 1931, H. 11 (30.5.1931), S.350-351
- 262) Vorwärts, 29.5.1931 (245)
- 263) Seydewitz, Max: Der Parteitag hat das Wort, in KK, Jg.1931,
H. 11 (1.6.1931), S. 321-325, hier S.321
- 264) ebd. S. 321

- 265) ebd. S. 323
- 266) ebd. S. 324-325
- 267) ebd. S. 325
- 268) Ströbel, Heinrich: Gegen die Finanz- und Wirtschaftskatastrophe, in KK, Jg. 1931, H. 11 (1.6.1931), S.326-333, hier S. 333
- 269) Bieligk, Fritz: Deutsche Außenpolitik, in KK, Jg. 1931, H. 11 (1.6.1931), S. 336-341, hier S. 338 und 340
- 270) -z-: Die Landtagswahlen in Oldenburg, in KK, Jg.1931, H. 11 (1.6.1931), S.346-349
- 271) Die Kreistagswahlen in Danzig, in KK, Jg. 1931, H. 11 (1.6.1931), S. 349
- 272) Seydewitz, Max: Auftakt zum Parteitag, in KK, Jg. 1931, H. 7 (1.4.1931), S. 200-203, hier S. 203
- 273) ebd. S. 201
- 274) Eckstein, Ernst: Organisationsfragen auf dem Parteitag, in KK, Jg. 1931, H. 11 (1.6.1931), S. 333-336
- 275) Bieligk, Fritz / Eckstein, Ernst / Jenssen, Otto / Laumann, Kurt / Wagner, Helmut: Die Organisation im Klassenkampf. Die Probleme der politischen Organisation der Arbeiterklasse, Berlin 1931
- 276) ebd. S. 158-179
- 277) ebd. S. 158-163
- 278) ebd. S. 166-179
- 279) Schiffrin, Alexander: Kritik an der Organisation, in Die Gesellschaft, Jg. 1931, H. 8, S. 166-178, hier S. 166
- 280) ebd. S. 170
- 281) ebd. S. 175
- 282) ebd. S. 176
- 283) ebd. S. 177
- 284) Laumann, Kurt: Zum Problem der Aktivierung der Partei, in Die Gesellschaft, Jg. 1931, H. 11, S. 460-471, hier S. 470
- 285) ebd. S. 471

- 286) Heilmann, Ernst: Die Sorgen - Fragen, in Das Freie Wort,
Jg. 1931, H. 18 (3.5.1931) S.1-3, hier S. 2
- 287) ebd. S. 2
- 288) ebd. S. 3
- 289) ebd. S. 3
- 290) Schiffrin, Alexander: Wandlungen des Abwehrkampfes, in
Die Gesellschaft, Jg. 1931, H. 5, S. 394-417, hier S. 397
- 291) ebd. S. 394
- 292) ebd. S. 415
- 293) Decker, Georg: Faschistische Gefahr und Sozialdemokratie,
in Die Gesellschaft, Jg. 1931, H. 6, S. 481-496, hier S.491
- 294) ebd. S. 491
- 295) ebd. S. 493-494
- 296) Scheidemann, Philipp: Disziplin, in Das Freie Wort,
Jg. 1931, H. 22-23 (31.5.1931), S.22-24, hier S.22
- 297) Krüger, Wilhelm: Keine Sonderorganisation der Jung-
sozialisten mehr, in Das Freie Wort, Jg.1931, H. 22-23,
(31.5.1931), S.25-27
- 298) vgl. Vorwärts, 31.5.1931 (249)

Kapitel 4.6.:

- 299) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 229-232
- 300) Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931.
Protokoll, Berlin 1931, S. 21-22
- 301) ebd. 22-23
- 302) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...,
a.a.O., S. 228
- 303) Sozialdemokratischer Parteitag 1931, Protokoll, a.a.O.,
S. 47
- 304) ebd. S. 47

- 305) ebd. S. 70
- 306) ebd. S. 77
- 307) ebd. S. 78
- 308) ebd. S. 60
- 309) ebd. S. 59
- 310) ebd. S. 53
- 311) ebd. S. 57
- 312) ebd. S. 60
- 313) ebd. S. 67
- 314) ebd. S. 73
- 315) ebd. S. 60
- 316) ebd. S. 81
- 317) ebd. S. 82
- 318) ebd. S. 86
- 319) ebd. S. 87
- 320) ebd. S. 88
- 321) ebd. S. 88
- 322) ebd. S. 97
- 323) ebd. S. 99
- 324) ebd. S. 103
- 325) ebd. S. 107
- 326) Die Überwindung des Faschismus, in KK-Sonderheft 3:
Die Ergebnisse des Leipziger Parteitags. Der Stand-
punkt der Opposition, Berlin 1931, S. 29-30
vgl. Text in Luthardt, Wolfgang: Sozialdemokratische
Arbeiterbewegung, ... Band II, a.a.O., S. 167-168
- 327) Sozialdemokratischer Parteitag 1931. Protokoll, a.a.O.,
S. 115
- 328) ebd. S. 119
- 329) ebd. S. 125/126
- 330) ebd. S. 131
- 331) ebd. S. 152
- 332) ebd. S. 153
- 333) ebd. S. 128-130
- 334) ebd. S. 135
- 335) ebd. S. 158
- 336) ebd. S. 169-176

- 337) ebd. S. 176-185
- 338) ebd. S. 286-287
- 340a) ebd. S. 288
- 340b) ebd. S. 299-300
- 341) ebd. S. 242-243
- 342) ebd. S. 237
- 343) ebd. S. 240
- 344) ebd. S. 241
- 345) ebd. S. 261
- 346) ebd. S. 272-273
- 347) ebd. S. 276
- 348) ebd. S. 272
- 349) ebd. S. 274-275
- 350) ebd. S. 274-275
- 351) Vorwärts, 6.6.1931 (259)
- 352) Heilmann, Ernst: Last und Kraft, in Das Freie Wort, Jg. 1931, H. 24 (14.6.1931), S.1-7, hier S. 1
- 353) Leipziger Volkszeitung, zitiert nach Vorwärts, 9.6.1931 (263)
- 354) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition a.a.O., S. 215
- 355) ebd. S. 215
- 356) Leserbriefe, in Das Freie Wort, Jg. 1931, H. 24 (14.6.1931), S. 29
- 357) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Vorwärts, 9.6.1931 (263)
- 358) ebd.
- 359) Böchel, Karl: Der Eintagssieg der Mehrheit, in KK, Jg. 1931, H. 12 (15.6.1931) S. 354-356, hier S.355
- 360) ebd. S. 356
- 361) KK-Sonderheft 3: Das Ergebnis des Leipziger Parteitags. Der Standpunkt der Opposition, Berlin 1931, S. 3
- 362) ebd. S. 7
- 363) Petrich, Franz: Regie, Apparat, Vorsitz, in KK, Jg. 1931 H. 12 (15.6.1931), S. 357-359, hier S. 357

- 364) ebd. S. 357
- 365) ebd. S. 359
- 366) Volkszeitung für das Vogtland, zitiert nach Das Freie Wort, Jg. 1931, H. 24 (14.6.1931) S. 29
- 367) Seydewitz, Max: Die liebe Kameradschaft, in KK. Jg. 1931, H. 12 (15.6.1931), S. 359-360, hier S. 359
- 368) vgl. KK., Jg. 1931, H. 12 (15.6.1931)
- 369) Petrich, Franz: Regie, Apparat, Vorsitz, a.a.O., S. 357
- 370) Adler, Max: Epilog zum Leipziger Parteitag, in KK, Jg. 1931, H. 13 (1.7.1931), S. 399-406, hier S. 401
- 371) ebd. S. 401
- 372) ebd. S. 403
- 373) ebd. S. 404
- 374) ebd. S. 406

Kapitel 4.7.:

- 375) vgl. Vorwärts, 7.6.1931 (261)
vgl. Text in Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, Berlin 1932, S. 34-35
- 376) vgl. Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst:
Ursachen und Folgen, Band 7, a.a.O., S. 161
- 377) vgl. Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 396
- 378) Vorwärts, 7.6.1931 (261)
- 379) Vorwärts, 10.6.1931 (266)
- 380) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Rote Fahne, 11.6.1931 (122)
- 381) vgl. Rote Fahne, 11.6.1931 (122) u. 12.6.1931 (123)
- 382) vgl. Vorwärts, 13.6.1931 (271)
- 383) ebd.
- 384) KK-Sonderheft 3: Die Ergebnisse des Leipziger Parteitags. Der Standpunkt der Opposition, Berlin 1931, S. 1
- 385) ebd. S. 1

- 386) ebd. S. 14
- 387) ebd. S. 18
- 388) Seydewitz, Max in Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Rote Fahne, 17.6.1931, (127)
- 389) vgl. Michaelis, Herbert / Schraepler, Ernst: Ursachen und Folgen, Band 7, a.a.O., S. 162-164
- 390) vgl. Vorwärts, 17.6.1931 (277)
- 391) vgl. Vorwärts, 20.6.1931 (283)
- 392) Hilferding, Rudolf: In Krisennot, in Die Gesellschaft, Jg. 1931, H. 7, S. 1-8, hier S. 6
- 393) ebd. S. 6
- 394) ebd. S. 7
- 395) vgl. Vorwärts, 17.6.1931 (277)
- 396) vgl. Seydewitz, Max: Die Tolerierung der Notverordnung, in KK, Jg. 1931, H. 13 (1.7.1931), S. 287-395, hier S.392
- 397) vgl. Vorwärts, 17.6.1931 (277)
- 398) Notizen, in KK, Jg. 1931, H. 14 (15.7.1931), S.447-448
- 399) vgl. Rote Fahne, 20.6.1931 (130)
- 400) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition ..., a.a.O.,S.226
- 401) Seydewitz, Max: Die Tolerierung der Notverordnung, in KK, Jg. 1931, H. 13 (1.7.1931), S.387-395), hier S. 387
- 402) ebd. S. 389
- 403) ebd. S. 393
- 404) ebd. S. 395
- 405) ebd. S. 394
- 406) ebd. S. 395
- 407) Mahnruf an die Partei, in KK, Jg. 1931, H. 13 (1.7.1931), S. 385-386
- 408) Vorwärts, 3.7.1931 (305)
- 409) vgl. Vorwärts, 7.7.1931 (314)
- 410) Erklärung der Autoren des "Mahnrufes an die Partei" vom 1.7.1931, in Seydewitz, Max: Der Mahnruf und seine Wirkung, in KK, Jg.1931, H. 14 (15.7.1931), S.417-423, hier S. 420-421
- 411) Heilmann, Ernst: Eine neue Erklärung zu dem "Mahnruf", in Das Freie Wort, Jg. 1931, H. 29 (29.7.1931), S. 32

- 412) Vorwärts, 9.7.1931 (315)
- 413) ebd.
- 414) illo: Pronunziamento, in Das Freie Wort, Jg. 1931
H. 28 (12.7.1931), S. 1-4, hier S. 1
- 415) ebd. S. 1-2
- 416) ebd. S. 2
- 417) ebd. S. 1
- 418) vgl. Vorwärts, 15.7.1931 (325)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster: Chronik a.a.O., S. 234
- 419) vgl. Vorwärts, 15.7.1931 (325)
- 420) vgl. Partei-Nachrichten, in Das Freie Wort, Jg. 1931,
H. 31 (2.8.1931), S. 32
- 421) Seydewitz, Max: Der Mahnruf und seine Wirkung, in KK,
Jg. 1931, H. 14 (15.7.1931), S. 417-423, hier S. 417
- 422) ebd. S. 418
- 423) ebd. S. 418
- 424) ebd. S. 419
- 425) ebd. S. 419
- 426) ebd. S. 419
- 427) ebd. S. 417
- 428) ebd. S. 417
- 429) ebd. S. 423
- 430) Erklärung, in KK, Jg. 1931, H. 14 (15.7.1931)
Umschlagseite
- 431) Vorwärts, 21.7.1931 (335)
- 432) Redaktion des KK: Der Vorwärts und die Erklärung des
Laub-Verlages, in KK, Jg. 1931, H. 15 (1.8.1931)
S. 479
- 433) Siemsen, Anna: Parteidisziplin und sozialistische Über-
zeugung, Berlin 1931, hier zitiert nach: Weber, Hermann:
Das Prinzip Links, Hannover 1973, hier S. 188
- 434) ebd. S. 188
- 435) ebd. S. 187
- 436) Düwell, Bernhard: Einheit der Aktion oder Parteidisziplin,
Berlin 1931, S. 17

- 437) ebd. S. 22
- 438) ebd. S. 26
- 439) ebd. S. 26
- 440) ebd. S. 29
- 441) ebd. S. 29
- 442) ebd. S. 27
- 443) ebd. S. 31
- 444) ebd. S. 30
- 445) ebd. S. 32
- 446) ebd. S. 30
- 447) vgl. Vorwärts, 14.7.1931 (324)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 233-234
- 448) Seydewitz, Max: Der Mahnruf und seine Wirkung, a.a.O.,
S. 418
- 449) ebd. S. 420
- 450) Seydewitz, Max: Wie lange noch Tolerierung?, in KK,
Jg. 1931, H. 17 (1.9.1931), S. 513-514, hier S. 514
- 451) vgl. Hilferding Rudolf: Unheimliche Tage, in Die
Gesellschaft, Jg. 1931, H. 8, S. 101-107
- 452) vgl. Vorwärts, 9.9.1931 (423)
- 453) vgl. Vorwärts, 13.9.1931 (429)
- 454) vgl. Vorwärts, 11.9.1931 (426)
- 455) Seydewitz, Max: Geht es nur um Curtius?, in KK, Jg.1931
H. 18 (15.9.1931), S.

Kapitel 4.8.:

- 456) vgl. Vorwärts, 6.9.1931 (417)
vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 239/240
- 457) vgl. Vorwärts, 6.9.1931 (420)
- 458) vgl. Vorwärts, 22.9.1931 (443)
- 459) vgl. Vorwärts, 23.9.1931 (445)
vgl. Text in Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie
für das Jahr 1931, Berlin 1932, S.117-118

- 460) Vorwärts, 23.9.1931 (445)
- 461) vgl. Vorwärts, 25.9.1931 (449)
- 462) ebd.
- 463) ebd.
- 464) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition..., a.a.O., S.233
- 465) vgl. Vorwärts, 26.9.1931 (451)
- 466) Sächsisches Volksblatt, zitiert nach Vorwärts, 25.9.1931 (450)
- 467) vgl. Vorwärts, 25.9.1931 (450)
- 468) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition...a.a.O., S.230
- 469) vgl. Vorwärts, 25.9.1931 (450)
- 470) ebd.
- 471) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition..., a.a.O., S.230
- 472) vgl. Vorwärts, 26.9.1931 (452)
- 473) Vorwärts, 27.9.1931 (453)
- 474) Vorwärts, 29.9.1931 (455)
- 475) vgl. ebd.
- 476) ebd.
- 477) vgl. Kriegenherdt: Die Opposition..., a.a.O., S. 231
- 478) vgl. Vorwärts, 29.9.1931 (455)
- 479) Vorstand der SPD: Gegen die Parteispaltung, Berlin 1931, S. 85-86
- 480) vgl. Vorwärts, 30.9.1931 (457)
- 481) vgl. Vorstand der SPD: Gegen die Parteispaltung, a.a.O., S. 85-86
- 482) Vorwärts, 1.10.1931 (459)
- 483) vgl. Vorwärts, 3.10.1931 (463)
vgl. Text in Luthardt, Wolfgang: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung... Band II, a.a.O., S. 172-174
- 484) vgl. Vorwärts, 30.9.1931 (457)
- 485) vgl. Vorwärts, 3.10.1931 (463)
- 486) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition..., a.a.O., S.237
- 487) ebd. S. 232
- 488) vgl. Vorwärts, 1.10.1931 (460)
- 489) Chemnitzer Volksstimme, zitiert nach Vorwärts, 1.10.1931 (460)

- 490) vgl. Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition..., a.a.O., S.233
- 491) vgl. Vorwärts, 30.9.1931 (458)
- 492) vgl. Vorwärts, 3.10.1931 (463)
- 493) vgl. Vorwärts, 1.10.1931 (460)
- 494) vgl. Vorwärts, 3.10.1931 (463)
- 495) vgl. Vorwärts, 2.10.1931 (461)
- 496) Seydewitz, Max: Die Generallinie, in KK, Jg. 1931,
H. 19 (1.10.1931), S. 577-582, hier S. 579
- 497) ebd. S. 579
- 498) ebd. S. 582
- 499) ebd. S. 582
- 500) Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben, a.a.O.,
S. 239

Kapitel 4.9.:

- 501) vgl. Vorwärts, 3.10.1931 (464)
- 502) vgl. Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik...
a.a.O., S. 242-246
vgl. Drechsler, Hanno: Die SAPD, a.a.O., S.106-119
- 503) vgl. ebd.
- 504) vgl. Vorwärts, 5.10.1931 (466)
- 505) Vorstand der SPD: Gegen die Parteispaltung, a.a.O., S.38
- 506) Decker, Georg: Nach der Entscheidung, in Die Gesellschaft,
Jg. 1931, H. 11, S. 385-392, hier S. 391
- 507) ebd. S. 392
- 508) ebd. S. 391
- 509) Laumann, Kurt: Zum Problem der Aktivierung der Partei,
in Die Gesellschaft, Jg. 1931, H. 11, S.460-471, hier S.471
- 510) Adler, Max: Zum deutschen Parteikonflikt, in KK, Jg.1931,
H. 20 (15.10.1931), S.611-616, hier S.611

- 511) ebd. S. 612
- 512) ebd. S. 613
- 513) ebd. S. 615
- 514) ebd. S. 615-616
- 515) vgl. Drechsler, Hanno: Die SAPD, a.a.O., S. 161
- 516) vgl. Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, a.a.O., S. 109
- 517) vgl. Drechsler, Hanno: Die SAPD, a.a.O.

Kapitel 4.10.:

- 518) Bieligk, Fritz: Die Linke, in Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft, Jg. 1931, H. 2, S. 93
- 519) vgl. Drechsler, Hanno: Die SAPD, a.a.O., S.123
- 520) ebd. S. 128
- 521) Gurland, Arkadij: Unser Weg, in Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft, Jg. 1931, H. 1 (8.11.1931), S.3-5
- 522) vgl. Gurland, Arkadij/Laumann, Kurt: Wider die Parteilspaltung, Berlin 1931
- 523) Böchel, Karl: Krise der Demokratie. Krise der Parteien, in Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft, Jg. 1931, H. 1 (8.11.1931)
- 524) Bieligk, Fritz: Die Linke, a.a.O., S. 94
- 525) Heilmann, Ernst: Partei-Nachrichten, in Das Freie Wort, Jg. 1931, H. 47, (22.11.1931), S. 29
- 526) Redaktion des KK: In Gnaden aufgenommen, in KK, Jg. 1931, H. 20 (15.10.1931), S. 672
- 528) vgl. Drechsler, Hanno: Die SAPD, a.a.O., S. 128

Teil 3

Schluß

- 1) Caspar, Gustaf Adolf: Die Sozialdemokratische Partei und das Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1959, S. 94
- 2) ebd. S. 99
- 3) Bracher, Karl-Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Königstein/Taunus 1978, S. 67
- 4) ebd. S. 75
- 5) ebd. S. 270
- 6) Conze, Werner: Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, Matthias, Erich / Morsey, Rudolf: Das Ende der Parteien, Königstein/Taunus 1979, S. 29
- 7) ebd. S. 19
- 8) Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands SAPD, Meisenheim am Glan, 1965, S.5
- 9) ebd. S. 5
- 10) ebd. S. 57
- 11) ebd. S. 4
- 12) ebd. S. 53
- 13) Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1973⁴, S. 173
- 14) ebd. S. 171
- 15) vgl. Abendroth, Wolfgang: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt / Main 1976, S. 110
- 16) Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Mainz 1974³, S. 59
- 17) Abendroth, Wolfgang: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 110
- 18) ebd. S. 110
- 19) Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 65

- 20) ebd. S. 58
- 21) ebd. S. 63
- 22) ebd. S. 62
- 23) Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VIII (Januar 1924 bis Oktober 1929) Berlin 1975, S. 3
- 24) ebd. S. 4
- 25) ebd. S. 30-31
- 26) Kriegenherdt, Fritz: Die Opposition in der Sozialdemokratie in Sachsen gegen die Politik des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Ausbruch des sächsischen Parteikonflikts in der SPD um die Jahreswende 1923/24 bis zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands Anfang Oktober 1931, Potsdam 1971, S.262-263
- 27) ebd. S. 265
- 28) Seydewitz, Max: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Berlin 1976, S. 206
- 29) ebd. S. 297
- 30) ebd. S. 206
- 31) vgl. hierzu Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1976² und Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969
- 32) Raschke, Joachim: Organisierter Konflikt in west-europäischen Parteien, a.a.O., S. 127-192
- 33) vgl. Albers, Detlev: Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt/New York 1981
- 34) vgl. "Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin 1978/1980 und "Göttinger Thesen. Arbeiterbewußtsein, Gewerkschaften und Sozialdemokratie", Göttingen 1979 und "Göttinger Thesen II: Die kapitalistische Krise und ihre Sozialistische Überwindung. Programmatistische Positionen marxistischer Sozialdemokraten", Göttingen 1980

